

endgültige Fassung*

**STENOGRAPHISCHES
PROTOKOLL**

der 16. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Mittwoch, dem 29. Juli 2009, 09:30 Uhr
Sitzungssaal 4.900
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD)

Tagesordnung

| | Seiten |
|---|---------|
| Zeugenvernehmungen von | |
| - Eckehard Schmidt, Beweisbeschluss 76 <i>(Korrekturen zu den Seiten 9, 10, 13, 15 – 18, 20)</i> | 6 – 21 |
| - Dr. Wolfgang Sprißler, Beweisbeschluss 104 <i>(Korrekturen u. Ergänzungen zu den Seiten 24, 28, 30, 31 und 41)</i> | 22 – 53 |
| - Martin Blessing, Beweisbeschluss 103 <i>(Korrekturen zu den Seiten 55 – 70, 73 - 94)</i> | 54 – 95 |

*** Hinweis:**

Korrekturen des Zeugen Eckehard Schmidt s. Schreiben v. 14.08.2009, Anlage 1, S. 96 – 104;
Ergänzungen u. Korrekturen des Zeugen Dr. Wolfgang Sprißler s. Schreiben Rechtsanwalts-
kanzlei Gleiss Lutz v. 11.08.2009, Anlage 2, S. 105 – 107 sowie
Korrekturen des Zeugen Martin Blessing s. Schreiben v. 17.08.2009, Anlage 3, S. 108 - 147.

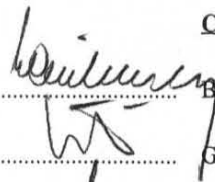
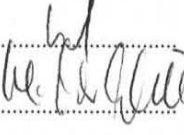


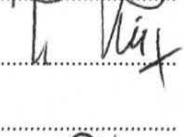
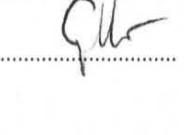
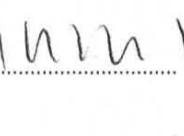



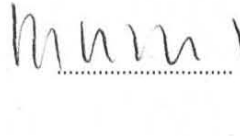




Mittwoch, 29. Juli 2009, 09:30 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

| Ordentliche Mitglieder des Ausschusses | Unterschrift | Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses | Unterschrift |
|---|---|--|---|
| Abgeordnete(r) | | Abgeordnete(r) | |
| CDU/ CSU | | CDU/ CSU | |
| Dautzenberg, Leo |  | Bareiß, Thomas | |
| Hirte, Christian |  | Götzer Dr., Wolfgang |  |
| Raab, Daniela |  | Kolbe, Manfred | |
| Willsch, Klaus-Peter |  | Stetten, Christian Frhr. von | |
| SPD | | SPD | |
| Hauer, Nina |  | Frechen, Gabriele | |
| Krüger Dr., Hans-Ulrich |  | Kahrs, Johannes | |
| Schultz (Everswinkel), Reinhard |  | Miersch Dr., Matthias |  |
| Spiller Dr., Jörg-Otto |  | Westrich, Lydia | |
| FDP | | FDP | |
| Wissing Dr., Volker |  | Schäffler, Frank |  |
| DIE LINKE: | | DIE LINKE: | |
| Troost Dr., Axel |  | Claus, Roland | |
| BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | |
| Schick Dr., Gerhard |  | Wieland, Wolfgang |  |

2. Untersuchungsausschuss

Off.

Mittwoch, 29. Juli 2009, 09:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Seiler
MAYER C

v. Wappler hnt.
Brenner

Klappe
HEYER

Becker

Herrmann
Bo Schilly

CDU/CSU
u

SPD
FDP

SPD
SPD

SPD

FDP
FDP

Seiler
C. Mayer

Wappler
Brenner

Klappe
Heyer

Becker

Herrmann
Bo Schilly

2. Untersuchungsausschuss

Off.

Mittwoch, 29. Juli 2009, 09:30 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Lehmann

RATTER

Didier

MANBOLD

Hessel

KTS

Linke

FDP

Linke

Grüne

Linke

SPD

Lehmann

Ratter

Didier

Manbold

Hessel

KTS

[illegible][illegible]

(Beginn: 9.33 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle zur 16. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der Wahlperiode. Ich begrüße die Öffentlichkeit und die Pressevertreter. Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir für den heutigen Tag geplant haben, vier Zeugen zu vernehmen, wobei ich hoffe, dass wir das Zeitfenster des gestrigen Tages, nämlich 20 Uhr, nicht weit überschreiten werden. Es kann und wird auch - zumindest gilt das für die Vernehmung des letzten, des vierten Zeugen - eine nichtöffentliche Beweisaufnahme geben. Sofern aus der Vernehmung der vorherigen Zeugen Fragen für den nichtöffentlichen Teil eine Rolle spielen sollten, werden diese entsprechend der Praxis des Ausschusses auch en bloc in einem nichtöffentlichen Beweisaufnahmeteil gestellt werden können.

Ferner darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig sind; es gibt diesbezügliche Beschlüsse des Ältestenrates. Ferner ist es nicht erlaubt, Handytelefonate während der Sitzung zu führen, sodass ich bitte, diese Regelung zu berücksichtigen und zu akzeptieren.

Als ersten Zeugen haben wir für heute Herrn Eckehard Schmidt auf 9.30 Uhr geladen.

**Vernehmung des Zeugen
Eckehard Schmidt**

Herr Schmidt, ich begrüße Sie auf das Herzlichste und darf Ihnen zunächst einige Formalien anheimgeben. Einmal werden wir eine Tonaufnahme der Sitzung fertigen, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern; diese Aufnahme wird später gelöscht werden. Ferner erhalten Sie ein Protokoll über Ihre Vernehmung, das Sie binnen 14 Tagen auf seine Richtigkeit überprüfen können, und binnen dieser Zeit können Sie auch Korrekturen und Ergänzungen vornehmen. Sollte - ich sehe bis jetzt noch keinen Anlass dazu, aber nur im Konjunktiv - ein Teil Ihrer Vernehmung mit einem Vertraulichkeitsgrad - also Ver schlusssache-Vertraulich oder gar Geheim -

versehen werden, besteht die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Protokoll nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages. Ferner darf ich Sie bitten - da Zeugeneinvernahmen unterschiedlich lang sein können -, einen entsprechenden Hinweis zu erteilen, wenn Sie eine Unterbrechung der Sitzung wünschen. Ich selbst werde das von mir aus vorschlagen, wenn ich den Eindruck haben sollte, dass dieses erforderlich oder ratsam ist.

Ferner noch Folgendes zum Beweisthema: Mit der Ladung wurden Ihnen zum Beweisthema der Beweisbeschluss sowie der Untersuchungsauftrag übersandt. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, nichts als die reine Wahrheit. Das heißt, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Widrigenfalls kann ein derartiger Verstoß ein Verfahren nach § 153 StGB, eine Geld- oder Freiheitsstrafe nach sich ziehen. Nach § 22 des Untersuchungsausschussgesetzes sind Sie ferner berechtigt, die Antwort auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren belangt zu werden.

Sofern Teile Ihrer Aussage Geschäfts-, Privat- oder Dienstgeheimnisse berühren sollten, bitte ich auch um einen entsprechenden Hinweis, damit der Ausschuss - ich erinnere an das, was ich soeben erwähnte - gegebenenfalls die Sitzung unterbrechen und sie als Vertraulich oder Geheim einstufen kann, um Ihnen die Möglichkeit zur Beantwortung in diesem geschützten Rahmen zu geben.

Ferner haben Sie die Möglichkeit, entweder auf die Fragen, die zuerst ich und dann meine Kolleginnen und Kollegen an Sie richten werden, zu antworten oder aber en bloc ein Statement abzugeben, anhand dessen wir dann anschließend die Fragen ausrichten werden. Welche Möglichkeit möchten sie wählen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Ich würde gerne ein kurzes einleitendes Statement abgeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut, dann danke ich Ihnen dafür und bitte vorab erst einmal um Ihren vollständigen

Namen und eine Anschrift, unter der wir Sie laden können.

Zeuge Eckehard Schmidt: Mein Name ist Eckehard Schmidt - wie auf der Ladung vermerkt -, und die ladungsfähige Anschrift: ... *[Anschrift hier nicht wiedergegeben]*.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Also die, unter der Sie auch heute - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Die Adresse, unter der ich geladen wurde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Herr Schmidt, ich erteile Ihnen das Wort.

Zeuge Eckehard Schmidt: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Zunächst möchte ich mich bedanken, dass es möglich war, den Termin aus meinem Urlaub vorzuverlegen. Herzlichen Dank dafür.

Erlauben Sie mir ein paar Worte zu der Frage, was die Aufgabe des Treuhänders bei einer Hypothekenbank, bei einer Pfandbriefbank, wie es jetzt allgemein heißt, ist, und damit auch, was meine Aufgabe bei der Hypo Real Estate Bank AG, wie sie bis Ende Juni dieses Jahres hieß, oder der Deutschen Pfandbriefbank AG, wie sie seit 26. Juni 2009 firmiert, ist. Die Hypo Real Estate Bank AG ist im Konzern der Hypo Real Estate Group die klassische Pfandbriefbank. Sie hat - außer dass sie Teil des Konzerns ist - nichts mit der HRE Holding zu tun und erst recht nichts mit den anderen Instituten in diesem Konzern, also zum Beispiel der DEPFA Bank plc in Dublin. Damit habe auch ich mit diesen Instituten keine irgendwie gearteten Beziehungen in meiner Tätigkeit als Treuhänder und auch sonst nicht.

Wofür ist der Treuhänder bei der Pfandbriefbank da? Er soll die Interessen der Pfandbriefgläubiger wahren, und er soll nur die Interessen der Pfandbriefgläubiger wahren. Deshalb hat er eine ziemlich unabhängige Stellung. Er ist natürlich auf keinen Fall Angestellter der Bank, darf auch in keiner sonstigen Mandats- oder Geschäftsbeziehung zur Bank stehen, und er ist auch nicht Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Er wird zwar durch diese bestellt, er ist aber nicht ihr Mitarbeiter; das ergibt sich aus dem Gesetz. Er ist auch nicht ihren Weisungen unterworfen.

Wie gesagt, es geht um die Wahrung der Interessen der Pfandbriefgläubiger. Das umschreibt und begrenzt zugleich auch den Aufgabenbereich des Treuhänders. Gesetzlich ist dieser Aufgabenbereich in § 8 des Pfandbriefgesetzes beschrieben.

Was sind die Interessen der Pfandbriefgläubiger? Einmal, dass jederzeit eine ausreichende Deckung für ihre Papiere durch erstrangig besicherte werthaltige Darlehensforderungen gegeben ist; zum anderen, dass diese zur Deckung dienenden Darlehen dem Zugriff anderer Gläubiger, gerade auch in der möglichen Insolvenz einer Bank, entzogen sind. Dazu dient der Eintrag dieser Darlehen in das sogenannte Deckungsregister.

Kurz gesagt muss sich der Treuhänder deshalb um zwei Bereiche besonders kümmern: Er muss sich erstens darum kümmern, dass nur ordentlich geprüfte und besicherte Darlehen in den Deckungsstock für die Pfandbriefe aufgenommen werden. Dabei geht es um die formal korrekte Ermittlung des Werts der beliehenen Objekte. Ich betone das, weil auch im Gesetz steht: Die Wertermittlung als solche in betriebswirtschaftlicher Sicht kann der Treuhänder nicht nachprüfen. - Aber er muss sehen, ob die vorgeschriebenen Verfahren eingehalten wurden. Und es geht um das Vorliegen der nötigen Sicherheiten, also insbesondere, ob die notwendigen erstrangigen Grundpfandrechte für dieses - wenn es sich um einen Hypothekenkredit handelt - Darlehen bestellt und vorhanden sind.

Als Zweites muss sich der Treuhänder darum kümmern, dass die Deckungswerte ordnungsgemäß ins Register eingetragen werden, eben damit sie den Pfandbriefgläubigern dann auch konkursfest zur Verfügung stehen, und dass sie deshalb auch nur mit seiner Zustimmung wieder aus diesem Register gelöscht werden können. Wie gesagt, das ist der Aufgabenbereich des Treuhänders nach dem Pfandbriefgesetz.

Und aus diesem beschränkten Aufgabenbereich ergeben sich ebenso eingeschränkte Auskunfts- und Kontrollrechte gegenüber der Bank. In § 10 des Pfandbriefgesetzes werden diese Einsichts- und Auskunftsrechte ausdrücklich beschränkt - ich darf aus dem Gesetz zitieren -: „... soweit sie sich auf die Pfandbriefe und auf die in die Deckungsregister eingetragenen Werte beziehen.“ Das bedeutet aber umgekehrt, der Treuhänder hat weder das Recht noch gar die Pflicht, die allgemeine Geschäftstätigkeit der Bank zu

überwachen. Was im sogenannten Außerdeckungsgeschäft geschieht, geht ihn grundsätzlich nichts an.

Abschließend darf ich sagen: Ich habe mir die Beweisthemen natürlich gründlich angesehen und konnte wenig Bezug oder keinen Bezug zur Tätigkeit des Pfandbrieftreuhänders dabei entdecken. Allenfalls kann ich zur Nr. IV anmerken, wo es um die Frage geht, ob es schon Beanstandungen bei Überprüfungen durch die Aufsicht gegeben hat, dass es bei den regelmäßigen Deckungsprüfungen - das sind auch wieder Prüfungen nach dem Pfandbriefgesetz, § 3, die einen eng beschränkten Bereich, eben die Pfandbriefdeckung, betreffen - der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu keinen nennenswerten Beanstandungen gekommen ist.

Bei diesen Prüfungen wird der Treuhänder auch mindestens zur Schlussbesprechung hinzugezogen; in der Regel spricht aber auch der Prüfer vorher in einem Vieraugengespräch mit dem Treuhänder, um zu erfahren, ob es irgendwelche Beanstandungen aus seiner Sicht gibt. Wie gesagt, auch diese Prüfungen beschränken sich auf Fragen der Pfandbriefdeckung.

Ganz abschließend. Über die hier diskutierten Fragen, vor allem die Schieflage des Gesamtkonzerns Ende September 2008 und die folgenden Rettungsbemühungen, habe ich zuerst aus der Presse erfahren bzw. dann auch aus dem per E-Mail verbreiteten Newsletter der Bank; den bekommt der Treuhänder natürlich auch zugestellt.

Die Mitarbeiter, die sich um die Pfandbriefdeckung bemühen - auf der Mitarbeiterebene eben -, hatten, soweit ich das mitbekommen habe aus den Gesprächen, die man natürlich geführt hat, ebenso wenig Kenntnis von den Vorgängen. Erst im Januar 2009 kam es dann zu einem Gespräch mit einem der Vorstandsmitglieder, bei dem mir dann auch die Hintergründe der Vorgänge etwas genauer aus der Sicht der Bank erläutert wurden. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Schmidt. - Ich habe erst einmal zwei oder drei kleine Fragen. Sie haben es zwar schon in einem Nebensatz angesprochen, aber gleichwohl vielleicht noch einmal vertiefend: In welcher Art und Weise arbeiten Sie mit der Bankenaufsicht, also der Bundesbank und der BaFin, zusammen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zur Bundesbank besteht keinerlei Beziehung. Zur BaFin besteht die Beziehung dahin gehend, dass die BaFin den Treuhänder im Einvernehmen mit der jeweiligen Bank für eine bestimmte Frist bestellt. In der Regel wird man immer für drei Jahre bestellt, die Bestellung wird dann wiederholt. Die BaFin würde Kontakt aufnehmen, wenn sie ihrerseits möchte, dass der Treuhänder ihr Auskünfte erteilt. Das hat nicht stattgefunden. Ich habe das Recht, der BaFin jederzeit Bericht zu erstatten, wenn mir in meiner Tätigkeit Vorgänge bekannt werden, von denen ich meine, dass sie die Aufsicht kennen müsste.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herzlichen Dank. - Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr - das war das Einzige, was ich vertieft wissen wollte - und kann zu meinem Kollegen Herrn Wissing überleiten. Herr Dr. Wissing fragt für die FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Schmidt, können Sie ausschließen, dass von Ihnen betreute Unternehmen der HRE-Gruppe bei emittierten Pfandbriefen seit 2003 auch nicht deckungsstockfähige Positionen deckungsstockausstehender Pfandbriefe ausweisen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zunächst: Sie haben gesagt: von mir betreute Institute.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Zeuge Eckehard Schmidt: Ich habe mit Ausnahme einer kurzen Frist im letzten Jahr, in einer Übergangszeit, immer nur die Hypo Real Estate Bank betreut, weil das die Pfandbriefbank im Konzern ist. Die Hypo Real Estate International, die frühere Württembergische Hypothekenbank, ist in einer kurzen Übergangsfrist in meinem Bereich gewesen, bis sie fusioniert wurde. Jetzt ist es eine einheitliche Bank, die Deutsche Pfandbriefbank.

Zu der Frage: „Können Sie ausschließen, dass auch nicht deckungsfähige Werte eingetragen wurden?“, muss ich kurz ausholen. Wie geschieht das Geschäft des Treuhänders? Der Treuhänder lässt sich die zur Deckung vorgesehenen Werte oder Darlehen vorlegen, aber natürlich nicht sämtliche Akten; das ist ganz unmöglich. Er lässt sich auch nicht, wenn es sich um große Zahlen

von Deckungswerten handelt, sämtliche vorlegen, sondern - das ist auch in der Deckungsregisterverordnung so vorgesehen - er kann eine Stichprobe nehmen. Von dieser Auswahlmöglichkeit muss man - zumindest wenn es eine große Zahl von Vorgängen ist, wie es bei der Hypo Real Estate Bank in der Vergangenheit war; derzeit ist es aus verständlichen Gründen weniger - Gebrauch machen. Das heißt, ich kann nur sagen, dass bei all den Vorgängen, die ich geprüft habe, keine nicht deckungsstockfähigen Darlehen oder Vorgänge kenntlich geworden sind.

Dr. Volker Wissing (FDP): In Ihrem Schreiben vom 15. Juli schreiben Sie, dass Sie regelmäßig Einsichtnahme in die Deckungsrechnungen für Hypothekendarlehenbriefe und öffentliche Pfandbriefe vollziehen. Was bedeutet dabei Einsichtnahme? Was sind Ihre Pflichten und Möglichkeiten bei einer Beanstandung, auf eine Beseitigung der Mängel hinzuwirken?

Zeuge Eckehard Schmidt: Einsichtnahme bedeutet, dass mir die Bank zweimal wöchentlich die Deckungsrechnung, die ja täglich erstellt wird, vorlegt. Einsichtnahme bedeutet, dass ich die entscheidenden Positionen, das heißt vor allem das Vorhandensein einer ausreichenden Überdeckung, aber auch die Einhaltung bestimmter Wertgrenzen von bestimmten Arten von Sicherheiten - - Nicht alle Arten von Sicherheiten dürfen in vollem Umfang in den Deckungsstock genommen werden; bestimmte ausländische Sicherheiten dürfen zum Beispiel maximal 10 Prozent des Deckungsstocks betreffen. Alle diese Werte werden in der Deckungsrechnung laufend ausgewiesen. Genauso wird laufend die barwertige Deckung berechnet.

Diese Werte überprüft man daraufhin, ob sie im positiven Bereich sind, im grünen Bereich. Man fragt nach, wenn sich auffällige Ausschläge ergeben, nach oben oder unten, gerade bei der Überdeckung. Dann fragt man bei den zuständigen Mitarbeitern nach, worauf diese Ausschläge beruhen. Aber es hat sich bisher nie ein Punkt ergeben, dass eben zum Beispiel die Gefahr einer Unterdeckung bestanden hätte in diesem Fall. Das wäre sicherlich ein Fall gewesen, den man der BaFin hätte berichten müssen.

Es hat einmal einen Computerfehler gegeben, dass eine Unterdeckung einmal ausgewiesen wurde. Das ist aber am gleichen

Tag auf unsere Rückfrage von der Bank natürlich sofort aufgeklärt worden. Das ist Jahre her, dass das eine Computerpanne war.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie haben auch geschrieben, es sei zu Deckungskorrekturen gekommen. Was für eine Art von Deckungskorrekturen war das?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zu den Deckungskorrekturen ist es im Rahmen der von mir schon vorhin erwähnten Deckungsprüfungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder durch von ihr beauftragte Wirtschaftsprüfer gekommen. Das ist ein vollkommen normaler Vorgang, der bei all diesen Prüfungen stattfindet, ähnlich wie bei Betriebsprüfungen. Ich erinnere mich an Fälle aus den 90er-Jahren, wo damals der Prüfer - im Jahr 2000 oder 2001; das weiß ich nicht mehr genau - bei einzelnen Werten, die ostdeutsche Immobilien betroffen haben, nachgefragt hat: Ist die Werthaltigkeit dieser Immobilien in der Höhe des Beleihungswertgutachtens, was ja zum Zeitpunkt der Indekungnahme erstellt worden ist - also vielleicht fünf oder sieben Jahre vorher -, noch gegeben, oder muss hier der Wert korrigiert werden? Dann hat man sich in einzelnen Fällen auf eine Wertkorrektur geeinigt.

Eine andere Frage war immer bei den öffentlichen Pfandbriefen die Frage, welche ausländischen öffentlichen Darlehensnehmer deckungsfähig sind. Das ist immer die Frage bei den mittelbaren Gesellschaften, also Wohnungsbaugesellschaften zum Beispiel mit öffentlicher Absicherung oder Energieversorgern ausländischer Art. Über solche Fälle ist dann einmal diskutiert worden. In der Deckungsprüfung war ich sozusagen nur Zuhörer. Es ist dann entschieden worden: Man nimmt ein einzelnes Darlehen heraus oder nicht. Es waren bezogen auf den viele Milliarden großen Deckungsstock aber nie relevante Größen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es solche Fälle, dass man einzelne Darlehen, Immobiliendarlehen, herausgenommen hat seit 2003?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann sein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sind diese einzelnen Immobiliendarlehen alle überprüft worden, oder gab es da nur stichprobenartige Überprüfungen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie sprechen jetzt von der Überprüfung seitens des Deckungsprüfers, nicht durch mich?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, genau.

Zeuge Eckehard Schmidt: Auch der Deckungsprüfer muss sich bei großen Portfolien auf Stichproben beschränken.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sagen Sie: In welchem Umfang gab es denn Deckungsstockentnahmen bzw. Zuführungen im Durchschnitt pro Jahr?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann ich so nicht beantworten. Ich habe die Größenordnung nicht im Kopf. Es sind größere Millionenbeträge natürlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Millionen- oder Milliardenbeträge?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, mehrstellige Millionenbeträge, würde ich sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas bekannt darüber, dass es auch einen Austausch in Milliardenhöhe gegeben hat bei der Hypo Real Estate seit 2003?

Zeuge Eckehard Schmidt: Wenn Sie sagen, seit 2003, dann kann ich es nicht genau sagen. Ich weiß, dass es zu Beginn des Jahrhunderts einen großen Paketverkauf von Darlehen an Lone Star gegeben hat. Das war mir natürlich bekannt, weil ja damit eine sehr große Summe aus der Deckung genommen wurde. Das war zum Beispiel ein Thema, was mit der Bank lange erörtert wurde: Wie baut man gleichzeitig wieder ausreichend Deckung auf, weil ja keine Sekunde eine Unterdeckung entstehen darf? So war es notwendig, entsprechende Ersatzdeckungen und weitere Deckungswerte rechtzeitig einzutragen, sodass Werte - das war ein größerer Milliardenbetrag; ich habe es so in Erinnerung, dass es sich ungefähr um 4 Milliarden Euro gehandelt hat - in dieser Größenordnung den Deckungsstock

verlassen haben. In dem Moment, wo die Darlehen auf einen Dritten übertragen werden, ist es natürlich nicht mehr möglich, den Deckungsstock zu verlassen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Durch welche Sicherheiten wurde damals der Deckungsstock wieder ergänzt?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann ich Ihnen jetzt im Einzelnen nicht mehr sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, dass es im Deckungsstock bei der Hypo Real Estate nicht deckungsstockfähige Wertpapiere gegeben hat?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine Beanstandung der Bankenaufsicht in diesem Zusammenhang auch nicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Ist mir nicht bekannt, nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich gebe nun weiter an Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion, 19 Minuten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte die von Herrn Wissing gestellte Frage über das größere Volumen damals - - Das war doch, wenn man sich richtig erinnert, die alte HVB und nicht die neue HRE.

Zeuge Eckehard Schmidt: Wie gesagt, ich habe jetzt keine Aufzeichnungen darüber bei mir. Es war jedenfalls früh nach dem Jahr 2000. Sie können also recht haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn etwas aus dem Deckungsstock genommen wird: Haben Sie auch Kenntnis darüber, dass es auch wiederum werthaltig in dem Umfang, wie es erforderlich war, ergänzt worden ist?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist damals umfangreich besprochen worden, wie diese Ergänzung vorgenommen wird, damit, wie gesagt, keine Sekunde eine Unterdeckung ist. Es ist dann zunächst natürlich zu

einer größeren Überdeckung gekommen, um dann in der Sekunde des Verkaufs, also wo dieser wirksam wurde, die nötige Überdeckung weiterhin darstellen zu können.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wie ist Ihre Kenntnis dann zu bestimmten Vorhaltungen - auch über die öffentliche Meinung -, dass es hier Verfehlungen an dem Deckungsstock gegeben haben sollte?

Zeuge Eckehard Schmidt: Davon ist mir nichts bekannt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Risiken hätte eine Insolvenz der HRE-Gruppe jetzt als Holding für den Pfandbriefgläubiger gehabt? Wäre Ihrer Ansicht nach - was Stärkung des Pfandbriefes und Rettung des Pfandbriefes anbelangt - überhaupt so etwas für die HRE Group erforderlich gewesen, was jetzt abgelaufen ist?

Zeuge Eckehard Schmidt: Entschuldigung, ich habe das Letzte akustisch nicht verstanden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Risiken hätte eine Insolvenz oder Planinsolvenz der HRE Group im Grunde für den Bereich Pfandbriefbank gehabt?

Zeuge Eckehard Schmidt: Für die Bank natürlich schlimme Folgen. Für die Pfandbriefgläubiger sollte sie keine Folgen haben, weil der Deckungsstock mit seinen Werten aus der Konkursmasse herausgelöst wird. Er wird auf einen Sachwalter übertragen. Er würde aus der Obhut des Treuhänders herausgehen auf einen sogenannten Sachwalter nach dem Gesetz. Der Sachwalter ist von da an der, der die Interessen der Pfandbriefgläubiger wahrnimmt und den Deckungsstock auch im Interesse der Pfandbriefgläubiger verwalten und verwerten kann.

Von daher gesehen müssten die Pfandbriefgläubiger, die Werthaltigkeit des Deckungsstocks unterstellt, auch ausreichend abgesichert sein. Das ist ja auch der Sinn zum Beispiel der Tatsache, dass auch erst-rangige Darlehen nur zu 60 Prozent in Deckung genommen werden können. Damit ist ein erheblicher Wertpuffer gegeben. Bei jedem Darlehen, auch schon vorher bei der Beleihungswertermittlung, sind vorsichtige Wertermittlungen anzusetzen, sodass man

sozusagen einen doppelten Wertpuffer hat, was die Beleihungswerte anlangt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Würden Sie damit den Pfandbriefteil der HRE als systemisch ansehen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist eine für mich schwer zu beantwortende Frage. Da habe ich mir noch keine Gedanken darüber gemacht, gebe ich zu.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Muss man, Herr Schmidt, das, was die Sicherheit des Pfandbriefes angeht, und daraus resultierend im Grunde Verwerfungen am Pfandbriefmarkt unterscheiden?

Zeuge Eckehard Schmidt: Gut, vielleicht kann ich mit dieser Konkretisierung Ihre vorige Frage doch beantworten. - Man muss sicher unterscheiden, ob der einzelne Pfandbriefgläubiger abgesichert ist im Konkurs über dieses Verfahren, das ich gerade geschildert habe - Übertragung auf den Sachwalter und Verwertung der Sicherheiten zugunsten der Pfandbriefgläubiger -, oder dem Schaden, der natürlich für das Ansehen der gesamten Bank und natürlich auch für das Ansehen der von einer solchen Bank emittierten Pfandbriefe entsteht. Denn die Öffentlichkeit macht sicher auch in Unkenntnis der einzelnen Bestimmungen des Rechts keine so genauen Unterschiede, ob es nun zum Beispiel schlichte Inhaberschuldverschreibungen oder eben Pfandbriefe der Bank sind. Von daher gesehen könnte man sicher schon sagen, dass eine solche Insolvenz insgesamt natürlich ein systemisches Risiko dargestellt hätte und man wahrscheinlich den Pfandbrief rechtlich herauslösen, aber bankwirtschaftlich nicht ganz gesondert betrachten kann.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Damit hätte man durch den Aufkauf von HRE-Pfandbriefen im Grunde auch den Markt stabilisieren können.

Zeuge Eckehard Schmidt: Das wäre jetzt für mich eine Mutmaßung. Das gehört nicht zu meinen Aufgaben, das zu beurteilen. Ich glaube, da gibt es Berufenere, darüber zu urteilen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie hatten das eben schon angedeutet, was das sogenannte Rettungswochenende anbelangt. Sind Sie als Treuhänder für den Bereich Pfandbriefbank im Grunde in die Überlegungen miteinbezogen worden?

Zeuge Eckehard Schmidt: Bin ich nicht mit einbezogen worden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie Prüfungsergebnisse der Bankenaufsicht, insoweit sie auch die Pfandbriefbank betreffen und Liquiditätsgesichtspunkte beinhalten, zur Kenntnis bekommen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wäre es dann für einen Treuhänder, wenn er den Pfandbriefteil sieht, durchaus auch sehr wichtig, Informationen zur Gesamtgruppe zu bekommen, die unter Umständen, wie Sie eben ja betont haben, durchaus mit ihren Teilen Relevanz für die Gesamtbank haben können?

Zeuge Eckehard Schmidt: Die Informationen wären sicher hilfreich. Natürlich habe ich mich, nachdem ich aus der Presse über diese Schwierigkeiten erfahren habe, mit den Mitarbeitern in der Bank, mit denen ich im ständigen Kontakt stehe, also der sogenannten Pfandbrief- oder Treuhänderbetreuung, sofort in Verbindung gesetzt und habe von dort dann immer nur die Auskunft bekommen: Unser Bereich ist nicht betroffen. Es betrifft Bereiche im Konzern, die nicht in unserer Bank liegen. Bei uns ist alles stabil. - Die entsprechenden Kennzahlen sind mir, wie gesagt, regelmäßig vorgelegt worden. Ich habe dann noch einmal bei der Frage der Island-Kredite nachgefragt, ob solche Darlehen von der von mir zu beaufsichtigenden Bank im öffentlichen Bereich in erheblichem Maße vergeben worden sind. Das ist verneint worden. Das war ein relativ kleiner zweistelliger Millionenbetrag, also ein bezogen auf den Gesamtdeckungsstock unbedeutender Betrag. Ansonsten, wie gesagt, bin ich nicht in irgendeiner Weise in die Gespräche oder Erwägungen nach den schwierigen Ereignissen Ende September einbezogen gewesen. Es gab dann eine Hintergrundinformation im Januar seitens der Bank.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis darüber, ob der Verkauf des Pfandbriefanteils, der Pfandbriefbank durchaus die Quantität des Rettungsvolumens positiv beeinflussen konnte?

Zeuge Eckehard Schmidt: Darüber kann ich auch nur mutmaßen; das weiß ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Was würden Sie mutmaßen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das könnte sein, ja. Wie gesagt, das ist weit außerhalb meiner Aufgabenstellung.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber einem Verkauf hätte aus Ihrer Sicht nichts im Wege gestanden?

Zeuge Eckehard Schmidt: Der entsprechenden Bank?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja. Also der Bank, was Pfandbriefe anbelangt.

Zeuge Eckehard Schmidt: Nicht aus pfandbriefrechtlichen Gründen. Was ansonsten dagegenstand, das kann ich nicht beurteilen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Noch Fragen der CDU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich jetzt für sieben Minuten an Herrn Dr. Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, mir ist vieles noch gar nicht so richtig klar, deswegen erst mal ein paar Fragen: Sie sind vereidigter Sachverständiger, oder was ist man, wenn - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, ich bin von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach dem Pfandbriefgesetz bestellter Treuhänder, nach § 7 Pfandbriefgesetz.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist eine eigenständige - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist eine eigenständige im § 7 Pfandbriefgesetz definierte Betätigung.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten ja richtig gesagt -- Wir haben Sie wegen dem Punkt 4 natürlich hier mit aufgenommen. Jetzt haben wir gehört, dass die Hypo-Vereinsbank in den 90er-Jahren möglicherweise systematisch Geschäfte, insbesondere in den neuen Bundesländern, gemacht hat. Man befürchtet, dass die Deckung eigentlich nicht gegeben ist, dass man also weit überhöhte Werte möglicherweise in den Deckungsstock aufgenommen hat. So was würde Ihnen aber auffallen bei den Überprüfungen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Es würde mir dann auffallen, wenn bei Indeckungnahme, also zum Zeitpunkt, zu dem diese Werte in den Deckungsstock aufgenommen werden, ein Wertgutachten vorliegt, das deutliche Mängel in der Wertermittlung erkennen lässt: Wenn in dem Wertgutachten zum Beispiel keine Aussagen getroffen werden zur Lage, zur Vermietbarkeit, zur Drittverwendbarkeit bei Gewerbeimmobilien - das ist immer ein besonderes Problem, ob diese Immobilie weiterverkauft werden kann oder eben nur für den, für den sie erstellt ist, verwertbar ist -, wenn dazu Aussagen im Gutachten fehlen würden, würde man das auch, wenn man es zu Gesicht bekommt, beanstanden. Aber das ist natürlich eine -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber diese Prüfungen - -

Zeuge Eckehard Schmidt: - wenn ich das kurz noch ausführen dürfte - Momentaufnahme im Zeitpunkt der Indeckungnahme. Die spätere Überprüfung der fortgeltenden Werthaltigkeit obliegt der Bank. Wie gesagt, im Rahmen der Deckungsprüfungen ist dieses Thema damals, soweit ich mich erinnere, zwar nicht auf den HVB-Bestand bezogen, sondern auf den Bestand einer anderen Vorgängerbank, angesprochen worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das Ganze wird doch erst gemacht seit 2003, seit 2004. Das heißt also, alles, was damals auf einen Schlag reingekommen ist, kann bestenfalls mit wenigen Stichproben überprüft worden sein.

Zeuge Eckehard Schmidt: Darf ich noch mal - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Seit wann gibt es überhaupt diese Art von Deckungsstockprüfungen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, nein. Diese Prüfungen gibt es schon immer. Die gab es natürlich auch bei der HypoVereinsbank. Die sind regelmäßig - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist sozusagen damals auch immer schon geprüft worden?

Zeuge Eckehard Schmidt: Die finden regelmäßig alle drei Jahre statt, also immer ziemlich zeitnah. Für alle Pfandbriefbanken - damals noch Hypothekenbanken; damals hieß es noch Hypothekenbankgesetz; aber das war das Gleiche vom Inhalt her - gibt es diese Prüfungen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nur die Rechtsgrundlage hat sich geändert.

Zeuge Eckehard Schmidt: Da hat sich der Name geändert. Der Inhalt hat sich nicht geändert.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wie geht das denn jetzt ganz konkret vonstatten? Wir haben gestern gehört: Immobilienbüro, Immobilien in New York, statt 100 Prozent möglicherweise nur noch 30 Prozent oder weniger Prozent an Wert. Wie schlägt sich das denn jetzt in so einem Deckungsstock nieder, wenn ich so ein Objekt entsprechend beliehen habe?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zunächst mal, wie schon vorhin kurz erwähnt, ist das Objekt natürlich nie mit 100 Prozent seines Beleihungswerts im Deckungsstock, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Eckehard Schmidt: - sondern zunächst einmal nur mit 60 Prozent, und der Beleihungswert ist nicht der Marktwert. Der Beleihungswert liegt bei Wertermittlung in der Regel unter dem Marktwert. Das ist erstmal der große Sicherheitspuffer. Das heißt, ein Absinken des Marktwertes bedeutet noch lange nicht, dass die Werthaltigkeit des De-

ckungsstocks sinkt. Natürlich sinkt sie im Gesamtvolumen, aber sie sinkt nicht unter die für die Deckung notwendige Grenze. Die nächste Frage ist dann natürlich: Wenn es einen nachhaltigen Wertverfall gibt - das ist der Unterschied: wenn man feststellen kann, dass dieser Wertverfall nicht nur zeitweise ist, weil sich zum Beispiel die Vermietungssituation in einer bestimmten Region zeitweise verschlechtert darstellt -, dann muss die Bank darüber nachdenken, eine Wertekorrektur vorzunehmen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Da haben Sie aber nichts mit zu tun und die Aufsicht auch nicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Wenn die Korrektur vorgenommen wird: Ja, das bekomme ich zur Kenntnis.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber wenn die Bank dazu nicht bereit wäre, weil sie sagt: Wir sind im Augenblick selber in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist in der Regel eine Frage der Deckungsprüfung.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wurde so was in der HRE mal gemacht in 2008?

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie meinen Deckungskorrekturen?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Eckehard Schmidt: Die werden laufend gemacht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also in großem Umfang?

Zeuge Eckehard Schmidt: In großem Umfang nicht, aber ich bekomme immer wieder solche Korrekturen zur Kenntnis, wenn ein erneutes Wertgutachten erstellt wird.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber ich meine, wenn man auf dem US-Markt, auf dem spanischen Markt tätig ist, dann müssen auch im großen Umfang Korrekturen notwendig sein, oder nicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Vielleicht darf ich noch kurz anmerken: Ich hatte vorhin

erwähnt, dass ich nur sehr kurz für den Bereich der Hypo Real Estate International, der früheren Württembergischen Hypothekensbank, zuständig war. Es waren nur vier Monate, übergangsweise. Zuvor hatte ich mit ausländischen Darlehen in der Regel überhaupt keinen Kontakt. Wie gesagt, von daher waren die ausländischen Portfolien bis 2008 kein Thema für uns, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber wissen Sie denn, ob das so einfach - -

Zeuge Eckehard Schmidt: - weil das eine andere Bank war.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aus Ihrer Kenntnis - - Man sagt ja eben, dass die Immobilienpreise gerade in diesem Bereich völlig implodiert oder abgestürzt sind. Das müssten doch dann auch erhebliche Korrekturen sein, oder nicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das können im Einzelfall erhebliche Korrekturen sein, sagen wir zum Beispiel auf ein Viertel des Wertes, der vorher in Deckung war.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann würde etwas nachgelegt in den Deckungsstock, damit das sozusagen immer noch den Anforderungen entspricht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das muss nicht sein, weil der Deckungsstock ja immer eine erhebliche Überdeckung ausweist: Größenordnung 800 Millionen, 1 Milliarde, 2 Milliarden. Wenn ein einzelnes Objekt im Wert von vielleicht 100 Millionen auf 30 Millionen absinkt, dann berührt das natürlich die Überdeckung nur am Rande. Man kann etwas nachlegen, man muss aber nicht etwas nachlegen in so einem Fall.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten - vielleicht habe ich das auch falsch verstanden - Island-Kredite in dem Deckungsstock. Es sind aber nur Immobilien, oder sind da auch Staatspapiere drin?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nach dem Pfandbriefgesetz gibt es ja zwei Möglichkeiten. Es gibt einmal die klassischen Immobilienpfandbriefe. Da sind nicht nur Immobilien drin - da gibt es auch bestimmte andere Deckungswerte, die zu kleinen Prozentsätzen

zusätzlich aufgenommen werden dürfen -, aber hauptsächlich Immobilien. Es gibt natürlich den Bereich der öffentlichen Pfandbriefe, und die sind gedeckt durch Darlehensforderungen gegen öffentliche Körperschaften, und zwar inländische öffentliche Körperschaften, aber auch EU-ausländische öffentliche Körperschaften. Seit einiger Zeit ist es auch möglich, soweit ich es im Kopf habe, entsprechende amerikanische und japanische Papiere, entsprechende Darlehen, hereinzunehmen, was aber, soweit ich weiß, nur in sehr geringem Umfang stattfindet.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also bei der HRE hat es im Prinzip nur diese isländischen Papiere gegeben? Habe ich Sie jetzt richtig verstanden?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das weiß ich nicht. Ich habe damals, wie Island in die Schieflage geriet, nur nach den isländischen gefragt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und leite dann über zu Nina Hauer, SPD. - Frau Hauer, bitte.

Nina Hauer (SPD): Herr Schmidt, haben Sie denn in Ihrer Tätigkeit irgendeine Unregelmäßigkeit in den Deckungsstöcken entdecken können?

Zeuge Eckehard Schmidt: Es kommt darauf an, wie Sie „Unregelmäßigkeit“ definieren. Ich hatte kurz erwähnt, dass es natürlich immer einmal formale Beanstandungen gibt, die aber immer sofort korrigiert werden: Zum Beispiel liegt ein Grundschuldbrief nicht vor, oder eine Beleihungswertermittlung erscheint dem Treuhänder zu alt. Wenn ein Gutachten vorgelegt wird für den Wert von vor zehn Jahren, dann wird man als Treuhänder sagen: Ich möchte aber schon einen zeitnäheren Wert wissen, aus den letzten zwei Jahren zum Beispiel. - Solche Dinge sind aber immer - wenn sie mal vorkamen; das waren nur Einzelfälle - sofort behoben worden auf meine Bitte hin.

Nina Hauer (SPD): Gibt es denn aus Ihrer Sicht Anlass, dass man sich Sorgen machen muss um die Qualität des Deckungsstockes?

Zeuge Eckehard Schmidt: Aus meiner Sicht nicht.

Nina Hauer (SPD): Gibt es denn einen einzigen Pfandbrief, der in den letzten turbulenten Zeiten für die HRE nicht eingelöst werden konnte?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, selbstverständlich nicht. Das wäre ja das Unglück schlechthin gewesen.

Nina Hauer (SPD): Sind Sie denn der Meinung, dass die Rettung der HRE insbesondere auch das Vertrauen der Pfandbriefbesitzer stärken sollte? Denn die Öffentlichkeit war da wahrscheinlich schon zumindest beunruhigt.

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie fragen wieder nach meiner persönlichen Meinung, so wie ich Sie verstehe. Das ist natürlich nicht aus meiner Tätigkeit heraus beantwortbar. Selbstverständlich - wie ich Herrn Dautzenberg schon vorhin geantwortet hatte - wäre es für das Ansehen der Pfandbriefbanken und vielleicht auch des Pfandbriefs insgesamt sehr schädlich gewesen, wenn eine der größten deutschen Pfandbriefbanken in die Insolvenz gegangen wäre, auch wenn der einzelne Pfandbriefgläubiger rechtlich gesehen abgesichert gewesen wäre.

Nina Hauer (SPD): Der Vorstandsvorsitzende Herr Wieandt hat gestern gesagt, dass sogar eine Überdeckung im Deckungsstock vorhanden ist, weil die Ratingagenturen nach den Rettungspaketen die HRE dazu angehalten haben, um ihr Rating zu verbessern. Ist das richtig?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zu den Gründen der Überdeckung kann ich natürlich nichts sagen. Ich beobachte ja nur, dass sie vorhanden ist. Die Überdeckung ist im Moment sehr hoch; das stimmt. Das kann verschiedene Gründe haben. Das kann den Grund haben, dass wenige Pfandbriefe emittiert werden können, natürlich aufgrund der Situation der Bank; wie ich das so sehe, läuft das Geschäft jetzt erst langsam wieder an. Es kann aber auch den Grund haben, dass Ratingagenturen eine höhere Überdeckung verlangt haben. Dass eine Überdeckung vorhanden ist, ist Pflicht nach dem Pfandbriefgesetz. Im Pfandbriefgesetz steht nicht,

wie hoch die sein muss. Es würden also natürlich auch 100 Millionen sicher reichen. Es müssen keine Milliarden sein.

Nina Hauer (SPD): Aber jetzt ist diese Überdeckung so in dieser - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie schwankt von Tag zu Tag, aber sie ist hoch.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn Beziehungen gehabt, oder hat sich Ihre Tätigkeit als Treuhänder auch auf diese Gesellschaften erstreckt: die HRE Holding AG oder die DEPFA plc oder die DEPFA Pfandbriefbank?

Zeuge Eckehard Schmidt: In keiner Weise. Ich war und bin bestellt als Treuhänder. Der Name der Bank hat ständig gewechselt. Einmal hieß sie am Anfang HVB Real Estate Bank, dann hieß sie Hypo Real Estate Bank - „Bank“ wohlgemerkt, nicht „Group“. Jetzt heißt sie Deutsche Pfandbriefbank AG. Aber es ist immer die gleiche Bank geblieben. Sie hat durch Verschmelzungen andere, zum Beispiel die Württembergische Hypothekenbank, aufgenommen; aber sie ist immer die gleiche Bank geblieben in der HRE Group. Da ist die Holding oben drüber. Mit der habe ich aber nichts zu tun, außer dass ich natürlich weiß, dass es die gibt. Daneben gibt es Schwestergesellschaften. Dazu gehört die DEPFA Dublin, die Sie erwähnt haben, und hat bis vor kurzem die DEPFA Eschborn gehört, die inzwischen ja auch fusioniert worden ist.

Nina Hauer (SPD): Das mag auch der Grund sein, warum - - Sie haben ja schon vorhin gesagt, es fällt Ihnen etwas schwer, nachzuvollziehen, warum Sie hier als Zeuge eingeladen wurden.

Zeuge Eckehard Schmidt: So ist es.

Nina Hauer (SPD): Ich kann mich dem nur anschließen und habe insofern im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Namens der SPD fragt niemand mehr zurzeit. Dann übergebe ich jetzt an Herrn Dr. Schick vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Guten Morgen!

Hatten Sie im Frühjahr 2008, in der Phase Februar bis April, wo es ja eine Sonderprüfung der Bundesbank gab, Kontakt mit Mitarbeitern der Bundesbank?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein. Ich habe von der Sonderprüfung im Nachhinein erfahren; aber ich hatte keinen Kontakt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Es hätte ja auch sein können, dass die zwar nicht sagen, was sie da genau machen, aber Sie hatten auch unabhängig davon -

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit Bundesbankleuten keinen Kontakt.

Zeuge Eckehard Schmidt: Wie gesagt, ich habe im Nachhinein von der Prüfung erfahren. Ich hatte keinen Kontakt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Aufgabe ist - haben Sie geschrieben -, darauf zu achten, dass die Deckungswerte ordnungsgemäß in das Deckungsregister eingetragen werden. Was machen Sie da genau? Ich habe noch nicht verstanden, wie Sie das tun. Ich habe den Prüfbericht, aus dem ich jetzt hier nicht zitieren kann - sonst müssten wir jetzt Geheimschutz machen -, so verstanden, dass da nicht alles völlig in Ordnung war. Wie überprüfen Sie das? Denn Sie sind da ja nicht zu irgendwelchen Mängeln gekommen.

Zeuge Eckehard Schmidt: Nachdem ich den Prüfbericht, den Sie zitieren, wahrscheinlich nicht kenne, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber es geht - -

Zeuge Eckehard Schmidt: - kann ich schwer dazu Stellung nehmen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sollen ja auch nicht zu dem Prüfbericht Stellung nehmen; Sie sollen deutlich machen, was Sie da genau geprüft haben, damit ich mir ein Bild machen kann,

wieso es zu möglicherweise unterschiedlichen Einschätzungen kommen kann.

Zeuge Eckehard Schmidt: Wie gesagt, was vor Indekungnahme geprüft wird, ist das Vorliegen der entsprechenden Sicherheiten und das Vorliegen einer ausreichenden Beleihungswertermittlung, die den Wert, zu dem das Grundstück eingetragen - - das Darlehen eingetragen werden soll, abdeckt. Das sind die wesentlichen Punkte, die vor Indekungnahme vom Treuhänder geprüft werden, allerdings, wie ich es schon sagte, bei großen Portfolien nur stichprobenweise. Das ist so auch von der Beleihungswert- bzw. Deckungsregisterverordnung vorgesehen. Der ordnungsmäßige Eintrag ins Register, das ist der formale Akt, der sicherstellen soll, dass die Pfandbriefgläubiger diese ihnen zugewiesene Masse in einem Konkursfall auch aussondern können. Das ist dann ein rein formaler Akt. Der erfolgt durch die Bank in einem - ja - abgesicherten Verfahren; so muss man sagen. Da steht der Treuhänder natürlich nicht daneben und schaut zu, wie das ins Register geschrieben wird. Der Treuhänder bestätigt dann durch seine Unterschrift, dass es nach diesem üblichen Verfahren in Deckung genommen ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will da noch mal nachhaken, weil: Wir haben häufig den Eindruck, dass jemand sagt: „Wir prüfen das“, und wir unter dem Stichwort „Was wird da geprüft?“ was anderes verstehen als der, der tatsächlich was tut. Deswegen will ich jetzt wissen, wer das genau - - Wie prüfen Sie die Richtigkeit einer Beleihungswertermittlung? Wie tief gehen Sie da rein? Machen Sie da eigene Marktuntersuchungen, ob der ausgehende Wert richtig angegeben wurde, oder gucken Sie nur ausgehend von den Werten der Bank, dass sie praktisch - - dass dann nachher richtig gerechnet worden ist?

Zeuge Eckehard Schmidt: Ich prüfe, ob ein verfahrensmäßig richtig erstelltes Gutachten und ein - ich habe es vorhin angesprochen - auch hinreichend aktuelles Gutachten vorliegt. Ich darf und kann nicht prüfen - - Das steht übrigens im Gesetz: Es ist nicht die Pflicht des Treuhänders, die betriebswirtschaftliche Stichhaltigkeit des Gutachtens zu prüfen. Man wird natürlich Auffälligkeiten ansprechen. Wenn man ein Gutachten vorgelegt bekäme - das ist jetzt

hypothetisch, weil: so eines habe ich bisher nicht gesehen -, in dem drinstünde: „Das Objekt ist praktisch nicht vermietbar, sowohl aus regionalen Gründen oder auch, weil es in einem besonders schlechten Zustand ist“, dann würde man natürlich nachfragen, wieso ein solches Objekt in die Deckung geht. Wie gesagt, einen solchen Fall habe ich aber nicht gesehen.

Man schaut also nach. Es gibt ja eine Beleihungswertermittlungsverordnung. Da steht drin, dass bestimmte Dinge eingehalten werden müssen, zum Beispiel: Es muss in der Regel ein Ertragswert für das Objekt festgestellt werden und ein Sachwert für das Objekt festgestellt werden, und der wird dem Marktwert gegenübergestellt. Der Marktwert ist nicht der Beleihungswert, sondern aus diesem Ertragswert und Sachwert wird der Beleihungswert abgeleitet, und zwar nimmt man in der Regel, weil das der sicherere Wert ist, den Ertragswert, also die nachhaltige Ertragsfähigkeit des Objekts, weil nur die ja dann auch einen entsprechenden Zahlungsstrom für das Objekt generiert. Darauf muss man, wie gesagt, achten, dass diese Ermittlungen vorgenommen wurden; aber die betriebswirtschaftliche Überprüfung kann der Treuhänder nicht leisten und soll er nicht leisten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn man bei so einer Rechnung von einem etwas überhöhten Marktwert ausgeht, dann fällt es im Rahmen einer solchen Prüfung zunächst mal nicht auf, solange dann nachher die Verhältnisse zwischen den Werten richtig stimmen; denn beim Ertragswert kann ich ja eine etwas höhere Vergleichsmiete annehmen, als das eigentlich erzielbar ist. Wir wissen ja, wie Schrottimmobilien in den 90er-Jahren verkauft worden sind; da sind den Leuten ja auch gewisse Zahlen vorgelegt worden. Das ist dem Kunden nicht aufgefallen. Aber Ihnen kann das, wenn Sie betriebswirtschaftliche Überlegungen nicht überprüfen, dann auch nicht auffallen.

Zeuge Eckehard Schmidt: Damit haben Sie im Grunde recht. Natürlich, wie schon gesagt, wenn es sehr stark den sozusagen allgemeinen Denkgesetzen widersprechen würde, würde einem das schon auffallen. Noch mal, weil Sie sagten: wenn man von einem falschen Marktwert ausgeht. Der Marktwert wird daneben festgestellt, sozusa-

gen als Gegenbild. Der Marktwert ist nicht der Wert, der zugrunde gelegt wird. Es wird für Beleihungswertgesichtspunkte ein vorsichtigerer Wert ermittelt, eben ein Ertragswert unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten „dauerhafte Vermietbarkeit“ - da werden auch zum Beispiel unterlassene Instandhaltungskosten und Ähnliches von diesem Wert abgesetzt -, und auf der anderen Seite ein entsprechender Sachwert, also vor allem bei Gewerbeimmobilien, wo es oft schwierig ist, einen entsprechenden Ertragswert festzustellen; Thema - ich habe es auch schon angesprochen - bei Gewerbeimmobilien zum Beispiel Betriebsverwendbarkeit. Dazu muss eine Aussage im Gutachten sein. Darauf achtet man natürlich, dass das Gutachten nicht über alle diese Fragen einfach hinweggeht. Aber, wie gesagt, die betriebswirtschaftliche Überprüfung ist uns nicht möglich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn ich jetzt so eine blasenartige Entwicklung habe, dass viele Marktakteure Ertragswerte, Vergleichswerte relativ hoch einschätzen, wie uns das ein Zeuge hier für die Zeit des Aufbaus in den neuen Bundesländern zum Beispiel gesagt hat, wo man dann einfach Vergleichswerte an einzelnen Luxusobjekten hatte, aber noch nicht wirklich eine gesicherte Erkenntnis, wie eigentlich die erzielbaren Erträge langfristig sein würden, dann ist es eigentlich nicht möglich, aus der Prüfung, die Sie übernehmen, so eine Zuhochbewertung systematisch herauszuarbeiten, zu korrigieren und zu kritisieren?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist vollkommen richtig. Wir müssen uns darauf verlassen, dass die Bewerter, die diese Gutachten machen, in der Regel ja zertifizierte Bewerter sind, die auch das entsprechende Know-how haben; aber wir können das im Einzelnen nicht nachprüfen. Wenn Sie so eine blasenartige Entwicklung ansprechen, dann ist es sicher nicht der Treuhänder, der die sozusagen aufstecken kann.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und gebe jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion, Herrn Dautzenberg, wobei ich für das weitere Prozedere noch eine ganz persönliche Bitte habe. Wenn Be-

richte erwähnt werden, dann bitte ich, egal ob sie nun zum Gegenstand der Frage oder zum Gegenstand eines Vorhalts gemacht werden, dass der Bericht auch für die anderen Mitglieder des Ausschusses bezeichnet wird, dass also gesagt wird: der Bericht vom usw. usf. - Das ist jetzt erledigt.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay!)

Aber für künftige Fragen, damit hier auch rein praktikabel schnell nachgelesen werden kann, was der Fragesteller gemeint hat.

Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, unsere Fragen sind erschöpft, und wir wollten nicht zu einem Seminar zum Pfandbriefgesetz tagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Dann gehe ich weiter zu Herrn Dr. Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob auch CDOs im Deckungsstock der Hypo Real Estate sind oder waren?

Zeuge Eckehard Schmidt: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Sind oder waren.

Zeuge Eckehard Schmidt: Sind oder waren. - Das kann ich nicht ausschließen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es im Zusammenhang mit CDOs im Deckungsstock der HRE Beanstandungen durch die Bankenaufsicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Mir sind keine bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sind im Deckungsstock der Hypo Real Estate ausländische Subprime-Immobilien?

Zeuge Eckehard Schmidt: Dazu habe ich nachgefragt. Mir ist versichert worden: Nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie wissen es nicht aus eigener Erkenntnis?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein. Ich kann den Bestand des Deckungsstocks natürlich nicht im Einzelnen überprüfen - dazu ist er zu umfangreich -, aber mir ist versichert worden, dass nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wer hat Ihnen das versichert?

Zeuge Eckehard Schmidt: Die zuständigen Mitarbeiter.

Dr. Volker Wissing (FDP): Die der Bank, der Hypo Real Estate?

Zeuge Eckehard Schmidt: Die der Bank.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann gehe ich weiter zur SPD und erteile das Wort, wenn gewünscht - - Das ist nicht der Fall. - Dann kann ich weitergehen zur Fraktion Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Auch nur noch zwei Fragen. Wie hat sich denn aus Ihrer Sicht insgesamt der Markt für Pfandbriefemissionen in 2008 und Anfang 2009 entwickelt?

Zeuge Eckehard Schmidt: Ich betreibe jetzt keine allgemeine Marktbeobachtung, also, kann ich Ihnen so nicht beantworten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und in Bezug auf die HRE, was ist so - -

Zeuge Eckehard Schmidt: In Bezug auf die HRE hat es sich sehr zurückhaltend entwickelt. Die Emissionstätigkeit ist zeitweise, so wie ich das beobachten konnte, weil ja bei der Emission der Treuhänder auch beteiligt ist, zum Erliegen gekommen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also faktisch gar nichts mehr - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Erst jetzt, nach Einstieg des Bundes, scheint es sich wieder zu beleben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und wie lange - - Wann hat das angefangen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann ich Ihnen im Einzelnen nicht sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Lag das - - War das denn ein Problem der HRE, oder war es eben ein Marktproblem? Darauf will ich ja - - Deswegen zielte die erste Frage doch aufs Allgemeine.

Zeuge Eckehard Schmidt: Ich kann das nicht bewerten. Selbstverständlich kann die spezielle Situation der Bank hier eine Rolle gespielt haben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sagen Sie noch mal: Wenn Sie sagen „zeitweise“, ging es da um ein, zwei Monate, war das das gesamte Jahr 2008?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, seit Beginn der öffentlich bekannten Turbulenzen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wann haben die für Sie angefangen? - wenn ich das noch fragen darf.

Zeuge Eckehard Schmidt: Öffentlich bekannt wurden sie, soweit ich mich erinnere, in der zweiten Hälfte 2008.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also irgendwann dann September?

Zeuge Eckehard Schmidt: September, ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Vorher war das für den Markt noch nicht relevant?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nach meiner Beobachtung. Wie gesagt, ich habe nicht eng nachverfolgt, wie sich das im Markt entwickelt hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Alles klar.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann übergebe ich an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Dr. Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich will, ohne in ein Seminar abzugleiten, noch mal die Stichprobenermittlung verstehen. Wie funktioniert das? Suchen Sie praktisch aus einer großen

Liste nach einem Zufallsprinzip einzelne raus? Wie kommen Sie zu dieser Auswahl? Wie groß ist die etwa im Verhältnis zum Gesamtstock? Wie sichert man, dass das repräsentativ ist?

Zeuge Eckehard Schmidt: Die Auswahl - - Man bekommt die Liste sämtlicher Indeckungnahmen für einen bestimmten Zeitraum, ein Quartal in der Regel oder ein Halbjahr, vorgelegt und wählt daraus aus. Das hängt nun, wie gesagt, natürlich auch vom Umfang der Indeckungnahmen ab, die stattfinden. In der Regel werden es ungefähr 10 Prozent sein, die man auswählt, wenn es eine größere Zahl ist. In der Krise habe ich jetzt gesagt: Ich möchte alle Indeckungnahmen zumindest kursorisch sehen, also die in den letzten drei, vier Monaten. Da habe ich mir jetzt mal alle vorlegen lassen. Das ist aber auch nur deshalb möglich, weil es inzwischen natürlich relativ wenige sind.

Wenn das eine sehr große Zahl ist, wie es zeitweise war, wenn sehr große Portfolien in Deckung gehen, dann muss man auch sehen, dass man ein bisschen von der regionalen Streuung - - nicht natürlich 20 Objekte in Berlin auswählt und keines im Süden, aber auch nicht umgekehrt, nicht 20 Objekte im Süden und keines in Berlin. Man versucht dann bei der Auswahl schon - - Es ist keine echte Zufallsstichprobe, sondern man versucht schon, eine gewisse Ausgewogenheit der Objekte zu sehen. Man schaut natürlich darauf, was besonders große Objekte sind. Von denen wählt man mehr aus, weil da natürlich einfach die Gefahr auch größer ist. Von kleinen Objekten wählt man weniger aus. Man versucht, bei der Auswahl eine gewisse regionale Ausgewogenheit herzustellen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese 10 Prozent werden aber nie unterschritten, das ist sozusagen eine Mindest - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist so gefühlsmäßig die Größenordnung. Ich denke nicht, dass die jemals unterschritten worden ist. Ich kann es Ihnen aber jetzt nicht beweisen, dass es so war ... (akustisch unverständlich)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und bei den 10 Prozent gehen Sie dann wirklich ins Detail und ma-

chen das, was wir in meiner letzten Frageunde gesagt haben?

Zeuge Eckehard Schmidt: Genau.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Eckehard Schmidt: Da werden mir die entsprechenden Unterlagen vorgelegt. Das können unter Umständen auch umfangreiche Unterlagen sein, mehrere Ordner oder so, und dann schaut man sich das im Einzelnen an.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Da ich sehe, dass die Fraktionen die ihnen zustehenden Fragekontingente nicht ausgenutzt haben, gehe ich davon aus, dass keine Fragen an Herrn Schmidt mehr bestehen.

Herr Schmidt, die Befragung Ihrer Person ist beendet. Es geht jetzt nur noch darum, Sie recht herzlich zu verabschieden, was ich gern tue, einen guten Nachhauseweg zu wünschen und gleichzeitig darauf zu verweisen, dass Ihnen - ich sagte es eingangs schon - das Protokoll von Ihrer Befragung zugestellt werden wird. Sie haben dann die Möglichkeit, es binnen zwei Wochen zu untersuchen auf Korrekturen und Ergänzungsvorschläge oder Ergänzungsnotwendigkeiten.

Ihre Vernehmung als Zeuge ist formal allerdings erst dann abgeschlossen, wenn der Ausschuss das hier durch Beschluss festgestellt hat. Das wiederum kann erst geschehen, a) wenn Sie das Protokoll erhalten haben, b) es ergänzt oder korrigiert haben und c) dieses mit den Ergänzungen, Korrekturen wieder bei uns angelangt ist.

Einstweilen herzlichen Dank und einen angenehmen Resttag!

Zeuge Eckehard Schmidt: Vielen Dank und auf Wiedersehen!

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich habe gerade erfahren: Herr Sprißler ist bereits da. Dann würde ich vorschlagen, dass wir nach einer kurzen Pause in zehn Minuten mit der Befragung des Zeugen Herrn Sprißler beginnen.

Ich danke Ihnen.

(Unterbrechung von
10.29 Uhr bis 10.40 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Es gelten selbstverständlich die Eingangshinweise zu Beginn der heutigen Zeugeneinvernahme in puncto keine Handynutzung und Ähnliches während der Beweisaufnahme.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Wolfgang Sprißler**

Ich begrüße Herrn Dr. Wolfgang Sprißler sehr herzlich. Er war auf 12 Uhr geladen. Wir sind Gott sei Dank ein wenig vor der Zeit, was uns allen vielleicht zugutekommen wird.

Herr Sprißler, ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme der heutigen Sitzung fertigen werden, welche allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonaufnahme wird anschließend gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt werden. Sie haben dann die Möglichkeit, binnen zwei Wochen Ergänzungen oder Korrekturen - falls gewünscht - vorzunehmen. Sollte der Ausschuss - das kann ich noch nicht übersehen - im Rahmen Ihrer Vernehmung einen Verschlussgrad Vertraulich oder Geheim beschließen, kann diese Einsichtnahme leider nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages erfolgen.

Ferner darf ich Sie um einen entsprechenden Hinweis bitten, wenn Sie im Rahmen Ihrer Zeugeneinvernahme eine kurze Pause oder eine Unterbrechung wünschen.

Ich habe festgestellt, dass Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen. Ich begrüße Herrn Dr. Gerhard Wirth auf das Herzlichste. Herr Wirth, darf ich Sie bitten, sich ganz kurz mit einem Satz dem Ausschuss vorzustellen?

RA Dr. Gerhard Wirth: Mein Name ist Dr. Gerhard Wirth. Ich bin Rechtsanwalt in der Kanzlei Gleiss/Lutz in Stuttgart und berate Herrn Dr. Sprißler und die HypoVereinsbank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen. Ich muss Sie aus formalen Gründen darauf aufmerksam machen, dass Ihnen kein Rede- und Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Sie dürfen natürlich den Zeugen beraten. Ihr Mandant kann jederzeit

eine Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen.

Herr Sprißler, nun noch einige - ebenfalls formale - Belehrungshinweise: Mit der Ladung wurden Ihnen das Beweisthema, der Beweisbeschluss und der Untersuchungsauftrag zugestellt. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher vollständig und richtig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Widrigenfalls kann hier gemäß § 153 StGB eine Geld- oder Freiheitsstrafe verhängt werden.

Ich darf ferner auf § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes hinweisen, wonach Ihnen selbstverständlich das Recht zusteht, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deretwegen Sie oder einer Ihrer Angehörigen einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren ausgesetzt werden könnten. Auch die Zeugnisverweigerungsrechte aus beruflichen Gründen nach den §§ 53 und 53 a gelten selbstverständlich auch hier entsprechend.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Geschäfts- oder Privatgeheimnissen nur in nichtöffentlicher Sitzung bzw. in einer nach der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie einfach um einen Hinweis, damit der Ausschuss die entsprechende Frage zurückstellen und gegebenenfalls in einem derartigen Sitzungsteil behandeln kann.

Wenn keine weiteren Fragen hierzu bestehen, können wir mit der Vernehmung fortfahren. Ich möchte zu Beginn zunächst Ihren vollständigen Namen und eine ladungsfähige Anschrift, unter der wir Sie erreichen können, haben. Das muss nicht Ihre Privatanschrift sein.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Mein Name ist Dr. Wolfgang Sprißler. Die ladungsfähige Anschrift lautet, ... *[Anschrift hier nicht wiedergegeben]*. Das ist die Adresse der HypoVereinsbank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr. - Jetzt haben Sie zu Beginn Ihrer Aussage nach § 24 Abs. 4 die Möglichkeit, ein Statement abzugeben. Anders gesagt: Sie haben die Möglichkeit, sofort auf meine Fragen bzw. auf die Fragen meiner Kolleginnen und Kollegen zu antworten, oder

zu dem Beweisthema en bloc vorher eine Eingangsstellungnahme abzugeben. Was wünschen Sie?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich würde vorschlagen, dass wir gleich in die Befragung einsteigen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Dann fange ich gleich mit der Befragung an. - Herr Sprißler, es geht natürlich um die Verhandlungen zur Rettung der HRE. Was war der Grund, warum Sie bei den Rettungsverhandlungen dabei waren? Was war Ihre Funktion bei den Rettungsverhandlungen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich war an diesem - in Anführungszeichen - berühmten ersten Rettungspaketschnürungswochenende, aber auch am zweiten beteiligt, primär in meiner Funktion als Vorsitzender des Vorstandes der HypoVereinsbank, der drittgrößten privatwirtschaftlich organisierten Bank, und in zweiter Linie in meinen Funktionen, die ich auf Ebene des Bundesverbandes deutscher Banken ausgeübt habe, nämlich Vorsitzender des Ausschusses für Einlagensicherung und Vorsitzender des Beirats des Prüfungsverbandes deutscher Banken zu sein. Wenn Sie so wollen: in zweifacher Funktion.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Warum musste an diesem Wochenende am Ende das Ergebnis stehen "Die HRE wird gerettet"? Können Sie dazu etwas sagen? Können Sie das Rettungswochenende aus Ihrer Sicht unter diesem Aspekt noch einmal Revue passieren lassen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja. Ich war - das sollte ich noch hinzufügen - telefonisch zu dieser Sitzung zugeschaltet, die in den Räumen der BaFin in Frankfurt am Samstag und Sonntag stattgefunden hat. Bundesbankpräsident Professor Weber stellte zunächst dar, dass alleiniger Grund, wie Sie es auch in Ihrer Frage formuliert haben, die existenziell bedrohliche Situation der HRE-Gruppe, die Liquiditätssituation der HRE-Gruppe sei und dass es darum ginge, ob das private Bankgewerbe willens und auch in der Lage sei, hier eine tragfähige Lösung hinzukriegen.

Wir haben dann eineinhalb Tage intensiv diskutiert, auch über verschiedene differenzierte Optionen. Ich kann darauf gerne noch eingehen. Ich will aber das Ende vorwegnehmen: Letztlich haben wir alle verworfen, weil wir alle am Tisch übereinstimmend - Sie kennen ja die Teilnehmer, die bei diesem Meeting dabei waren - der klaren Überzeugung waren, dass es nicht zu einer Insolvenz der HRE-Gruppe kommen darf, dass dieses unter allen Umständen zu verhindern sei. Warum? Eine Insolvenz hätte zu völlig unkontrollierten, unkontrollierbaren, unkalkulierbaren Risiken für die Finanzindustrie, aber letztlich in Sekundär- und Tertiäreffekten auch für die Realwirtschaft geführt.

Wir waren der Meinung - ich war der Meinung -, dass die Auswirkungen einer HRE-Insolvenz noch deutlich schlimmer einzuschätzen gewesen wären als die Lehman-Pleite, die gerade zehn Tage, zwölf Tage vorher passierte. Warum? Zum einen die schiere Größe der HRE, durchaus vergleichbar mit der Lehman-Größenordnung. Aber das Epizentrum der Pleite wäre hier bei uns in Deutschland passiert. Es hätte das Vertrauen unter den Banken, das über die Lehman-Geschichte eh schon deutlichst negativ beeinträchtigt war, aber auch das Vertrauen der Kunden zu ihren Banken endgültig und unkalkulierbar - lassen Sie mich es salopp sagen - auf Null gebracht. Ein Kollaps der deutschen Bankenlandschaft wäre nicht auszuschließen gewesen, unter anderem einfach auch wegen der extremen Vernetztheit des Bankensystems.

Wir glaubten - ich glaubte; ich war da völlig dabei -, auf internationalen Märkten hätte sich ein absolutes Chaos breitgemacht. Der deutsche Pfandbriefmarkt wäre irreversibel beschädigt worden, ein ganz wichtiges Refinanzierungsinstrument der Institute vor allem im Langfristbereich. Es hätten sich gravierende Probleme und Dominoeffekte für andere in HRE-Produkten investierende Banken aus allen drei Säulen säulenübergreifend ergeben. Es wäre also nicht nur im Bereich der privaten Banken hier zu Problemen gekommen - da auch -, sondern auch säulenübergreifend, auch Versicherungen, Sozialversicherungsträger und Kommunen. Letztlich wären auch Firmen mit Sicherheit in erhebliche Schwierigkeiten bei zu erwartendem Ausfall ihrer Geldanlagen bei der HRE gekommen.

Lassen Sie es mich auf den Punkt bringen: Wenn Lehman einen Tsunami aus-

gelöst hat - wir müssen da immer im Auge haben: das ist zusätzlich zu der totalen Versicherung nach Lehman gekommen -, dann wäre hier die Situation mit einer HRE-Pleite - um im Bild zu bleiben - mit einem Bild à la Armageddon zu beschreiben gewesen.

Das war letztlich der Grund - um auf Ihre Frage zusammenfassend zu antworten -, dass wir alle der Meinung waren: Wir müssen alles tun, um hier eine Lösung hinzubringen, die eine Insolvenz verhindert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr. - Jetzt habe ich noch zwei Fragen: Sie waren doch am ersten Rettungswochenende - wir sprechen also vom 26. bis 29. September - körperlich anwesend oder telefonisch zugeschaltet?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Ich habe geredet vom 27. und 28. September, also Samstag, Sonntag. Ich war bei beiden Meetings, weil das einfach logistisch nicht mehr zusammenkam, weil ich in München wohne, telefonisch zugeschaltet zu einem Präsenzmeeting, das, wie gesagt, in Frankfurt in den Räumen der BaFin stattgefunden hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr. - Noch einmal: Sie haben selber das Wort „Pfandbrief“ erwähnt. Jetzt gibt es ja Stimmen, die sagen: „Das mit dem Pfandbrief, das war gar nicht so schlimm“ - ich setze das bewusst in Gänsefüßchen -, „da gab es den Deckungsstock, und der hätte immer ausgereicht.“ Können Sie noch einmal schildern, welches Ausmaß die von Ihnen jetzt eben dargestellte Krise auch faktisch auf den Pfandbriefmarkt, auf das Ansehen des Pfandbriefes gehabt hätte?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Da kann ich in der Tat auch aus eigener Erfahrung unseres Hauses berichten - aber das war in anderen Häusern genauso: Nach Lehman und letztlich auch im Gefolge der Ereignisse, die mit der HRE eintraten, war es kaum noch möglich, einen Pfandbrief abzusetzen, weil einfach das Vertrauen auch von Anlegern in den Pfandbrief hier beschädigt war, dass einfach ein Misstrauen auch gegenüber dem Instrument des Pfandbriefes gegeben war. Das ist einfach ein Faktum. Da ging monatelang - ich sage das jetzt sehr plastisch - fast nichts mehr im Absatz. Das hat sich jetzt allmählich wieder etwas gebessert.

Dann zu Ihrer Frage: Ist der absolut sicher, weil mit dem Deckungsstock dagegensteht? - Ja, das ist sicher richtig. Das ist eine Konstruktion, auf die wir in Deutschland sehr stolz sein können, eben diese Separierung Pfandbriefumlauf und Deckungsstock. Aber selbstverständlich sind auch Deckungsstock-Hypothekendarlehen - das ist letztlich Ihre Frage - grundsätzlich per se nicht gegen Ausfälle gefeit. Auch ein Hypothekendarlehen, das völlig zu Recht - 60 Prozent Beleihungswert - im Deckungsstock ist, kann natürlich, wenn ein Mieter eines Bürogebäudes, der dahintersteht, aus welchen Gründen auch immer ausfällt, und die Anschlussmiete nur noch zu sehr viel geringeren Mieten möglich ist, notleidend werden, ausfallgefährdet werden. Es ist nicht so, dass es festzementiert ist. Auch ein Hypothekendarlehen ist ein Kredit und kann - die Rückzahlungsfähigkeit ist auf die Zukunft gerichtet - ausfallen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr. - Herr Sprißler, ich habe dann keine Fragen mehr und übergebe an Herrn Dr. Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Sprißler, die Probleme, die Sie im Zusammenhang mit der Hypo Real Estate geschildert haben, sind Ihnen die erst am Samstagmittag bekannt und deutlich geworden oder schon früher? Mit Samstag meine ich natürlich den 27.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das verstehe ich. - In der Schärfe, Herr Wissing, ist mir das in der Tat am Samstag und dann am Sonntag auf den Tisch gekommen, sehr salopp formuliert. Selbstverständlich gab es im Laufe der Woche nach Lehman, in diesem irrsinnigen Aufruhr des Marktes, durchaus Gerüchte: Wer könnte in Schwierigkeiten sein? Wo könnte es Probleme geben? Da fiel durchaus auch immer der Name HRE. Aber wirklich hart mit Fakten ist mir das in dieser Sitzung am Samstag an diesem Wochenende auf den Tisch gekommen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Bei welcher Gelegenheit fiel der Name HRE, und wer hat den erwähnt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Innerhalb der Bank, Händler, Trasherer. Da jagte ein Gerücht das andere.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie das zeitlich einordnen, wann das war?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wie ich sagte, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen: Ich habe zum ersten Mal das Gerücht zwei Tage nach Lehman gehört. - Aber ich würde es zeitlich, wie gesagt, eingrenzen: nach Lehman. Das war - 15. September - zehn, zwölf Tage vor diesem Wochenende.

Dr. Volker Wissing (FDP): Noch einmal zu diesem Rettungswochenende: Die Deutsche Bank soll schon an diesem Wochenende von einem möglichen Liquiditätsbedarf von rund 50 Milliarden Euro ausgegangen sein. War Ihnen diese Prognose bekannt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Nach meiner Erinnerung haben wir - - Wir müssen sehr scharf trennen - aber das haben Sie in Ihrer Frage ja auch gemacht - zwischen dem ersten Rettungswochenende und dem, was dann in den folgenden drei, vier Tagen passiert ist, was dann zu dem zweiten Rettungswochenende führte. Da stieg dann dieser Liquiditätsbedarf um weitere 15 Milliarden an. Beim ersten Rettungspaket gingen wir von 35 Milliarden aus. Das ist mein Kenntnisstand.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Entschuldigung. - Herr Wissing, ich wurde gerade darauf aufmerksam gemacht: Würden Sie den Vorhalt, den Sie gemacht haben, bitte noch einmal wiederholen? Der ist hier nicht angekommen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ach so. Ich sagte: „Die Deutsche Bank soll schon beim ersten Wochenende von einem möglichen Liquiditätsbedarf von rund 50 Milliarden Euro ausgegangen sein.“

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist aber so zu keinem Zeitpunkt gesagt worden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Mag sein. Nach meinen Informationen ist es so.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, aber das ist nicht in der Aussage von Herrn Ackermann gestern niedergelegt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe mich nicht auf die Aussage von Herrn Ackermann bezogen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Darf ich?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, bitte.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Noch einmal: An diesem ersten Wochenende haben wir ein Paket über 35 Milliarden geschnürt, davon 15 Milliarden von der Kreditwirtschaft und 20 Milliarden hier über EZB. Die weiteren 15 Milliarden, also die 50 Milliarden, waren dann, wenn Sie so wollen, Bestandteil der Verhandlungen ein paar Tage später, also am zweiten Rettungswochenende. Ich bin von 35 Milliarden ausgegangen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie sich erklären, warum man in der Ad-hoc-Meldung durch die HRE nur von 15 Milliarden Euro gesprochen hat? Ist Ihnen klar oder ist Ihnen bekannt, warum es dazu gekommen ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie, weshalb bei diesen Beratungen über die Rettung der HRE der Vorstand der Hypo Real Estate nicht eingebunden war?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das, würde ich meinen, ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Der HRE-Vorstand war in anderen Räumen in der BaFin anwesend. Es hat durchaus immer wieder Gespräche mit dem HRE-Vorstand gegeben. Aber da es zunächst darum ging, hier ein Paket zu schnüren, das andere schultern sollten - ich drücke es mal so aus -, erscheint es mir absolut sinnvoll, dass der HRE-Vorstand hier nicht dabei war. Ich fand daran nichts - - Ich würde sagen: Das war richtig.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie ist es aus Ihrer Sicht zu dem zweiten Bankenrettungswochenende gekommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Zum zweiten Wochenende ist es - wie ich eben schon andeutete - dann in den Tagen Montag, Dienstag gekommen, als plötzlich Inplausibilitäten in der Liquiditätsplanung hochkochten, die zu den 35 Milliarden geführt haben. Das führte nach meiner Kenntnis dazu, dass auch eine Taskforce, ein Team der Deutschen Bank, nach Dublin ging und auch nach München. Daraus ergab sich dann ein zusätzlicher Liquiditätsbedarf von den, wie gesagt, rund 15 Milliarden, sodass insgesamt diese 50 Milliarden hier zustande kamen.

Das eine Thema, der eine Kernpunkt des zweiten Rettungspaketswochenendes, war die Abdeckung dieses zusätzlichen Liquiditätserfordernisses. Es musste ja verteilt werden. Das zweite - zu trennen von dem Thema Liquidität - war: Wie sind letztlich diese 8,5 Milliarden Solvenz, also Ausfall, also Eigenkapitalbelastung hier unter der Finanzindustrie aufzuteilen? Das waren die zentralen Verhandlungspunkte des zweiten Rettungspaketswochenendes.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es richtig, dass die Hypo Real Estate am 18. September unter anderem auf die HVB zugekommen ist, um eine 15-Milliarden-Euro-Hilfe zu erhalten?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich kann klar sagen: Die HRE ist auf den Vorstand der HypoVereinsbank nicht zugekommen. Auf mich ist sie nicht zugekommen. Ich habe allerdings gehört, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der Real Estate ein Telefongespräch hatte mit meinem Vorgänger im Amt, Dieter Rampl, dass dem Wunsch nach einer Liquiditätslinie Ausdruck verliehen wurde. Herr Rampl hat mich dann informiert. Aber das ist nie in offizielle Formen gegossen worden, also, wenn Sie so wollen, im Sande verlaufen. Keine offizielle Anfrage bei der HypoVereinsbank.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie etwas darüber, wer den Liquiditätsbedarf von 35 Milliarden Euro am ersten Bankenwochenende bemessen hat oder prognostiziert hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nach meiner Kenntnis hat das im Wesentlichen die Deutsche Bank prognostiziert. Warum die Deutsche Bank? Herr Funke ist offensichtlich

Anfang dieser Rettungswoche - ich weiß nicht mehr genau, wann; am 20., 21. oder wann auch immer - zur Deutschen Bank, zu Herrn Ackermann, gegangen mit dem Wunsch nach Refinanzierungskredit oder Liquiditätslinie, offensichtlich auch zur Commerzbank, wenn ich richtig liege.

In dem Zusammenhang hat dann die Deutsche Bank gecheckt, inwieweit sie vorhandene angebotene Wertpapiere beleihen könnte. Das war offensichtlich Auslöser letztlich, warum die Deutsche Bank hier Grundlagenforschung - ich bezeichne es mal so - in der Liquiditätsplanung der HRE betrieben hat, also als potenzieller Kreditgeber, um sich ein Bild zu verschaffen: Kann ich das tun, oder kann es nicht tun, oder in welchem Rahmen oder welchen Dimensionen kann ich es tun?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich erteile nunmehr Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Sprißler, waren Sie am 25. September auch an der sogenannten Bristol-Runde beteiligt? Der Begriff und die Runde sind bekannt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, selbstverständlich. Ich war nach meiner Erinnerung nicht beteiligt. Ich müsste jetzt schlicht noch einmal nachchecken. Ich kann mich nicht erinnern, dass da eine Bristol-Runde stattgefunden hat. Bristol-Runde ist ja ein Treffen aller Spitzen, Säulen - übergreifend - der Kreditwirtschaft mit dem Finanzminister. Ich kann mich nicht erinnern, dass da diese Bristol-Runde stattgefunden hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie an einem Gespräch am 25. in Berlin teilgenommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Weil einige der Zeugen gesagt haben, dass das Rettungswochenende faktisch im Grunde schon mit diesem Treffen begonnen habe, ab Donnerstag, dem 25.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Darf ich mal so sagen: Wenn ich das Protokoll der

BaFin lese, war das in der Tat so, dass das im Prinzip, wie Sie formuliert haben, sehr viel früher begonnen hat in Gesprächen zwischen Deutscher Bank, HRE, BaFin, Bundesbank usw. Aber ich war meines Wissens und nach meiner Erinnerung - Sie sagten am 25. -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Am Donnerstag, dem 25.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: - müsste ich noch einmal nachprüfen - nicht in Berlin.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Da Sie das besagte Protokoll schon zitiert haben -: Teilen Sie die Inhalte des Protokolls?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, die teile ich. Die teile ich. Ich würde sagen, ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hatten Sie, Herr Dr. Sprißler, Kenntnis von dem Brief von Herrn Viermetz, Aufsichtsratsvorsitzender der HRE Holding, an den Finanzminister?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Kenntnis habe ich erlangt sehr viel später, dass Herr Viermetz einen solchen Brief geschrieben hätte. Ich habe ihn aber nie gelesen. Insofern hatte ich mit Absenden keine Kenntnis. Aber ich habe später davon gehört, dass er einen solchen geschrieben hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das Petitum aus dem Brief kennen Sie auch?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ist mir jetzt im Einzelnen nicht Erinnerung. Aber ich gehe davon aus, dass er um Rettungsmaßnahmen gebeten hat, um es mal so zu umschreiben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Da Sie bei Ihren Ausführungen eben auf den Herrn Vorsitzenden auch die Bedeutung 15. September, Lehman-Pleite, erwähnt haben, wo manche das allgemein schon als neue Zeitenwende und Zeitenrechnung bezeichnen -: Würden Sie bestätigen, dass die Situation der HRE durch Lehman im Grunde ausgelöst oder nur verstärkt worden ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich würde sagen, dass in der Tat das singuläre Ereignis

Lehman zentraler Auslöser der dann nicht mehr beherrschbaren Krise für die HRE war, ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Kenntnis hatten Sie nicht von einem Bericht der Sonderprüfung HRE, der im Juni 2008 auch mit den Verantwortlichen der HRE besprochen wurde?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie hatten auch nicht Kenntnis darüber, dass diese Sonderprüfung im Januar im Grunde eingeleitet wurde?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnis haben Sie von der Aussage, Teile der HRE waren ja auch mal Bestandteil der HVB und mit der Gründung der HRE sei mehr oder weniger schon eine Form einer Bad Bank auf den Weg gebracht worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Dazu erlauben Sie mir jetzt ein paar Sätze, nicht nur ein knappes Nein, -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das steht in Ihrem Ermessen.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: - weil: Das ist nun in der Tat eine Sache, die uns deutlich auch in der Presse immer wieder gestört hat; keine Frage. Gegen eine solche Aussage, Herr Dautzenberg, meine Damen, meine Herren, wehren wir uns mit aller Entschiedenheit. Ich glaube, es wird noch mal deutlich, dass das einfach nicht stimmt, wenn ich noch einmal kurz daran erinnere, was wir damals mit diesen Abspaltungsvorgängen getan haben.

Wir haben nicht abgespalten Einzelengagements oder bewusst ausgewählte, nach welchen Gesichtspunkten auch immer, Kreditportfolien, sondern wir haben schlicht und einfach ganz bestimmte Gesellschaften, die gebündelt waren, gesammelt waren, wenn Sie so wollen, unter einer Vorschaltgesellschaft, die dort hingen und die alle auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung spezialisiert waren, abgespalten. Die haben wir so abgespalten, wie sie standen und lagen. Da ist nichts hineintransferiert worden, und es ist

auch nichts nach irgendwelchen Gesichtspunkten herausgezogen worden. So, wie diese Gesellschaften zum Zeitpunkt der Abspaltung letztlich strukturiert waren, so sind sie auch abgespalten worden.

Lassen Sie mich erinnern - nach fünf, sechs Jahren gehen solche Dinge immer etwas unter oder werden vergessen -: Diese Gesellschaften waren zum damaligen Zeitpunkt durchaus renommierte, konservativ betriebene Hypothekenbanken. Das war die HRE Bank. Ich erinnere, die HRE Bank ist das Ergebnis einer Fusion von drei sehr alt-ehrwürdigen, renommierten Hypothekenbanken. Das war die Bayerische Handelsbank, das war die Süddeutsche Bodencreditbank, das war die Nürnberger Hypothekenbank. Unter der Vorschaltgesellschaft hingen auch die genauso renommierte Württembergische Hypothekenbank und noch einige andere Tochterbanken, die auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung spezialisiert waren.

Und noch einmal: Da ist nichts gedreht worden, oder sind - wie man da auch immer liest - Pakete geschnürt worden: Die Guten ins Kröpfchen, die Schlechten ins Töpfchen der HRE oder so. Schon aus diesem Abspaltungsvorgang wird unseres Erachtens deutlich, dass dem nicht so ist.

Wir haben komplett unveränderte rechtliche Einheiten abgespalten. Damit wird, glaube ich, deutlich, dass wir kein Cherry Picking betrieben haben.

Ganz wichtig ist - ich nehme an, das ist auch der Hintergrund Ihrer Frage, Herr Dautzenberg -: Wir haben nicht abgespalten das private Immobilienfinanzierungsgeschäft der HVB entsprechend unserer definierten Kundenstrategie, uns voll zu fokussieren auf Firmen und Privatkunden. Damit haben wir auch nicht abgespalten die sogenannten Überstrukturvertriebe oder Profivermittler - das ist der synonyme Ausdruck -, hereingekommene oder akquirierte private Hypothekendarlehen, weil die eben gemäß unserer Strategie unverändert zur HVB gehören sollten.

Hier wird salopp oft auch von Schrottimmobilien gesprochen. Die verblieben in der HVB. Da ist gar nichts abgespalten worden. Fairerweise muss ich sagen, innerhalb dieser - - Ich sagte ja: Diese Hypothekenbanken sind so, wie sie standen und lagen, abgespalten worden. Auch die Württembergische Hypothekenbank und, ich meine, die Nürnberger Hypothekenbank haben in früheren Zeiten private Hausfinanzierung betrie-

ben. Da sind noch kleinere Reste über die Abspaltung mitgegangen. Aber das Zentrum war die gewerbliche Immobilienfinanzierung, und die privaten und all diese problematischen Finanzierungen sind in der HypoVereinsbank verblieben. Ein Jahr später haben wir auch innerhalb der HypoVereinsbank ein Restrukturierungsportfolio generiert; Sie können sagen - bitte in Doppelanführungszeichen; den Begriff mag ich nicht - eine Bad Bank innerhalb der HVB, in der wir 15,4 Milliarden separiert haben und mit zusätzlich zweieinhalb Milliarden Wertberichtigungen ausgestattet haben.

Wenn Sie sich des Weiteren hier anschauen - - Dafür gibt es eine Reihe von Indikatoren, warum das mit der Bad Bank einfach nicht stimmt. Ich will noch ein paar anreißen.

Die HRE hat im Jahr 2004 ein Riesenpaket oder zwei Pakete an sogenannten Non-Performing Loans, also ausfallgefährdete Kredite, veräußert; 4 Milliarden. Das waren fast 10 Prozent des Kreditvolumens der Real Estate Bank Deutschland, eine gewaltige Summe, verkauft an Lone Star im Wesentlichen. Dieser Betrag hat in dem Jahr 04, wenn man in die Gewinn- und Verlustrechnung der HRE Group reinschaut, keine spürbaren Belastungen in der Gewinn- und Verlust-Rechnung hinterlassen. Warum nicht? Weil offensichtlich a) die gebildeten Wertberichtigungen ausgereicht haben, aber insbesondere - ich nehme an, die Frage wird dann auch noch kommen - weil der Risikoschirm, den wir im ausmachenden Betrag von 590 Millionen dazu geliefert haben, offensichtlich voll ausgereicht hat, um letztlich die Abschläge, die natürlich bei dem Verkauf der Non-Performing Loans gegeben waren, abzudecken.

Auch wenn man sich die Risikovorsorge der HRE in den Jahren 02 bis 06 anschaut, dann kann ich hier kein Risikoprofil einer Bad Bank erkennen. In den Jahren 03/04 gab es Peaks. Das ist verständlich. Da haben wir als HVB über den Risikoschirm aber auch den Löwenanteil der Risikovorsorge abgedeckt. Im Jahr 05 waren es 500 Millionen Risikovorsorge in der GuV der HRE, in 03 waren es 716 Millionen, davon 460 Millionen von uns kommend, in 04 waren etwas über 400 Millionen, davon 130 Millionen von der HVB kommend, und in den dann folgenden Jahren 05 und 06 ist die Risikovorsorge auf rund 150 Millionen zurückgegangen. Dieser Risi-

koverlauf deckt sich nach unserem Dafürhalten nicht mit einer Bad Bank.

Vielleicht noch zwei Gesichtspunkte.

Man kann zwar sagen, der Markt hat nicht immer recht. Dem würde ich sofort beipflichten, auch nach den Erfahrungen, die wir alle zusammen gemacht haben. Aber wenn man sich die Aktienkursentwicklung oder Marktkapitalisierung der HRE anschaut: Der Abspaltungskurs war etwas mehr als 11 Euro. Im Oktober 07 betrug der Kurs knapp 46 Euro. Das ist mehr als eine Vervielfachung. Das All-Time-High lag bei 57 Euro. Ich sage noch: Ich bin nicht gläubiger - - Ich glaube nicht alles, was der Markt macht, aber völlig unrecht hat er mit Sicherheit nicht. Diese exorbitant positive Entwicklung der HRE seit dem Abspaltungspunkt spricht auch nicht gerade für eine Bad Bank.

Und dann - wenn Sie es wünschen; aber ich würde es dann dabei belassen -: Wir haben uns auch noch einmal sehr genau angeschaut, wie die Asset-Qualität der HRE - das ist ja der Hintergrund Ihrer Frage, Herr Dautzenberg - zum Abspaltungszeitpunkt war. Es gibt Vergleiche der HRE mit ihrer Peer-Group, also mit Vergleichswettbewerbern aus Deutschland, und ich habe auch anhand bestimmter Indikatoren die Asset-Qualität der HRE mit der HVB verglichen, um einfach zu sehen: Lagen wir in bestimmten Asset-Qualitäts-Ratios exorbitant besser als die HRE? Ich kann nur sagen: Das ist absolut vergleichbar - die Qualität des Portfolios der HRE nach Verkauf auf HVB-Seite, nach Ausgliederung dieses Restrukturierungsportfolios. Also auch von der Seite her kann ich nicht erkennen, dass wir hier eine Bad Bank abgespalten haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Dr. Sprißler, der November 2007 war für die HRE ein wichtiges Datum in der Übernahme der DEPFA. Wie ist Ihr Kenntnisstand? Kennen Sie eine Bank neben der DEPFA, die mit dem Finanzierungsmodell „kurzfristige Passivseite, langfristige Aktivseite“ erfolgreich arbeiten kann, und war das mit ein Grund, dass die HRE, was Liquidität anbelangt, in die Schieflage kam?

Aufgrund der Prüfungsberichte haben wir die Erkenntnis, dass das Liquiditätsmanagement dieser neuen Gruppe wohl groß zu wünschen übrig ließ.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Um mit Ihrem letzten Punkt anzufangen, Herr Daut-

zenberg: Dazu kann ich natürlich nichts sagen. Ich habe keine Kenntnisse, wie das Liquiditätsmanagement der neuen Gruppe konkret und de facto betrieben worden ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das Rettungswochenende muss doch ein Maßstab dafür sein, ob das richtig war oder nicht.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich will es jetzt nur nicht werten. Aber ich will Ihrer Frage ja um Gottes willen nicht ausweichen.

Nach meiner Kenntnis und so, wie es sich für mich darstellt, hat die DEPFA Ireland - von der sprechen wir im Wesentlichen - mit ihrer Fristentransformation - das ist ja der Kernpunkt - ein aggressives Geschäftsmodell betrieben. Ich muss sagen: Aus meiner Kenntnis kenne ich jetzt kein Institut, das in dieser doch so deutlichen Form Fristentransformation betreibt oder betrieben hat. Ich will allerdings klar sagen - aber ich denke, da werden Sie mir nicht widersprechen, Herr Dautzenberg -: Fristentransformation ist ein wesentliches Element einer Bank, ich würde sagen: eine essenzielle Funktion. Sie hat sogar die Funktion, Fristen zu transformieren. Aber der entscheidende Gesichtspunkt ist natürlich in der Tat die Frage: In welcher Dimensionierung?

Ich würde noch mal wiederholen: Geschäftsmodell war im Ausmaß der Fristentransformation sicher aggressiv. Insofern ist ceteris paribus auch klar, dass, wenn es letztlich zu Versteifungen am Geldmarkt kommt, dies relativ schnell zu Problemen führt. - Rein theoretisch gesprochen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Versteifungen am Geldmarkt waren ja nicht erst durch Lehman ausgelöst - - Bear Stearns, zwischenzeitliche Erholung. Aber Liquiditätsschwierigkeiten waren schon vor Lehman - -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das ist sicher richtig. Aber, salopp formuliert: Richtig los ging es dann nach Lehman, richtig abwärts. Aber offensichtlich war die DEPFA Ireland in der Zeit noch in der Lage, ihre Refinanzierung - mit welchen Schwierigkeiten auch immer - darzustellen. Aber ich kann mir in der Tat vorstellen, dass das auch zu der Zeit schon zu Schwierigkeiten geführt hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Dr. Sprißler, wie ist Ihre Kenntnis über die

Aufsicht, also Bankenaufsicht, bis hin zum Rettungswochenende über die Wirkungen der Marktverwerfungen von den Dimensionen her? War sich die Aufsicht, was die Dimensionen anbelangt, Ihrer Kenntnis nach voll umfänglich im Klaren?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Sie rekurren jetzt auf das erste Rettungspaket-schnürungswochenende?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Da war mein Eindruck in der Tat - - Es war ja die Spitze der Bundesbank mit Präsident und Vizepräsident vertreten, und es war die BaFin mit Präsident und der für die Bankenaufsicht Zuständigen, Frau Lautenschläger, vertreten. Mein Eindruck war sehr wohl, dass völlige Klarheit und auch Konsens mit den Teilnehmern aus dem privaten Bankgewerbe darüber bestand, dass - - Es war die einheitliche Sicht der Dinge, dass die Verwerfungen schon groß waren und, wie gesagt, nach einem Fall der HRE nicht mehr beherrschbar gewesen wären.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr, Herr Sprißler. - Nunmehr ist Herr Troost von der Fraktion Die Linke dran. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Wie würden Sie denn insgesamt das Verhältnis HVB-HRE bezeichnen? Ist das sozusagen immer noch enger als zu anderen Banken?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Das ist nicht enger. Das ist neutral, kollegial, wenn Sie so wollen, wie zu einer Deutschen Bank, zu einer Commerzbank auch. Sie können sogar sagen - aber das liegt einfach in der Natur der Sache -: Die Spezialisierung der HRE auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung, die dann in unserem Konzern eben nicht mehr die Rolle gespielt hat - - Uns lag, wenn Sie so wollen, das Geschäftsmodell einer Commerzbank, einer Deutschen Bank näher. Wenn Ihre Frage dahin geht, ob es noch besondere freundschaftliche Verhältnisse aus alter Zeit gab, dann kann ich das verneinen, dann muss ich das verneinen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und anders herum: Vielleicht besondere Ängste wegen Nachhaftungsfragen, die mit dem Abspaltungsprozess verbunden waren?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Besondere Ängste hatten wir nicht. Nein. Dazu muss ich vielleicht operationalisieren oder klarstellen: Ja, es gab eine theoretische oder rechtliche Nachhaftung, schlicht und ergreifend, weil die damalige Abspaltung nach dem Umwandlungsgesetz erfolgte, und dort gibt es unter 33 Umwandlungsgesetz eine relevante Vorschrift über eine Nachhaftung, die besagt, dass der Abspaltende, also wir, die HVB, für bislang eigene Verbindlichkeiten - ich betone: eigene Verbindlichkeiten -, die er im Rahmen der Abspaltung überträgt, fünf Jahre lang nachhaftet oder weiterhin haftet. Da aber - insofern hatten wir, um Ihre Wortwahl aufzugreifen, keine besonderen Ängste - die Schwierigkeiten der HRE - deshalb habe ich eben die Worte „eigene Verbindlichkeiten“ der HVB so betont - aus Verbindlichkeiten resultierten, die erst mit Begründung - da kann ich auf das rekurren, was wir eben diskutiert haben, Herr Dautzenberg - - die letztlich mit dem Erwerb der DEPFA-Gruppe zusammenhängen, können diese Verbindlichkeiten denkllogisch nicht im Jahr 2003 von der HVB auf die HRE übertragen worden sein. Insofern unterfallen diese von vornherein nicht der Nachhaftung der HVB. Insofern hatte dieses Thema und damit auch nicht das Thema der Befristung - - oder wann die Frist ausläuft, keine materielle Relevanz.

Wenn ich das vielleicht kurz klarstellen darf: Diese theoretische Nachhaftungsfrist endete mit Bekanntmachung der Eintragung der Abspaltung in das Handelsregister der HVB. Die Abspaltung ist am 29.09. in das Handelsregister der HVB eingetragen worden; aber das ist nicht das für den Ablauf dieser Nachhaftungsfrist relevante Datum, sondern wie gesagt, die Bekanntmachung im Bundesanzeiger. Die erfolgte am 10.10.03. Also lief die Frist am 10.10.08 ab.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das Datum hatten Sie schon fest im Blick?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Ganz offen: Das Thema der Nachhaftung ist nach meiner Erinnerung am 26.09., also einen Tag vor diesem Wochenende - ich sage es mal so salopp -, bei uns hochge-

poppt. Ganz offen gesagt: Uns war dann klar: Das Entscheidende ist das Thema der Veröffentlichung im Bundesanzeiger. Aber das hat sich erst im Verlauf der darauffolgenden Woche geklärt. Wir wussten erst Montag oder Dienstag konkret, dass es der 10. Oktober ist. Aber noch einmal: Das ist von keiner materiellen Relevanz. Weil, wie ich erklärte: Hier geht es um neue Verbindlichkeiten, die, wenn Sie so wollen, die HRE Group vier Jahre nach Abspaltung begründet hat, und die können denklogisch nicht Verbindlichkeiten sein, für die wir zum Abspaltungszeitpunkt haften.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Herr - -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Gestatten Sie - das ist mir noch wichtig -: Gegenstand der Abspaltung waren, wie ich vorhin erläuterte, ausweislich des Abspaltungsplans sämtliche seinerzeit von der HVB gehaltenen Anteile an dieser Vorschaltgesellschaft. Ich erläuterte das vorhin. Zum Vermögen dieser Vorschaltgesellschaften gehörten die eben von mir genannten einzelnen Hypothekenbanken. Abgespalten wurden demnach rein rechtlich keine eigenen Verbindlichkeiten der HVB, sondern die Abspaltung geschah mittelbar durch die Übertragung von Anteilen an den genannten Tochtergesellschaften. Für deren Verbindlichkeiten haftet die HVB nicht unmittelbar, sodass eine Nachhaftung schon aus diesem Grund, aus rein rechtlichen Gründen nicht in Betracht kommt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Es ist völlig klar, dass sich die Frage der Haftung nicht auf die Liquiditätsprobleme des Wochenendes bezieht.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das ist schon klar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nicht, dass da wieder irgendwelche Gerüchte kommen. Aber die Frage ist schon nach wie vor, dass es nicht um Liquidität, sondern um die Frage Solvenz geht und damit natürlich möglicherweise auch um Altgeschäft. Ich will jetzt nicht die Diskussion Bad Bank führen, aber in 2003 gab es ja schon auch einiges an Turbulenzen. Wenn ich das richtig sehe, hat es ja auch eine Warnung der US-Aufsicht wegen Immobiliengeschäften in den USA an die deutsche Aufsicht gegeben und dass die

HVB da möglicherweise in leichte Schief-lagen kommen könnte oder so etwas.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, 2003, sagen Sie?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): 2003.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das ist mir völlig unbekannt. Entschuldigung. Das ist mir völlig unbekannt. Ich weiß nichts über irgendwelche Warnungen, wie Sie sagen, der US-Behörden. Wie ich Ihnen vorhin dezidiert erläuterte, kann ich nicht erkennen, dass das Portfolio der HRE damals hier riskanter gewesen wäre als Portfolien anderer Hypothekenbanken in Deutschland. Lassen Sie es mich einmal so formulieren. Also, ich kann das einfach nicht - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Waren Sie denn bei der Runde bei - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihre Zeit ist leider vollkommen abgelaufen. Aber nochmals mein Hinweis, wie eben schon: Wenn Sie Warnungen von US-Behörden oder ähnliche Unterlagen auch zur Überprüfbarkeit durch die anderen Mitglieder des Ausschusses hier erwähnen, wäre es nett, wenn Sie auch sagten, wann und wo diese Warnungen niedergelegt sind, in welcher Akte, Herr Troost.

Ich gebe nunmehr Frau Nina Hauer von der SPD das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Sprißler, habe ich das jetzt richtig verstanden, dass für diese Frage der Nachhaftung weder materiell noch von den Fristen her ein Anlass besteht, also überhaupt kein Anlass besteht, daran anzuknüpfen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das haben Sie richtig verstanden, weil ich erläuterte - ich darf es noch mal präzisieren -, dass es insofern keine materielle Relevanz hat, weil hier keine eigenen Verbindlichkeiten der HVB abgespalten worden sind, sondern nur mittelbar Tochtergesellschaften, und das sind keine eigenen Verbindlichkeiten. Das ist vielleicht unjuristisch formuliert, aber, ich hoffe, verständlich. Insofern ist auch das Thema der Befristung, wenn Sie so wollen, irrelevant, wann das dann abgelaufen ist. Die

Frist spielt vor dem Hintergrund der inhaltlichen Nichtrelevanz keine Rolle.

Nina Hauer (SPD): Okay. - Sie haben ja vorhin geschildert, wie bei dieser Abspaltung vorgegangen wurde. Kann man dann zusammenfassend sagen, dass gewerbliches Immobiliengeschäft auf die HRE übertragen wurde, aber kein Privatkundengeschäft?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, Frau Hauer, das haben Sie völlig richtig verstanden. Das führte ich so aus. Ich habe hinzugefügt: Wir haben diese Tochterbanken - der Begriff prägt am deutlichsten, was ich meine -, so wie sie standen und lagen, völlig unverändert - - Zum Abspaltungstichtag, ab 01.01.03, lief alles auf Rechnung, wenn Sie so wollen, der neuen Gruppe.

Innerhalb der - nach meiner Erinnerung - Nürnberger Hypothekenbank - ich sagte ja, die ist in die HRE-Bank eingegangen; die HRE-Bank ist das Produkt der Fusion dreier Hypothekenbanken im Jahr 2001 - und innerhalb der Württembergischen Hypothekenbank, die ebenfalls vor vielen Jahren die private Hypothekenfinanzierung in ihrem Geschäftsmodell hatten, gab es noch kleinere Restbestände. So darf ich es formulieren. Aber im Prinzip, vom Ansatz her sind nur Tochterbanken mit klarem Fokus auf gewerbliche Immobilienfinanzierung abgespalten worden.

Nina Hauer (SPD): Wundert Sie, dass hier wilde Räuberpistolen kursieren, unter anderem auch von den Kollegen der Opposition verbreitet, was bei dieser Abspaltung alles transferiert wurde?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Frau Hauer, ja, mich wundert es schon. Insofern bin ich fast dankbar dafür, dass ich hier hoffentlich mal einige Dinge auch klarstellen kann. Das sind in der Tat - wenn ich Sie eben richtig verstanden habe - in Teilen Räuberpistolen.

(Lachen des Abg. Dr. Axel Troost
(DIE LINKE))

Nina Hauer (SPD): Als die HRE ihre Abschreibungen auf die strukturierten Produkte gemeldet hat, haben Sie sich darüber Gedanken gemacht, oder war Ihnen klar, dass das im Zusammenhang mit den strukturierten Produkten gemacht wird?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Gut, mir war danach auch klar, dass hier offensichtlich auf strukturierte Produkte Abschreibungsnotwendigkeiten gegeben waren. Wann diese allerdings begründet worden sind, dazu kann ich nichts sagen; das weiß ich nicht. Ich kann nur sagen: Mir ist nicht erinnerlich, dass die schon im Jahr 2003 in den Beständen gewesen wären.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nunmehr Herr Spiller von der SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Sprißler, ich möchte Sie noch mal in Ihrer Eigenschaft eines Mitverantwortlichen im Bundesverband deutscher Banken für den Bereich Einlagensicherungsfonds fragen: Hat denn nach Ihrer Kenntnis eine Prüfung, die der Einlagensicherungsfonds für die HRE-Gruppe vor Lehman Brothers gemacht hat, zu irgendwelchen besonderen Besorgnissen geführt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich sollte hier ergänzend erwähnen, Herr Spiller, dass sogenannte Einlagensicherungsprüfungen hier für die Einlagensicherung - ich glaube, so kann man es formulieren - vom Prüfungsverband deutscher Banken vorgenommen werden. Das ist, wenn Sie so wollen, die Prüfungseinrichtung der Einlagensicherung.

Ich sollte auch erwähnen - ich sagte ja vorhin, ich bin Vorsitzender des Beirats des Prüfungsverbandes gewesen und auch Ausschussvorsitzender der Einlagensicherung -, dass das Prozedere so ist, dass auch ich als Vorsitzender Dinge erst erfahre - - Also, ich erfahre nicht, dass jetzt eine Prüfung bei der X-Bank, bei der Y-Bank stattfindet, sondern nur dann, wenn hier wirklich - wieder etwas salopp formuliert - Feuer unterm Dach ist, große Schwierigkeiten anstehen, sind die Vorsitzenden, diese beiden Funktionen hier, zu informieren. Vorher, wenn eine Prüfung stattfindet und das mit normalem Ergebnis abläuft, erfährt auch der Vorsitzende das nicht. Das ist auch begreiflich, und es ist auch richtig so.

Ich sollte weiter hinzufügen, dass es eine Vereinbarung gibt, dass der Prüfungsverband, der regelmäßig, periodisch Einlagensicherungsprüfungen hier in bestimmten Abständen vornimmt, seinen Prüfungsplan

eigentlich flexibel festlegt. Mit anderen Worten: Wenn hier - da gibt es dann Abstimmungen zum Beispiel zwischen der BaFin und dem Prüfungsverband - beispielsweise eine Sonderprüfung anberaumt ist, dann kommt der Prüfungsverband nicht zum gleichen Zeitpunkt auch noch in die Bank hinein, um einfach die Belastung für die geprüfte Bank in Grenzen zu halten, sondern erst danach.

Der Prüfungsverband deutscher Banken hat meines Wissens im letzten Jahr bei der HRE keine Einlagensicherungsprüfung gemacht, und zwar, wie ich glaube, deshalb, weil in der Tat - das ist ja vorhin auch zur Sprache gekommen - diese Sonderprüfung hier durch die BaFin vom Januar 08 stattgefunden hat.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Die BaFin hatte ja die Bundesbank gebeten, im Frühjahr 2008, diese Prüfung zu machen. Da gab es eine Reihe von Beanstandungen, aber es gab keine Alarmzeichen. Ist denn der Prüfungsverband von der Bundesbank oder der BaFin über das Ergebnis der Sonderprüfung benachrichtigt worden, und hat der Prüfungsverband oder die Einlagensicherung da eine besondere Besorgnis gesehen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Spiller, die Frage kann ich nicht beantworten. Ich weiß es schlicht nicht. Ich kann mir aber - aber das ist meine eigene Einschätzung, um das gleich hinzuzufügen - eigentlich nicht vorstellen, dass hier die BaFin zum Prüfungsverband geht und einen Sonderprüfungsbericht im Einzelnen mit dem Prüfungsverband bespricht. Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Aber ich sage noch einmal: Das ist meine eigene Einschätzung. Ich kann die Frage nicht beantworten.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gibt es noch Fragen seitens der SPD-Fraktion? - Dann leite ich nun über zu Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich will noch mal zu dem Rettungswochenende kommen. Diese Liquiditätszahl 35 Milliarden, sagten Sie, kam aus der Deutschen Bank als eine Prognose, was man braucht. Ist Ihnen bekannt, ob vonseiten der HRE eigene Zahlen,

die anders waren, eingebracht wurden oder von Oliver Wyman, die von der HRE beauftragt worden wären, da Liquiditätszahlen zu untersuchen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Die Tatsache, dass Oliver Wyman hier am Werke war, kann ich nicht bestätigen. Das weiß ich nicht. Ich weiß aber - da rekurriere ich jetzt wieder im Wesentlichen auch auf das BaFin-Protokoll, in dem das ja dargestellt wird -, dass die HRE hier ihre Liquiditätsplanung vorgelegt hat. Die ist ja diskutiert worden an dem Freitag, glaube ich, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Ich will noch hinzufügen - aber das ergibt sich auch aus diesem Protokoll -: Auch der Prüfungsverband deutscher Banken, der mit einer Mannschaft nicht in diesen Gesprächen, aber im Backoffice vertreten war, hatte versucht, die Liquiditätsplanung zu plausibilisieren, was allerdings an dem Wochenende sehr, sehr schwierig war. Das ist auch keine Frage. Das ist vielleicht auch einer der Gründe dafür, dass dann letztlich im Verlaufe der kommenden Woche nachgebessert werden musste.

Also, man konnte nicht sagen - so viel kann man nach meiner Erinnerung sagen -, dass die Liquiditätsplanung der HRE falsch war; aber man konnte auch nicht - positiv formuliert - sagen: Jawohl, das ist alles sehr valide. - Da ergaben sich einfach Fragestellungen, die noch abzuchecken waren, die am Wochenende, wie Sie sich vorstellen können, dann auch nicht alle in Tiefenbohrungen abgecheckt werden konnten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind denn an diesem Wochenende Zweifel am Liquiditätsmanagement der HRE vonseiten der Aufsichtsbehörden geäußert worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Noch mal: in dem Sinne nicht explizit von wegen, die Liquiditätsplanung sei unprofessionell oder dilettantisch oder mit vielen Fragezeichen zu versehen, in diesem Sinne nicht. Noch mal: Alle haben sich bemüht, zuvörderst auch der Prüfungsverband deutscher Banken, die Liquiditätsplanung hier zu plausibilisieren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man denn irgendetwas vereinbart für den Fall, dass da Korrekturen möglich werden? Wenn man Vereinbarungen

trifft, guckt man ja normalerweise, wenn es ein Fragezeichen gibt: Was passiert eigentlich, wenn da noch Sachen aufkommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Wir sind letztlich davon ausgegangen, dass hier die 35 Milliarden einen - lassen Sie mich so formulieren - hinreichenden Plausibilisierungsgrad hatten. Ich bitte auch einfach, sich noch einmal die Situation in Erinnerung zu rufen: Wir mussten unter allen Umständen bis Sonntagnacht nach unserem Verständnis eine positive Lösung zustande bringen. Da müssen dann, selbst wenn gewisse Restfragen nicht zu klären sind, diese einfach hintangestellt werden. Das ist so, und das muss dann auch hier hingenommen werden.

Lassen Sie mich vielleicht einen Satz hinzufügen: Liquiditätsplanung ist nicht reine, puristische Mathematik.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir klar.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Gut, okay.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die 15-Milliarden-Euro-Bewertung mit dem Haircut bei den Wertpapieren, die als Sicherheiten herangezogen werden sollten, kam allein von der Deutschen Bank?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Meines Wissens ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist sie von anderen Verhandlungsteilnehmern noch mal hinterfragt worden? Oder ist etwas ausgemacht worden, was man tut, wenn man da zu einem anderen Ergebnis kommt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Lassen Sie mich hinzufügen: Selbstverständlich besteht hier schon ein Vertrauensverhältnis unter Kollegen. Gestatten Sie, wenn ein professionelles Team der Deutschen Bank hier zu solchen Ergebnissen kommt, ist es nicht so, dass die mit Ja und Amen abgesegnet sind. Es gibt aber ein gewisses Grundvertrauen, dass man dieser Zahl auch traut. Davon kann man ausgehen, und davon sind wir ausgegangen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde dieses Grundvertrauen

auch gelten, was die Verhandlungsgegenseite angeht? Sie waren ja mit der Deutschen Bank im selben Boot, im Konsortium. Dann verlässt man sich an vielen Punkten auf Kollegen, so wie ich mich auch auf meinen Kollegen Wieland verlasse. Aber mit der Gegenseite ist es ja etwas anderes. Hat denn die Gegenseite - die Bundesregierung, die ja auch einen Interessengegensatz hatte, wie man das einschätzt, oder die HRE - diese Bewertung infrage gestellt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Aber auch hier noch einmal: Vergessen Sie nicht die dramatische Situation, die im Übrigen ja auch in dem BaFin-Protokoll sehr gut geschildert ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir klar. Mir geht es ja nur um die Fakten. Mir geht es da nicht um die - -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Herr Ackermann uns geschildert.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Es ging dort wirklich darum, überhaupt eine tragfähige Lösung hinzukriegen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal kurz zu dem Thema Nachhaftung kommen. Gab es denn im Rahmen der Nachhaftung, bevor sie am 10.10.2008 auslief, irgendwann mal Fälle, wo sie relevant wurde? Also: Wissen Sie von Fällen, dass vor dem 10.10.2008 Zahlungen von der HVB an die HRE oder umgekehrt im Rahmen einer gesamtschuldnerischen Haftung oder einer Nachhaftung geleistet wurden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, da gab es keine Zahlungen. Die konnte es aber auch nicht geben, Herr Schick, weil die Nachhaftung zwingend die Insolvenz der HRE vorausgesetzt hätte. Sie war ja nicht insolvent. Insofern konnte das Institut der Nachhaftung gar nicht greifen. Im Übrigen - wenn ich das hinzufügen darf - hätte zweitens auch die HRE selber letztlich diese Nachhaftung uns gegenüber geltend machen müssen. Auch die HRE ist nicht davon aus-

gegangen, dass der Tatbestand der Nachhaftung hier greifen würde.

Aber noch mal zum Zentralen: Das konnte gar nicht sein. Was Sie in Ihrer Frage angesprochen haben, konnte nicht eingetreten sein, weil die HRE ja nicht insolvent geworden ist. Das ist zwingende Voraussetzung der theoretischen Nachhaftung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn es eine Schadenersatzpflicht gibt, die sich auf einen alten Fall bezieht, kann es also keine Form geben, in der die HVB noch für einen Schaden leisten müsste, der einem Geschäftspartner aus einem Altgeschäft entstanden wäre? Diesen Fall kann es nicht geben? Ich habe nämlich andere Informationen. Deswegen frage ich da noch mal nach.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Also, ich würde sagen: Nein, den kann es nicht geben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie können ausschließen, dass es entsprechende Zahlungen von der HVB an die HRE vor dem 10.10.2008 gegeben hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich schließe aus, dass es unter dem Tatbestand - wenn man sehr präzise formuliert - der Nachhaftung solche Zahlungen gegeben hat. Das schließe ich aus.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche anderen Veranlassungen für Zahlungsströme könnte es da geben?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Es kann ja sein, dass wir im Rahmen des üblichen Bankgeschäfts ein Aval übernommen haben, eine Garantiestellung für einen Kreditnehmer der HRE, die dann schlagend geworden ist. Selbstverständlich fließen dann Zahlungen. Aber die haben mit dem Thema Nachhaftung nichts zu tun.

Aber ganz präzise unter dem Thema Nachhaftung ist nach meinem Verständnis und nach meinem Wissen kein Euro gelaufen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe nunmehr an Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Sprißler, ich möchte noch mal anknüpfen an das erste sogenannte Rettungswochenende und die Überleitung zum zweiten. Welche Kenntnis hatten Sie, wer das Team der Deutschen Bank beauftragt hat - 1. Oktober -, die Liquiditätserfordernisse doch noch mal zu überprüfen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nach meiner Kenntnis hat hier den Auftrag gegeben der Chief Risk Officer Herr Bänziger, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, dann Teams nach Dublin und nach München in Marsch zu setzen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war die Beauftragung innerhalb der Deutschen Bank. Welche Kenntnis haben Sie, wer im Grunde die Deutsche Bank beauftragt hat, diese Prüfung vorzunehmen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich glaube, die Deutsche Bank hat sich im Rahmen ihrer - wie soll ich sagen? - Verantwortung innerhalb des Bundesverbands deutscher Banken hier in der Verantwortung gesehen. Zweitens darf ich aber auch daran erinnern, dass die Deutsche Bank sich in dieser Samstag/Sonntag-Nachtsitzung committed hatte, hier eine Liquiditätslinie von immerhin 5 Milliarden bereitzustellen. Insofern hatte sie natürlich auch in ihrer Funktion als potenzieller Kreditgeber - das ist jetzt meine Einschätzung - ein besonderes Interesse daran, hier detaillierte und differenzierte Kenntnisse zu haben.

Zusammengefasst würde ich sagen: Es stand schon im Vordergrund, dass sie sich hier in der Verantwortung für uns alle gesehen hat. Der zweite Aspekt mag hier aber auch eine Rolle gespielt haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Laut einer Aussage des Herrn Ackermann war es wohl so, dass der Präsident der Deutschen Bundesbank ihn bzw. die Deutsche Bank beauftragt habe, diese Prüfung vorzunehmen.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Dann war es sicher so, Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie es für eine hohe Expertise, dass die Auf-

sicht selber nicht in der Lage war, das zu machen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Dautzenberg, ich kann da jetzt nur spekulieren. Ich meine, die Deutsche Bank war ja nun in der Tat schon intensiv an dem Thema dran, schon in der Vorbereitung des ersten - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Dr. Sprißler, das ist jetzt kein Vorhalt, dass es aufgrund der Aktualität und der Dringlichkeit erforderlich war. Meine Frage geht mehr in die Richtung, ob es für die Expertise der Aufsicht spricht, dass man einen Beteiligten beauftragen muss - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber das kann doch nur aus der Situation heraus sein.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nein, nein, es kann ja Vorläufer dafür gegeben haben, ob man darauf vorbereitet war.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich kenne keine Vorläufer. Ich würde hier einfach sagen: Das ist sicher auch nicht der Normalfall; das ist auch unbestritten, glaube ich. Aber das war eine so singuläre Situation, eine absolut einzigartige Situation, die dann vielleicht auch einmal singuläre Maßnahmen in diese Richtung sinnvoll erscheinen lässt. Mir erscheint das durchaus sinnvoll vor dem Hintergrund dessen, dass die Deutsche Bank in der Woche zuvor ja schon deutlich in die Richtung investiert hatte, also auf Analysen und Nachforschungen aufbauen konnte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich darf noch mal zum ersten Rettungswochenende kommen. Wie haben Sie es empfunden, dass die Rechts- und Fachaufsicht, also das BMF, sich nachweislich erst am Sonntag-nachmittag beteiligt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Dautzenberg, es gab ja verschiedene Anrufe. Ich darf hier immer wieder - da steht alles wunderbar drin - auf das BaFin-Protokoll rekurrieren.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Also ist das zutreffend, ja?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber Sie zitieren natürlich nur das in der *Financial Times* veröffentlichte Protokoll, Herr Sprißler.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, ja. Entschuldigung. Selbstverständlich.

(Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):
Danach fragen wir auch!)

Ich habe es persönlich runtergeladen. Das ist so.

(Heiterkeit)

Das kann ich beschwören.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Alles klar.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, natürlich. Darauf rekurriere ich immer. - Dort wird ja nun geschildert, dass zum Beispiel Axel Weber versucht hat - - oder nicht nur versucht hat, sondern auch Telefongespräche geführt hat mit dem Minister usw. usf., da uns Beteiligten relativ bald klar war, dass eine tragfähige Lösung nur mit Beteiligung des Bundes zu stemmen war.

Gut, man kann jetzt darüber spekulieren, warum letztlich Herr Asmussen ganz präzise erst am Sonntag um fünf kam.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber p. m., also 17 Uhr.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE):
17.05 Uhr!)

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: 17 Uhr, ja. Entschuldigung, 17 Uhr. - Vielleicht hat eine Rolle gespielt, dass man auf Regierungsseite gesagt hat: Die sollen sich jetzt mal erst bemühen und anstrengen - oder was auch immer. Ich weiß es nicht. Ich will da auch nicht spekulieren. Tatbestand ist, dass Herr Asmussen dann in der Tat am Sonntag um 17 Uhr kam.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt fragt Herr Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Dr. Sprißler, finden Sie es ungewöhnlich, dass die Verhandlungen, die dann ja letztlich - wenn auch spät - geführt wurden, alleine auf Grundlage von Zahlen, die von der

Deutschen Bank und damit einem potenziell Haftenden im Einlagensicherungsfonds geliefert wurden, geführt wurden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Willsch, sicher kann man das als ungewöhnlich bezeichnen. Aber das schließt unmittelbar an die Frage von Herrn Dautzenberg an. Lassen Sie mich so sagen: „Das ganze Wochenende war ungewöhnlich“ beschreibt dieses Wochenende nur sehr unzureichend. Es war eine singuläre Situation. Uns war allen klar, angesichts der Dramatik der Situation - - Ich habe ja vorhin beschrieben, was nach meiner Ansicht passiert wäre - und da gab es wirklich gar keine Meinungsunterschiede unter den Beteiligten -, wenn es zu keiner positiven Lösung gekommen wäre. Da muss man dann auch manchmal ungewöhnliche Wege gehen. Ich kann nur alle, die beteiligt sind - Anwesende jetzt ausgeschlossen -, hier wirklich beglückwünschen und auch Lob aussprechen für das, was sie an diesem Wochenende hier hingekriegt haben. Da muss man manchmal ungewöhnliche Wege gehen. Manchmal muss man dann auch bei Dingen springen und Wege gehen, die man in normalen Zeiten oder wenn man viel Zeit hat und business as usual machen kann vielleicht nicht gehen würde. Man darf einfach nicht die Dramatik des Wochenendes ausblenden.

Insofern: Ja, es war ungewöhnlich; aber, wie gesagt, das Ereignis hat auch ungewöhnliche Wege erforderlich gemacht.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Sie kennen ja durch Ihre Funktion im Bankenverband und generell durch Ihre Funktion auch die BaFin, die Bundesbank und sicherlich auch die Finanzmarktabteilung des BMF gut. Meinen Sie nicht, die hätten nach der Sonderprüfung, die ja im ersten Halbjahr gelaufen war, auch selbst in der Lage sein müssen, entsprechendes Datenmaterial zu liefern?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Entsprechendes?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Entsprechendes Zahlenmaterial, aussagekräftiges Zahlenmaterial zu liefern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie haben jetzt das BMF angesprochen, nicht die BaFin oder die Bundesbank?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Alle.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Alles klar, okay.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Willsch, ich kenne da jetzt schlicht zu wenig, was da an Tätigkeiten, an Unterlagen hier gelaufen ist. Insofern traue ich mir hier keine wertende Aussage zu, ob BaFin, Bundesbank an dem Wochenende aus eigener Recherche validere Zahlen hätten vorlegen können, müssen. Diese Aussage traue ich mir nicht zu; sie wäre auch nicht fair.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Danke. - Herr Kollege Dautzenberg.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Dautzenberg, CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Dr. Sprißler, haben Sie eine Kenntnis davon, wer die Entwürfe für die Garantieverträge zu HRE gemacht hat und wer die Gebühr verhandelt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Die Garantieverträge zur HRE? Ich meine, mich dunkel zu erinnern, eine Rechtsanwaltskanzlei. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wer das war. Ich weiß auch nicht, wer die Gebühr verhandelt hat. Kann ich nicht beantworten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie denn Kenntnis darüber, wer die für das Wochenende beteiligten Rechtsanwälte beauftragt und bezahlt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Es waren, wenn ich mich - - Ich bitte, immer zu berücksichtigen, ich war telefonisch zugeschaltet. Ich habe nicht gesehen, wer da teilweise im Raum war oder nicht im Raum war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Na gut, aber Sie waren Beteiligter des Konsortiums.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, ja. - Ich weiß, dass hier der Prüfungsverband

Unterstützung erfahren hat von - wie heißen die - Latham & Watkins. Richtig? Ich glaube, so heißen die, Latham & Watkins. Ob das jetzt die waren, die die Garantie ausformuliert haben, kann ich nicht sagen. Die bezahlt, wenn ich richtig liege - darf ich es so beantworten? -, der Prüfungsverband deutscher Banken.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Dr. Sprißler, haben Sie Kenntnis darüber, wie sich die Aussage des Herrn Bundesfinanzministers zwischen dem ersten Rettungswochenende und dem zweiten in Bezug auf den Begriff „Abwicklung HRE“ auf die Bonität, das Rating und das endgültige Volumen der Rettungsaktion ausgewirkt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich glaube, dass sich das, um auf den letzten Teil Ihrer Frage zu antworten, auf die Höhe des endgültigen Volumens - so hatten Sie es eben, glaube ich, formuliert - nicht groß materiell ausgewirkt hat. Warum? Wie ich ja vorhin schon schilderte! Ich meine, die HRE war ja nun in dieser Woche, wenn wir uns alle zusammen an das Wochenende erinnern - - Damals brauchten wir, glaube ich, nur den Fernseher anzuschalten, dann stand ja schon die große Headline „Probleme bei der HRE“ usw. usf. Von daher ist meine Einschätzung, dass diese Äußerung nicht mehr gravierend zu einer Verschlechterung beigetragen hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war jetzt zu dem Volumen. Zum Rating?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich weiß ja, wie Ratings letztlich festgesetzt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Ratingagentur nur - - Bitte, „nur“ jetzt in Anführungszeichen; es war immerhin der Bundesfinanzminister, der die Äußerung getan hat. Aber trotzdem: Ratings werden nicht aufgrund einer Aussage verändert, sondern da stecken schon andere Dinge dahinter: Analysen und Entwicklungen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke. - Dann übergebe ich für die FDP Herrn Dr. Wissing das Wort.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Sprißler, habe ich es richtig verstanden, dass seitens des Staates, also seitens der Bundesregierung, die ja dann am Sonntag anwesend war, die Bewertung der Assets auf 15 Milliarden durch die Deutsche Bank nicht hinterfragt worden ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das würde ich so formulieren: Es ist nicht hinterfragt worden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Teilen Sie meine Auffassung, dass die Bewertung dieser Assets ein ganz wichtiger Punkt für die Frage der Höhe des Engagements des privaten Konsortiums war?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das ist richtig. Lassen Sie mich hinzufügen: Wenn ich mich richtig erinnere, sind die 15 Milliarden mit einem sehr, sehr deutlichen Haircut entstanden aus einer Sicherungsmasse von, glaube ich, 42 Milliarden an zur Verfügung stehendem Nominalvolumen. Vor dem Hintergrund, würde ich sagen, hat sicher auch die Bundesregierung, aber auch wir - - Ich meine, ein Haircut von 42 Milliarden runter auf 15 Milliarden, das ist immer noch keine Garantie - das ist gar keine Frage -, aber das ist schon ein beachtlicher Abschlag. Ich glaube, insofern konnten alle davon ausgehen, dass da auch eine deutliche Sicherheitsreserve beim Abschlag vorgenommen worden ist. Aber es ist richtig: Es ist nicht im Einzelnen diskutiert worden. Aber auch hier noch einmal - ich kann das nur gebetsmühlenartig wiederholen -: Das war dann abends um 17 Uhr. Uns war klar, dass wir vor dem Hintergrund der Börseneröffnung in Japan bis nachts um eins eine Lösung haben mussten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob die Hypo Real Estate der Bankenaufsicht am Sonntag, dem 28.09., etwas über einen Liquiditätsbedarf von 102 Milliarden Euro mitgeteilt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, darüber ist mir nichts bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat im Rahmen dieses Wochenendes ein Vertreter der Deutschen Bank davon gesprochen, dass

man auch mit einem Liquiditätsbedarf von 47 Milliarden Euro rechnen muss? Ist diese Zahl genannt worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ist mir jetzt nicht erinnerlich; aber ich kann es auch nicht völlig ausschließen. Es hatte immer die Rolle gespielt - - Wir müssen ja differenzieren. Wir haben natürlich diskutiert: Was ist der kurzfristige Liquiditätsbedarf bis Ende 08, was ist der mittelfristige bis Ende 09? Insofern kann es in der Tat gewesen sein, dass für bis Ende 09 eine solche Zahl genannt worden ist. Das kann ich nicht völlig ausschließen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Trotzdem ist man aber auf 35 Milliarden Euro gegangen. Haben da haushaltsrechtliche Gründe eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, mit Sicherheit nein. Wie gesagt, in der Hektik und der Dramatik mag durchaus hier auch einmal eine solche Zahl gefallen sein. Ich weiß es schlicht nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wurde im Rahmen - -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Aber haushaltsrechtlich, um das klar zu sagen, hat es meines Wissens - da mache ich eine ganz harte Aussage - keine Rolle gespielt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat es zwischen den Teilnehmern der Rettungsgespräche an diesem Wochenende einmal eine Erklärung gegeben, dass man sich wundert, dass man unzufrieden darüber ist, dass die Bundesregierung nicht vor Ort ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, wie ich vorhin schon sagte, war allen Beteiligten bald klar, dass es ohne Bund nicht gehen wird. Insofern gab es ja Bemühungen, hier den Bund an den Tisch zu bringen. Ja, es hat schon - - Sagen wir einmal so: Wir hätten uns durchaus gewünscht, dass jemand mit Statur - ich drücke es einmal so aus - früher gekommen wäre. Ja, das war so; das hätten wir uns gewünscht. Aber ich habe ja darüber spekuliert, was jetzt die „Gegenseite“ - bitte in Anführungszeichen -, der Bund, hier vielleicht an Überlegungen angestellt hat, warum er nicht früher an den Tisch kam.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Sprißler, Sie haben ja aufgrund Ihrer Funktion - Sie waren ja auch in doppelter Funktion vor Ort - sehr viel Erfahrung. - Sie waren zugeschaltet beteiligt, Sie waren nicht vor Ort.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wenn man in einer so schwierigen Situation verhandelt und die Interessen einer Seite wahrnehmen muss, macht es da nicht aus Ihrer Sicht Sinn, dass man von Anfang an bei den Gesprächen dabei ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Wissing, nicht zwingend, nicht zwingend. Ich kann mir schon vorstellen - jetzt setze ich mir einfach einmal den Hut der Bundesregierung auf -: Wir sind in dieses Wochenende mit der Maßgabe gestartet - das muss man auch sagen; das war die klare Marschrichtung der Moderatoren, insbesondere des Moderators Axel Weber -, hier eine privatwirtschaftlich getragene Lösung hinzubringen und einfach zu analysieren: Sind wir willens und in der Lage? Das war die zentrale Fragestellung. Insofern, muss ich sagen, sehe ich jetzt nicht zwingend, dass die Bundesregierung hier von Anfang an mit am Tisch sitzen muss. Zunächst müssen wir uns mal klar werden, was überhaupt möglich ist, hausintern, in der Familie; nennen Sie es, wie Sie wollen. Insofern halte ich das also nicht für zwingend erforderlich. Ich habe hier klar gesagt: Wir als Partei, als Bankenseite, hätten uns dann schon gewünscht, dass im Laufe - was weiß ich - des Samstagabends oder vielleicht am Sonntag in der Frühe jemand dagewesen wäre.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie nichts darüber wissen, dass Privatkredite abgespalten worden sind. Ich nehme einmal Bezug auf das Protokoll vom 02.07. Da hat der Zeuge Holger Techet gesagt - ich zitiere aus dem Protokoll, Seite 143 -:

Es wurde ja bei der Abspaltung ein Immobilienportfolio quasi auf die Gruppe übertragen. Und das waren, wie Sie gesagt haben, zum größten Teil - 60 bis 70 Prozent - Immobilienkredite in Deutschland. Da waren auch kleine gewerbliche Kredite oder auch Privatkredite dabei.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wie ich vorhin sagte - - Ich habe keinen generellen Widerspruch zu dieser Aussage. Aber lassen Sie mich noch einmal präzisieren: Gewerbliche Immobilienfinanzierungen waren selbstverständlich dabei. Fokus der Abspaltung waren gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Das müssen ja nicht zwingend immer großvolumige sein; es können auch kleinere gewerbliche sein. Das ist gar kein Widerspruch. Ich habe ja vorhin auch darauf hingewiesen: Die abgespaltenen Tochtergesellschaften haben wir - - Wir haben so abgespalten, wie sie stehen und lagen; ich bleibe bei dem Begriff. Es gab - darauf habe ich hingewiesen - bei zwei Vorgängerinstituten der HRE - bei einem, Entschuldigung - - Das eine war die Nürnberger Hypothekbank, und bei der Württembergischen Hypothekbank in der Tat auch. Die hatten in ihrem Portfolio aus früherer Zeit private Hypothekendarlehensfinanzierungen, aber eindeutig nicht mehr im Fokus. Da waren - nennen wir es so - Restbestände. Insofern kein Widerspruch zu der Aussage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch weitere Fragen?

(Dr. Volker Wissing (FDP): Es hat schon geiept!)

- Ach so, Entschuldigung. Es hat geiept, natürlich. Jetzt überlasse ich dann das Wort Frau Nina Hauer namens der SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Sprißler, Sie haben ja vorhin gesagt, Sie, die Banken, hätten aus Ihrem eigenen Interesse sich natürlich gewünscht, dass die Regierung früher dagewesen wäre. Ich glaube, das können wir alle nachvollziehen, dass das in Ihrem Interesse gewesen wäre. Aber wenn ich einmal das Ergebnis betrachte, dann würde ich aus der Sicht der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen Sie bitten, das vielleicht als Geschäftsmann zu bewerten. Am Anfang haben die Banken gesagt: 1 bis 2 Milliarden, mehr ist nicht drin. Es sind 8,5 geworden. Finden Sie, dass die Regierung da so schlecht verhandelt hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Frau Hauer, das ist natürlich jetzt eine Wertungsfrage, und ich kann es nur aus meiner eigenen Einschätzung und Bewertung heraus sagen: Ich habe mich klar geäußert, wie ich mir den Verlauf gewünscht hätte. Aber in der

Tat, wir haben als Finanzindustrie im Rahmen dieser 30 Milliarden - - Wir reden ja über 30 Milliarden, wenn ich beide Rettungspaketwochenenden zusammen nehme: Liquidität und 8,5 Milliarden Ausfallhaftung. Damit sind wir als Finanzindustrie mit Sicherheit in den Grenzbereich des Machbaren gegangen. Insofern können Sie sagen - wenn Sie den Hut der Bundesregierung aufsetzen -: Es war mit Sicherheit ein vernünftiges Ergebnis. Ich drücke es jetzt mal so aus.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Keine Fragen der SPD? - Dann übergebe ich nun an Herrn Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir hatten ja eben die Räuberpistolen. Ich habe das meinen Kindern immer gern vorgelesen. Insofern möchte ich noch einmal Räuber Hotzenplotz spielen und darauf hinweisen, dass in der Tat in unseren Unterlagen - Bundesbank-Dokument 55/28 bis 30 - diese Vermerke gibt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das ist eingestuft, Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich wollte ja nur wissen, dass es sozusagen diese Materialien gibt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Aber Sie machen keinen Vorhalt daraus?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nur der Hinweis, dass es im Jahr 2003 Einschätzungen der Bankenaufsicht und Hinweise der US-Bankenaufsicht gegeben hat, wonach die Immobiliengeschäfte in den USA ein Ausmaß an Risiko beinhalten, dass man Sorge hat. Das betraf durchaus auch die HVB. Um das zu konkretisieren: Waren Sie eigentlich auch an der Runde bei Herrn Schröder beteiligt, bei der sozusagen genau diese Fragen im Jahr 2003 auch diskutiert worden ist?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, daran war ich nicht beteiligt. Das muss mein Vorgänger gewesen sein, der von mir vorhin zitierte Dieter Rampl. Ich nehme an, da waren nur die Sprecher der Vorstände, die Vorstandsvorsitzenden - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, ja, aber Sie wissen - -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Zu dem Zeitpunkt war ich noch nicht Sprecher des Vorstandes.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nein, aber es gab ja Gründe, dass man sich auch im Jahr 2003 schon die eine oder andere Sorge gemacht hat - weil das eben so als völlig absurd dargestellt wurde.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, Herr Troost, das wollte ich nicht als absurd darstellen. Ich habe nur klar gesagt: Ich weiß davon nichts. Ich kenne die Unterlagen auch nicht. Gestatten Sie, weil Sie gesagt haben, US-Hypotheken - - Wenn ich mir anschau, was die HVB aktuell - 07/08 - als Ergebnis vorgelegt hat, dann, würde ich sagen, waren wir mit Sicherheit nicht diejenigen, die sich hier zuvörderst angesprochen gefühlt haben müssen. Ich drücke es mal so aus.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Noch einmal zur Abspaltung selbst: Sie haben gesagt, dass die Beträge, die zur Risikoabschirmung zur Verfügung gestellt worden sind - so habe ich das zumindest verstanden -, deutlich ausreichend waren.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist es nicht so, dass die 595 Millionen eigentlich schon im ersten Jahr sofort aufgebraucht worden sind, sodass da sozusagen kein weiterer Puffer mehr vorhanden war?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Troost, die Risikoschirmvereinbarung war, wenn ich das kurz noch einmal erwähnen darf, dass wir als HVB antreten müssen, wenn die Bildung notwendiger Wertberichtigungen bei der HRE Bank Deutschland - auf die hat es sich bezogen - in den Jahren 03 und 04 jeweils zu Jahresfehlbeträgen der HRE Bank Deutschland geführt hätten. Dieser Tatbestand war in den Jahren 03 und 04 gegeben; daher gab es diese Caps, im Jahr 03 460 Millionen, im Jahr 04 190 Millionen.

Wie ich vorhin erwähnte, im Jahr 03 - Sie haben auch auf das Jahr 03 rekurriert - war die Risikovorsorge der HRE Group exakt 716 Millionen; dies hat sie in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Davon wiederum hat die HVB - ich sage es jetzt untechnisch - 460 Millionen dazugeschos-

sen. Das heißt mit anderen Worten: Die HRE selber hat nur die Differenz getragen, also 260, 250 Millionen.

Im zweiten Jahr - insofern würde ich Ihnen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, leicht widersprechen - kamen noch 130 Millionen dazu, sodass das absolute Cap des Risikoschirms, angelegt auf 590 Millionen, in diesen zwei Jahren verbraucht war. In diesen zwei Jahren war der Risikoschirm verbraucht. Ja, das ist so.

Aber lassen Sie mich hinzufügen: Es gibt genügend Indizien - ich habe Ihnen vorhin ein paar angerissen -, dass der Risikoschirm absolut ausreichend war; Sie können auch sagen, dass er großzügig bemessen war. Nehmen Sie noch einmal den Verkauf: Ich würde behaupten, erst der Risikoschirm hat die HRE in die Lage versetzt, diesen riesigen Non-Performing-Loans-Verkauf überhaupt zu stemmen. Ein ganz wichtiges Indiz ist - auch das hatte ich vorhin gesagt -, dass der Verkauf, der natürlich mit einem deutlichen Abschlag vom Nominalwert stattgefunden hat, keinen zusätzlichen Hit, also eine Belastung in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 04 - da lief nämlich dieser Verkauf -, hervorgerufen hat. Ich kann keinen erkennen; es gab offensichtlich auch keinen.

Es gibt auch noch andere: Ein weiteres wichtiges Indiz - das habe ich bisher noch nicht erwähnt - war, dass ein Bestandteil dieser Risikoschirmvereinbarung war: Wenn die HRE in den Jahren 05 bis 09 Wertberichtigungen, die sie gebildet hat, unter anderem auf der Basis unseres zur Verfügung gestellten Risikoschirms, auflösen kann - tut mir leid, das wird jetzt sehr technisch -, quasi wieder zugunsten ihrer Ertragsrechnung als Ertrag vereinnahmen kann, dann muss sie 35 Prozent dieser aufgelösten Wertberichtigung an die HVB abführen, was ja, glaube ich, nur mehr als fair ist, dass sie, wenn sie es nicht benötigt, davon dann wieder einen Teil abführt. In den vier Jahren 05 bis 08 hat sie in der Tat Beträge - zugegebenermaßen Minibeträge - an uns abgeführt. Aber die Tatsache, dass sie hier Auflösungen hatte, ist unseres Erachtens ein klares Indiz, dass der Risikoschirm voll gegriffen hat und ihr - das war ja auch ein zentrales Momentum - letztlich einen guten Start ermöglicht hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Ich übergebe jetzt an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich würde gerne die Frage stellen: Bei der Rettung ist die HVB ja Teil des Konsortiums. Wie viel verdient denn die HVB über die Zinsen im Rahmen der Liquiditätsbereitstellung an der HRE-Rettung? Herr Ackermann hat das gestern für die Deutsche Bank quantifiziert.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wir sind mit 3 Milliarden an der Transaktion beteiligt. Jetzt können wir rechnen. Ich kenne jetzt nicht konkret die Marge. Hat Herr Ackermann genannt, wie er die Marge gerechnet hat? Dann könnte ich das auch relativ einfach berechnen. - Gut.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat eine Gesamtgröße von etwa 100 Millionen genannt. Darin sind auch die Gebühren für die Treuhänderfunktion enthalten.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Schick, ich bin jetzt auf die Frage nicht vorbereitet, aber ich formuliere es mal so: Wenn die Rechnung von Herrn Ackermann richtig ist, woran ich natürlich in keiner Weise zweifle, dann ist es ein einfacher Zweisatz: Die haben, glaube ich, 12 Milliarden, und wir haben 3 Milliarden. Dann wäre das ein Viertel. Kann ich die Frage vielleicht so beantworten? Ich kann es nicht effektiv.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wenn wir uns überlegen, der Einlagensicherungsfonds hätte in Anspruch genommen werden müssen - - Dazu will ich zwei, drei Fragen stellen. Das eine ist: Nach der Übernahme der Düsseldorfer Hypothekenbank im April 2008 war der Einlagensicherungsfonds an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Dann kam ja noch die Lehman Bank AG. Zumindest vor dem Eintreten des Rettungswochenendes war es da schon ein bisschen dünn. Gab es da Überlegungen: Was passiert eigentlich, wenn noch einmal ein größerer Fall im Einlagensicherungsfonds eintritt? Hat man das bei den privaten Banken diskutiert?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ihren Schlussfolgerungen, die Sie eben gemacht haben, kann ich nur zustimmen. Sie haben noch das Thema IKB vergessen; das hat ja den Einlagensicherungsfonds auch belastet.

Auch die Adressen, die Sie genannt haben, insbesondere auch Lehman AG - gar keine Frage -, haben den Einlagensicherungsfonds deutlich strapaziert.

Lassen Sie es mich so sagen: Der Einlagensicherungsfonds ist nicht konstruiert und konzipiert worden für systemische Risiken - das ist, glaube ich, eine klare Aussage -, sondern für, etwas pauschal formuliert, kleinere, beherrschbare Fälle, aber nicht für schlagend werdende systemische Risiken, wie sie hier mit dem Fall HRE stattgefunden haben - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, man war sich klar, dass der Staat da einspringen müsste?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Schick, einen Satz noch, und der ist mir wichtig: Ich behaupte - das ist aber eine Einschätzung von mir -, keine Sicherungseinrichtung in der Welt, keine in der Welt, ist dafür konstruiert, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: - systemische Risiken aufzufangen. Das gilt im Übrigen in Deutschland auch säulenübergreifend. Es ist mir einfach wichtig, das noch einmal erwähnt zu haben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, schon vor der Pleite von Lehman Brothers war eigentlich klar, dass in so einem Fall der Staat einspringen müsste?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich würde sagen, dass in der Tat andere Lösungsansätze gefragt sind, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei einem Nachschuss in Höhe dessen, wie eine Pleite der HRE den Einlagensicherungsfonds belastet hätte - also sozusagen der Zustand, der um 22.30 Uhr am Sonntagabend noch auf dem Tisch lag -: Wie stark hätte denn die HVB sich da beteiligen müssen? Hatte man da eine Vorstellung?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja. Das ist relativ einfach zu beantworten. Letztlich

bemisst sich die Frage -- Sie wissen, der Einlagensicherungsfonds ist ja ein Umlagesystem.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wie die gesetzliche Rentenversicherung, die wir ja auch alle schätzen.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, genau.

(Heiterkeit - Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das wird bald neu sein!)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, das kann ich bestätigen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, das ist eine Fußnote. Das lassen wir weg.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Sie haben völlig recht: Die ist genauso ein Umlagesystem. Man weiß natürlich, was das eigene Haus - aber das weiß man natürlich auch von den großen anderen - zu dem Umlagevolumen eines Jahres beiträgt. Sie haben mich gefragt; ich äußere mich da natürlich nur zur HVB.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das ist durchaus ein zweistelliger Prozentsatz.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können das aber nicht genauer für uns spezifizieren?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Um 10 Prozent, zwischen 8 und 10 Prozent.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wie hoch waren die unbesicherten Gelder der HVB bei HRE im Vorfeld? Ich versuche einfach ein bisschen, die Verhandlungspositionen zu verstehen; da sind wahrscheinlich verschiedene Sachen gewesen, Einlagen oder auch Kredite, die Ihr Haus hatte und bei einer Pleite der HRE verloren hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt müssen Sie wissen, Herr Sprißler, ob

Sie in der Lage sind, diese Antwort in öffentlicher Sitzung zu geben.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich versuche eine Antwort, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Ich sage es nur.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja. - Ich rekurriere da auf die Darstellung, die vorgestern in *Zeit online* erschienen ist. Da sind auch wir genannt. Ich nehme an, das kennen Sie auch. Wenn es richtig ist, dass diese Liste, aus der da zitiert wird, von der Bundesbank erstellt worden ist, dann - lassen Sie mich mal so sagen - würde ich die Zahl für unser Haus nicht dementieren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Gut. Dann danke ich Ihnen und übergebe jetzt wiederum, falls noch Fragebedarf besteht, an die CDU/CSU. - Das ist nicht der Fall. Die FDP?

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Sprißler, man hat an diesem Bankenrettungswochenende ja eine bestimmte Risikoverteilung vereinbart. Hat man sich auch mal darüber Gedanken gemacht, dass diese Risikoverteilung möglicherweise infrage zu stellen ist, wenn sich das Engagement des Staates erhöht oder wenn der Staat andere Sicherheiten gibt, so wie das bei dem zweiten Bankenrettungspaket der Fall war? Ist darüber gesprochen worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Können Sie die Frage noch einmal etwas verdeutlichen?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja. Also, die Bundesgarantie des zweiten Bankenwochenendes gab es ja beim ersten in der Form noch nicht. Ist die Risikoverteilung infolgedessen zwischen Privat und Staat geändert worden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, die ist nicht geändert worden. Am ersten Wochenende war nachts um eins Tatbestand - ich rekapituliere jetzt einfach aus dem Gedächtnis -: 15 Milliarden Liquiditätsbereitstellung vom Kreditgewerbe, 20 Milliarden EZB und 8,5 Milliarden Ausfallhaftung im Verhältnis 60 zu 40, 60 Finanzindustrie, 40

Bund. Das war nach meinem Dafürhalten genau die Regel auch am zweiten Wochenende, so wie ich sie kenne. Da ist nichts geändert worden. Wie ich vorhin sagte, am zweiten Wochenende ist nur - was heißt „nur“; das war schon eine schwierige Geschichte - die Aufteilung dieser 8,5 Milliarden innerhalb der Finanzindustrie festgelegt worden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Bezogen auf die bundesgarantierten 15 Milliarden Euro des Finanzkonsortiums habe ich folgende Frage: Können Sie mir erklären, warum die Deutsche Bundesbank für diese Mittel spürbare Haircuts veranschlagt hat, obwohl doch die gleiche Bundesgarantie der Besicherung dient wie für die 20 Milliarden Euro ELA-Fazilität?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Wissing, das kann ich Ihnen aus dem Stegreif nicht beantworten, nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber es ist doch nicht logisch, dass bei an sich gleicher Besicherung das Risiko unterschiedlich eingeschätzt wird.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: So, wie Sie die Frage stellen, würde ich Ihnen zustimmen. Nur, sorry, ich kenne die Fakten jetzt hier nicht. Insofern kann ich nur bei der Aussage bleiben: Ich kann sie nicht beantworten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie viel bilanzielles Eigenkapital Ihres Instituts ist in der Bereitstellung der von Ihnen angesprochenen Kredite an die HRE-Gruppe gebunden?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Sie meinen jetzt die von mir vorhin genannte Liquiditätslinie von 3 Milliarden?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Da staatlich garantiert, meine ich, ist die Eigenkapitalbindung gleich null.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wenn Sie die HRE-Gruppe in ihrem gruppenspezifischen Kontrahentenrisiko aus Sicht Ihres Instituts bewerten: Wie war das Risiko am 29. September 2008, am 13. November 2008 und

nach der Kapitalerhöhung durch den SoFFin in 2009? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie es kategorisieren? Wann gab es das höchste, wann gab es das niedrigste Risiko?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Noch mal. Sie haben das Datum - -

Dr. Volker Wissing (FDP): 29. September, 13. November und dann Kapitalerhöhung durch den SoFFin in 2009.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wie Sie es formuliert haben, ist sicherlich das Kontrahentenrisiko nach der SoFFin - - Sie haben jetzt auf die Aktienmehrheit rekurriert?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Auf den Bezug zum Untersuchungsgegenstand bitte ich zu achten, Herr Wissing.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Selbstverständlich würde ich sagen: Letzteres war das geringste Risiko. So kann ich kategorisieren.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Wissing, ich will nur darum bitten, den Untersuchungsgegenstand im Auge zu behalten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe das vernommen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich sehe das als Teil des Untersuchungsgegenstands an, weil es ja darum geht, was zur - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber nicht die Kapitalerhöhung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gut. - Noch eine weitere Frage. Wurde an diesem Wochenende eine Abwicklung der Hypo Real Estate in Erwägung gezogen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Selbstverständlich - jetzt rekuriere ich wieder auf das BaFin-Protokoll - haben wir die verschiedensten Optionen diskutiert. Beispielsweise haben wir lange diskutiert: Ist es möglich, die deutschen Teile zu retten und die DEPFA Ireland, die wir ja damals schon klar als den Problemteil der HRE-Gruppe erkannt haben, und vielleicht die HRE Bank International letztlich in die Insolvenz gehen zu lassen, also die deutschen Teile zu retten? Insofern in dem Sinne: Ja.

In die Insolvenz schicken heißt letztlich - das wäre die Konsequenz gewesen -: Abwicklung von Teilen. Ich weiß nicht, ob ich das vorhin schon erwähnt habe, aber es sprachen neben den volkswirtschaftlichen Einschätzungen einfach auch ganz gravierende „banale“ - bitte in Anführungszeichen - Argumente dagegen. Die Inter-Company-Beziehungen waren so eng, dass, wenn wir an einer Ecke gesagt hätten: „Das lassen wir jetzt in die Insolvenz gehen“, das sofort wie Dominosteine auch die deutschen Teile hier in die Insolvenz gerissen hätte, mal ganz abgesehen von Themen wie § 179 a Aktiengesetz, also Hauptversammlungs Zustimmung.

Also, in dem Sinne, selbstverständlich sind - - Das dokumentiert ja, dass wir an diesem Wochenende um Lösungen gerungen haben, Treuhandlösungen und was da alles auch in dem Protokoll zitiert wird. Das haben wir alles diskutiert. In dem Zusammenhang: Ja, wenn Sie jemanden in die Insolvenz schicken, ist natürlich auch der Tatbestand der Abwicklung damit verknüpft. Das ist fast eine Leerformel. In dem Sinne: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie genau hat die HypoVereinsbank den Anteil am Rettungspaket refinanziert?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wie genau - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie haben Sie diese Summe refinanziert?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wir haben die Mittel - - Vielleicht verstehe ich Ihre Frage nicht. Wir haben einen Liquiditätsbestand. Die Mittel haben wir eingesetzt und diese dann letztlich bei der EZB refinanziert, also aus unserem Liquiditätsbestand.

(Zuruf des Abg. Leo Dautzenberg
(CDU/CSU))

- Nicht nur kapitalmarktabhängige Passivseite, wenn ich Ihren Einwand richtig deute, Herr Dautzenberg.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Sprißler, auf einer Skizze, die dem Finanzausschuss vorgelegt worden ist, war zum ersten Bankenrettungspaket auch der kurzfristige Verkauf der Bankinstitute vorgesehen. War das Gegenstand der Rettungsgespräche am Wochenende 27./28. September?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bevor die Frage beantwortet wird: Könnten Sie die Skizze bitte noch näher datieren, Herr Wissing?

Dr. Volker Wissing (FDP): Die Skizze stammt vom 29. September.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vom 29. September 2008 und ist dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zugeleitet? - Okay.

Dr. Volker Wissing (FDP): Die Druck-sachnummer ist 16 (7) 0295.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Wissing, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist diese Skizze vom Rettungswochenende dann am 29. - das war der Montag - im Finanzausschuss aufgetaucht?

Dr. Volker Wissing (FDP): Entschuldigung, sie ist später aufgetaucht, sie datiert aber vom 29. September, -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Aha!

Dr. Volker Wissing (FDP): - also aus der Zeit unmittelbar nach dem Rettungswochenende. Der Finanzausschuss hat in diesen Tagen - allerdings nicht am 29. September - getagt.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Wissing, wie ich sagte: Wir haben mehrere Optionen, theoretische Optionen, Alternativen diskutiert. Unter anderem war eine - das mag die gewesen sein, in der Tat - Alternative, zu sagen: Die HRE-Holding soll gegen Darlehensgewährung ihre Aktienpakete sicherungsübereignen - ich nehme an, das war

diese Lösung -, um damit, wie ich vorhin sagte, beispielsweise den deutschen Teil zu retten. Dieses wiederum, diese theoretische Option, dieser Denkansatz, ging schlicht deshalb nicht, weil auch dafür letztlich die Zustimmung der Hauptversammlung notwendig gewesen wäre, also der berühmte § 179 a Aktiengesetz. Das ist deshalb nicht weiter diskutiert worden, bzw. man hat nach intensiver Diskussion gesagt: Den Weg kann man nicht gehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann übergebe ich nunmehr an Herrn Miersch von der SPD-Fraktion.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Herr Sprißler, ich will noch mal abstellen auf eine Frage des Kollegen Schick im Zusammenhang mit der Einlagensicherung: Wann ist es notwendig, dass der Staat eventuell eingreift? - Es könnte vielleicht der Eindruck entstehen, dass man sagt: Es war ganz klar, dass der Staat hätte einspringen müssen. - Deswegen wollte ich noch mal nachfragen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie als Privatbanken in dieses erste Rettungswochenende zunächst hineingegangen sind mit dem Ziel, eine private Lösung ohne den Staat zu finden? Ist das richtig?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das ist richtig. Ich habe mehrfach betont, zentraler Fokus war, eine Lösung hinzubringen unter der Fragestellung: Sind wir willens und in der Lage? Den Willen konnten Sie voraussetzen. Aber in der Diskussion hat sich dann sehr schnell herausgestellt, dass wir einfach nicht mehr in der Lage dazu waren.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ich habe gestern Herrn Ackermann gefragt, wann er die Brisanz an diesem Wochenende erkannte. Er hat dann gesagt: im Verlauf des Samstagnachmittags. Würden Sie das für sich auch bestätigen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja, das deckt sich, glaube ich, durchaus mit dem, was ich auch hier gesagt habe. Uns war relativ schnell klar - - Ich bitte, in Erinnerung zu halten: Ich war zugeschaltet am Samstag, ich glaube, ab 11 Uhr, wenn ich es jetzt auf die Schnelle richtig parat habe. Ich würde dem so - - Ja, das ist auch mein Bild.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Das war der Punkt, wo Sie sagten: Wir kommen alleine nicht klar; -

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Richtig.

Dr. Matthias Miersch (SPD): - der Liquiditätsbedarf ist so groß, dass wir den Staat hinzuziehen müssen.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Jawohl.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe jetzt an die Fraktion Die Linke. Herr Dr. Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nur, weil Sie sagten: „zugeschaltet“. Waren Sie denn auch noch um 0.45 Uhr zugeschaltet, als dann die Endlösung am Sonntag gefunden war?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, ich war nicht mehr zugeschaltet. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe mich tief deprimiert und frustriert um, ich glaube, elf, als die Verhandlungen gescheitert waren, verabschiedet. Das war - ich glaube, das nehmen Sie mir ab - eine sehr unruhige Nacht, weil ich mir vorgestellt habe, was dann - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dass es keine Lösung gibt praktisch.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, ich habe mich in dem Wissen verabschiedet: Die Verhandlungen sind gescheitert, es kommt zum Gau, es kommt letztlich zum Moratorium HRE mit allen Auswirkungen, die ich ja auch geschildert habe. Insofern bin ich tief deprimiert gewesen und war dann selber überrascht, als ich am frühen Morgen, um 7 Uhr, das Radio einschaltete und hörte: HRE gerettet. - Ich dachte, ich bin im falschen Film. Aber der Film war mir natürlich recht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut. Das wird ja als besondere Verhandlungskunst von Herrn Asmussen hervorgehoben. - Sie lachen, aber das ist so.

Ich möchte noch mal auf die Zahlen in *Zeit online* zurückkommen - wir gehen ja nicht an geheime Zahlen, sondern nur an die,

die in *Zeit online* stehen -, weil Sie sagten, sie seien realistisch: Da steht drin, dass die HypoVereinsbank insgesamt in einer Gläubigerposition von 3 Milliarden gewesen ist. Waren das gesicherte oder ungesicherte Positionen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Zur Klarstellung noch mal: Ich habe natürlich nur auf unsere Zahl - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich meine ja nur.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich wollte nur noch mal sagen: Die anderen kann ich nicht - -

Das habe ich vorhin nicht erwähnt - ich habe ja gesagt: mehr oder minder; ich würde die Zahl nicht dementieren -: Uns scheint, dass da auch einige gesicherte Teile, also Pfandbriefe, dabei sind. Aber noch mal: Cum grano salis würde ich das so bestätigen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wobei das schon eine andere Betroffenheit ist als bei der Deutschen Bank, wo es nur ein Zehntel der Summe war. Insofern das Interesse. Wenn da was gescheitert ist, dann ist das zumindest wirklich gefährdet.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das ist sicher richtig. Erklärbar ist das Ganze zu einem wesentlichen Teil auch noch mit der Abspaltung. Wir haben im Rahmen der Abspaltung der HRE ja verschiedene Refinanzierungs- und Liquiditätslinien, auch längerfristiger Art, mitgegeben. Also: Ein Gutteil dieses Betrages resultiert noch aus dem Abspaltungszeitpunkt, wie im Detail im Börsenzulassungsprospekt der HRE - - Das ist nichts Geheimes, das ist öffentlich.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Noch mal zu den Ergebnissen des ersten und des zweiten Wochenendes: Beim ersten Wochenende gab es sozusagen Kreditlinien der Banken, die besichert waren mit Forderungsabtretung quasi der HRE.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Beim zweiten Wochenende gab es ja dann für den Zusatz in vollem Umfang die Staatsgarantie.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das sind ja schon Unterschiede. Im einen Fall geht die Bank, würde ich sagen, natürlich schon auch noch ein gewisses Risiko ein. Im anderen - oder sehe ich das falsch? - sind das doch eigentlich völlig risikolose Linien, die Sie sozusagen zur Verfügung stellen. Sie finanzieren sich in vollem Umfang bei der Notenbank und finanzieren das gesamte Geschäft bei der Notenbank.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja. So, wie Sie es formuliert haben, will ich Ihnen nicht widersprechen. Das ist so. Wie ich aber vorhin schon sagte - das ist dann Tatfrage -: Das ist nicht klar zu beantworten. Den 15 Milliarden stand ein Nominalvolumen von 42, 43 Milliarden an Nominalwerten, an Wertpapieren gegenüber. Aber es ist sicher richtig: Nichts Gewisses weiß man nicht. Ob dieser Haircut, der ja gewaltig war, ausreicht - - Insofern ist eine staatliche Position mit Sicherheit risikoloser. Das ist so.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt aber doch auch andersherum: Wenn der Staat die Gesamtlösung geschultert hätte, hätte er sozusagen diese Einnahmen, während er jetzt nur die Garantie gibt und das private Bankgewerbe sozusagen mit entsprechenden Überschüssen versorgt.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Und wie hätte er das ohne Einschaltung von Banken machen sollen? Ich frage mich einfach: Er muss sich hier, glaube ich, des bestehenden Systems bedienen, wenn ich das recht sehe. Ob er das auch hätte direkt machen können? Wissen Sie, das erinnert mich jetzt ein bisschen an die Diskussion: Haben wir derzeit eine Kreditklemme, und kann der Staat direkt, irgendwie an den Banken vorbei, abhelfen?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Na ja, später ist der SoFFin gegründet worden. Da hat man ja auch andere Lösungen gefunden, wie man sozusagen direkt an die Banken herangeht. Das ist ja nicht völlig absurd.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, das habe ich ja auch nicht gesagt. Aber, wie gesagt, das war keine Diskussion. Insofern kann ich dazu jetzt auch nichts sagen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Und wie lange laufen diese Linien jetzt insgesamt? Ist vorgesehen, dass das irgendwann zurückgeführt wird, oder sind das jetzt sozusagen Zinseinnahmen, Zinsüberschüsse für viele Jahre?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, die sind befristet. Mir ist im Moment entfallen, welche Laufzeit dahintersteht. Aber die sind befristet, das sind nicht ewige Renten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut. Ewig ist ja nichts.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Sie sind befristet; aber mir ist im Moment die Laufzeit nicht geläufig.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ungefähr?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Bitte?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ungefähr? Ein Jahr? Drei Jahre? Fünf Jahre?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Drei oder fünf.

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU):
Im Gesetz!)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir reden ja jetzt nicht über die SoFFin-Kredite, sondern über die Kredite an die HRE. Drei Jahre, ungefähr.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich glaube, drei Jahre. Aber noch mal: Nageln Sie mich darauf jetzt nicht fest.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann übergebe ich, sofern noch Bedarf besteht, an Bündnis 90/Die Grünen. Herr Dr. Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Auf das, was am 13. November an konkreter Hilfe für die HRE umgesetzt wurde, möchte ich jetzt Bezug nehmen. Das sind drei verschiedene Tranchen: Es gibt praktisch die ELA-Fazilität für 20 Milliarden, es gibt 15 Milliarden mit Bundesgarantie, und es gibt 15 Milliarden, die praktisch abgesichert sind durch das Wertpapierportfolio. Wir haben gestern von Herrn

Ackermann erfahren, dass in Bezug auf die 15 Milliarden mit der Bundesgarantie praktisch eine vernachlässigbare, geringe Eigenkapitalunterlegung erforderlich ist, weil das wegen der Bundesgarantie ein sehr geringes Risiko ist. Das können Sie wahrscheinlich bestätigen.

Wie ist das bei dem anderen Punkt, wo das Konsortium wertpapierbesichert der HRE Geld zur Verfügung stellt? Das ist in der Rangfolge First Loss. Wie muss ich mir da die Risikobewertung vorstellen? Und zu welcher entsprechenden Eigenkapitalunterlegung führt das dann?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich denke, Sie fragen nach der Basel-II-Regelung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Die kann ich Ihnen im Einzelnen jetzt nicht ableiten. Aber sie ist mit Sicherheit spürbar und bemerkenswert.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das vielleicht ein bisschen konkretisieren?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das sind ganz komplexe Regeln. Das habe ich nicht mehr so parat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch zwei andere Fragen. Die eine ist: Ist es richtig, dass die Bundesbank im August 2008 eine Abfrage unter den deutschen Banken nach deren Exposure bei US-amerikanischen Banken, darunter auch Lehman, gemacht hat?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: August 08?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Das ist mir jetzt konkret nicht erinnerlich. Aber ich würde sagen: Das war wohl so. Da kamen verschiedene Anfragen. Das kann schon sein. Wahrscheinlich war es so. Aber ich kann es jetzt nicht - - Ich habe es nicht dabei.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können sich auch nicht erinnern, dass Sie völlig überrascht waren, dass man mal wissen wollte, welche Exposure Sie bei amerikanischen Investmentbanken haben?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein. Ich darf doch erinnern: Die Finanzmarktkrise ist ja jetzt immerhin schon zwei Jahre ins Land gezogen. Sie hat im August 07 begonnen. Insofern war das mit Sicherheit in keinsten Weise ungewöhnlich. Ich würde mal unterstellen, dass wir auch schon vor dem August 08 immer wieder aufgefordert worden sind - jedes Haus -, zu bestimmten Dingen Daten zu liefern. Insofern eine klare Aussage: Nein, da bin ich nicht überrascht gewesen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die Überlegung, dass die Investmentbanken in den USA zu den etwas riskanteren Banken gehören, war im Sommer 2008, also schon vor September, durchaus im Raum?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja. Ich würde sagen: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das würde ich auch sagen.

Hat man im Rahmen dieses Rettungswochenendes - - Es ist ja interessant: Da sitzen die deutschen Privatbanken. Es gibt aber noch eine ganze Reihe anderer Leute, die verlieren würden, wenn die HRE kippen würde: ausländische Gläubiger und inländische Nichtprivatbanken. Hat man sich denn mal überlegt, ob man die heranziehen will? Und warum haben die Privatbanken nicht versucht, die Lasten anders zu verteilen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, wir haben nicht versucht, die Lasten anders zu verteilen. Es war uns von vornherein klar - das haben Sie ja auch angesprochen; Sie haben von Nichtprivatbanken gesprochen, also zum Beispiel Firmen -, dass hier die gesamte Finanzindustrie - lassen Sie mich

das mal so beschreiben - antreten muss. Das war uns unter anderem klar, weil durchaus - - Jetzt nicht anhand von harten Zahlen wie die, die in *Zeit online* standen. Aber es war klar, dass hier säulenübergreifend auch andere Banken - übrigens nicht nur große, sondern auch viele kleinere Raiffeisenbanken, Sparkassen - involviert waren. Wie gesagt: Selbstverständlich waren auch Kommunen, Nichtprivatbanken, kann man auch sagen, deutlich involviert. Es war klar, dass die Finanzindustrie insgesamt anzutreten hat und, nicht zu vergessen, der Versicherungsbereich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die waren am letzten Rettungswochenende nicht am Tisch, oder?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Nein, die waren an dem Wochenende nicht am Tisch. Die sind dann im Laufe der Woche dazugekommen. Aber noch mal: Es war allen Beteiligten klar, dass das nicht nur von den Privatbanken gestemmt werden konnte, sondern dass das wirklich eine Sache der Finanzindustrie insgesamt werden musste.

An ausländische Gläubiger hatten wir in dem Zusammenhang - - Herr Schick, Sie müssen bitte immer im Auge haben: Wir brauchten eine klare, einleuchtende, transparente Lösung, mit der man an den Markt gehen konnte, nicht eine komplexe Lösung, die das eh schon vorhandene Misstrauen im Markt, das mangelnde Vertrauen sofort noch weiter beschädigt hätte. Also, ich kann mir nicht vorstellen - schon aus praktischen Gründen -, wie wir an dem Wochenende irgendwelche Großgläubiger im Ausland hätten anrufen und sagen sollen: Du beteiligst dich aber auch an der Geschichte. - Ja, ich verstehe den Gedankengang von Ihnen, aber der war aus mehreren Gründen, unter anderem aus Praktikabilitätsabwägungen heraus, nicht gangbar.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich kurz noch eine Verfahrensfrage klären. Wir haben jetzt eine Befragungsrunde abgeschlossen. Herr Blessing, der für heute Nachmittag geladen ist, wird gegen 13.45 Uhr von uns erwartet. Einen normalen Ablauf vorausgesetzt: Wenn wir eine Mittagspause von 40 Minuten haben wollen, müsste jetzt gegebenenfalls überlegt werden, ob eine dritte Runde kommen soll

oder nicht. Ich bitte einfach um eine Abfrage, ob und, wenn ja, in welchem Maße noch Fragebedarf seitens der einzelnen Obleute besteht. - Die CDU/CSU?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wegen der Mittagspause: Wir haben keinen Fragebedarf mehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, okay. - Die FDP?

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine kurze Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die SPD?

Nina Hauer (SPD): Eine Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Linke?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Keine.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Grünen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann muss ich Folgendes sagen: Ich übergehe jetzt die CDU/CSU mit der Maßgabe, dass, wenn sich aus diesen Fragen aus Sicht des Obmanns noch weiterer Fragebedarf ergibt, wir dann eine auf die CDU/CSU bezogene, weitere Runde machen. Ansonsten wäre mit dieser Runde dann das Ergebnis der Zeugenbefragung fest. - Ich übergebe gleich an Herrn Dr. Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Sprißler, als um 23 Uhr sonntags alles so aussah, als würde keine Lösung gefunden, die Gespräche zunächst beendet waren, was haben Sie dann gemacht?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Wissing, wie ich vorhin schon sagte: Ich bin dann tief deprimiert ins Bett gegangen und habe sehr schlecht geschlafen. Ganz einfach.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Dann die SPD. Frau Nina Hauer fragt für die SPD.

Nina Hauer (SPD): Herr Sprißler, seitens der Opposition, insbesondere der FDP - ich weiß nicht, ob Ihnen das bekannt ist; das wäre meine erste Frage -, ist ja moniert worden, dass die Bundesregierung nicht Kapitalanteile, Aktien eingezogen hat von den Banken, die am Rettungspaket beteiligt waren. Ist Ihnen dieser Vorschlag bekannt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Der Vorschlag, dass - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Darf ich dazu mal sagen, dass das sinntestellend wiedergegeben ist und dass dieser Vorschlag so nicht kam. Ich finde das absurd, Frau Hauer, was Sie da betreiben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Frau Hauer hat - -

Nina Hauer (SPD): Ich versuche mal, mit einer anderen Darstellung den Vorschlag wiederzugeben, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gestern kamen Sie und haben aus einem Interview zitiert, das es nicht gibt. Ich finde das wirklich absurd.

Nina Hauer (SPD): Ich versuche mal, mit einer anderen Darstellung diesem Vorschlag etwas Sinn einzuhauchen und zitiere das hier mal aus der Onlineversion der *Süddeutschen*. Da wird der Vorschlag zitiert, dass die Bundesregierung sich als Gegenleistung für die Hilfe bei der Rettung der Hypo Real Estate Kapital der betroffenen Privat Institute hätte sichern sollen. Ist Ihnen dieser Vorschlag bekannt?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich habe diesen Vorschlag, diese Idee im Nachhinein irgendwann gelesen. Also, an dem Wochenende, wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, hat das keine Rolle gespielt und wäre gescheitert auch schon an aktienrechtlichen Grundtatbeständen. Ich meine, der Vorstand kann ja nicht hergehen und seine Aktiengesellschaft, seine Gesellschafter übergehen. Also noch mal: Klare Aussagen an dem Wochenende sind nicht diskutiert worden. Ich

habe später darüber gelesen und würde über den Vorschlag nur sagen können: Der ist problematisch; ich drücke es mal so aus.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Noch Fragen der SPD?

Nina Hauer (SPD): Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich an Die Linke. - Nein, die hatte keine Fragen mehr. Dann übergebe ich an Herrn Dr. Schick von den Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal nachfragen bei der bilanziellen Eigenkapitalunterlegung, weil ich habe, so wie ich die Konstruktion dieses Rettungspakets verstehe, nicht nachvollziehen können, wieso Sie sagen, das sei schon erheblich. Denn da ist zunächst einmal eine Overcollateralization, und dann, pari passu, 35 Milliarden, und dann sind da noch die Wertpapiere im Pool. Wie hoch ist denn dann noch das Risiko, und wie hat dieses Risiko sich dann noch verändert bis zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses?

In der Zwischenzeit ist ja die Ansage gemacht worden, dass der Staat sozusagen reingeht, und dann ist es ja eine verstaatlichte Bank, und damit müsste der dieses Risiko deutlich absichern. Ich will also ein Verständnis dafür haben: Wie ist denn da dieses Risiko eingeschätzt worden? Ich habe das nicht nachvollziehen können. Ich weiß, dass wir jetzt nicht über konkrete Prozentsätze reden; aber es geht mir um den Verlauf in der Zeit und um Verständnis, wie die Risikoeinschätzung war.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Herr Schick, ich habe vorhin auf eine entsprechende Frage, ich weiß nicht mehr, wer es war, vielleicht Herr Wissing, ich weiß es nicht mehr - - In der Risikoeinschätzung - immer selbstverständlich mit Einstieg hier der SoFFin und HRE zur Staatsbank - ist das Risiko mit Sicherheit deutlich nach unten gegangen. Das habe ich auf eine Frage vorhin gesagt.

Auf Ihre Frage vorhin mit der Eigenkapitalunterlegung hier, wie die Eigenkapitalbelastung ist, lassen Sie mich so sagen: Ich

dilettiere jetzt hier in dem Punkt einfach nicht herum. Ich muss hier konkret die Basel-II-Vorschriften, die ich in den Details jetzt nicht vorliegen habe - - Ich bin auch jetzt auf die Frage nicht vorbereitet. Insofern ziehe ich das erheblich zurück und sage: Bitte, ich weiß es im Moment nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie mir diese Frage im Nachhinein noch beantworten?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das wäre die einfachere Lösung. Dann würde ich weitergeben an den Kollegen Wieland.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wenn keine Bedenken bestehen, das dem Sekretariat noch mitzuteilen, dann würde das verteilt werden; dann wäre das okay. - Herr Wieland, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten so schön, am 26.09. sei die Frage der Haftung für Altverbindlichkeiten bei Ihnen hochgepoppt im Hause. Wer kam auf die Idee? Sie als Vorstand? Einfach mal konkretisiert: Wer kam auf die Idee? Da war doch eine Fünfjahresfrist, und möglicherweise sind wir da noch in einer Haftung drin. Wie ist der Geist dann wieder durch wen in die Flasche zurückgekommen?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Also, es war nicht der Vorstand, der darauf kam, sondern ich kann Ihnen jetzt nicht mehr konkret einen bestimmten Mann oder eine Frau sagen, der oder die das Thema artikuliert hat. Aber es kam einfach im Zusammenhang mit den Diskussionen, Marktgerüchten, wie ich sie vorhin geschildert habe, um die HRE hoch. Offensichtlich hat da jemand gesagt: Mensch, da war doch irgendwo noch was. Und so poppte - ich bleibe jetzt bei meinem Begriff - das hoch. Wir haben das ja dann auch alle so, wie ich es vorgetragen habe, analysiert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mal konkreter gefragt: Haben Sie ein Rechtsgutachten machen lassen? Haben

Sie Ihre Rechtsabteilung gefragt? Gibt es da eine Ausarbeitung zu dieser Frage?

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Selbstverständlich haben wir hierzu unsere Fachleute. Das ist in der Tat im Wesentlichen zu dieser Frage - das ist eine rechtliche Frage - unsere Rechtsabteilung. Unsere Rechtsabteilung hat das analysiert und letztlich hier auch so definiert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es dazu was Schriftliches, was Sie uns eventuell zur Verfügung stellen könnten?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nur wenn Sie möchten; es gibt keine Verpflichtung dazu. Das muss ich ganz klar sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe ja ganz höflich gefragt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nur damit klar ist, wie die Möglichkeiten sind.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Wir haben hier natürlich interne Papiere; aber die würde ich ungern rausgeben. Es gibt keine - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War nur eine Frage. Es könnte ja zum Beispiel eine Rolle spielen, ob es Patronatserklärungen gab zu den früheren Töchtern, die Sie uns hier geschildert haben. Sie haben das so apodiktisch gesagt: Da gab es keine Haftung für die Töchter. Das könnte man ja im Konkreten auch mal sozusagen Fall für Fall untersuchen, ob es tatsächlich so zutreffend ist.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Sie haben jetzt das Thema Patronatserklärungen angesprochen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mögliche.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Schon klar, aber das ist - - Wir haben die ganze Zeit über das Thema Nachhaftung gesprochen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Ich gehe gleich auf das Thema - - Ich will ja nicht ausweichen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Um ihre erste Frage noch abschließend zu beantworten: Es gibt keine externe Legal Opinion, also eine Anwaltskanzlei oder was auch immer, sondern wir haben aus eigener Kraft hier unsere Meinung gebildet.

Jetzt haben Sie Patronatserklärungen angesprochen. Noch mal: Das ist zu differenzieren von dem, was wir die ganze Zeit jetzt unter dem Stichwort Nachhaftung diskutiert haben. Ja, wir haben, die Hypo Vereinsbank hat Patronatserklärungen hier abgegeben auch für die später abgespaltenen Real-Estate-Banktöchter. Diese sind dann widerrufen worden nach der Abspaltung. Wenn Sie bei uns in den Geschäftsbericht des Jahres 03 reinschauen, dann sehen Sie, dass hier explizit logischerweise die Patronatserklärung für nicht mehr im Konzern befindliche Tochtergesellschaften widerrufen worden ist.

Inhaltlich sehen wir das Thema Patronatserklärungen in der Tat weitgehend gleich mit dem Thema Nachhaftung. Ich will es verkürzt darstellen: Auch eine Patronatserklärung - vielleicht klingt das jetzt wieder apodiktisch; aber wir sind in der Tat der Meinung, dass dem so ist - kann sich nur beziehen auf Verbindlichkeiten, die hier bis zum, jetzt präzise formuliert, Widerrufszeitpunkt für die Patronatserklärung begründet worden sind, also auf Altverbindlichkeiten. Da aber die ganzen Probleme der HRE - insofern kommt jetzt wieder die gleiche Story wie vorher für die Nachhaftung - vier Jahre später entstanden sind über das Thema DEPFA, kann sich auch die Patronatserklärung denklogisch nicht auf sogenannte dann neue Verbindlichkeiten beziehen.

Jetzt können wir darüber diskutieren: Wie lange gilt eine Nachlauffrist einer Patronatserklärung? Die Frage kann man stellen. Hier sind wir der Meinung - das ist unsere Auffas-

sung -, dass diese nicht länger gehen kann, also für eine allgemeinere Regelung. Es gibt nirgends eine fixierte Nachlauffrist, Nachhaftungsfrist für Patronatserklärungen; das ist eine allgemeinere Regelung. Da sind wir der Meinung: Die kann nicht länger gehen als eine gesetzlich fixierte Regelung in der Nachhaftung. Da waren wir bei fünf Jahren. Aber auch hier wiederum der gleiche Grundgedanke: Es sind neue Verbindlichkeiten, die hier letztlich relevant waren für die Probleme, und keine Altverbindlichkeiten; insofern auch hier weitgehend inhaltliche Übereinstimmung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen, Herr Sprißler. - Ich gehe jetzt davon aus, sofern nicht bei der CDU, die soeben verzichtet hat, Fragebedarf besteht, dass Sie hiermit Ihre Zeugeneinvernahme, Herr Sprißler, als beendet ansehen können für den heutigen Tag, oder, besser gesagt, ich Ihnen einen angenehmen Resttag wünschen darf. Formell ist Ihre Zeugeneinvernahme erst dann beendet, wenn der Ausschuss dieses beschließt. Der Ausschuss wird dieses aber erst beschließen, wenn Sie a) das Protokoll der Zeugeneinvernahme bekommen haben und b) binnen einer Frist von zwei Wochen gegebenenfalls Korrekturen oder Änderungen angebracht haben und dann natürlich das entsprechend zurückgesandt haben. Dann können wir Sie formal als Zeugen entlassen. Ansonsten ist das heute nur ein - ich sage das mal - möglicherweise vorläufiges „Auf Wiedersehen“; aber ich bin ziemlich sicher, es ist auch ein endgültiges „Auf Wiedersehen“, ganz einfach deswegen, weil keine Frage offengeblieben ist und von daher nur dieses formale Petitum von mir noch anzubringen ist. Einen schönen Tag also.

Zeuge Dr. Wolfgang Sprißler: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich unterbreche also die Sitzung. Wir fahren fort um 13.45 Uhr.

(Unterbrechung von
13.12 bis 13.48 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Meine Damen und Herren, unter Bezugnahme auf die bereits zu Beginn der heutigen Beweisaufnahme erfolgten formalen Äußerungen bezüglich a) des Verbots von Handytelefonaten und natürlich auch des Verbots von Ton- und Bildaufzeichnungen während der öffentlichen Beweisaufnahme begrüße ich nunmehr Herrn Blessing auf das Herzlichste. Herr Blessing, sehr schön, dass wir uns nicht nur pünktlich um 14.30 Uhr, sondern sogar überpünktlich, nahezu eine Dreiviertelstunde zuvor, hier haben gemeinsam treffen können.

**Vernehmung des Zeugen
Martin Blessing**

Ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme der Sitzung fertigen werden, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Das heißt, unmittelbar danach wird diese Tonaufzeichnung gelöscht werden.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt werden mit der Bitte, binnen zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. Sollte der Ausschuss allerdings beschließen, dass Teile Ihrer Aussage nur unter einem Verschlussgrad VS-Vertraulich oder Geheim erfolgen können, ist diese Einsichtnahme leider auf die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages begrenzt. Das heißt, dort müssten Sie also die diesbezüglichen Protokollteile in Augenschein nehmen.

Ferner möchte ich Sie um einen entsprechenden Hinweis bitten, wenn Sie aus irgendeinem Grunde eine kurze Pause wünschen, und Sie natürlich auch bitten, von dem bereitgestellten Erfrischungsgetränk, dem Wasser, Gebrauch zu machen.

Weiter noch folgende allgemeine Belehrungshinweise: Mit der Ladung sind Ihnen das Beweisthema, der Untersuchungsgegenstand übersandt worden. Als Zeuge sind sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht, aber auch nichts weglassen, was zur Feststellung eines wahrheitsgemäßen Sachverhaltes erforderlich ist. Im Falle eines Verstoßes sieht das Gesetz hier in § 153 StGB Geld- oder Freiheitsstrafeandrohung vor.

Ferner möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie natürlich berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen abzulehnen, die Sie selbst oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr eines Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahrens aussetzen würde. Sofern weiter Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse aus Ihrer Sicht zur Sprache kommen müssen, um eine ordnungsgemäße Aussage zu gewährleisten, bitte ich einfach um Hinweis. Dann würden wir nämlich die Antwort auf diese Frage zurückstellen und dann - ich verweise auf das soeben Ausgeführte - in einem VS-vertraulichen oder geheimen Rahmen die Frage erneut stellen.

Jetzt noch eine weitere Frage, bevor ich Sie zu Ihrer Person ganz kurz noch befrage: Jeder Zeuge hat die Möglichkeit, entweder auf Fragen des Vorsitzenden und natürlich dann seiner Kolleginnen und Kollegen zu antworten oder aber zum Beweisthema einmal zusammenhängend aus seiner Sicht ein kurzes Statement abzugeben. Von welcher Möglichkeit möchten Sie Gebrauch machen?

Zeuge Martin Blessing: Ich würde ganz gern ein kleines Eingangsstatement abgeben, wenn ich darf, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wunderbar. - Dann habe ich noch zwei weitere Bitten: einmal, dass Sie bei dem Statement wie aber auch bei Ihrer Zeugeneinvernahme möglichst nah an das Mikrofon herangehen und auch möglichst deutlich sprechen; das würde ganz einfach das akustische Verständnis erleichtern. Zweitens möchte ich Sie nur noch bitten, ganz kurz zu sagen, wie Sie mit vollständigem Namen heißen, und eine ladungsfähige Anschrift anzugeben, die nicht Ihre Privatanschrift sein muss. Sie können auch eine Dienstanschrift angeben.

Zeuge Martin Blessing: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Martin Blessing,...(Anschrift hier nicht wiedergegeben). Wenn Sie die Postleitzahl wollen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ist das die Anschrift, unter der wir Sie für heute geladen haben?

Zeuge Martin Blessing: Ja, ja, genau.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann werden wir die Postleitzahl ermitteln.
Ich danke Ihnen.

Zeuge Martin Blessing: Gerne.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Herr Blessing, bitte.

Zeuge Martin Blessing: Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier heute als Zeuge auszusagen. Lassen Sie mich vielleicht mit meiner Erinnerung ein paar Tage vor dem Wochenende, um das es ja, so wie ich es verstanden habe, hier insbesondere geht, beginnen. Ausgangspunkt war, dass wir am 15. September mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers eine Veränderung insbesondere im Geld- und Kapitalmarkt gesehen haben. Ich glaube, die Verwerfungen, die dort aufgetreten sind, sind hinlänglich bekannt.

Es wurde ja auch kurz danach vom Finanzministerium eingeladen zur sogenannten Bristol-Runde, stattfindend am 25.09., wo natürlich dann auch das Thema auf der Tagesordnung stand: Welche Auswirkungen hat denn die Insolvenz von Lehman für das deutsche Finanzsystem? Zu dem Termin wurden Klaus-Peter Müller und ich aus der Sicht der Commerzbank gebeten. Wir kriegten dann zwischen dem 18. und dem Termin 25.09. auch noch den Hinweis vom Finanzministerium, dass es nach der Bristol-Runde noch ein Treffen im kleineren Kreis geben sollte zum Thema Hypo Real Estate.

Dass es bei der Hypo Real Estate große Schwierigkeiten gab, habe ich zum ersten Mal erfahren an dem Wochenende davor, also am 21. September 2008, durch zwei Ereignisse. Zum einen wurde durch die Bundesbank gebeten zu einer Runde in der Bundesbank, an der auch zwei meiner Kollegen teilgenommen haben und wo es um die Frage „Was könnte der Finanzsektor bzw. was könnten die Banken tun, um der Hypo Real Estate zu helfen?“ ging. Gleichzeitig habe ich an dem Wochenende einen Anruf von Herrn Funke bekommen, der mich fragte, ob die Commerzbank sich vorstellen könnte, entweder in Gespräche über den Kauf der Hypo Real Estate einzutreten oder der Hypo Real Estate eine größere Liquiditätslinie einzuräumen. Er sagte damals, dass in der Hypo Real Estate insbesondere die DEPFA ohne eine Liquiditätslinie wahr-

scheinlich noch bis zu zwei Wochen maximal Liquidität hätte. Ich habe ihm gesagt, einen Kauf könnte ich mir überhaupt nicht vorstellen, und das Thema einer Liquiditätslinie hinge natürlich von der Sicherheitenstellung ab. Wir haben dann an der Ecke das Telefonat auch beendet.

Die nächste Debatte oder das nächste Ereignis, wie gesagt, war dann am 25.09. Das war nachmittags zum Ersten eine Runde, die sogenannte Bristol-Runde - davon haben Sie sicherlich schon gehört -, die hier in Berlin stattfand. Da wurde aber überhaupt nicht über konkrete Institute geredet, sondern insgesamt nur über die Situation. Im Anschluss fand in einem kleineren Kreis ein Meeting statt. Hier wurde konkret über die Situation bei der Hypo Real Estate gesprochen. Es ging insbesondere um die Frage, ob die privaten Banken sich in der Lage sehen, der Hypo Real Estate einen Liquiditäts- und Überbrückungskredit in der Höhe von 15 Milliarden gegen Sicherheiten einzuräumen. Herr Ackermann, der an der Sitzung auch teilnahm, sagte, dass ein Team seines Hauses dabei sei, die Qualität dieser Sicherheiten zu prüfen. Wir haben damals in dem Meeting angeboten, natürlich auch Leute aus unserem Hause, wenn es hilft, zur Verfügung zu stellen, um relativ kurzfristig dort ein bisschen mehr Klarheit zu bekommen.

Am Samstag dann, am 27.09., fand gegen 11 - das war sozusagen für mich der nächste Ereignispunkt, den ich in meinen Unterlagen gefunden habe - eine Telefonkonferenz des Vorstands des Bundesverbands der deutschen Banken statt zur Vorbereitung eines Meetings in der BaFin zum Thema Hypo Real Estate, das um 15 Uhr stattfinden sollte. Damals, an dem Tag, haben wir dann in der Telefonkonferenz aufgrund der Debatten und auch der Prüfungen der Kollegen festgestellt, dass der Liquiditätsbedarf wahrscheinlich eher bei 34 denn bei den ursprünglichen 15 Milliarden, von denen Herr Funke anfangs gesprochen hatte und die wir auch an dem Donnerstag noch diskutiert hatten, liegen würde.

Wir sind dann zu dem Meeting in der BaFin hingegangen; das fing um 15 Uhr an. Ich habe gesehen: Es gibt auch ein langes Protokoll über das Meeting, das man ja im Internet runterladen kann. Ich möchte mich deswegen eigentlich nur auf ein paar inhaltliche Ergänzungen zu dem Thema beschränken. Herr Sanio und Herr Weber haben ganz klar gemacht, dass wir hier eine Stützung

brauchen und dass wir ansonsten eine Riesenverwerfung am Markt kriegen. Das war übrigens eine Meinung, die alle Teilnehmer geteilt haben. Der Ernst der Lage und dass wir hier vor einem Riesenproblem standen, war uns also klar.

Wir haben dann - auch das steht ja in dem Protokoll drin - verschiedene Möglichkeiten, wie man das technisch machen könnte, geprüft. Uns war auch sofort klar, dass es aufgrund der Passivseite der Hypo Real Estate, also derjenigen, die betroffen sein würden, wahrscheinlich eine breitere Rettungsaktion geben müsste. Auch eine Einbindung des Versicherungssektors, des öffentlich-rechtlichen Bankensektors, des Genossenschaftssektors wurde damals schon besprochen.

Wir haben den ganzen Samstag verschiedene Möglichkeiten diskutiert, haben dann am Sonntag die Gespräche fortgesetzt. Ab 17 Uhr nahm dann in Person von Herrn Asmussen auch das Finanzministerium noch zusätzlich daran teil. Aufgrund der Möglichkeiten oder der Optionen, die wir diskutiert hatten, haben wir gesagt: Die Summe und die Größenordnung, um die es geht, übersteigen eigentlich das, was der private Banksektor leisten kann. - Wir haben gesagt: Wir brauchen irgendwo auch die Unterstützung des Staates. - Da gab es am Anfang wenig Bereitschaft, dort zu unterstützen.

Wir haben uns dann den Nachmittag und den Abend - ich hätte beinahe gesagt - die Köpfe natürlich heißgeredet und debattiert, und irgendwann gegen 21.30 Uhr, 22 Uhr wurde dann das Thema erst mal erfolglos vertagt. Wir hatten dann auch das Gefühl, es geht nicht weiter. Ich bin damals dann mit Herrn Müller in die Commerzbank zurückgefahren. Wir hatten den ganzen Tag dort einen Krisenstab sitzen, weil wir immer gesagt haben: Falls es keine Rettungsaktion gibt und am Montagmorgen über den Ticker geht, dass die Hypo Real Estate de facto unter ein Moratorium kommt, dann wird es wahrscheinlich auf dem Geldmarkt, der schon ziemlich mitgenommen war von Lehman, noch zu wesentlich stärkeren Verwerfungen kommen. Also hatten wir so eine Art Krisenvorbereitungsteam. Zu dem sind wir dann zurückgegangen.

Es kam dann irgendwann so gegen 22.30 Uhr - nageln Sie mich da nicht auf eine Viertelstunde fest - ein Anruf, dass die Verhandlungen jetzt doch weitergingen. Herr Müller und ich haben uns angeguckt und haben uns

dann aufgeteilt. Er ist zurückgefahren zu den Verhandlungen in die BaFin, und ich bin in der Bank geblieben und habe mit dem Krisenteam weitergearbeitet, um die Vorbereitungen dort weiterzutreiben. Insofern kenne ich das, was in der Nacht Dramatisches passiert ist mit Anrufen bis hin zu dem Telefonat von Herrn Ackermann und Frau Merkel, nur - wie soll ich sagen? - aus den Erzählungen und aus der Zeitung. Ich habe daran selber nicht teilgenommen. Ich habe über das Telefon natürlich mit Herrn Müller Kontakt gehalten und habe dann auch um 1 Uhr oder 1.30 Uhr nachts erfahren, dass - wie soll ich sagen? - die Kuh vom Eis war und dass es dort einen Kompromiss gegeben hat. Dass die Situation danach noch nicht stabil war, hat man dann ja in den nächsten Tagen gesehen. Es gab ja auch noch mehrere Aufgaben zu erledigen.

Das eine war: In der Nacht gab es ja eine Einigung, a) eine Liquiditätslinie zur Verfügung zu stellen, an der neben den privaten Banken eben weitere beteiligt sein sollten.

Zweitens hat Herr Ackermann ja auch zugesagt, dass bis zu einem Maximalbetrag von 8,5 Milliarden die Finanzdienstleistungsindustrie das Risiko übernehmen sollte. Also mussten wir diese Themen auch noch aufteilen. Dazu gab es dann am 2. Oktober eine Sitzung in der Bundesbank. Die haben wir dann auch - wie soll ich mal sagen? - durchgeführt - war auch nicht einfach - und haben dann hinterher einen Aufteilungsmechanismus zwischen den einzelnen Parteien gefunden. Das liest man jetzt so schnell vor; aber Sie können sich vorstellen: Das war natürlich auch eine spannende Debatte.

Wir dachten: „Jetzt ist alles halbwegs unter Dach und Fach“, haben dann aber am nächsten Tag, also am 03.10., in einem Conference-Call festgestellt, dass sich die Bedingungen für die Hypo Real Estate in der Woche noch mal verschlechtert hatten. Wenn Sie als Bank - wie soll ich mal sagen? - von Ihren Gegenparteien, also von den Parteien, mit denen Sie Geschäfte machen, als größeres Risiko eingestuft werden, dann können die halt Sicherheiten nachfordern. Das erhöht den Liquiditätsbedarf. Das ist in der Woche passiert. Deshalb stellte man gegen Ende der Woche fest, dass der Liquiditätsbedarf eventuell noch über den 35 Milliarden liegen könnte.

Unsere Schätzung am 03.10. war: eventuell 50. Insofern gab es dann am 04.10. vom Bundesverband deutscher Banken vom Vor-

stand noch mal eine Telefonkonferenz. Da sind wir die verschiedenen Szenarien noch mal durchgegangen und haben uns am 05.10. hier in Berlin im Finanzministerium noch mal zu einer Runde getroffen mit den neueren Zahlen, die dann dazu führten, dass an dem Ursprungskompromiss von der Woche davor die Aufteilung nicht geändert wurde, die Caps nicht geändert wurden, nur für die Liquiditätssituation die einzelnen Banken bzw. die Versicherungen, die dort mitgemacht haben, ihr Commitment einfach verdoppelt haben - für die Commerzbank hieß das: von 2,5 auf 5 Milliarden -, um diese Rettung an dem Wochenende wirklich unter Dach und Fach zu kriegen.

Das war aus meiner Sicht, ich sage mal, eine kurze Schilderung, wie ich diese 14 Tage rund um das Wochenende im September, wo diese ersten Rettungsgespräche liefen, also das Wochenende 27./28., erlebt habe.

Vielleicht mal so viel von mir zur Einführung. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr, Herr Blessing. - Eine einleitende Frage - die auch schon andere Zeugen beantwortet haben; gleichwohl möchte ich sie auch an Sie richten -: Warum eigentlich war die Rettung der HRE, warum war dieses so unabdingbar wichtig, aus Ihrer Sicht?

Zeuge Martin Blessing: Die HRE ist ja mit 400 Milliarden Bilanzsumme, die sie damals hatte, eine sehr große Bank, und unsere Sorge waren eigentlich zwei Dinge - oder drei: Das eine ist, wenn Sie auf die Passivseite - das sind ja die Einleger der Hypo Real Estate - gucken. In dem Fall eines Moratoriums bzw. einer Insolvenz wird da ja sehr, sehr viel Geld verloren. Die Frage ist also: Wer verliert dort alles Geld? Das waren zum einen, wenn Sie sich die Liste angucken - wie soll ich mal sagen - - Sie kennen die ja nicht; aber Sie haben ungefähr eine Vermutung, wer es ist, wenn Sie an so einem Wochenende dort sitzen. Dann wussten wir natürlich, dass das neben vielen Banken, die sich im gegenseitigen Bankgeschäft Geld leihen, natürlich auch eine Liste von Versicherern, von ausländischen Institutionen, aber auch von Kommunen, Pensionsvereinen usw. ist, dass das also ein erstes [sic!] Problem geben kann.

Zweitens. Die Insolvenz einer so großen Bank löst natürlich auch eine immense Ver-

trauenskrise aus. Die Sorge war natürlich, dass es so eine Art Bank-Run auf institutioneller Seite gibt, dass also das Vertrauen im Markt noch weiter verschwindet. Wenn es kein Vertrauen in Banken gibt, kriegen Sie jede Bank innerhalb von 48 Stunden in massive Liquiditätsschwierigkeiten.

Das dritte Thema war der Pfandbriefmarkt. Die Hypo Real Estate ist einer der größten Emittenten auf dem deutschen und auch auf dem europäischen Pfandbriefmarkt. Wir haben gesagt: Wenn dieser Markt jetzt zusammenbricht und damit eines der wenigen Finanzierungsinstrumente, die zu dem Zeitpunkt, nach Lehman, noch halbwegs funktionierten, auch nicht funktioniert - das gesamte Marktvolumen des deutschen Pfandbriefmarkts ist ja fast 1 000 Milliarden Euro -, dann kriegen wir auch für die Refinanzierung in Deutschland im Bankensektor ein Riesenproblem.

Das war der Grund, warum alle gesagt haben: Wir können diese Bank nicht umfallen lassen, auch wenn sie keine Privatkundeneinlagen hat, auch wenn sie keine Filialen hat, auch wenn der Name nicht so richtig bekannt ist. - Die Größe, der Vertrauensschaden und der Pfandbriefmarkt, das waren die drei Gründe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wäre eigentlich - Sie haben das erste und zweite Wochenende ja auch in Zahlen gefasst - ein größerer Beitrag der privaten Banken als das, was am Ende dabei herumgekommen ist, üblich oder möglich gewesen?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, Herr Ackermann hat sich in den Nachtverhandlungen über das, was im Privatbankensektor eigentlich abgesprochen war und was wir als möglich gesehen haben, schon weit hinausbewegt, weil alle gesagt haben, dass wir, insbesondere nachdem Lehman und auch das deutsche Lehman-Haus umgefallen waren, ansonsten in der Einlagensicherung natürlich auch an die völlige Grenze der Machbarkeit stoßen und das natürlich wieder einen Vertrauensschaden in das gesamte System ausgelöst hätte.

Also an der Ecke, insbesondere an der Ecke ein noch größeres Verlustrisiko an dem Cap zu nehmen - - Wir haben uns schon mit dem Thema sehr, sehr schwer getan. Nachdem Herr Ackermann das zugesagt hat, hat es auch noch viel Überzeugungsarbeit im Bundesverband gebraucht, um dann hinter-

her sozusagen die Beschlüsse rechtsverbindlich zu kriegen, um das mitzumachen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt noch mal zu den Szenarien des Wochenendes. Wie viel Augenmerk hat man darauf verwandt und wie hat man geprüft oder sich der Frage genähert, ob es nicht besser sei - ich sage das mal -, zu versuchen, Teilbereiche der Hypo Real Estate Holding, also die DEPFA plc beispielsweise, isoliert oder möglichst isoliert in die Insolvenz gehen zu lassen?

Zeuge Martin Blessing: Herr Vorsitzender, das haben wir durchdiskutiert. Es gab mehrere Modelle oder Überlegungen. Das eine Modell war: Wir retten den deutschen Teil und lassen den irischen Teil sozusagen in die Insolvenz gehen. Es gab Möglichkeiten, Debatten über Treuhandlösungen, über Auffanggesellschaften - -

Am Schluss haben wir immer gesehen: Das löst das Problem nicht wirklich, also erstens die Frage, was im Euroraum passiert wäre, wenn man die irische DEPFA hätte pleitegehen lassen. Was dann mit dem EU- und Euromitglied Irland passiert wäre, war die eine Frage, die uns umgetrieben hat.

Die zweite Frage war natürlich: Wenn diese Tochtergesellschaft in Konkurs und in die Insolvenz geht, dann hat das Rückwirkungen auf die Mutter, weil es Verflechtungen gibt: Dort gibt es Kreditbeziehungen, dort gibt es Wertansätze für die Tochtergesellschaft. Wir haben gesagt - - Am Schluss war die Meinung derjenigen, die dort im Raum saßen: Wir kriegen das nicht abgespalten, wir kriegen das Problem nicht isoliert, es schwappt zurück, und damit haben wir einen noch größeren Kollateralschaden ausgelöst, ohne wirklich etwas gerettet zu haben. - Deswegen ist diese Lösung verworfen worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Noch einmal zu den 8,5 Milliarden Euro des ersten Wochenendes. Es ist doch richtig, wenn ich das so in Erinnerung habe, dass die Ursprungsangebote der privaten Banken so bei 1 bis 2 Milliarden Euro lagen?

Zeuge Martin Blessing: Ja, wir hatten am Anfang gehofft, den Cap bei 2 Milliarden zu ziehen, weil wir da auch gesagt haben: Rein die privaten Banken - - Als dann klar war: „Das ist in der Größenordnung nicht ausreichend“, hat man gesagt: Okay, wenn

wir den gesamten Finanzdienstleistungssektor, also inklusive des öffentlich-rechtlichen Sektors, des Genossenschaftssektors und der Versicherungen - - Dann kann man vielleicht andere Beträge aufbringen. Dadurch, dass - - Sie sehen ja, dass, als dann am nächsten Wochenende, ich hätte beinahe gesagt: die Eintreibung dieser Beiträge erfolgt ist, auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Häusern sich der Dramatik natürlich bewusst waren, wussten, dass sie selber sehr viel Geld im Feuer hatten, und deswegen mitgemacht haben.

Deswegen haben wir gesagt: Okay, dann kann man einen größeren Betrag nehmen. - Der private Bankenverband hat dann ja gesagt: Von den 8,5 nehmen wir 4,5, also wesentlich mehr, als wir ursprünglich, ich sage mal, wollten, uns eigentlich zugetraut haben, und haben uns da schon wesentlich weiter aus dem Fenster gelehnt, als wir das anfangs für richtig gefunden haben. - Aber das ist natürlich auch der Dynamik einer solchen Rettungsaktion geschuldet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Blessing. - Ich habe einstweilen keine Fragen und erteile das Wort Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blessing, wie hoch ist eigentlich das bilanzielle Eigenkapital Ihrer Bank, das in die Bereitstellung der von Ihnen - - der Kredite an die HRE-Gruppe geflossen ist?

Zeuge Martin Blessing: Herr Wissing, an dem, wie es damals war, wie viel Eigenkapital wir damals - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein, insgesamt, heute: Wie viel Eigenkapital der Commerzbank ist gebunden?

Zeuge Martin Blessing: In der HRE heute? Relativ wenig, weil die Unterlegungspflicht für einen Kredit an ein Institut, das jetzt zum größten Teil dem Bund gehört, natürlich sehr, sehr gering ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): Was heißt „sehr gering“? Gleich null oder gegen null oder -?

Zeuge Martin Blessing: Nein; aber ich sage mal: Die Eigenkapitalbindung ist maximal im zweistelligen Millionenbereich, also nicht im dreistelligen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nur zu „heute“. Das Problem noch mal - - Ein kurzer Hinweis von Herrn Becker, wahrscheinlich zum Gegenstand des Untersuchungsauftrages. - Herr Becker, bitte.

MR Markus Becker (BMF): Ich wollte nur darauf hinweisen: „Heute“ meint sicherlich „April“, oder?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Eben. Das Problem ist: Der Untersuchungsauftrag ist beschränkt auf Ende April 2009, sodass wir diese Grenze hier auch formal immer beachten müssen. „Heute“ ist nicht „der heutige Tag“, sondern „Ende April“.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es gibt ja keine Hinweise, dass sich das verändert haben könnte oder so.

Zeuge Martin Blessing: Habe ich jetzt auch nicht groß - - Ich habe es aber, ehrlich gesagt, auf dem Stichpunkt - sorry! - nicht nachgesehen. Nageln Sie mich jetzt bei der Aussage nicht fest! - Aber ich glaube nicht, dass es da wesentlich höher gewesen worden [sic!] ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): Mir reicht im Grunde genommen eine Größenordnung, wie Sie sie angegeben haben, Herr Blessing.

An diesem Wochenende wurde letztlich von einem Liquiditätsbedarf von 35 Milliarden gesprochen. In der Ad-hoc-Meldung stehen aber nur 15 Milliarden drin. Wissen Sie, wie es dazu kam, dass in der Ad-hoc-Meldung so ein anderer Betrag drinstand.

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, Sie beziehen sich auf eine Ad-hoc-Meldung der Hypo Real Estate.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, genau.

Zeuge Martin Blessing: Wie die zustande gekommen ist, weiß ich nicht, weil das natürlich nichts war, womit wir uns befasst haben. Das war etwas, was separat von der Hypo Real Estate, die sozusagen - - von der ich wusste, dass die Kollegen an dem

Wochenende auch bei der BaFin waren - - die ich einmal ganz kurz in einem anderen Raum in einem anderen Stockwerk gesehen habe. Aber ansonsten haben wir nicht mit denen verhandelt. Insofern weiß ich auch nicht, warum die das wie aus welchem Grund in ihre Ad-hoc-Meldung geschrieben haben.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat es Sie gewundert, dass an diesem Rettungsgespräch der Vorstand der Hypo Real Estate überhaupt nicht teilgenommen hat?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, ich bin nicht ganz sicher, ob der dort wirklich geholfen hätte, weil ja die Frage war - - Es waren ja zwei Fragen: Das eine ist: Wie groß ist das Problem? Und die zweite Frage, die wir an dem Wochenende natürlich immer diskutiert haben: Wie lösen wir es denn, also wie kriegen wir es hin, dass wir es gelöst bekommen?

Die Ecke an den Problemen - - So auf die Schnelle waren sich alle natürlich einen Tick unsicher, wie groß das Problem ist. Ich hatte ja vorhin schon gesagt: Die Ursprungsannahme - noch an dem, wann war das, Donnerstag, den 25. September - war ja: Es sind 15 Milliarden. - Wir haben dann schon an dem Wochenende über den größeren Betrag, 35, geredet, weil wir gesehen haben, dass die Liquiditätsplanung der Hypo Real Estate wahrscheinlich nicht so exakt und genau ist, wie wir das erwartet hätten.

Das Problem an der Ecke ist natürlich auch, dass Sie in eine solche Liquiditätsplanung Annahmen reinbauen müssen. Zum Beispiel haben Sie in der Liquiditätsplanung drin: Wie viele Kredite laufen wann ab? Wie viele davon werden vorzeitig zurückgezahlt? Welche werden prolongiert? Bei welchen Krediten kommt der Kunde, auch wenn der Kredit fällig ist, an und sagt: „Du musst den Kredit verlängern, weil ich im Moment kein Geld zum Zurückzahlen habe“, so eine Art Zwangsprolongation. Auch das gibt es. Je nachdem, welche Annahmen Sie dort machen, verändert sich der Liquiditätsbedarf.

Wir haben dort natürlich etwas konservative Annahmen gemacht - über die man natürlich immer lange streiten kann in einem solchen Prozess. Deswegen waren wir an diesem Wochenende zu dem Schluss gekommen: Wir reden dort eher über 35. - Das war ja das, was wir an dem ersten Wochenende dann noch als Rahmen bereitgestellt haben und wo wir dann am zweiten Wo-

chenende danach schon gesehen haben, das wird nicht reichen, weil es eben gewisse - wie soll ich mal sagen? - Downgrades der Hypo Real Estate gab, die dann dazu geführt haben, dass die noch mal einfach sozusagen Cash als Sicherheit nachschießen mussten. Deswegen ist der Betrag noch mal weiter angestiegen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Haben Sie nicht damit gerechnet, dass es dazu kommt? Denn es war doch klar, nachdem es eine Ad-hoc-Mitteilung der HRE geben musste, dass bekannt wurde, dass es ein Rettungswochenende gab, dass genau die Probleme, die Sie vorhin beschrieben haben, die nach dem ersten Rettungspaket eingetreten sind, auch eintreten würden.

Zeuge Martin Blessing: Wir haben natürlich verschiedene Annahmen gemacht. Aber eine der Thematiken, die wir dann erst in der nächsten Woche gesehen haben, hatte zum Beispiel mit Währungsswaps zu tun. Was heißt das? Wenn Sie einen Kredit in Dollar vergeben und sich selber in Euro refinanzieren, dann können Sie die Währungsschwankung sichern: Dann machen Sie ein Sicherungsgeschäft, einen sogenannten Währungsswap.

Wenn jetzt - - Je nachdem, wie der konstruiert ist, kann das dazu führen, dass, wenn Ihre eigene Bonität sinkt, Ihre Gegenpartei eine höhere Sicherheitenstellung erfordern kann, weil der eine dem einen ja Dollar schuldet, der andere dem Euro, und wenn sich plötzlich die relative Bonität der Institute verschiebt, dann muss der eine plötzlich nachschießen. Das ist sozusagen auf die Schnelle, auf dem ersten Wochenende, sehr, sehr schwer abschätzbar. Da müssen Sie sehr, sehr tief in die Bücher reingehen. Und da es bei der Hypo Real Estate keine zentrale Treasury, sondern eine sehr dezentrale über die verschiedenen Einheiten gab, war das an dem Wochenende gar nicht leistbar.

Und man muss ja aufpassen, wenn man so Abschätzungen macht, dass man auf der einen Seite nicht zu - wie soll ich sagen? - aggressiv ist und es zu gut darstellt, auf der anderen Seite auch nicht zu konservativ ist und sagt: Ich habe es jetzt gerade überall sozusagen mit Gürtel, Hosenträger und noch festgetackert. Dann kommen Sie auch nicht weiter. Sie müssen irgendwann mal sagen: Okay, nach bestem Wissen und Gewissen ist die Lage jetzt so.

Und dann haben wir halt hinterher festgestellt, dass dort noch Nachschüsse kamen. Das sind immer Riesenbeträge. Ich weiß, das klingt ganz - wie soll ich sagen? -, fast unglaublich, wenn so Riesenbeträge dort einfach kommen. Bei der Größe der Bilanz kann das aber sehr schnell auflaufen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Machen Sie sich keine Sorgen. Der Bundestag hat sich an Milliarden längst gewöhnt.

Zeuge Martin Blessing: Ob ich das beruhigend finden soll?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt merkwürdig vorgekommen, dass seitens der Bundesregierung niemand an den Gesprächen teilgenommen hat?

Zeuge Martin Blessing: Gut, wir haben ja am Samstag natürlich auch mit Herrn Weber und Herrn Sanio darüber diskutiert, ob es nicht besser wäre, dass die Bundesregierung direkt an den Gesprächen teilnimmt. Wir wussten auch, dass natürlich Herr Sanio und Herr Weber dort in Kontakt waren. Und natürlich hätten wir uns das schon gewünscht, weil uns von vornherein klar war, dass - wie soll ich sagen? - wir als Banken das Problem nicht alleine lösen können.

Auf der anderen Seite war uns dann natürlich in den Verhandlungen auch klar, dass der Bund natürlich sozusagen nur begrenzte Begeisterung hat, dieses Problem zu lösen, und dass deswegen natürlich auch die Frage, wann kommt wer zu den Verhandlungen, eigentlich schon Teil der Verhandlung ist. Da muss man am Schluss halt sehen: Da hätte man natürlich aus unserer Sicht den Verhandlungspartner früher gerne am Tisch gehabt. Ob das aus Sicht des Verhandlungspartners dann eine günstigere Lösung geworden wäre, da machen wir ein großes Fragezeichen dran.

Dr. Volker Wissing (FDP): Die Deutsche Bank hat den Sicherungspool auf etwa 15 Milliarden Euro quantifiziert. Ist das richtig?

Zeuge Martin Blessing: Ja, ich glaube, es gab noch nicht beliebige Aktiva der Hypo Real Estate von ungefähr 42, wo man dann mit Abschlag gesagt hat, die könnten unge-

fähr für 15 Milliarden gut sein. Warum diese großen Abschlüsse? - Da waren halt auch viele sehr lang laufende illiquide Positionen, die auf den ersten Blick schwer zu bewerten waren. Also langfristige Infrastrukturfinanzierung: Da muss man einfach größere Abschlüsse machen. Wenn man hinterher eine Sicherheit verwerten will, kriegen Sie dafür halt im Zweifelsfall nur sehr wenig. Aber das war ungefähr die Größenordnung, über die wir damals geredet haben.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, warum, glauben Sie eigentlich, hätte der Bund mehr Risiken gehabt, als er jetzt hat, wenn er früher bei den Verhandlungen gewesen wäre?

Zeuge Martin Blessing: Ich habe nicht gesagt, dass er zwangsläufig mehr Risiken - - Na ja, die Frage ist ja, wenn man das ganze Thema durchgeht - - Das ist eine Frage der Verhandlung; hätte passieren können. Ich weiß es nicht. Das Problem ist ja immer, wenn Sie eine Verhandlung führen: An einer Ecke müssen Sie sich entscheiden: Gehen Sie in der Verhandlung links, rechts? Nehmen Sie jetzt schon teil? Brechen Sie die Verhandlung ab? Und ob eine andere Verhandlungstaktik hinterher erfolgreicher gewesen wäre, ist immer so - - Da kann man lange drüber diskutieren.

Natürlich hätten wir uns gefreut, es - wie soll ich sagen - mit weniger - - Je enger sozusagen der Zeitraum wurde gegenüber dem Montagmorgen, wo wir wussten: Dann ist es entweder Null oder Eins, nämlich entweder wir haben eine Lösung oder wir haben keine, und die Hypo Real Estate fällt um - - Je enger Sie dem Zeitpunkt sich nähern, desto - wie soll ich sagen? - höher steigt natürlich die Anspannung. Da hätte man sich natürlich schon gefreut auf der einen Seite, wenn das etwas früher geregelt worden wäre. Ob da am Schluss eine andere oder wesentlich bessere Lösung für eine der beiden Parteien rausgekommen wäre: Ich glaube, das ist eine müßige Spekulation.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe jetzt an Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blessing, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement schon betont, dass Sie an der Bristol-Runde betei-

ligt waren, aber in dieser Runde die besondere Problematik HRE noch nicht erörtert wurde, sondern nachher im kleineren Kreis. Wer war an dem kleineren Kreis nachher beteiligt, und wer hat im Grunde über die Situation der HRE dann in diesem Kreis berichtet?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, in der Bristol-Runde - - Wissen Sie, das ist eine sehr große Runde; deswegen war es, glaube ich, auch richtig, darüber nicht zu reden.

In der kleineren Runde erinnere ich mich auf jeden Fall, dass Herr Axel Weber von der Bundesbank da war, Herr Sanio war da, Herr Asmussen war meines Wissens da, Herr Steinbrück, also Minister Steinbrück, war da, Herr Ackermann, Herr Müller und ich. An die kann ich mich erinnern. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob ich jetzt nicht irgendjemanden vergessen habe; aber an die kann ich mich in der Runde erinnern.

Wer jetzt darüber berichtet hat? Da wir alle das Gefühl hatten - - Wir wussten, dass dort ein großes Problem war. Ich glaube, Herr Weber hat berichtet, dass sich die Bundesbank natürlich irgendwo Sorgen macht. Herr Ackermann hat berichtet, dass sie ja schon am Vorbereiten eines solchen Kredits war. Ich kannte das Thema, weil eben ein paar Tage vorher Herr Funke auch bei mir angerufen hat und die Kollegen in der Runde waren. Dann ergibt sich da relativ schnell eine Debatte daraus, wie wir denn jetzt weitergehen, was wir denn da machen. Einen großen, langen Vortrag hat es da gar nicht gegeben. Kann ich mich jedenfalls nicht dran erinnern.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie haben eben, Herr Blessing, das besagte Protokoll schon erwähnt. Finden Sie die Dinge - zumindest, solange Sie physisch anwesend waren an dem Rettungswochenende - im Protokoll richtig wiedergegeben?

Zeuge Martin Blessing: Ja, da sind also sehr viele Teile richtig wiedergegeben. Ob ich jetzt wirklich wörtlich gesagt habe: „Dann fällt irgendwie der ganze Sektor um“, kann ich mich nicht mehr zu 100 Prozent dran erinnern; aber dass wir sozusagen über solche Themen natürlich geredet haben, dass das auch die Meinung war, dass wir hier ein Riesenproblem haben, ist völlig klar. Ob das immer die genau exakten Worte in dem Protokoll sind, das weiß man natürlich irgendwie

fast ein Jahr später nicht mehr. Aber ansonsten beschreibt das Protokoll es sehr gut. Ich habe also - - Meine Stichwortnotizen zu dem Wochenende waren wesentlich weniger ausführlich als das Protokoll. Insofern war ich sehr dankbar, es noch mal lesen zu können. So konnte ich mich noch mal besser ans Wochenende erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie mussten es ja auch nicht schreiben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wo es so lange gedauert hat. - Herr Blessing, wenn Sie das noch mal aus Ihrer Erinnerung darstellen. Nun haben Sie eben ja betont, dass durch den 15.09. - Lehman-Pleite - noch eine Verstärkung herbeigeführt wurde. Waren Ihnen Liquiditätsprobleme der HRE vor diesem Zeitpunkt schon bekannt?

Zeuge Martin Blessing: Nein. Ich sag mal: Was wir alle wussten - alle im Markt -, ist: Seit eigentlich Sommer 2007 war im Markt natürlich das Thema Liquidität ein wesentlich relevanteres geworden. Also Liquidität war einen Tick knapper und teurer geworden.

Mit Lehman ist ja dann kurz nach Lehman in den nächsten Tagen der - wie soll ich sagen - - Wenn Sie sich zum Beispiel angucken: Es gibt immer den Unterschied zwischen besicherter und unbesicherter kurzfristiger Refinanzierung. Die war historisch immer nur ein paar Basispunkte. Die war dann nach dem August 2007 irgendwie auf 50 Basispunkte, also ein halbes Prozent, gestiegen und stieg dann nach Lehman auf 200 Basispunkte, also 2 Prozent, an; sie hat sich also fast vervierfacht. Das zeigt am besten so eine Kurve, welche plötzlichen Verwerfungen es in einem Markt gab, der vorher relativ sauber noch funktionierte, zwar ein bisschen - wie soll ich sagen -, ab und zu mal einen kleinen Schluckauf hatte, aber jetzt nicht völlig ausgetrocknet war.

Dass nach Lehman das - ich sage mal - völlig brachlag und dann auch so lange brach weiter gelegen hat - das hat ja Monate gedauert, bis sich das wieder entspannt hat -, war etwas, das, glaube ich, die wenigsten in ihren Stressszenarien irgendwo abgebildet haben und womit wir auch nicht gerechnet hatten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie betonen, dass die Verwerfungen am Geldmarkt

im Grunde schon Mitte 2007 zu verzeichnen waren. Ist dann ein Geschäftsmodell, wie beispielsweise DEPFA plc, die im Herbst 2007 dann von der HRE übernommen wurde, nicht unter bestimmten Risikog Gesichtspunkten besonders zu sehen?

Zeuge Martin Blessing: Im Nachhinein ist das natürlich sehr schwierig oder würde ich das genauso sehen.

Ein Modell, wo Sie hingehen und längerfristige Aktiva mit kürzerfristigen Passiva refinanzieren, ist ja nichts per se Schlimmes.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das Volumen.

Zeuge Martin Blessing: Ich wollte gerade sagen: Eine normale Sparkasse hat ja auch - wie soll ich sagen - Spareinlagen und gibt Hauslebkredite, und das hat auch eine unterschiedliche Fristigkeit. Das können Sie in einem gewissen Rahmen ja machen. Davon lebt eine Bank auch, und davon lebt auch eine Volkswirtschaft.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Herr Blessing, HRE hatte vor der Übernahme eine Bilanzsumme von 180, durch plc wurden es dann 400 Milliarden - ausschließlich mit dem einen Geschäftsmodell. Da ist das Volumen doch entscheidend.

Zeuge Martin Blessing: Ja, natürlich. Ich bin ja bei Ihnen. Ob man das zu dem Zeitpunkt - - Ob das verantwortbar war oder nicht, kann ich nicht beurteilen, weil ich damals natürlich auch die Unterlagen - - Ich weiß auch nicht genau. Wir haben uns dann mit Mühe angeguckt, wie die Finanzierungsstruktur im Herbst sozusagen 2008 war.

Wie die jetzt im Jahre 2007 gewesen ist, was man da schon hätte sehen können und so, gebe ich ganz ehrlich zu, habe ich mich nicht schlau gemacht und mir damals auch nicht angeguckt, weil ich sagte: Die Debatte bringt mir sozusagen an dem Rettungswochenende nach vorne gehend nichts. Das kann ich sowieso nicht mehr ändern. - Deswegen habe ich mir da, ehrlich gesagt, an der Ecke dann wenig Gedanken drüber gemacht. Im Nachhinein würde ich sagen, hat sich ja gezeigt: Das war sicherlich nicht der richtige Schritt, ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kennen Sie eine weitere Bank als die HRE, die erfolgreich mit einem solchen Geschäftsmodell gearbeitet hat?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, ich sage mal: Wir selber betreiben mit der Euro Hypo ja auch eine Hypothekenbank. Da haben wir solche Geschäfte in der - - Ich sage mal: Die Aktiva, die da eingekauft wurden bei der HRE - auch bei der DEPFA - - Auch da haben wir zum Beispiel solche Aktiva drin. Die Frage ist eben, mit welcher Fristigkeit in welcher Menge Sie das refinanzieren, und das ist am Schluss sozusagen das Problem geworden. Wie viel Ihrer Gesamtkonzernfinanzierung müssen Sie also wie schnell wieder immer erneuern? Ich glaube, da ist die Größenordnung ein wirkliches Problem geworden.

Wie viele andere Banken das jetzt wo machen: Ich kenne jetzt nicht sozusagen jede Liquiditätsstruktur, aber das war schon ein sehr - wie soll ich sagen - auf Liquiditätstransformation ausgerichtetes Geschäftsmodell, das deswegen auch in der Krise, in der Liquiditätskrise, nicht gehalten hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, der Bundesverband deutscher Banken hat unter dem Datum vom 07.04.2008 - Überschrift: „Lehren aus den Finanzmarkturbulenzen“ - ein Positionspapier veröffentlicht, in dem unter anderem die Forderung aufgestellt wird - ich zitiere -:

Die Aufsichtsbehörden sollten sich für den Fall krisenhafter Entwicklungen bereits im Vorfeld zur Erstellung von Notfallplanungen und zur Entwicklung von Kommunikationsstrategien gegenüber der Öffentlichkeit verpflichten. Diese Krisenbewältigungs- und -präventionsstrukturen müssen auch Notenbanken und Regierungen einbeziehen.

Wurden nach Ihrer Kenntnis diese Forderungen bis September 2008 aufgegriffen und wann und wo?

Zeuge Martin Blessing: Ich kann mich jetzt an das Papier grob nur erinnern. Ich glaube, unsere wirkliche Sorge - auch im BdB - war: Was passiert gerade in Europa, im Euroraum mit Institutionen, die in mehreren Ländern tätig sind? Wie ist dann eigentlich die Koordination der Aufsicht und der Notenbanken? - Das war, glaube ich, damals

in dem Papier unsere Sorge und unsere Lehre, nach dem Motto: Wen ruft man in Europa an, wenn eine Bank, die in mehreren Ländern unterwegs ist, in Probleme kommt?

Inwieweit das intern die Regulatoren aufgegriffen haben und dort Notfallpläne erarbeitet wurden und so, wäre eine Frage, die müssten Sie, glaube ich, an die Aufsicht richten. Das kann ich nicht beurteilen. Mein Gefühl ist allerdings, dass wir da noch sicherlich Raum für Verbesserungen haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber dass die Banken das selber auch aufgegriffen haben, davon gehen Sie aus?

Zeuge Martin Blessing: Es ging ja hier darum, dass die Aufsicht - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Banken selber: Szenarien durcharbeiten.

Zeuge Martin Blessing: Ja, dass wir sozusagen selber - - Als Banken arbeiten wir natürlich Szenarien für uns durch: Was könnte passieren, wenn wir unter einen Liquiditätsstress kommen? Szenarien, was passiert, wenn andere Banken - - Ein Lehman-Szenario zum Beispiel hat, glaube ich, vorher keiner in der Detailkenntnis durchgespielt. Ich glaube es jedenfalls nicht. Wir haben sozusagen nicht damit gerechnet, dass so was passiert, und die Verwerfungen, die dann kamen, waren auch größer und heftiger, als wir das erwartet hätten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, ich darf noch mal auf das erste Rettungswochenende kommen. Sie haben eben betont, dass es vielleicht wünschenswert gewesen wäre, wenn auch für Bankenfragen im zuständigen Ministerium - - und damit auch die Bundesregierung sich rechtzeitig beteiligt hätte. Haben Sie Kenntnis darüber, ob man vielleicht die Situation von den Auswirkungen und von den Dimensionen her nicht so eingeschätzt hat, wie eigentlich angemessen gewesen wäre?

Zeuge Martin Blessing: Mein Gefühl war: Nachdem Herr Asmussen dann am Sonntag ab 17 Uhr da war: Der war voll im Film. Er war nicht so, dass er nicht wusste, worum es geht, und ich hatte auch das Ge-

fühlt, er weiß genau, welche Dimension und welche Problematik da ansteht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Den Eindruck hatten Sie aber auch schon an dem Donnerstag im Nachklang zum Brüssel-Gespräch.

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, da waren wir noch - - war ich auch der Meinung; denn an dem Tag ging es noch um 15 Milliarden mit einem Sicherheitenpool von 42. Da hatte ich noch das Gefühl, als wir da rausgingen: Na ja, das wird etwas, das die privaten Banken - - Es ging auch nur um Liquidität mit einem Sicherheitenpool. Das ist ja immer die Frage. Die eine Sache bei dem Kredit ist immer: Wo kommt die Liquidität her? Natürlich haben wir uns damals als Banken auch überlegt, weil die Liquiditätssituation nach Lehman schwierig war: Wollen wir unsere eigene Liquidität - ich sage mal ganz hart - einem Wettbewerber zur Verfügung stellen, ja oder nein? Dann grummelst du mal so, und dann sagst du: Okay. Um das System sozusagen stabil zu halten, ist dann die Antwort am Schluss Ja.

Die zweite Frage ist: Wie geht das mit dem Ausfall? Als wir über die 15 Milliarden geredet und gesagt haben: „Da ist ein Sicherheitenpool von 42“, hätten wir dann auch gesagt: „Okay, an einem solchen Kredit können wir uns beteiligen“, um das zu machen. Dann wäre die Situation auch längst nicht so dramatisch geworden, sondern es wäre eine Situation gewesen, die man wahrscheinlich in den Griff gekriegt hätte.

Dadurch, dass das Ganze dann auf 35 stieg und das also eine Größenordnung hatte, die weit über den angenommenen Wert des Sicherheitenpools hinausging, hat das eine andere Dramatik bekommen. Deswegen war auch die Dramatik an dem Samstag, Sonntag in der Debatte eine ganz andere, als sie am Donnerstag noch vorhanden war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Teilen Sie, Herr Blessing, die Einschätzung einiger, dass die Nicht-von-Anfang-an-Beteiligung im Zusammenhang damit stehen könnte, dass es dann vielleicht vom Rettungsvolumen für den Bund und damit auch für den Steuerzahler noch teurer geworden wäre?

Zeuge Martin Blessing: Mein Gefühl war, dass das Finanzministerium sich über-

legt hat: „Wie komme ich sozusagen verhandlungstaktisch am besten durch das Wochenende?“, und sich dann für eine Strategie entschieden hat, nämlich zu sagen: Ich trete in die Verhandlungen erst sehr spät ein. - Die Frage, ob es, wenn sie früher eingetreten wäre, für sie günstiger geworden wäre, für das Finanzministerium oder für uns Banken - - ich weiß es nicht. Im Nachhinein ist das ganz schwer zu beurteilen. Das war eine Verhandlungsstrategie. Die hat sicherlich zu einem - wie soll ich sagen? - etwas erhöhten

(Zuruf: Blutdruck!)

- Blutdruck geführt, genau, auch bei den Beteiligten im Raum. Davon will ich mich gar nicht ausnehmen. Aber sie hat am Schluss - wie soll ich sagen - kurz vor knapp auch zu einem Ergebnis geführt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber halten Sie es nach wie vor aufgrund der Brisanz des Themas für angemessen, sich so zu verhalten?

Zeuge Martin Blessing: Darüber können wir lange streiten. An dem Wochenende hätte ich das wahrscheinlich anders gesehen, als ich das heute beurteilen würde. Heute würde ich sagen: Das war eine mutige Strategie; da habe ich viel von gelernt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn ich in der Überleitung zum zweiten Rettungswochenende komme: Haben Sie Kenntnis darüber, wer das Team der Deutschen Bank beauftragt hat - über Herrn Ackermann -, die Prüfung der Liquidität bei der HRE noch einmal vorzunehmen, woraus dann ja die neue Ziffer entstanden ist?

Zeuge Martin Blessing: Das waren, ehrlich gesagt, auch Kollegen mit von uns, wobei, glaube ich, die Deutsche Bank auch den Teil in Dublin insbesondere geprüft hat. Das haben wir irgendwie an dem Wochenende, als wir dort saßen - - Es ist ja nicht so, dass man immer nur die ganze Zeit an dem - - Da gibt es auch mal Pausen zwischendurch. Wir haben uns auch überlegt: Wie machen wir denn hinterher weiter? Wir brauchen ja sozusagen da Klarheit. Dass dort ein Team weiterarbeitet und versucht, das besser herauszufinden, das war uns damals klar. Ich weiß jetzt gar nicht mehr, ob der Anstoß dazu von Herrn Müller vom BdB oder von Herrn Lindlar

vom Prüfungsverband kam. Irgendwie waren wir uns dann einig: Wir müssen dort weitermachen. Denn an dem Wochenende selber - also an dem ersten Wochenende - saßen auch zum Beispiel zwei Kollegen von mir aus der Commerzbank in dem BaFin-Gebäude, die sozusagen Experten mit an der Liquiditätsecke waren, um zu versuchen, die Zahlen dort schon mal einen Tick besser zu verstehen. Die haben dann dort auch weiter an den Themen gearbeitet, insbesondere aber natürlich die Deutsche Bank.

Wir waren uns gemeinsam einig: Wir brauchen da einfach noch mehr. Jede zusätzliche - wie soll ich sagen? - Information und mehr Klarheit hilft einfach.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nach Aussage des Herrn Ackermann, Herr Blessing, wäre diese Bitte vom Bundesbankpräsidenten, Professor Weber, an ihn herangetragen worden.

Zeuge Martin Blessing: Das ist auch gut möglich. Ehrlich gesagt weiß ich jetzt nicht mehr genau, wer dann wann wie - - Es waren sich aber auch alle schnell einig, dass man das macht. Wer dann den Anstoß gegeben hat, Herr Dautzenberg, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht mehr.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie, Herr Blessing, das von der Expertise unserer Bankenaufsicht auch für bedenklich, dass man hier ein privates Team im Grunde einsetzt, um Quantifizierungen vorzunehmen? Das ist jetzt kein Vorhalt an die, die es gemacht haben, weil aufgrund der Kürze der Zeit nichts anderes übrig bliebe. Aber ist das ein tragbarer Zustand auch für die Zukunft?

Zeuge Martin Blessing: Das ist eine gute Frage. Auf der anderen Seite habe ich festgestellt: Bei uns im Haus gibt es auch nicht so viele Experten, die bei einem fremden Haus in ganz kurzer Zeit wirklich verstehen können, wie eine Liquiditätssituation aussieht. Sie sehen ja auch: Wir haben uns dann auch über Zeit sozusagen in den Themen geändert. Wenn Sie dort nicht tief in den Märkten drin sind, so Swap Agreements kennen, eventuell mal selber abgeschlossen haben - - Ich habe am Schluss unseren Treasurer reingeschickt, weil ich sage: Der schließt solche Sachen selber ab; der weiß eher, wie sich das entwickelt. - Das ist aber bei uns eben, wie gesagt, eine Handvoll

Leute, auch ziemlich gut - sozusagen investmentbankingmäßig - bezahlte Experten. Ob Sie da die Chance haben, das in einer Aufsichtsbehörde in der Tiefe vorzuhalten, weiß ich gar nicht. Zumindest fand ich es damals von uns allen richtig, dort zu helfen, zu unterstützen und möglichst viele Informationen beizuschaffen, weil wir selber auch in dem Kredit dringehangen haben. Es war ja nicht so, dass wir nur Berater waren, sondern wir waren auch involviert, sowohl mit Liquidität als auch mit Risiko. Von daher saßen wir da eigentlich alle im gemeinsamen Boot und haben gesagt: Wer hat denn jetzt am schnellsten wie viele Experten, die man dahinstellen kann, die es am besten verstehen, um möglichst Klarheit zu kriegen? - So ist dann sozusagen die Entscheidung zu diesem Team gefallen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe jetzt an Herrn Dr. Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön. - Dass Sie heute die Pokerrunde etwas ruhiger sehen, hängt aber nicht damit zusammen, dass Sie inzwischen auch zwei öffentlich bestimmte Aufsichtsräte haben und etwas näher an den Staat herangerückt sind?

Zeuge Martin Blessing: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Zweite Frage, weil Sie das auch sagten: Wir haben ja Zahlen in der *Zeit online*, was sozusagen Betroffenheit von Kreditinstituten auch auf der Gläubigerseite - - Können Sie auch bestätigen, dass die 1,4 Milliarden, die da angegeben sind, die Größenordnung sind, mit der Sie bei der HRE engagiert wurden?

Zeuge Martin Blessing: Das ist ein Bruttowert. Da gibt es natürlich gewisse Sicherheitenpositionen dagegen. Es gibt auch sozusagen ein paar ... (akustisch unverständlich), aber von der Richtung her grob okay. Aber, wie gesagt, einen Brutto-Exposure ohne Sicherheitenanrechnung und solche Sachen, weil die - ich glaube, das kommt aus der Bundesbankmeldung - in der Großkreditmeldung gar nicht angegeben werden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also, es ist jetzt passiv, was die unbesicherten Positionen angeht, deutlich weniger?

Zeuge Martin Blessing: Ja, falls die Frage wäre: Hätten wir das verloren, falls die Hypo Real Estate umgefallen wäre?, ist die Antwort Nein. Da gehen wir davon aus, dass es signifikant weniger gewesen wäre.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): In dem eben schon zitierten Protokoll steht:

Laut Blessing werde die HRE nicht der letzte Fall für eine Rettungsaktion sein.

Hatten Sie da schon Ihr Institut im Blick, oder war das sozusagen visionär insgesamt?

Zeuge Martin Blessing: Erstens. Das war ja der Punkt. Ich weiß nicht genau, ob alle Aussagen so wörtlich getroffen sind, wie sie im Protokoll stehen.

Zweitens. Die Antwort darauf ist Nein.

Drittens. Wenn Sie gucken, hat es eine ganze Reihe von Rettungsaktionen - - Und zwar habe ich damals - - Wir haben auch immer über die Frage: Was passiert in Europa - - Wenn Sie sich mal die Zahlen angucken, die danach passiert sind, glaube ich, bestätigt das leider damals meine Aussage.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Weil Sie Europa angesprochen hatten - ich habe es gestern mehrfach angesprochen -: Es gibt ja ein europäisches Memorandum of Understanding, das im Prinzip überall ständige Ausschüsse für Finanzmarktstabilität zu bilden sind, die im Prinzip Notenbank, Bankenaufsicht und Regierung oder Ministerium zusammenbinden, um eben auch so gewisse Strategiediskussionen zu führen. Herr Mirow als bis Mitte letzten Jahres zuständiger Staatssekretär hat uns gesagt: Das hat in Deutschland nie getagt. - Das fand er aber auch richtig, weil er meinte, das wäre nicht nötig. Würden Sie das auch so einschätzen?

Zeuge Martin Blessing: Das kann ich nicht beurteilen, ob das nicht nötig wäre. Das wäre, glaube ich, eine Frage für die Kollegen, die morgen dran sind, Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber weil eben diese europäische Dimension von Ihnen angesprochen worden ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wobei Herr Mirow das auch nur bis zum 28. Juni - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich hatte auch von Mitte letzten Jahres gesprochen, Herr Kollege, schon wissend, dass Sie sonst sofort intervenieren.

Zeuge Martin Blessing: Es gibt ja heutzutage - - Ich sehe das auch. Ich kann es nur aus eigenem Erleben zum Beispiel für eine Commerzbank - - wenn wir Debatten auch mit der englischen Aufsicht haben, auch mit der polnischen Aufsicht, und in vielen Ländern, wo wir sind, ist oft auch die BaFin eingebunden. Da gibt es auch gemeinsame Gespräche. Insofern gibt es dort schon einen Austausch. Ob es jetzt in der Ebene darüber auch ein Krisenausfallszenario gibt, weiß ich nicht. Ob es sozusagen notwendig ist, dass sie sich austauschen - - Meine Vermutung wäre: Da muss es einen Austausch geben. Inwieweit der durch solche Meetings passiert oder anders, kann ich nicht beurteilen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, es ist, wie schon gesagt, eine Vereinbarung, möglicherweise sogar von Herrn Steinbrück angeregt, und es ist eben in Deutschland nie umgesetzt worden. Das war für mich gestern sozusagen das Wundersame, dass der Staatssekretär sagt: Das ist auch in Ordnung so; wir haben lieber Einzelfallgespräche und Telefonate geführt und uns nicht sozusagen eines solchen strategischen Gremiums bedient.

Vielleicht noch mal zurück zur Ausgangsposition: Wann haben Sie das erste Mal ganz genau - können Sie sich daran noch erinnern? - von dem Fall HRE gehört? Weil es bei uns eigentlich immer eine Information gab, es gab auch ein nulltes Wochenende, also das Wochenende davor, wo Frau Lautenschläger Sie und die Deutsche Bank schon angesprochen hatte auf HRE.

Zeuge Martin Blessing: Wenn das nullte Wochenende dieses Wochenende 20./21. ist - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Martin Blessing: Da sagte ich ja in meinem Eingangsstatement: An dem Wochenende rief mich sogar - - gab es ein Mee-

ting in der Bundesbank zum Thema HRE, wo auch Vertreter der Commerzbank - also zwei meiner Vorstandskollegen - dran teilgenommen haben. Gleichzeitig war das auch das Wochenende, an dem mich Herr Funke anrief und sagte, bei ihm sehe es liquiditätsmäßig eng aus; ob wir ihm nicht kreditmäßig helfen könnten, oder ob wir uns nicht sogar überhaupt vorstellen könnten, die Bank zu kaufen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das mit Herrn Funke habe ich in Erinnerung.

Zeuge Martin Blessing: Genau. Insofern: An dem nullten Wochenende sind diese beiden Dinge gelaufen. Danach war mir klar: Da ist ein Riesenthema.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber von der Deutschen Bank war nicht Herr Ackermann anwesend? Weil er sich zumindest gestern daran nicht erinnern konnte.

Zeuge Martin Blessing: Ich war ja an dem Meeting auch nicht - - In der Bundesbank war ich nicht mit. Da waren zwei meiner Kollegen, und es gab eben ein Arbeitsteam. Ich selber war da auch nicht. Wie gesagt, an dem Wochenende habe ich nur mit Herrn Funke telefoniert, der mich auf dem Handy anrief. Dann habe ich kurz mit ihm gesprochen. Dann habe ich natürlich hinterher - weil ich ja wusste, dass die Kollegen da - - auch mit den Kollegen gesprochen, um mal - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das heißt also, in diesem Gespräch ist die Gesamtdimension noch nicht in Ansätzen dargestellt worden.

Zeuge Martin Blessing: Nein, weil Herr Funke damals auch sagte - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, ich meine von der Bundesbank. Also nicht das Gespräch ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Martin Blessing: Das weiß ich nicht. Da war ich jetzt nicht genau dabei. Da habe ich ein paar - - Nein, in der Größenordnung war das auch der Bundesbank noch nicht bekannt. Wir gingen ja damals am Donnerstag zwischen den beiden - sozusagen zwischen Ihrem nullten und dem ersten Wochenende - in der kleineren Runde

auch noch davon aus, dass es bei den 15 Milliarden Liquiditätsbedarf mit einem dahinterliegenden Sicherheitenpool - - dass das ausreichen würde. Das war eigentlich die Dimension, über die wir in den ersten Tagen geredet und nachgedacht haben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber so, wie Sie den ganzen Prozess aus Ihrer Sicht geschildert haben, auch mit dem „wurde immer mehr“, haben Sie das ja alles auf die Märkte und Reaktionen zurückgeführt. Unser Gefühl ist, dass das Liquiditätsmanagement der HRE dermaßen katastrophal war, dass sie überhaupt keine vernünftigen Zahlen hatten. Das haben Ihnen aber Herr Ackermann oder die Bundesbank oder die BaFin nie irgendwie gesagt?

Zeuge Martin Blessing: Na gut, ich hatte gesagt, dass wir dann ab dem ersten Wochenende selber auch sozusagen an den Themen mit dran waren und natürlich - das sagte ich ja vorhin - gesehen haben, dass es sehr schwierig war, dadurch dass es keine zentrale Treasury - also keine zentrale Steuerungseinheit - für die ganzen Liquiditätsthemen gab, auch das Einschätzen und das Detailbesorgen dort ein Problem war. Deswegen waren wir natürlich etwas überrascht, dass das nicht bei der HRE zentral vorhanden war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe nunmehr an Frau Hauer von der SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Blessing, Sie haben geschildert, dass auch vor der Lehman-Pleite im September schon das Thema Liquidität bei den Banken eine Rolle gespielt hat. Konnten Sie sich da ausmalen, dass das zu einer solchen Situation im September kommen würde, oder wie war das?

Zeuge Martin Blessing: Wir haben gesehen - es begann im August 2007 rund um den IKB-Fall -, dass es an den Geld- und Kapitalmärkten etwas schwieriger wurde. Sie müssen sehen: Es gab das IKB-Thema; das ist in Deutschland gelöst worden. Es gab das Bear-Stearns-Thema; das ist in den USA gelöst worden. Es gab Northern Rock; das ist in UK gelöst worden. Dass eine der größten Investmentbanken, auch eine der global am vernetztesten, einfach in den Konkurs gehen

würde, mit den ganzen Schockwellen, damit haben wir damals nicht gerechnet. Noch am Wochenende davor haben wir gedacht: Jetzt werden die irgendwie eine Rettungsaktion dort hinzimmern. Dass die an diesem Wochenende in Amerika mit dem Thema Lehman, Merrill Lynch plus AIG beschäftigt waren und dann die Entscheidung so getroffen haben, wie sie sie getroffen haben, damit habe ich nicht gerechnet. Auch mit den daraus herauskommenden Verwerfungen, wie lange es gedauert hat, wieder halbwegs Stabilität reinzukriegen, das hat mich persönlich überrascht.

Nina Hauer (SPD): Sie werden - wenn ich das zitieren darf, Herr Vorsitzender - in *Focus online* vom 7. Juli dieses Jahres zitiert:

Commerzbank-Lenker Martin Blessing erklärte, wenn sich die Regierung einer Rettungsaktion verweigere, werde am Montag darauf kein deutsches Kreditinstitut mehr stehen.

Können Sie uns schildern - sodass wir uns das vorstellen können -, was das für Auswirkungen auch für den deutschen Staat oder für die deutschen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gehabt hätte?

Zeuge Martin Blessing: Frau Hauer, ich nehme an, das im *Focus* ist ein Zitat aus diesem Protokoll der BaFin.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das betrifft das Wochenende 27./28. September.

Zeuge Martin Blessing: Genau, das habe ich so verstanden. - Ich sagte schon vorhin: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das wirklich so gesagt habe, genau mit dem Wortlaut. Aber natürlich war mir und uns klar, dass dann, wenn eine Hypo Real Estate in Konkurs geht, a) ein Riesenvertrauensproblem im Markt, gerade in der Eurozone in Europa, natürlich primär auch in Deutschland, entsteht, dass zweitens die gesamten Einleger, die dort drin sind, massiv betroffen wären und dass drittens der Pfandbriefmarkt betroffen wäre. Meine These ist: Wenn das passiert wäre, hätten wir - - Das ist wie in einem Dominospiel. Wenn Sie einen der relevanten Steine umschmeißen, dann fällt halt ziemlich viel dahinter um. Sie kriegen das nur sehr schwer aufgehalten. Was das

dann gekostet hätte - keine Ahnung. Da müsste ich wüste Schätzungen machen. Aber es wäre massiv schlimmer geworden als die Rettungsaktion.

Nina Hauer (SPD): Was waren denn Ihre Erwartungen, was das denn die privaten Banken kosten würde, als Sie zum Rettungswochenende angereist sind?

Zeuge Martin Blessing: Gut, ich hatte schon vorhin gesagt: Wir hatten am Anfang, als wir anreisen und dann sozusagen im Vorfeld hörten, dass es jetzt nicht 15, sondern eher 35 sind, überlegt: Was heißt das an Liquidität? Wie viel kann man davon überhaupt zur Verfügung stellen? Welche Risikoübernahme hat man dann? Ich glaube - der Herr Vorsitzende hat es vorhin gesagt -, die privaten Banken waren am Anfang bei 1 bis 2 Milliarden. Das könnte man noch stemmen. Am Schluss sind es dann für uns 4,5 geworden, also wesentlich mehr, als wir uns vorstellen konnten. Da das Ganze über den Einlagensicherungsfonds sozusagen geht, kann man sich ausrechnen, was die eigene Quote daran ist. Das war dann schon ziemlich viel Geld, mehr, als wir erwartet hatten.

Nina Hauer (SPD): Waren Sie überrascht, als Sie von Herrn Ackermann die Zahl 8,5 Milliarden gehört haben.

Zeuge Martin Blessing: Ich wusste, wo wir standen, als ich dann irgendwann an einem Sonntag zwischen neun und zehn dort raus bin, und was damals die Debatte war, was aber noch nicht zu einer Einigung geführt hatte. Ich bin, ehrlich gesagt, damals dort raus und zu unserem Krisenteam und dachte: Okay, das Ding ist jetzt geplatzt. Morgen fliegt uns dort irgendwas um die Ohren. - Deswegen bin ich auch bei unserem Krisenteam geblieben und bin nicht zurückgefahren, sondern Herr Müller. Wir haben uns dann die Aufgaben geteilt. Insofern war ich dann froh, als ich nachts gegen halb zwei hörte: Man hat doch noch eine Einigung bekommen. Natürlich war die Summe größer als erwartet. Natürlich war das am Donnerstag danach schwierig, eine Einigung aller Beteiligten über die Aufteilung hinzubekommen. Aber wir alle hatten das Gefühl: Das ist immer noch besser, als die Hypo Real Estate in Konkurs gehen zu lassen.

Nina Hauer (SPD): Wenn Sie das Verhandlungsergebnis vonseiten der Bundesregierung sehen, würden Sie bestätigen, was ich im Block der FDP-Fraktion von Herrn Wissing finde: Herr Staatssekretär Asmussen hätte kein Gesamtbild; er wusste nicht, dass die Bankenaufsicht einer Fehleinschätzung unterlag, und kannte die Probleme von der mangelnden Glaubwürdigkeit der HRE nicht; er sei in die Verhandlungen reingestolpert?

Zeuge Martin Blessing: Nein, den Eindruck hatte ich nicht. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Herr Asmussen in die Verhandlungen reingestolpert ist.

Nina Hauer (SPD): Zu den alternativen Szenarien: Es gab auch Gespräche und Versuche mit den Banken untereinander. Warum war es nicht möglich, dass die Commerzbank und die Deutsche Bank die HRE retten?

Zeuge Martin Blessing: Sie müssen sich die Größenordnung der Hypo Real Estate angucken und gerade das Thema Liquidität. Wir wussten: Da kommt viel Liquidität. Allein diese Menge Liquidität von Deutscher Bank und uns kurzfristig aufzubringen, wäre etwas gewesen, was in dieser schwierigen Situation ich mich für unser Haus auf keinen Fall getraut hätte. Das Problem ist: Stellen Sie sich vor, dass drei Banken Kreditlinien an die Hypo Real Estate haben und dieselben drei Banken auch Kreditlinien an die Commerzbank haben. Wenn Sie jetzt die beiden Banken zusammentun, addieren die nicht einfach ihre Kreditlinien, sondern reduzieren sie zu einem gewissen Teil. Eine Kreditlinie eins plus eins macht nicht zwei, sondern nur 1,5. Das noch in einer so schwierigen, angespannten Situation zusätzlich zu machen, war etwas, was ich mir nicht hätte vorstellen können.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Blessing, ich möchte noch einmal auf das Stichwort „europäische Dimension“ kommen. Hing die Hoffnung der privaten Banken in Deutschland am Beginn dieses Wochenendes, dass sie es vielleicht doch schaffen, ohne staatliche Hilfe die HRE aufzufangen, auch damit zusammen, dass in Europa in der Zeit diskutiert worden ist, ob es nicht umfangreichere

Hilfsprogramme geben muss. Ich mache das konkret: Anfang Oktober gab es in Paris ein Gipfeltreffen, zu dem Herr Sarkozy eingeladen hatte. Da wurde die Bundesregierung gedrängt, nicht nur einzelne Hilfen zu gewähren, sondern, so wie das dann im Oktober auch gekommen ist, ein Hilfsangebot für deutsche Banken insgesamt. Damit war aber verbunden, dass natürlich der Ruf der Banken angekratzt worden ist. Diese Diskussion lief schon an diesem ersten Rettungswochenende.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie die Quelle nachvollziehbar machen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Welche Quelle?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie gerade zitieren.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich zitiere keine Quelle.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war nur eine Vermutung.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe gesagt, dass es Anfang Oktober - das stand in jeder Zeitung - bei Herrn Sarkozy ein Treffen gegeben hat, bei dem auch die Kanzlerin war.

Ich komme zu meinem Gedankengang zurück. War die Überlegung, die deutschen privaten Banken nicht in den Ruf kommen zu lassen, sie brauchen staatliche Hilfe, ein Motiv für den Versuch, sie packen es allein?

Zeuge Martin Blessing: Herr Spiller, natürlich war unser Anspruch immer: Man muss eigentlich etwas alleine hinkriegen. Ich glaube, wir haben zwischen dem Wochenende null und dem Wochenende eins versucht, an solchen Themen zu arbeiten. Als wir dort am Donnerstag nach der Bristol-Runde auseinander gingen, haben alle gesagt: Okay, wenn der Sicherheitenpool groß genug ist, dann werden wir es schon irgendwie hinkriegen, diese 15 Milliarden zu stemmen. Als dann sozusagen im Laufe des Wochenendes eins immer klarer wurde, dass es eher 35 sind, von denen wir am Wochenende zwei wussten, dass es eher 50 sind, haben wir gesagt: Das ist eine Größenordnung, die kriegen wir nicht mehr hin. Deswegen müs-

sen wir unsere Ursprungsidee, es alleine hinzukriegen, aufgeben. - Uns war klar, dass das politisch nicht einfach ist und dass es einer großen Überzeugungsarbeit bedarf und dass es einfacher und schöner wäre, wenn wir das als privates Bankgewerbe selber hinkriegen würden. Aber das werden wir nicht schaffen; das überfordert uns. Wir brauchen irgendwie eine andere Lösung, oder es gibt keine Lösung. Natürlich war unser erstes Interesse, zu sagen: Kriegen wir das alleine hin?

Erst als wir festgestellt haben, wir kriegen das nicht mehr alleine hin, sind wir dann den anderen Weg gegangen. Dass wir immer gesagt haben: „Wir müssen uns dort massiv selber involvieren“, sehen Sie an den Beträgen, die dort schon am ersten Wochenende von den einzelnen Banken zugesagt worden sind und die wir am zweiten Wochenende noch einmal verdoppelt haben. Da haben wir uns dann weit aus dem Fenster gelehnt; denn Sie sitzen in einer solchen Verhandlung alleine und müssen eine Zusage machen, um sich danach den Gremienbeschluss zu holen. Sie machen das also unter Gremienvorbehalt und brauchen hinterher den Gremienbeschluss. Sie können natürlich nur schwer zurück, wenn Sie persönlich das gesagt haben. Man geht gewissermaßen in eine bestimmte Vorleistung. Das zeigt schon die Ernsthaftigkeit des Bemühens, möglichst einen relevanten Beitrag zu leisten und sich nicht einfach zurückzulehnen und zu sagen: Jetzt müssen irgendwelche anderen Leute das lösen.

Ich hatte an beiden Verhandlungswochenenden das Gefühl, dass bei allem Stress, den es gab, und bei aller Unterschiedlichkeit über Themen im Detail und natürlich bei der Frage der Lastenverteilung alle Beteiligten, sowohl die Bundesregierung als auch die Aufsicht als auch die Bundesbank als auch die unterschiedlichen Bankenvertreter, immer da gesessen haben mit dem klaren Willen: Wir wollen, dass das hier klappt, und wir wollen irgendwie, dass es hinkommt, und wir sind auch bereit, uns dafür aus dem Fenster zu lehnen und einen Beitrag zu leisten. - Das fand ich sozusagen einen positiven Grundspirit an diesem Wochenende, ohne den wir das sicherlich auch nicht hingekriegt hätten.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Frau Hauer für die SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Blessing, Sie haben jetzt vom Grundspirit berichtet und vorhin, wie sich dann auch die Beträge entwickelt haben. Ich zitiere noch einmal aus dem Blog der FDP-Fraktion. Die sagen, dass diese Verhandlungen im Ergebnis nichts anderes sind als eine Kapitulation des Staates vor den privaten Banken. Ist das richtig?

Zeuge Martin Blessing: Nein, das habe ich nicht so gesehen. Ich glaube, wir haben eine schwierige, aber tragfähige Verhandlungslösung hinbekommen. Da hat niemand vor niemandem kapituliert, sondern alle haben sich redlich bemüht, auf der einen Seite eine Lösung zu finden und auf der anderen Seite natürlich eine Lösung zu finden, die sozusagen das eigene Haus, das eigene Ministerium oder die eigene Aufsicht möglichst nicht über Gebühr belastet.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe dazu eine Frage, ob die Aussagen der FDP in ihrem Blog Untersuchungsgegenstand sind. Ich würde das gerne einmal klären lassen, weil wir schon zum x-ten Mal dieselben Zitate haben und ich den Eindruck habe: Das kann eigentlich nicht sein, dass das Untersuchungsgegenstand ist.

Nina Hauer (SPD): Das alles sind Äußerungen, die die FDP über den Untersuchungsgegenstand gemacht hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

Nina Hauer (SPD): Gestern zum Beispiel nach der Vernehmung von Herrn Ackermann ist das das Ergebnis, was die FDP berichtet. Es interessiert mich schon, was andere dazu sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch mich interessieren viele Sachen, die nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses stattgefunden haben. Aber ich kann hier trotzdem nicht danach fragen. Dann werde ich jedes Mal vom Vorsitzenden unterbrochen. Deswegen möchte ich eine Auskunft des Sekretariats, wie hierzu die Rechtslage ist.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Herr Schick, ich glaube nicht, dass es hierzu eine Rechtslage gibt. Aber ich denke, dass es durchaus in Ordnung ist, wenn sich die Frau Kollegin unter Bezugnahme auf Aussagen von Ausschussmitgliedern, die sich wiederum auf Zeugenaussagen in diesem Ausschuss beziehen, rückversichert bei anderen Zeugen, ob das so ist oder nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gilt das allerdings auch - darauf möchte ich hinweisen - nach den Gesetzen der Logik dafür, dass auch nach einem gewissen Geschäft, das im September oder Oktober 2008 seinen Ausgang hat und noch heute eine Auswirkung bei der Commerzbank hat, gefragt werden kann. Da müssen wir schon mit gleichem Maßstab messen. Da hat der Vorsitzende vorher gesagt, es sei nicht Teil des Untersuchungsauftrages, zu wissen, welche Auswirkungen ein damals beschlossenes Geschäft heute auf die Commerzbank habe, obwohl das meines Erachtens relevant ist, um einschätzen zu können, wie das damalige Verhandlungsergebnis war.

Nina Hauer (SPD): Wenn ich jetzt auch noch die Äußerungen der FDP im letzten Jahr zitieren würde, würde das aber nicht unbedingt besser werden. Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Sie, Herr Schick, in meiner Fragezeit babbeln.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das wird regelmäßig vom Ausschusssekretariat unterbrochen. Das ist üblich.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Wir haben selbstverständlich angehalten, Herr Schick. Ich würde allerdings vorschlagen, dass wir das in einer nicht-öffentlichen Beratungssitzung klären. Ist das okay?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wurde ich gerade abgelekt. Wenn Sie noch einmal wiederholen könnten?

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Ich wollte Ihnen vorschlagen, dass wir diese Angelegenheit in einer nichtöffent-

lichen Beratungssitzung klären, wenn Ihnen das recht ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie gerne tun.

Zeuge Martin Blessing: Kann ich denn - -

(Heiterkeit)

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Das war genau der Grund, weshalb ich gerade vorschlagen wollte, wir machen das nichtöffentlich.

Nina Hauer (SPD): Muss das jetzt sein?

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Wir könnten das nichtöffentlich klären, dann müssten wir deswegen die Zeugeneinvernahme nicht unterbrechen. - Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe kein Problem damit, was Frau Hauer da betreibt. Nur, die Frage ist natürlich: Wir hatten uns mal zu Beginn des Untersuchungsausschusses mit der Frage beschäftigt, was wir Zeugen eigentlich fragen. Da hieß es immer: Man darf nicht nach Meinungen von Zeugen fragen, sondern man muss nach Tatsachen fragen. - Das war die Haltung des Vorsitzenden. Nun wollen Sie, Frau Hauer, ja immer, dass Bewertungen von Ausschussmitgliedern von Zeugen wiederum bewertet werden. Ich meine, ich habe kein Problem damit, ich weiß nur nicht, ob das dem Ziel dient, das sich dieser Untersuchungsausschuss gegeben hat. Das müssen Sie selber beurteilen. Insofern können Sie gerne - wenn Sie nicht alle haben, stelle ich sie Ihnen auch gern zur Verfügung - alle Pressemitteilungen der FDP - - Sie können die Meinungen der Zeugen dazu gerne abfragen. Ich weiß aber nicht, ob es wirklich Untersuchungsgegenstand ist. Nur, vor diesem Hintergrund gebe ich zu bedenken, ob es wirklich nötig ist, dass wir diese Sitzung unterbrechen und uns mit diesen Themen beschäftigen. Ich glaube, der Ausschuss gibt sich damit eher der Lächerlichkeit preis.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Das liegt ganz in Ihrer Entscheidung. Das war nur ein Vorschlag, weil ich jetzt hier nicht möchte, dass wir pingpongartig Verfah-

rengeschichten hin und her debattieren. Herr Schick wollte es geklärt haben. Daher war mein Angebot klar: in nichtöffentlicher Beratungssitzung. Wenn das gewünscht wird, machen wir es, wenn es nicht gewünscht wird, machen wir es nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ein Vorschlag: Frau Hauer verfolgt ja ein bestimmtes Ziel. Vielleicht kann sie ihre Frage so umformulieren, dass allen Rechnung getragen ist.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Herr Schick, entspricht das Ihrem Anliegen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn der Vorsitz dieses Ausschusses die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen gleich behandelt bei seinen Bewertungen, ob Wertungen abgefragt werden dürfen und welche Sachen Gegenstand der Untersuchung sind, brauchen wir dazu keine Beratungssitzung. Aber ich werde jedes Mal eingreifen, wenn hier eine Ungleichbehandlung stattfindet. Das mache ich nicht mit.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Herr Schick, vielen Dank. - Frau Hauer.

Nina Hauer (SPD): Aber es ist ja so, dass Sie immer wieder darauf hinweisen, dass dieser Ausschuss gar nichts mit Wahlkampf, sondern nur mit Erkenntnis zu tun hat. Da finde ich die Vorschläge, zum Beispiel den Vorschlag, den ich aus der *Süddeutschen*, aus der Onlineausgabe von Anfang Juli, von Herrn Wissing zitieren darf, dass die Bundesregierung Aktien der betroffenen Banken hätte einbehalten sollen - - Das, finde ich, ist ein Vorschlag, den man wie auch immer bewerten mag. Herr Ackermann hat das gestern schon sehr eindeutig getan. Aber ich finde, das ist ein Vorschlag, der den Untersuchungsgegenstand hier aufklärt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Frau Hauer, es stimmt doch gar nicht, dass gesagt worden ist, dass da was einbehalten werden soll. Lesen Sie mal bitte vor, wo jemand der FDP gesagt hat, dass etwas einbehalten werden soll. Gestern sprachen Sie von einem Interview. Ich habe das gesucht. Ich finde gar kein Interview.

Nina Hauer (SPD):

Als Gegenleistung für die Hilfe bei der Rettung der Hypo Real Estate hätte der Bund sich am Kapital der betroffenen Privatinstitute, also etwa der Deutschen Bank, beteiligen sollen.

(Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD):
SZ online!)

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Entweder wir einigen uns jetzt sofort auf ein gemeinsames Vorgehen, oder wir gehen in eine nichtöffentliche Beratungssitzung. Wie gesagt: Pingpong ist nicht. Wir sind in der Zeugeneinvernahme. Herr Blessing, ich bedaure sehr, aber das muss jetzt geklärt werden. Wir sind in der Zeugeneinvernahme. Entweder wir unterbrechen die und beraten uns nichtöffentlich, oder wir setzen jetzt fort. Das sind die beiden Alternativen, die ich anbiete. Mehr geht nicht. - Kollege Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich kann Sie nur unterstützen. Wir sollten unserem Untersuchungsauftrag gerecht werden. Frau Kollegin Hauer, vielleicht reicht zu dem Punkt die Bewertung von Herrn Ackermann aus, und man muss nicht noch zusätzliche Bestätigungen kriegen.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Wenn wir es mit einer kleinen Umformulierung versuchen könnten?

Nina Hauer (SPD): Sie meinen die Formulierung von Herrn Ackermann, dass dieser Vorschlag jeglichen wirtschaftlichen Sachverstands entbehrt? - Okay. Das akzeptiere ich gerne, Herr Dautzenberg.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ich muss noch mal sagen: Die Bewertungen der einzelnen Leute sind nicht Teil des Untersuchungsauftrags hier, sondern die Zeugen werden befragt zu den Punkten, die im Untersuchungsauftrag stehen. Da gibt es eine zeitliche Frist, und es gibt eine inhaltliche Begrenzung. Mir ist nicht bekannt, dass der Untersuchungsauftrag in seiner Formulierung den Vorschlag der Opposition, was anders gemacht hätte werden können, egal wann er erfolgt, decken würde; sonst zeigen Sie mir bitte, wo das

steht. Ich werde darauf beharren, dass hier mit gleichem Maß gemessen wird.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Herr Schick, es tut mir leid - ich bin ungern oberlehrerhaft; das steht mir auch nicht zu -, aber ich habe Ihnen gerade nicht das Wort erteilt. Wenn wir einfach diese Grundtendenz der Höflichkeit, die wir bis jetzt hier hatten, einfach einhalten würden? Wir versuchen es jetzt noch mal. Wir verzichten jetzt in unser aller Sinne auf eine nichtöffentliche Beratungssitzung, Frau Hauer formuliert ein ganz klein wenig um, und dann versuchen wir es noch mal. Ist das so in Ordnung? - Ich höre keinen Widerspruch. - Frau Hauer, wir setzen die Zeugeneinvernahme fort.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zum nächsten Vorfall!)

Nina Hauer (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. - Herr Blessing, hätte es denn Möglichkeiten gegeben, dass die Bundesregierung sich in irgendeiner Form Sicherheiten der Banken überhaupt hätte geben lassen können?

Zeuge Martin Blessing: Also, das ist mir jetzt im Moment unklar, wie das hätte passieren können, insbesondere in dem Zeitraum. Gerade das Thema, wie man Aktien übereignet - - Die gehören ja nicht mir als Bank, sondern die gehören irgendwelchen Aktionären. Es wäre mir jetzt unklar, wie das an dem Wochenende hätte passieren können.

Nina Hauer (SPD): Okay. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen mehr. - Dann übergebe ich nunmehr an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Blessing, nun wieder zum Untersuchungsauftrag.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir stellen auch jetzt erst die Uhr an.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, die Zeit haben wir. - Sie haben vorher gesagt, das Verhalten der

Bundesregierung an dem Wochenende sei Teil einer Verhandlungsstrategie gewesen. Sie haben sie dann auch gelobt. Da hatten Sie was gelernt. Ich habe davon, dass das ein Teil einer Strategie war, zu dem damaligen Zeitpunkt und auch viel später nie gehört. Worauf stützen Sie denn diese Aussage, dass die späte Präsenz des Staatssekretärs, die Nichtpräsenz des Finanzministers im Unterschied zu anderen Staaten, wo Finanzminister an Rettungsverhandlungen durchaus beteiligt waren, eine Strategie war? Haben Sie dafür Belege?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, ich habe gesagt: Ich gehe mal davon aus, dass es eine Strategie war. - Belege habe ich dafür nicht. Aber, wie gesagt, die Frage, ob die früher kommen oder nicht - - Die Frage ist ja gestellt worden. Sie haben sich dann entschieden, erst dann zu kommen. Insofern: Jetzt kann man das Taktik oder Strategie oder wie auch immer nennen, jedenfalls ist das mal der Fakt. Damit ist die Verhandlung dann so gelaufen, wie sie gelaufen ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sie könnten auch ganz andere Gründe gehabt haben, die Ihnen nicht bekannt sind. Das ist also jetzt nur Ihre Interpretation, für die es keine Belege gibt, auch nicht für das Gegenteil.

Zeuge Martin Blessing: Ja. Fair Point.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde denn damals vonseiten der Bundesregierung eine Begründung geliefert, dass nach dem Ansinnen, eine hochrangige Vertretung der Bundesregierung bei den Verhandlungen zu haben - - wieso man dann zunächst niemanden Hochrangigen geschickt hat? Gab es da eine Begründung?

Zeuge Martin Blessing: Daran kann ich mich jetzt nicht erinnern, Herr Schick. Ich weiß nicht mehr genau, ob da irgendwie eine Begründung kam. Zumindest kam dann ja - - Irgendwann wurde dann gesagt: „Jetzt kommt der Sonntagnachmittag“, im Laufe des Sonntags.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Bei dem Protokoll hatte vorher Herr Dautzenberg gefragt, ob es für die Zeit Ihrer Anwesenheit richtig sei. Das

hatten Sie bejaht, bis auf Detailformulierungen, aber in den Grundzügen. Wir hatten jetzt gestern nach meiner Lesart bei der Aussage von Herrn Ackermann plötzlich zwei Perspektiven auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen. Herr Ackermann hat gesagt: Die letzten zwei Stunden sind nicht richtig im Protokoll. - Er hatte eine andere Erinnerung. Das ist ja sehr bemerkenswert, weil Protokolle die Aufgabe haben, das, was gewesen ist, abzubilden. Können Sie sagen, auf welche Seite der Interpretation Sie sich schlagen würden? Ich versuche noch mal zu rekapitulieren, was Herr Ackermann gesagt hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Moment, ein Hinweis: Ab 22.30 Uhr ist Herr Blessing nicht mehr anwesend gewesen, wie er gesagt hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, aber er hat im Folgenden noch mit einigen Leuten gesprochen, und deswegen habe ich nicht gesagt: „aus eigener Anschauung“; aber es ist ihm so wie dem Zeugen Viermetz, den wir dazu auch befragt haben, ja sicher berichtet worden, und er ist nachher vom Ausgang informiert worden. Herr Ackermann hat uns gestern gesagt, dass zunächst einmal die Verhandlungen gescheitert waren und er dann Herrn Steinbrück angerufen habe, es dann wohl ein Telefonat Steinbrück/Merkel gab und dann noch mal zwei Telefonate Ackermann/Merkel. Im Protokoll hier ist dagegen davon die Rede:

Herr Asmussen führt aus, dass die Kanzlerin der Lösung nicht zustimme.

Und 1 Uhr:

Asmussen erklärt, der letzte Vorschlag der Regierung laute - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Becker.

MR Markus Becker (BMF): Entschuldigung. Was bisher immer vermieden wurde: Es wird hier ein Vorhalt aus VS-eingestuftem Material gemacht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ich zitiere aus dem der *Financial Times* vorliegenden Protokoll, von dem ich nicht weiß, ob es das rich-

tige ist. Entschuldigung, das habe ich nicht klargemacht.

MR Markus Becker (BMF): Aber auch das verliert natürlich nur, weil jemand im Internet den „Geheim“-Stempel getilgt hat, nicht seine Einstufung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das auch unabhängig davon machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Schick ist sicherlich kompetent genug, die Frage so zu formulieren, dass es eben keinen Vorhalt aus dem Protokoll bedeutet. Da sind wir wieder, denke ich, alle zufrieden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wiederhole hier: Die eine Darstellung ist, die Verhandlungen scheitern, und dann gibt es ein Telefonat Ackermann an Steinbrück und dann zwei Telefonate zwischen Herrn Ackermann und Frau Merkel, und im Protokoll sieht es so aus, als sei hier Herr Asmussen sozusagen der, der die Informationen aus der Bundesregierung in die Verhandlungen reinträgt. Können Sie dazu sagen, welche der beiden Versionen richtig ist?

Zeuge Martin Blessing: Kann ich nicht. Ich habe nur am Schluss gehört, dass es Telefonate gegeben hat, insbesondere auch dass es am Schluss ein Telefonat zwischen Herrn Ackermann und Frau Merkel gegeben haben soll. Wie gesagt, alles nur aus Berichten. Selber war ich nicht dabei. Insofern müssten Sie da, glaube ich, die Einzelnen, die dabei sind - - Sonst fange ich hier auch an, zu spekulieren, und da kann ich, glaube ich, zur Aufklärung nicht beitragen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorher gesagt, als Herr Asmussen ankam, er war im Film. Können Sie an ein paar Punkten belegen, inwiefern? Denn es gibt ja in diesem Film sehr unterschiedliche Aspekte. Welche Informationen haben Sie über seinen Informationsstand, die Sie uns mitgeben können?

Zeuge Martin Blessing: Ich hatte a) das Gefühl in den Gesprächen, er wusste genau, um welche Beträge es geht, er wusste, dass wir verschiedene Lösungen durchdiskutiert

hatten, verschiedene Modelle der Rettung erwogen hatten und dass es am Schluss um ein Thema ging, eben 35 Milliarden Liquidität bereitzustellen, davon 15 Milliarden über die Banken, 20 Milliarden über die Zentralbank, und dass es jetzt um die Frage von Haftungen dort an der Ecke ging und man dann anfangen konnte, darüber zu reden. Natürlich hat er zu den Themen noch mal ein paar Detailfragen dann gestellt, aber die haben wir die ganze Zeit immer zwischendurch - - Es ist uns immer wieder mal ein Detail eingefallen, wo wir gesagt haben: Mensch, wie sähe das eigentlich in dem Fall aus? - Ich hatte aber das Gefühl, dass er schon informiert war.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, er hatte den bisherigen Verlauf der Verhandlungen sozusagen auf dem Stand. Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass er darüber hinausgehende Informationen hatte zu Verflechtungen zwischen Deutschland und Irland, zu Prüfungsergebnissen der Aufsichten, zum Liquiditätsbedarf, zu Stresstests, die vorher stattgefunden haben, oder Ähnlichem?

Zeuge Martin Blessing: Ich hatte zumindest an dem Wochenende das Gefühl, dass er einen sehr kompetenten Eindruck machte. Zu den Einzeldetails jetzt, ob er genau über Stresstests - - weiß ich jetzt nicht mehr genau. Aber ich hatte nicht das Gefühl: Du redest hier mit jemandem, dem du sozusagen die ganze Sachlage noch mal erklären musst, sondern der weiß ganz genau, was Sache ist. - Am Schluss waren wir auch an einer Ecke, wo es eigentlich nur noch um eine - wie soll ich mal sagen? - ökonomische Verhandlung und das Aufteilen von ökonomischen Risiken ging.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte er denn Prokura im Sinn, dass er die Verhandlungen geführt hat, oder war er Informationsüberbringer und Sie haben eigentlich mit Herrn Steinbrück verhandelt?

Zeuge Martin Blessing: Das weiß ich nicht genau. Auf der anderen Seite sage ich mal: Dass man sich, bei den Beträgen, um die es da geht, untereinander abstimmt, fand ich jetzt auch nichts Ungewöhnliches. Aber bzw. - jetzt, wo Sie es sagen - die Frage habe ich so für mich nie gestellt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das merkt man ja auch bei einer Verhandlung, ob die andere Seite ein Wort sagen kann oder nicht.

Zeuge Martin Blessing: Der kann schon viel sagen, aber es gibt auch einen Punkt, wo er sagt: Jetzt muss ich mal telefonieren. - Das ist auch etwas, was, glaube ich, selbstverständlich ist. Alles andere hätte mich dann wiederum auch gewundert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich erteile nunmehr Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blessing, ausweislich eines Berichts der Anwaltskanzlei Shearman & Sterling vom 21. Oktober 2008 - dieser Bericht ist öffentlich zugänglich und liegt uns hier, damit das für das Protokoll noch einmal deutlich wird, als Material A 41 vor - ist etwas ausgesagt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Super. Das ist vorbildlich.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn man die notwendige Unterstützung der Mitarbeiter hat, geht das. - Deswegen: Herr Blessing, können Sie sich erinnern, dass ein HRE-Vertreter am Rettungswochenende auf die Frage nach dem Refinanzierungsbedarf bis Ende 2008 den Betrag von 110 bis 120 Milliarden Euro genannt hat?

Zeuge Martin Blessing: Nein, kann ich mich nicht erinnern.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das ist jedenfalls aus diesem Vermerk erkennbar.

Zeuge Martin Blessing: Nein, kann ich mich nicht erinnern, weil, wie gesagt, mit den Vertretern der HRE - - Ich wusste, dass sie da sind. Ich habe sie einmal bei einer der Pausen beim Rausgehen auch gesehen. Insofern wusste ich, dass Herr Funke, ich glaube, Herr Fell - - Ich weiß gar nicht, wer alles da war. Und in der Tat habe ich Herrn Thoma von Shearman & Sterling auch gesehen. Aber ich selber habe ansonsten mit denen gar nicht geredet, nur Guten Tag gesagt. Insofern haben wir dort auch nicht

mit den Shearman & Sterlings oder der HRE geredet. Wir hatten allerdings parallel unsere Leute, die mit denen geredet haben und über verschiedene Finanzierungsbedarfe geredet haben.

Sie müssen aber auch immer sehen: Natürlich geht auf der einen Seite Liquidität raus, auf der anderen kommt Liquidität rein. Das ist ja die Schwierigkeit. Sie müssen ja - wie ich vorhin sagte - immer genau abschätzen: Was ist denn die Nettoliquidität, die Sie dann brauchen? Insofern: Die Zahl höre ich jetzt zum ersten Mal und habe sie eben auch an dem Wochenende nicht gehört.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Weil es ja, Herr Blessing, durchaus zulässig ist, nach Motiven zu fragen und zu recherchieren, warum gerade auch für die privaten Bankenvertreter das Cap eine wichtige Funktion hatte.

Zeuge Martin Blessing: Na ja, wir haben natürlich damals, als es - an dem Donnerstag, dem 25., war das, glaube ich - um die 15 Milliarden ging - da stand ja eine Sicherheit gegen den Kredit.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das waren die 43 Milliarden.

Zeuge Martin Blessing: Genau, dieser Sicherheitenpool. Jetzt wurde ja plötzlich das Thema so, dass man sagte: Okay, dieser Sicherheitenpool, der muss ja für 35 Milliarden - - der reicht ja nicht. Das heißt also, ein Teil dieses Kredits wird ohne Bundesbürgschaft - - unbesichert, und was macht man dann sozusagen, falls das Thema ausfällt und im Verwertungsfalle eine Lücke bleibt? Das musste man ja - - Gesetzt den Fall - Sie müssen ja mal überlegen -, der Kredit fällt völlig aus, dann sind 35 Milliarden weg. Dann verwertet man die Sicherheiten. Dann kommen hoffentlich die 15 Milliarden raus, dann gibt es ja einen ... (akustisch unverständlich). Was passiert damit?

Darüber müssen Sie sich, wenn Sie Kredit geben, ja Gedanken machen. Sie können ja nicht einfach jemanden - - Wenn Sie sagen, da ist eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass man den Kredit nicht zurückkriegt und auch keine Sicherheiten hat, dann ist ja die nächste Frage: Verletzen Sie ihre Treuepflicht gegenüber Ihren Aktionären und gegenüber Ihren Einlegern, wenn Sie das machen? Also müssen Sie da schon eine Si-

cherheit haben. Deswegen müssen Sie auch wissen, wie das Risiko ist. Ich muss irgendwo in den Kreditantrag bei uns - - Wir haben ja dann am Schluss unsere Tranche aus dem Thema normalkreditmäßig geordnet. Da muss ich reinschreiben, wie viel Liquidität ich gehe und was sozusagen der maximale Ausfall sein könnte und wie der strukturiert ist und welche Sicherheiten dagegen stehen.

Insofern braucht man natürlich ein solches Thema schon aus - wie soll ich mal sagen? - Ordnungsgründen für das eigene Haus, weil wir auch gesagt haben: Wir können, falls das Thema schiefgeht - - Es war ja damals - - Heute sagt man ja: Mein Gott, das war ja ein einfaches Geschäft. Hinterher hat der Bund sozusagen die Bank übernommen, und das ist jetzt ein staatsgesicherter Kredit. - Das war ja zu dem Zeitpunkt gar nicht absehbar. Also war das Risiko da ja schon vorhanden. Da musste man eben sehen, wie man eine Risikobegrenzung einfach für das Haus kriegt. Und das war der Grund.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Noch einmal: Die Zahl, die ich hier zitiert habe, ist Ihnen so nicht in Erinnerung?

Zeuge Martin Blessing: Diese 102, nein, die kenne ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay. Kollege Willsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Blessing, ist Ihnen erinnerlich, wie die dort tagende Runde das Angebot des BMF aufgenommen hat, den zuständigen Sachbearbeiter oder Referenten aus der Abteilung Finanzaufsicht zu schicken?

Zeuge Martin Blessing: Nein, weiß ich nicht mehr. Ich weiß aber nicht, ob das wirklich, weil wir ja in dem Verhandlungsmodus waren, geholfen hätte. Aber ich weiß gar nicht mehr, wie wir darauf reagiert haben. War mir gar nicht klar, dass sie das angeboten hatten. Kann ich mich nicht daran erinnern. Wenn das passiert ist, kann ich mich gar nicht daran erinnern.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ich möchte auch noch mal zur Frage des Liquiditätsbedarfs nachfragen. Sie sagten ja vorhin, irgendwann muss man den Sack zumachen und sagen: Jetzt haben wir einen Wert, und mit dem müssen wir arbeiten. - Würden Sie es mir übel nehmen, wenn ich feststelle, dass Sie natürlich quasi von einer quotalen Beteiligung in irgendeiner Weise ausgehen mussten und ein Interesse daran hatten, diesen Wert nicht zu hoch, sondern eher ein bisschen niedriger festzulegen?

Zeuge Martin Blessing: Ehrlich gesagt, nein. Wir wollten ja auch Klarheit haben. Wir haben ja auch gesagt - das haben Sie ja auch gesehen; das ist am nächsten Wochenende dann auch passiert -: Wenn der Bedarf wesentlich höher ist, dann wirst du irgendwo zum Nachlegen eingeladen. - Wir haben ja dann am nächsten Wochenende unsere Liquiditätszusage auch noch mal signifikant erhöht. Insofern: Es waren da alle eigentlich daran interessiert, zu einem möglichst klaren Bild zu kommen. Wie gesagt, die Lage war ein bisschen unübersichtlich, und es sind dann halt sehr viele Positionen nachträglich noch hochgekommen, weil eben Geschäftspartner der Hypo Real Estate einfach Nachforderungen gestellt haben.

Sie müssen sich das so vorstellen: Da gibt es eine ganze Latte, also Hunderte von Verträgen, in denen teilweise unterschiedliche Sicherheitenstrukturen stehen können. Das heißt also, wenn das Rating der Hypo Real Estate oder irgendwelche Geschäftsdinge schlechter werden, dann hat die Gegenpartei, die Bank XY, das Recht, dass ein Teil des Geschäftes in bar oder mit Bundesanleihen, also Staatspapieren, unterlegt, besichert wird. Sie können dann Sicherheiten nachfordern. Diese Sicherheiten sind cash-wirksam, die ziehen also sozusagen Liquidität. Dann wandert gigantisch schnell viel Liquidität raus. Das heißt, Ihre Liquiditätsplanung, die Sie heute haben, die das nicht beinhaltet, die ist dann plötzlich über den Haufen geworfen. Das ist eigentlich das, was dort passiert ist.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Also eine Übersicht über solche Auswirkungen, beispielsweise eines verschlechterten Ratings, wäre ja eigentlich Aufgabe einer ordentlichen Risikosteuerung.

Zeuge Martin Blessing: Ja, da müssen Sie - -

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Und die lag nicht vor?

Zeuge Martin Blessing: Genau. Dafür müssen Sie Szenarien haben. Wenn die aber nicht da ist, dann kriegen Sie sie auch nicht in ein paar Tagen erstellt. Deswegen war die Lage unübersichtlich. Wir hatten eigentlich ein Interesse daran, ein möglichst klares Bild zu kriegen. Weil: Es hätte ja auch sein können, dass es so groß ist, dass du sagst: Jeden Pfennig, den du da reinsteckst, der ist von vornherein verloren, weil es gar nicht rettbar ist. - Wir wollten eigentlich Klarheit und nicht irgendwie das Ergebnis klein halten.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ihre gesamten Überlegungen basierten auf den ermittelten Daten, die die - ich sage mal - Wieandt-Truppe, die Leute, die von der Deutschen Bank da durchgegangen sind, ermittelt haben?

Zeuge Martin Blessing: Ja, die waren am Anfang drin. Aber, wie gesagt, schon an dem Wochenende hatten wir dann auch eigene Leute von der Commerzbank mit in das Team reingesteckt, einfach um das Team zu verstärken, weil wir gesagt haben: „Mehr Leute helfen einfach“, nicht, weil wir gesagt haben: Wir trauen den Kollegen von der Deutschen Bank nicht. - Sondern weil: Experten aus deinem eigenen Geschäft abziehen - - Die hast du nicht sozusagen nichtstuend im Regal sitzen, sondern die musst du irgendwo rausnehmen. Da gibt es nur eine endliche Anzahl. Deswegen haben wir gesagt: Können wir auch noch helfen? Hier ist Not am Mann. - Deswegen haben wir dann auch eigene Kollegen reingesetzt, die ja dann auch in den Tagen nach dem ersten Wochenende einfach mit dem Erkenntnisgewinn auch daran beteiligt waren, zu sagen: Na ja, das sieht eher nach 50 aus als nach 35.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Nun hatten Sie ja eine relativ enge Interessenidentität auch mit der Deutschen Bank, was ja für die andere Seite des Tisches nicht unbedingt gegeben ist. Halten Sie es für ein ordentliches staatliches Handeln, dass man

sich in so einer Situation auf Zahlen derjenigen verlässt, die man mit in Anspruch nehmen will?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, ich glaube nicht, dass die eine oder andere Seite vom Tisch irgendwie versucht hat, zu sagen: „Ich mache jetzt die Zahlen, ich versuche jetzt sozusagen die Basiserkenntnis und das Problem klein- oder schiefzureden“, sondern ich hatte das Gefühl in so einer Verhandlung - - Ja, klar gibt es dann am Schluss, als die Frage der Aufteilung war, auch einen Gegensatz. Aber der größte Teil der Verhandlungen - müssen Sie sich vorstellen - über das Wochenende - - Sie können ja auch sagen, ich habe einen Gegensatz zu Herrn Ackermann gehabt; denn am Schluss mussten wir ja auch die Liquidität untereinander aufteilen: Wer nimmt denn davon wie viel? Und wie sah denn das mit Herrn Sprißler aus? Es gab ja eine Aufteilung. Jeder hat gesagt: Je weniger es mich trifft, desto besser. - Ist ja klar.

Der größte Teil des Wochenendes war aber von dem Bemühen getragen: Lasst uns eine Lösung finden, damit sozusagen die Bank nicht umfällt. Das war sozusagen der Grundkonsens. Dann war es am Schluss natürlich noch mal eine Verhandlung darüber: Wer bringt jetzt welchen Beitrag? Aber da war das Thema der Basisdaten für den Zeitpunkt dann einfach mal abgehakt. Wir haben dann gesagt: So, jetzt müssen wir das mal als Annahme - - sonst kommen wir nie weiter. Wir müssen jetzt mal irgendwo einen Strich machen und sagen: Jetzt müssen wir sehen, wie wir den nächsten Schritt machen. - Und das haben wir dann gemacht.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Also, da waren keine Banker mehr, da waren nur noch Deutsche in dieser Situation, um es einmal pathetisch auszudrücken?

Zeuge Martin Blessing: Ich hätte es nicht ganz so pathetisch gesagt, aber klingt ganz gut, ja.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wenn Sie mich noch mal in den Abgrund gucken lassen. Wie kann ich mir das denn vorstellen, 22.30 Uhr, als Sie dann nicht zurück sind, sondern in der Bank mit Ihren Risikoeingruppen - nicht militärisch - geplant haben, wie der nächste Tag abläuft? Haben Sie dann gesagt: „Da müssen die Geldautoma-

ten voll sein, weil die Leute an die Schalter kommen“, oder was weiß ich? Was haben Sie da konkret geplant?

Zeuge Martin Blessing: Zum Beispiel: Ehrlich gesagt, ganz witzig, haben wir gesagt: Okay, was passiert, was kann alles passieren? Löst das einen Run aus? Was müssten wir dann - - Wie können wir sicherstellen, dass Geldautomaten schnellstens wieder befüllt werden? Sie erinnern sich: Es gab dann in der Woche irgendwo mal einen Ausfall bei Geldautomaten aus technischen Gründen. Da dachten alle, jetzt ist bei den Banken das Cash alle. Solche Themen sind wir durchgegangen.

Wir hatten den Vorteil als Commerzbank: Ich glaube, Ende 2002 gab es mal einen Artikel in der *Financial Times* in England mit der Überschrift „Is Commerzbank illiquid?“. Das hat bei uns damals einen gewissen Liquiditätsstress ausgelöst, den wir sofort wieder eingefangen haben. Das war der Vorteil, dass wir damals unsere Notfallpläne haben testen können, sie noch verfeinert haben und deswegen mit dem Team wieder zusammen saßen und gesagt haben: Was müssen wir tun? Mit welchen Counterparties müssen wir reden? Wie müssen wir die Filialen informieren? Wie müssen wir die Bargeldversorgung - - Da gibt es so ein ganzes Notfallmanual; das gehst du dann noch mal durch und sagst: Was musst du jetzt tun?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Danke. - Herr Kollege Dautzenberg.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Dautzenberg für die CDU.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, ist in den Gesprächen, auch an dem Rettungswochenende, von der Aufsicht über den Sonderprüfungsbericht mit den Auflagen aus dem Sonderprüfungsbericht berichtet worden?

Zeuge Martin Blessing: Ein Sonderprüfungsbericht in die HRE hinein?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Martin Blessing: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kenne einen solchen Bericht auch nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ist von der Aufsicht, auch über Schriftverkehr, aus der Aufsicht berichtet worden, dass bereits zu Beginn des Jahres 2008 das Geschäftsgebaren bzw. auch das Handeln der Verantwortlichen bei der HRE nicht mehr als vertrauenerweckend angesehen werden kann?

Zeuge Martin Blessing: Daran kann ich mich nicht erinnern. Aber dass natürlich sozusagen die emotionale Begeisterung im Raum gegenüber den Kollegen der HRE an dem Wochenende nicht gestiegen ist, davon können Sie ausgehen. Dass man also sagte: Mensch, was ist denn da los? Und: Hm, hm, hm. Aber dass sie sozusagen sagten: „Wir hatten hier einen Bericht vom Frühjahr oder so“, daran kann ich mich nicht erinnern, Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber hätten Sie so etwas als vollständige Berichterstattung für einen Status erwartet, wenn so was vorgelegen hätte?

Zeuge Martin Blessing: Ehrlich gesagt, ich glaube, nein; denn ich fände es irgendwie komisch - selbst in einer Rettungsaktion -, wenn die Aufsicht anderen Banken über sozusagen - - Dass sie das sozusagen ihrer vorgesetzten Stelle, der Fachaufsicht - - Das ist alles okay. Dass sie das anderen Banken sagt - - Mein Verständnis von einer Aufsicht wäre immer: Ich rede über die beaufsichtigten Objekte zu niemandem, weil das nicht transparent werden darf; das unterliegt der Geheimhaltung. Und insofern - - Es sei denn, die hätten jetzt Erkenntnisse gehabt, dass der Liquiditätsbedarf ganz anders ist. Das hätte ich schon erwartet, ja. Aber wie ihre persönliche Einschätzung - - Was da in den Berichten drin steht - - Das fände ich jetzt - - Das hätte mich überrascht, wenn die das vorlegen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber es waren Aussagen zum Liquiditätsmanagement festgestellt worden, die gravierend waren. Die hatten ja dann auch ihren Ausfluss auf Liquiditätsnotwendigkeiten.

Zeuge Martin Blessing: Also, dass wir nach den paar Tagen, schon zwischen dem Wochenende null und dem Wochenende eins, wussten, dass das Liquiditätsmanagement nicht toll ist - - Das wussten wir an dem

Wochenende. Dazu hat es keiner Aussage mehr bedurft. Da hat sozusagen sowohl die Deutsche Bank als auch unser Treasurer nach zwei Stunden Gespräch mit denen gesagt: Oh Gott, das ist so dezentral organisiert, bis die mal ihre Zahlen zusammen haben! Das ist ja eher mühsam. - Dass das nicht so organisiert war, wie wir es gerne gesehen hätten, das war uns auch ohne die Aussagen sofort klar. Sonst hätten wir auch einen klareren, besseren Status über den Liquiditätsbedarf gehabt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber kann man von einem Wettbewerber nicht erwarten, dass, wenn so etwas durch die Aufsicht festgestellt wird, auch die Aufsicht zeitnah daranbleibt, das abzustellen? Sonst wird der Moral Hazard doch im Grunde gesteigert im eigenen Bereich.

Zeuge Martin Blessing: Also, was die Aufsicht nach dem Bericht wie gemacht hat, kann ich nicht beurteilen, Herr Dautzenberg. Es ist im Nachhinein sehr schwierig, wie schnell und wie gut die dort hingegangen sind. Bitte haben Sie Verständnis. Da kann ich nicht - - Da kann ich keine - - Da kann ich nur spekulieren.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, haben Sie Kenntnis darüber, warum die BaFin an dem ersten Rettungswochenende die Höhe des Rettungspaketes in der Presseerklärung gegen 1 Uhr nicht beziffern wollte?

Zeuge Martin Blessing: Die Höhe des Rettungspaketes 1 Uhr am Sonntag?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Martin Blessing: Nein. Das ist mir jetzt nicht - - Das weiß ich nicht genau.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war 1 Uhr Sonntagnacht zum Montag.

Zeuge Martin Blessing: Ja, genau. Montag morgens um 1 Uhr. Nein - - Weil, ich habe die Presseerklärung ehrlich gesagt - - Das war ja das Thema, wo ich dann schon nicht mehr - - Aber ich habe die Presseerklärung dann auch - - Herr Müller rief mich, glaube ich, zwischendurch ein -, zweimal an und sagte: So ist der Status. - Dann irgend-

wann um halb zwei: So, jetzt ist es eben doch eine Einigung. - Ich habe dann am nächsten Tag natürlich das, was in der Presse war, gelesen; aber ich habe mir jetzt die Presseerklärung da auch gar nicht - - Also, deren Entstehungsgeschichte muss ja da irgendwo in der Nacht in diesen Stunden entstanden sein. Da war ich nicht dabei.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie es für möglich, dass auch die Aufsicht hier ihr eigenes Unvermögen, was Quantifizierung anbelangt, nicht eingestehen wollte?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, wir hatten alle ein ungutes Gefühl. So 100 Prozent sicher, ob die Zahlen stimmten, war sich keiner, weil wir ja wussten: Das ist sehr schwierig. Wir haben dann in den nächsten - - Sonst hätten wir auch nicht weiter mit dem Team an der Liquiditätsabschätzung gearbeitet. Da haben ja auch unsere Kollegen weiter gearbeitet, um das noch genauer hinzukriegen. Wir wussten, dass es eine zu dem Zeitpunkt bestmöglich abgesicherte Schätzung war, aber natürlich weiterhin eine Schätzung und keine Gewissheit. Das ging uns wahrscheinlich genauso wie der Aufsicht. Da hatte ich nicht das Gefühl, dass einer von beiden Seiten jetzt einen Rieseneinformativvorsprung an der Ecke hatte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass diese Kenntnis auch bei der Fach- und Rechtsaufsicht, also im BMF und den Verantwortlichen dort, nicht vorhanden war?

Zeuge Martin Blessing: Ich hatte das Gefühl, wir alle haben gesagt: Mensch, das ist unsere beste Schätzung. - Aber wie das ganz genau aussieht, 100 Prozent - - Also, die Hand hätte dafür an dem Abend keiner ins Feuer gelegt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Zeit war auch fast aufgebraucht. - Ich übergebe nunmehr das Wort Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, ist Ihnen bekannt, ob und wann jemand mit der irischen Regierung über eine Stabilisie-

rungsbeteiligung Irlands zumindest bei der DEPFA plc verhandelt hat?

Zeuge Martin Blessing: Nein, da weiß ich nichts zu.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob und wann man mit ausländischen Gläubigern der HRE-Gruppe im Vorfeld oder während des Rettungswochenendes bis zum 28. September 2008 über eine Risikobeteiligung gesprochen hat?

Zeuge Martin Blessing: Wir haben uns das überlegt. Wir haben uns auch überlegt, an dem Wochenende bzw. in der Woche danach, als es ja darum ging, es zu verteilen, ob man das machen könnte. Ich glaube, Herr Ackermann hat auch angeboten, mit dem einen oder anderen zu reden. Wir hatten aber von vornherein das Gefühl: Na ja, wenn die sich einfach einen Tick hartleibig stellen, dann wird man es sozusagen an der Ecke deswegen nicht umfallen lassen. Da die das wissen - -

Umgekehrter Fall: Wenn ich irgendwo ein ausländischer Gläubiger einer Bank in einem anderen Land wäre und plötzlich käme der Bankensektor und sagt: „Willst du deinen Beitrag leisten?“, das müsste schon signifikant riesig sein, weil ich immer sagen würde: Na ja, wenn ich das nicht tue, dann werden die das in ihrem Land schon irgendwie auffangen und es nicht umfallen lassen. - Da muss man schon ein sehr großer, ein sehr verwobener Spieler sein, um dort international mit an den Tisch zu kommen. Das kann ich mir nur in ganz wenigen Situationen vorstellen. Ich kann mir vorstellen, wenn Sie - was weiß ich? - in einem Land eine der drei, vier größten Banken sind, aber einen ausländischen Eigentümer haben, dass dann so etwas passiert. Ansonsten kann ich mir das eigentlich eher nicht vorstellen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hätten Sie sich das bei Lehman vorstellen können?

Zeuge Martin Blessing: Bei was?

Dr. Volker Wissing (FDP): Bei Lehman.

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube sogar, bei Lehman haben einige Nichtamerikaner sozusagen mitdiskutiert. Da bin ich mir aber nicht sicher. Das ist nur etwas, was ich

irgendwo gelesen habe. Da bin ich mir aber - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Und bei der HRE ist es nur überlegt worden, oder ist es auch versucht worden?

Zeuge Martin Blessing: Das weiß ich jetzt nicht genau. Ich selber habe es sozusagen nicht gemacht. Ich glaube aber auch - - Wahrscheinlich wird der größere Teil dann doch ein - - Also, wir hatten das Gefühl, es ist schon schwierig genug, das in Deutschland zu koordinieren. Insofern: Ob das passiert ist, das weiß ich nicht, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine Frage zu den 15 Milliarden Euro des Finanzkonsortiums: Können Sie mir erklären, warum die Deutsche Bank für diese Mittel spürbare Haircuts veranschlagt hat, obwohl doch die gleiche Bundesgarantie ihrer Besicherung gedient hat wie auch bezüglich der 20 Milliarden ELA-Fazilität.

Zeuge Martin Blessing: Noch mal, ich habe den Anfang akustisch nicht - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Entschuldigung. Können Sie die Frage insgesamt etwas lauter wiederholen? Ich habe Sie auch nicht verstanden, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine Frage zu den 15 Milliarden Euro des Finanzkonsortiums: Können Sie mir erklären, warum die deutsche Bundesbank für diese Mittel spürbare Haircuts veranschlagt hat, obwohl die gleiche Bundesgarantie der Besicherung dient wie für die 20 Milliarden Euro ELA-Fazilität? Das hat doch irgendwo keine Logik.

Zeuge Martin Blessing: Mein Verständnis war, dass es - - Also, Haircuts nehmen Sie immer, wenn Sie irgendwelche Papiere einliefern. Also, ich glaube, für eine Bundesgarantie muss die EZB keinen Haircut nehmen. Das ist mein Verständnis. Aber das sind irgendwelche Sachen, die in den Sicherheitsstrukturen bzw. im Manual der EZB festgelegt sind. Ich nehme an, die haben einen Katalog: Für was müssen sie wann wie welche Haircuts nehmen? Da bin ich jetzt aber ehrlich gesagt überfragt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es galt doch für beides die Bundesgarantie.

Zeuge Martin Blessing: Galt die Bundesgarantie für beides, oder galt sie nur für den einen Teil? Und - - Dann - - Da erwischen Sie mich jetzt echt auf dem falschen Fuß. Ich glaube, Sie haben doch morgen Herrn Weber hier. Ich glaube, der kann Ihnen das, ehrlich gesagt, viel besser sagen - ohne ihm das jetzt in die Schuhe schieben zu wollen. Also, der kann Ihnen das wahrscheinlich viel besser beantworten als ich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie haben doch das Papier mit unterschrieben, oder?

Zeuge Martin Blessing: Wir haben sozusagen die Gesamteinigung unterschrieben, wo wir gesagt haben, wie viel wir an Liquidität zur Verfügung stellen und wie die Aufteilung hinterher ist. Ich glaube, da in dem Papier ist nicht von Haircuts die Rede, wenn ich mich an das Papier recht erinnere.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber doch von der Aufteilung garantierte und nicht garantierte.

Zeuge Martin Blessing: Also, in dem Papier, das ich kenne, haben wir gesagt: Es gibt zwei Themen. Es gibt, glaube ich, zwei Papiere, an die ich mich erinnern kann. Das eine Papier ist irgendwo in der Bundesbank entstanden. Das muss, glaube ich, 2. oder 3., 2. Oktober gewesen sein. Da ging es um die Frage: Wie teilen wir die 15 Milliarden in der Finanzdienstleistungsindustrie auf? Da ist dann gesagt worden, wer sozusagen welchen Teil an der Liquidität nimmt. Gleichzeitig ist hinten noch mal festgelegt worden, glaube ich, wie die 8,5 Milliarden des maximalen Risikos auf die Einzelnen aufgeteilt werden, also Einlagensicherungsfonds, also private Banken 4,5 usw. Diese Verteilungslogik kenne ich.

Dann gab es ein zweites Papier - das ist dann an dem Wochenende danach, an dem Sonntag hier in Berlin, unterschrieben worden -, wo es dann um die 50 Milliarden ging, wo wir dann auch sozusagen den Liquiditätsrahmen verdoppelt haben. Das habe ich mir zwar im Vorfeld der Sitzung hier irgendwann auch noch mal durchgelesen. Da weiß ich jetzt aber nicht genau, ob da von Haircuts die

Rede ist. Das müsste ich mir noch mal angucken, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, bei dem Wochenende null -

Zeuge Martin Blessing: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): - war Ihnen ja schon bekannt, dass die HRE ein Liquiditätsproblem hat. Bei der Bristol-Runde - ich glaube am 25. war die - war das Problem nicht gelöst. Gingen da nicht die Alarmglocken an?

Zeuge Martin Blessing: Wir hatten ja, als wir zur Bristol-Runde gingen - - Die Bristol-Runde ist ja eine große Runde. Wenn ich mich da noch erinnere, saßen da ja neben Finanzminister Steinbrück und Herrn Asmussen, ich glaube, Herr Weidmann, Herr Sanio, Axel Weber, Herr Schneider von der Münchener Rück, Herr Achleitner von der Allianz, Herr Francioni von der Börse, Herr Hofmann vom BVR, Herr Haasis, Herr Jaschinski. Ich habe bestimmt jetzt noch irgendwie einen vergessen. Also, in der Runde haben wir über das Detailthema HRE gar nicht geredet. Ich wusste aber ja schon vorher aus dem Finanzministerium, dass Herr Minister Steinbrück darum gebeten hatte, hinterher, direkt anschließend an das Meeting, sich noch mal im kleineren Kreis zum Thema HRE zu treffen, was wir dann auch gemacht haben.

Deswegen war ich jetzt sozusagen in der Bristol-Runde nicht überrascht, dass das Thema da nicht angesprochen wurde. Es hätte mich eher überrascht, wenn ein solches Thema da angesprochen würde, weil der Kreis einfach zu groß war und man ja gehofft hat, dass man das noch in einem relativ kleinen Kreis vertraulich lösen kann. Denn damals waren wir ja noch in einer Größenordnung, wo wir gesagt haben: Das kriegen wir irgendwo hin. - Das hatte ich ja vorhin berichtet. Insofern hat mich das nicht überrascht, dass das nicht angesprochen wurde.

Dr. Volker Wissing (FDP): Welche Alternativvorschläge hat denn Herr Asmussen unterbreitet zu den Vorschlägen der privaten Banken, als er am Sonntag, dem 28., kam?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, sein Alternativvorschlag war erst mal: Schön, dass ihr das stützt. Macht das doch mal, und

wir als Bundesregierung begleiten das wohlwollend. - Sein erster Aufschlagpunkt war, glaube ich: wohlwollendes Begleiten ohne Geld, wenn ich das mal so formulieren darf. Deswegen sind wir dann erst mal eine Runde lang nicht weitergekommen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ein eigenes Konzept hat er nicht vorgetragen?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, ein eigenes Konzept im Sinne von - - Es gab ja keine Debatte über das Konzept: Was muss man tun? Es gab einfach nur noch eine Debatte am Schluss: Wie teilen wir die finanziellen Lasten in dem Konzept? In der Konzeptdebatte hatten wir ja sozusagen am Samstag bis Sonntag, bis Sonntagvormittag, glaube ich, gefühlt, und dann hatten wir gesagt: Okay, wir haben zwar viele Dinge angedacht, auch mit Juristen mal die eine oder andere Sache überlegt. Das Problem ist ja: Wenn Sie wenig Zeit haben, dann können Sie natürlich sehr viel über schöne juristische Modelle nachdenken. Das Problem ist: Irgendwann müssen Sie sagen: So, ich brauche jetzt ein ziemlich simples, einfaches, robustes, damit ich auch entscheiden kann. - Deswegen haben wir ja auch einfach gesagt: Robust, hier muss jetzt Geld in die Hypo Real Estate gepumpt werden. Über welche Wege geht das? - Diese ganzen anderen Themen - Treuhandlösung, doppelte Treuhand, Irland pleite gehen lassen - haben wir alle zur Seite gelegt und gesagt: Das wird so komplex, das kriegen wir nie gelöst. - Also eine einfache, robuste Lösung, die auf den Tisch und dann überlegen, wie wir sozusagen das ökonomische Problem aufteilen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Vielleicht noch eine Bemerkung zu mir als Vorsitzender zwischendurch, weil Herr Wissing auch Entsprechendes angefragt hat: Wenn Sie sagen: „Ich weiß es nicht“, dann würde ich morgen diese Frage auch an Herrn Weber richten. Kann es sein, dass die Gesamtsituation der 50 Milliarden sich wie folgt aufteilt: 20 Milliarden der Bundesbank mit Bundesgarantie, Konsortium 15 Milliarden mit Bundesgarantie, Konsortium 15 Milliarden ohne Bundesgarantie, aber Emissionen durch gesicherte Schuldverschreibungen?

Zeuge Martin Blessing: Das war, glaube ich, der Endstand, als wir das verdoppelt haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann wäre das vielleicht noch eine Klarheit wegen ohne oder mit Bundesgarantie.

Zeuge Martin Blessing: Also, ich kann auch hier noch mal reingucken.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein. Okay. Wenn Sie das so sagen können, reicht mir das schon.

Zeuge Martin Blessing: Ja. Also - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nun erteile ich Frau Hauer von der SPD das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Blessing, es wird ja oft thematisiert, dass die Banken an ihrem Anteil am Rettungspaket Zinsen oder Gebühren verdienen. Können Sie uns das mal erklären? Hätten Sie das rechtlich überhaupt gedurft: Geld verleihen, ohne dass Sie dafür Zinsen nehmen? Können Sie uns das erklären?

Zeuge Martin Blessing: Upps. Auf die Frage, ob ich Geld verleihen darf, ohne Zinsen - - Ich glaube, das habe ich noch nie prüfen lassen. Auf die Idee waren wir gar nicht gekommen. Natürlich können Sie, wenn Sie einen Kredit gegeben haben und der Schuldner in Probleme kommt, Zinsstundungen und solche Sachen machen. Einen Neukredit sozusagen ohne Zins geben, das heißt ja sofort, wenn Sie gar keinen Zins draufschreiben, dass Sie selber Verlust machen. Ich muss mir das Geld ja auch - - Es ist ja nicht so, dass wir das Geld irgendwo in der Schublade haben, sondern wir müssen uns das Geld auch irgendwo leihen. Also, der Sparer will Zinsen haben, oder wir müssen eine Emission machen.

Jetzt ist die Frage: Gebe ich es einfach nur zu den Kosten, zu denen ich es mir selber geliehen habe, weiter, oder gibt es darauf eine Marge? Wir haben gesagt: Der Kredit damals hatte ja ein gewisses Risiko, weil eben ein Teil auch über diese Schuldschreiben mit Sicherheitenverwertung; der muss irgendwo auch eine Verzinsung haben. - Deswegen haben wir gesagt: Das ist irgend-

wo ein marktüblicher Kredit, eine Liquiditätslinie. - So ist die dann auch gepreist worden.

Nina Hauer (SPD): Also, es geht um Zinsen, die Sie für diese Beteiligung am Rettungspaket einnehmen?

Zeuge Martin Blessing: Ja. Da kriegen wir auch Zinsen. Aber ich sage mal: Für die Refinanzierung zahle ich auch wieder Zinsen; aber es gibt natürlich auch eine positive Marge in dem Geschäft.

Nina Hauer (SPD): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Weitere Fragen noch der SPD-Fraktion? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kann ich gleich zu Herrn Dr. Troost, Die Linke überleiten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann mache ich mal da weiter. Also, ich meine, das mit der Marge ist ja völlig richtig. Aber für mich ist schon ein großer Unterschied zwischen dem, was am ersten Wochenende vereinbart worden ist, wo in der Tat auch Risiken da sind - Sie haben ja schon gesagt, selbst wenn ein Riesen-Haircut - - aber es muss dann ja auch wirklich verwertbar sein -, und den 15 Milliarden des zweiten Wochenendes, weil letztlich, wenn der Staat das garantiert bzw. man die Forderungen, die man dann hat, die Liquidität, die man gibt, gleich bei der Zentralbank einlösen kann, dann ist das ja völlig risikolos und staatlich sozusagen abgesichert.

Zeuge Martin Blessing: Herr Troost, die eine Frage ist ja: Liquidität. Kriege ich also Liquidität, kann ich mir die besorgen, muss ich eigene - - Die zweite Frage ist: Trage ich ein Ausfallrisiko? Zins ist ja auch fürs Ausfallrisiko.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber bei den zweiten 15 Milliarden gibt es doch kein Ausfallrisiko.

Zeuge Martin Blessing: Na ja, aber bei einem Teil gibt es natürlich schon; das war ja sozusagen Teil der Verhandlungen. Die Gesamtbanken oder die Finanzdienstleistungen haben bis 8,5 Milliarden, davon die privaten Banken bis 4,5 Milliarden, und das geht über den Einlagensicherungsfonds. Das heißt

also, das geht auf die Quote der Commerzbank am Einlagensicherungsfonds, und in der Höhe habe ich ein Ausfallrisiko. Das war genau der Grund der Verhandlungen. Wenn ich da gar keins gehabt hätte, dann wären ja 100 Prozent des Risikos zum damaligen Zeitpunkt beim Bund gewesen, und das war nicht so.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber noch mal: Wenn wir jetzt mal das, was der Vorsitzende gesagt hat - - Diese 30 Milliarden - zweimal 15 - haben doch nicht die gleichen Konditionen oder doch? Ist das eine Kondition, oder sind das zwei verschiedene Konditionen und auch Verträge?

Zeuge Martin Blessing: Das ist eine gute Frage, Herr Troost. Da müsste ich nachgucken. Das weiß ich im Moment nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie haben den Vertrag doch auch unterschrieben.

Zeuge Martin Blessing: Nein, den Vertrag haben dann - - Also, wir haben damals in der Nacht die Einigung unterschrieben. Der Vertrag ist ja dann hinterher in den nächsten Wochen sozusagen im Detail erstellt worden. Der ist noch mal im Vorstand dann bei uns entschieden worden. Aber unterschrieben sozusagen wird das dann irgendwo von den Leuten, die bei uns die - - Ich unterschreibe ja nicht jeden Kreditvertrag. Ich entscheide die mit. Aber ich kann mich jetzt sozusagen an die Frage, also an das Detail, ob es jetzt eine Konditionssplittung für die beiden Teile gibt - - Das weiß ich jetzt im Moment nicht genau.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber ich bleibe mal bei dem zweiten, weil, wie schon gesagt, das erste durchaus vielleicht mutige Schritte waren und mit Risiko verbunden. Aber der zweite Teil, diese 15 Milliarden, ist doch staatlich abgesicherte, sagen wir mal, Gewinnzuführung zu den Banken, die das dann zur Verfügung gestellt haben.

Zeuge Martin Blessing: Aber lassen Sie mich mal so sagen, Herr Troost: Selbst wenn ich dem Bundesland A einen Kredit gebe, der über den Länderfinanzausgleich auch vom Bund gesichert ist, habe ich ja auch eine Marge. Insofern: Selbst da gibt es sozusagen

in den Geschäften Zinsmargen. Die sind nicht sehr groß; aber die gibt es auch.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, weil immer so getan wird: Also, das ist ja klasse, dass wir die privaten Banken dann mit an den Tisch gekriegt haben und die ihren Beitrag leisten. Wenn ich das aber staatlich absichere, ist das - -

Zeuge Martin Blessing: Ja, aber - Entschuldigung, Herr Troost - deswegen sage ich ja: Die eine Frage ist das Liquidität-Zurverfügungstellen. Und habe ich die Liquidität dann für mein eigenes Geschäft? Und die zweite Frage ist: Übernehme ich eine Risikoposition? Auch am zweiten Wochenende war es ja so. Das Ausfallrisiko der privaten Banken bzw. des Finanzdienstleistungssektors in Höhe von 8,5 Milliarden ist ja nicht weggenommen worden am zweiten Wochenende, davon 4,5 Milliarden für die privaten Banken und davon unser Anteil als Commerzbank.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Der bezog sich doch auf die 15 Milliarden des ersten Wochenendes.

Zeuge Martin Blessing: Ja, genau. Für den Teil gibt es dort in dem Kredit, ich sage mal: auch ein gewisses Ausfallrisiko. Wie die Preisstrukturen der einzelnen Tranchen sind, das müsste ich, wie gesagt, jetzt nachgucken.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, ja. Dann machen wir das morgen noch mal mit Herrn Weber. Aber wie schon gesagt: Wenn man sagt, das sind zwei Teilgeschäfte, dann haben Sie bei dem einen Geschäft völlig recht, und bei dem zweiten Teil - - Es sind ja immerhin, wie schon gesagt - es ist ja nicht ein kleiner Betrag -, 15 Milliarden, und da ist auch nur 1 Prozent schon eine Menge Geld.

Zeuge Martin Blessing: Ja, klar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich möchte aber, weil sich das ja anscheinend überhaupt nicht in der Branche rumspricht, noch mal darauf hinweisen: Wir haben doch mitgekriegt, dass bei der HRE Stresstests gemacht worden sind von der Bundesbank, von der BaFin, dass das auch beim Finanzministerium bekannt war, die im Prinzip gesagt haben: Wenn es wirklich zu einem Fall

kommt, zu Schwierigkeiten auf den Kreditmärkten - nicht mal Lehman wohlgermerkt; das konnte sich so keiner vorstellen -, dann gab es im schlechtesten Fall überhaupt nur ein Überleben von fünf bis sieben Tagen. Wenn das so bekannt ist und dann kommt der 15. und dann kommt Lehman, wäre es dann nicht wirklich sinnvoll gewesen, ab dem 16. zu versuchen, eine Lösung zu finden und damit zwei Wochen Zeit zu haben, nach einer Lösung zu suchen, und nicht nur ein Wochenende?

Zeuge Martin Blessing: Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob das die Ergebnisse von solchen Stresstests waren, Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist so.

Zeuge Martin Blessing: Ich weiß nur, dass es zumindest an dem Wochenende am 20./21. ein erstes Treffen in der Bundesbank gab, um eine solche Lösung zu finden. Das war genau das Wochenende, nachdem Lehman sozusagen in Konkurs gegangen ist. Das war ja an dem Montag.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie sagen ja, da ist die Gesamtdimension weder Ihnen noch der Deutschen Bank deutlich geworden.

Zeuge Martin Blessing: Nein. Ich sage mal: Da gab es einen Unterschied. Man hat die Dimensionen völlig falsch eingeschätzt; das gebe ich ja zu. Man hat sie - das war sozusagen das Wochenende null, wie Sie sagen - auch am Wochenende eins noch falsch eingeschätzt und hat dann am Wochenende zwei noch mal nachlegen müssen. Ob man das dort schon hätte besser sehen können aus den Daten, die da vorlagen, kann ich nicht beurteilen. Wir haben uns hinterher auch die Daten - - Wir haben sicherlich noch mehr gesehen und haben dann ja auch lange mit den Treasurern geredet. Trotzdem waren wir am Wochenende eins immer noch daneben. Auch am 25., als wir uns trafen, gingen wir ja noch von 15 Milliarden aus. Ich habe sozusagen zum ersten Mal davon gehört, dass es eher Richtung 34 geht, wie gesagt, in der Telefonkonferenz des BdB-Vorstands am Samstag, dem 27.09., morgens um 11 zur Vorbereitung des 15-Uhr-Meetings. Da hatten wir nämlich dann

mehr Daten aus den sozusagen Treasury-Prüfteams.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das war ja immer nur sozusagen der unmittelbare Bedarf. Es ist ja schon zitiert worden, dass es in der Tat auch Zahlen schon zu diesem Zeitpunkt gab, die gesagt haben: In der mittleren Frist brauchen wir über 100 Milliarden.

Zeuge Martin Blessing: Ja. Aber die Frage ist ja - ich sage das mal ganz salopp -: Die hatten eine Bilanzsumme von 400 Milliarden. Auf ganz lange Frist brauchen sie 400 Milliarden, wenn die Aktiva nicht ablaufen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nein, nein. Es ist schon das DEPFA-Geschäft, das so kurzfristig refinanziert war, dass in der Tat fast unvorstellbar schnell dieser Bedarf auch kam.

Zeuge Martin Blessing: Aber Herr Troost - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Leider ist die Zeit abgelaufen. Das verschieben wir gegebenenfalls, Herr Blessing, falls er noch Interesse daran hat, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Er wollte gerade noch antworten. Das darf er doch noch, oder?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - auf eine neue Runde. Ich übergebe nunmehr an Herrn Dr. Schick vom Bündnis 90/ Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Also, als Sie nach Hause gefahren sind an diesem Sonntagabend, was wäre dann konkret der Verlust für die Commerzbank gewesen, der da gedroht hätte, an verlorenen Einlagenkrediten einerseits, Nachschusspflicht, Einlagensicherungsfonds andererseits und vielleicht andere Punkte?

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, da gibt es ja die eine Frage: Was hätte uns das singuläre Ereignis Hypo Real Estate - - Wenn man sozusagen den Ring hätte und eine Käseglocke hätte drübermachen können und

sagen würde: „Hypo Real Estate fällt um, und das trifft uns“, dann hätte ich gesagt: Das wäre wahrscheinlich ein niedriger bis mittlerer dreistelliger Millionenbetrag für uns geworden. - Das wirkliche Thema war aber gar nicht, für uns jedenfalls: Was passiert mit unserem Geld, das wir der Hypo Real Estate geliefert haben? Klar denkst du auch darüber nach. Aber das wirkliche Thema war: Welche Folgen hat das, was ich vorhin sagte, vom Dominoeffekt her? Wenn dieser Stein fällt, was passiert dann?

Wenn Sie mal gucken: Warum haben sich denn die Sparkassen am Schluss mit an den Tisch gesetzt und an der Lösung mitgemacht? Warum haben denn die Volksbanken und Raiffeisenbanken an der Lösung mitgemacht? Warum hat denn die Versicherungswirtschaft an der Lösung mitgemacht? Wenn der Pfandbriefmarkt zum Beispiel kollabiert: Ja, wir sind ein großer Emittent von Pfandbriefen. Ja, es wäre dann sehr schwierig geworden, diese Geschäfte zu refinanzieren.

Auf der anderen Seite müssen Sie mal überlegen - das ist ja immer das Neugeschäft; ich kann also keinen neuen Pfandbrief emittieren -: Irgendjemand hält ja die fast 1 000 Milliarden Pfandbriefe. Die werden ja signifikant weniger wert. Die sind ja irgendwo. Die größten Investoren sind Versicherer zum Beispiel, Pensionsfonds. Das heißt also sozusagen, dass das ganze Altersvorsorgethema dann plötzlich auf den Markt kommt. Welche Folgen hat das dann? Wenn Sie das mal zu Ende denken, sozusagen den zweiten, dritten, vierten Dominostein, können Sie das auch gar nicht mehr für sich als Haus durchrechnen und sagen: Was heißt das? Sie sagen einfach: Ich weiß es nicht genau. Es wird zumindest eine ziemlich katastrophale Situation. Jetzt musst du sehen, wie du möglichst gut die nächsten Tage überstehst. - So bin ich da nach Hause gefahren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja sehr diffus als Bild. Also, Herr Viermetz beschreibt in dem Fax an Finanzminister Steinbrück ein Szenario, in dem der Einlagensicherungsfonds in Anspruch genommen wird, dieser Einlagensicherungsfonds das aber nicht leisten kann und deswegen die Frage der Sicherheit der Sparer ist und dass die Leute sozusagen am Bankschalter ankommen. Ist das ein Szenario gewesen, das Sie auch hatten an diesem Sonntagabend?

Zeuge Martin Blessing: Natürlich haben wir uns auch überlegt: Was heißt das, und an welchen Bankschaltern wären die angekommen? Aber stellen Sie sich mal vor - deswegen sage ich das ja auch -: Es hätte ja genauso gut passieren können, dass es irgendwie vier Genossenschaftsbanken nicht überleben und die Leute da vor den Schaltern stehen, oder fünf Sparkassen oder die Leute plötzlich sagen: Ich will meine Lebensversicherung zurückhaben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bei der Commerzbank hatten Sie keine Befürchtungen, dass die Leute am Schalter stehen?

Zeuge Martin Blessing: Nein. Ich habe mir Befürchtungen gemacht, dass die eigentlich bei allen Banken am Schalter stehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch bei der Commerzbank?

Zeuge Martin Blessing: Ja, klar. Da wird dann aber nicht mehr differenziert. Mein Problem war doch, dass Sie sagen: Okay, jetzt fällt da ein großer Dominostein um. Der wird so viel mitreißen, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord.

Zeuge Martin Blessing: - dass sozusagen - - Das ist ja das Problem einer Systemkrise.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Aber ich will an das Szenario für Ihr Institut ran und nicht an das allgemeine, weil wir immer so ein allgemeines Horrorszenario haben. Sie mussten doch, wenn Sie damit gerechnet haben, dass auch vor der Commerzbank die Kunden stehen in Angst um ihre Einlagen, dann damit rechnen: Was passiert dann? Was wäre denn mit der Commerzbank konkret passiert?

Zeuge Martin Blessing: Das kommt darauf an. Also, Sie wollen jetzt sozusagen eine hypothetische Frage: Wie viele Kunden stünden da? Ich weiß es nicht genau, Herr Schick. Deswegen haben wir ja gesagt: Wir müssen zum Beispiel sehen: Wie kriegen wir die Kassen und wie kriegen wir die Geld-

automaten befüllt? Du weißt ja nicht, was dann als nächster Schritt gekommen wäre. Es wäre, glaube ich, eine sehr, sehr ungemütliche Situation geworden. Man weiß nicht genau, wo das Problem sozusagen am dollsten aufschlägt. Aber natürlich haben wir uns massiv Sorgen darüber gemacht - das kam ja dann am Wochenende danach; über eine Einlagengarantie des Bundes zum Beispiel hatten wir mit dem Bund gar nicht geredet; das kam ja dann -, ob wir wesentlich drastischere Maßnahmen machen müssen, um das Vertrauen der Bevölkerung - das ist ja ein reines Vertrauensthema - in die Stabilität des Finanzsystems, und zwar aller Banken und Versicherer bis hin in die Rente, aufrechtzuerhalten. Wenn das erst mal sozusagen kippt, dann ist es natürlich sehr schwierig, dies wieder aufzufangen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wäre auch die Commerzbank am Ende gewesen?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, dann wäre der ganze - - Also, dann wären viele im Sektor - - Ich will das gar nicht so sagen. Sonst habe ich - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine ja gar nicht Sie als Einzelnen, sondern *auch* Sie.

Zeuge Martin Blessing: Wahrscheinlich, wie viele andere auch, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord. Und wie viel hat die Commerzbank dann übernommen? Das sind 2 Milliarden von den 8,5? Nein, weniger.

Zeuge Martin Blessing: Wir haben ja auf der einen Seite an dem ersten Wochenende gesagt: „Wir beteiligen uns an der Liquiditätslinie mit 2,5“, haben das dann am zweiten Wochenende auf 5 erhöht. Der private Bankensektor hat sich mit, ich glaube, 4,5 Milliarden Gesamthaft an dem Thema beteiligt. Dann kommt unsere Quote, die zum damaligen Zeitpunkt bei 13 lag und heute signifikant höher liegt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn der Einlagensicherungsfonds in Anspruch genommen worden wäre für die Rettung der HRE, wie viel hätten Sie

davon dann tragen müssen als Commerzbank?

Zeuge Martin Blessing: Ja, gut, unsere Quote ist im niedrigen zweistelligen Prozentbereich und hat sich jetzt - das hängt ja an den Einlagen - durch das Thema Dresdner Bank fast verdoppelt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt - -

Zeuge Martin Blessing: Irgendwo zwischen 20 und 25 Prozent.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Ich will noch mal auf ein anderes Thema - - Bei der Verpfändung der Wertpapiere, die Teil des Rettungsszenarios waren, schon an dem Wochenende, war da die Idee „Die Aktien kommen mit in diesen Pool der Tochtergesellschaften rein“ und sollten diese Aktien da einfach verpfändet liegen und die Tochtergesellschaften fortgeführt werden, oder war da die Idee: Die werden verkauft und abgewickelt?

Zeuge Martin Blessing: Da gab es mehrere Modelle, die an dem Wochenende diskutiert wurden, von „Wir nehmen die Aktien der deutschen Tochtergesellschaften und der Holding raus“ usw. usf. - - Das war aber alles unglaublich schwierig, weil Sie das im Insolvenzfall natürlich immer wieder anfechten können. Wir haben auch gesagt: Nützt ja nichts, dass wir jetzt einen symbolischen Akt machen, sondern du musst auch irgendwo einen rechtsfesten haben. - Insofern wurden da an dem Wochenende, gerade am ersten Tag, so bis in den Mittag des zweiten Tages, eine ganze Menge verschiedener Modelle diskutiert, die wir dann aber alle mehr oder weniger verworfen haben und dann die Lösung verfolgt haben, an dem ersten Wochenende, die hier sozusagen hinlänglich bekannt ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist ja mehr als eine.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt haben wir die zweite Befragungsrunde bei Herrn Blessing abgeschlossen.

Ich habe eben schon so einige Hinweise erhalten, die mich daran zweifeln lassen, ob alle Fraktionen noch eine volle Befragungsrunde beabsichtigen. Ich frage daher einfach pro forma einmal ab: Herr Dautzenberg?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wir würden aus formalen Gründen zurückstellen und es den anderen überlassen, was die noch fragen. Vielleicht ergibt sich daraus Fragebedarf. Jetzt haben wir keinen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, okay. - Dann, denke ich, ist es ein Gebot der Fairness, dass wir Ihnen dann anschließend, falls sich daraus eine Frage ergeben sollte oder noch weitere Fragerunden wiederum aus Ihrer Frage, noch das Wort erteilen.

Wie sieht es bei der FDP aus? - Da kann ich jetzt momentan wenig - - Keine Fragen mehr?

(Ein Mitarbeiter der FDP-Fraktion schüttelt den Kopf)

- Okay.

Wie sieht es bei der SPD aus?

(Zuruf)

- Wie bei der Union.

Wie sieht es bei den Linken aus?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wie bei der Union.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Wie sieht es bei den Grünen aus? Wie bei der Union?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, nicht wie bei der Union. - Dann erteile ich einfach Herrn Dr. Schick erst mal das Wort - für vorsorglich sieben Minuten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich will da gerade noch mal weitermachen. Mir ist zumindest nicht klar, was dann eigentlich am Abend des Sonntags die Perspektive war, was mit den Tochtergesellschaften der HRE passieren soll. Steht da drunter „Verpfändet, Fortfüh-

rung, und eigentlich soll da alles weitergehen“, oder steht da drunter: Abwicklung, Verkauf, um damit praktisch dann einen Kredit zu finanzieren und das über die Zeit auf null rückzuführen?

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, das Problem ist ja rein rechtlich, so wie wir es damals gesehen haben, das folgende: Wir haben juristisch einen Kredit an die Hypo Real Estate gegeben. Die Hypo Real Estate wird sozusagen von ihrem Vorstand und von ihrem Aufsichtsrat, aber erst mal natürlich von ihrem Vorstand, geführt. Das war zum damaligen Zeitpunkt Herr Funke und sein Team. Sie können schwer in einen Kredit reinschreiben: Die Kreditaufgabe ist: Der Vorstand tritt zurück. - Das können Sie sozusagen formulieren, machen, tun, aber, sagen wir mal, da die Geschäftspolitik das Unternehmen bzw. die Eigentümer bestimmen, können Sie als Kreditgeber dann nur - wie soll ich mal sagen? - einen gewissen Druck machen, aber Sie können natürlich diese Entscheidungen geschäftspolitisch nicht treffen, dürfen Sie juristisch auch gar nicht.

Das nächste Thema war: Wir haben uns natürlich auch mit der Frage beschäftigt: Kann Herr Funke einfach aus der Holding seine ganzen Assets abtreten? Ist das rechtlich zulässig? Darf er das ohne HV-Beschluss, weil das natürlich eine massive Veränderung der Geschäftsfunktion ist? Da gab es echte Zweifel, ob er das machen kann.

Dass wir natürlich alle das Gefühl hatten „Mensch, die können nicht einfach so weitermachen wie bisher, und wir müssen dann auch sozusagen das Thema Personal und Umstrukturierung angehen“ - - war allen klar. Aber - wie soll ich mal sagen? - wir haben gesagt: Wir müssen jetzt erst mal das Dringende vor dem Wichtigen tun, und das Dringende war einfach, die Liquidität dort in der Hypo Real Estate sicherzustellen, damit die uns nicht am Montag auf die Füße fällt.

Das haben wir dann in den nächsten paar Tagen nachgezogen. Sie haben auch gesehen: Kurz nach dem zweiten Wochenende, nach der Verhandlung ist ja dann sozusagen der Personalwechsel dort eingeleitet worden und dann auch die schrittweise Veränderung der Struktur. Es war schon allen klar, dass man das machen musste. Aber da musste man natürlich neben anderen ... (akustisch unverständlich) wie bei Goethe oder „Halb zog es ihn, halb sank er hin“ - - Daran musste natürlich noch ein bisschen gearbei-

tet werden, dass dann die personelle Konstellation sich verändert und Sie dann über ein neues Führungsteam überhaupt die Veränderungen im Geschäftsmodell erreichen können, die jetzt abgearbeitet werden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, man konnte an diesem Wochenende gar nicht beschließen, dass diese Tochtergesellschaften verkauft werden sollen, und man konnte auch gar nicht wissen, ob das verpfändet wird?

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, ich kann natürlich nur was verkaufen, was mir gehört. Nur darüber kann ich beschließen. Zu sagen: „Der Vorstand der Hypo Real Estate hätte das eventuell beschließen können“ - - ob dieser Beschluss dann ein rechtlich bindender, ohne den Aufsichtsrat - - Dann gab es Fragen, ob er dann nicht hätte die HV - - Also, an dem Wochenende zu sagen: „Wir zwingen jetzt den Vorstand, das alles sozusagen zu beschließen“, ob das rechtlich und in den Zeitfristen machbar gewesen wäre, da mache ich mal ein großes Fragezeichen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben eben eine Aufzeichnung für den Finanzausschuss gehabt, die Kollege Wissing vorher zitiert hat - deswegen kann ich das hier an der Stelle abkürzen -, wo eben unter den Tochtergesellschaften steht: kurzfristige Verwertung und kurzfristiger Verkauf. - Das kann also eigentlich nicht Teil der Vereinbarung gewesen sein, weil man das gar nicht so einfach beschließen konnte?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, man kann ja - wie soll ich mal sagen? - einen gemeinsamen Wunsch haben und sagen: Das werden wir dann - - Gucken wir mal, ob wir das im nächsten Schritt machen können. Wie kriegt man das umgesetzt? Einen offiziellen Beschluss können Sie dazu nicht fassen, weil Sie gar nicht sozusagen beschlussfähig sind. Aber Sie können sich überlegen: Wie kriege ich die Voraussetzung dafür geschaffen? Geht das? Wird sich über Zeit das Personalkonstrukt so und so ändern?

Aber ich sage mal: Sie können ja als Kreditgeber nicht einfach einen Vorstand zu irgendeiner Handlung zwingen. Ich kann ja auch, wenn ich Ihnen einen Kredit für Ihr Haus gebe, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich habe es verstanden.

Zeuge Martin Blessing: - Sie nicht zwingen, Ihr Auto zu verkaufen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist diese Frage denn später aufgelöst worden? Sie haben ja gesagt: Das ist dann in den Wochen danach noch mal thematisiert worden: Was kann man da machen? Vorstand ausgetauscht. - Später ist es ja so, dass nur noch - - dass es praktisch aus dem gemeinsamen Pool so ist, dass die Wertpapiere in Richtung Konsortium wandern, und die Verpfändung der Aktien der Tochtergesellschaft wandert zum Bund. Bis dahin ist ja wahrscheinlich geklärt worden, was man mit diesen verpfändeten Tochtergesellschaften machen kann. Können Sie darüber Auskunft geben, wie diese damals offene rechtliche Frage dann im Verlauf gelöst worden ist? Denn offensichtlich hat man darüber noch mal diskutiert.

Zeuge Martin Blessing: Ich weiß nur, aus der Debatte herauskommend, noch mal, dass man dann eben darangegangen ist - das ist ja auch passiert -, die Konstellation im Vorstand und im Aufsichtsrat zu ändern und dann dort sozusagen die nächsten Schritte - - mit dem neuen Team die nächsten Schritte einzuleiten.

Was dann da im Einzelnen weiter passiert ist - ehrlich gesagt, habe ich mich jetzt in der Vorbereitung - ich dachte, es geht rund um das Wochenende - nicht noch mal eingelesen, bin ich mir jetzt nicht so ganz sicher, möchte ich lieber nichts Falsches erzählen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den Bund ist ja die Frage besonders wichtig, wie er da Einfluss nehmen kann, wenn ihm in der Verpfändung die Aktien der Tochtergesellschaften zugeschrieben werden.

Zeuge Martin Blessing: Ja, aber wenn Sie etwas verpfändet haben, heißt das noch nicht, dass Sie aktiv Einfluss darauf nehmen können.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Martin Blessing: Sie haben nur im Verwertungsfall die Hoffnung, dass Sie sozusagen das Geld aus der Verwertung des Pfandrechts kriegen, aber Sie können nicht hingehen und sagen: Liebes Pfandrecht, du musst jetzt dieses oder jenes tun.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, der Bund würde an diese Aktien der Tochtergesellschaften nur im Verwertungsfall drankommen, das heißt im Falle der Pleite der Holding?

Zeuge Martin Blessing: Das ist mein Verständnis, dass das so ist, aber es ist natürlich sozusagen - - Da die Holding relativ klein ist, die Werte hauptsächlich in Tochtergesellschaften - - hat sich der Bund damit schon den großen werthaltigen Teil als Sicherheit sozusagen für seine Garantie überschreiben lassen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn der Bund festgestellt hat, dass er eine Insolvenz der Holding auf jeden Fall vermeiden muss, weil das desaströse Auswirkungen hat, und nachher lässt er sich als Sicherheit etwas geben, an was er nur drankommt, wenn diese Insolvenz stattfindet, dann hat er doch mit Zitronen gehandelt.

Zeuge Martin Blessing: Na ja, das Problem an dem Wochenende war gar nicht so zwangsläufig die Insolvenz der Holding, sondern war natürlich die über die Insolvenz ausgelöste oder sozusagen über die Holding - - die Verflechtung zwischen Holding und Tochtergesellschaften. Da gab es auch Kreditverflechtungen. So was können Sie über Zeit, wenn Sie wollen, lösen. Wenn Sie genügend Zeit haben, können Sie da Kredite zurückführen usw., dass Sie dann sozusagen sagen: Eine Insolvenz der Holding würde gar nichts mehr ausmachen. - Ich weiß aber gar nicht, ob das durchgespielt worden ist oder so. Ich sage nur: Dann müssen Sie eine ganze Reihe von Zwischenschritten machen.

Es ist aber nicht so, dass es sozusagen - - So habe ich Ihre Frage implizit verstanden: War das nicht eigentlich eine blöde Sicherheitenkonstruktion, weil du nie an die Sicherheiten drankamst, ohne das zu tun, was du eigentlich gerade verhindern wolltest? Da sage ich: im ersten Schritt, ja. Man hätte das dann aber weiter so gestalten können, dass es - ist jedenfalls mein Verständ-

nis - ein sinnvolles Konstrukt gewesen wäre. Dazu hätte man ein paar Zwischenschritte machen müssen. Ob die jetzt gemacht worden sind und wie das dort an der Ecke weitergegangen ist, wie gesagt, da bin ich jetzt zu weit weg, weiß ich nicht genau.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür hätte man Kontrollrechte gebraucht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr, Herr Blessing. - Jetzt habe ich noch zwei Hinweise, und zwar: Einmal ist namens der FDP, glaube ich, etwas voreilig ein Verzicht erklärt worden. Von daher mache ich noch mal eine neue Runde auf. Ich unterstelle, die CDU bleibt bei ihrem Verzicht, übergebe jetzt der FDP das Wort. Herr Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, in den Rettungspaketen ist von zwei Gruppen die Rede: einmal von dem Bankenkonsortium und einmal von der Finanzindustrie, die für die Rückhaftung eintreten muss. Besteht hier Personenidentität?

Zeuge Martin Blessing: Von den Firmen her, ich glaube, zum guten Teil ja, aber da gab es sozusagen - - Es gibt eine Erklärung oder so ein Papier bei der Bundesbank, was wir da an dem 2. Oktober unterschrieben haben. Da waren sozusagen die einzelnen Quoten der Banken in dem Pool, die die Liquidität bereitgestellt haben, aufgeführt und dann in einem zweiten Absatz auch, wie die einzelne Beteiligung an der - wie soll ich mal sagen? - Haftungsmasse, also an den 8,5 Milliarden, ist. Ich weiß nicht, liegt Ihnen das vor? Wahrscheinlich habe ich es hier auch irgendwo, aber, ich glaube - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das eine - -

Zeuge Martin Blessing: Bitte?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das eine als vertraulich oder geheim zu betrachtende oder ist das eine öffentliche Unterlage?

Zeuge Martin Blessing: Keine Ahnung, wahrscheinlich - -

(Frank Schäffler (FDP):
Wahrscheinlich geheim!)

- Bei uns ist alles immer geheim, deswegen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wenn sie nur Ihr Unternehmen betrifft, ist es in Ordnung. Mir geht es nur darum, ob es auch andere Unternehmen - -

(Zurufe)

Zeuge Martin Blessing: Nein, es betrifft auch andere Unternehmen. Deswegen, ich glaube, die Quoten - - Also, es gibt eine weitgehende Identität. Ich bin nicht ganz sicher, ob es eine hundertprozentige Identität gibt. Das müsste ich jetzt noch mal nachgucken. Aber ich sage mal: Die Großen der Institute sozusagen waren sowohl bei der Kreditlinie als auch bei der Haftungsübernahme dabei.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wenn Sie das auf Ihr Unternehmen runterbrechen: Wie hoch ist der prozentuale Anteil Ihres Unternehmens hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Kapital durch das Konsortium, und wie hoch ist Ihr prozentualer Haftungsanteil für die Rückgarantie?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, unser Anteil an der Liquiditätslinie war 2,5 von 15 Milliarden. Da kann ich jetzt so schnell nicht prozentrechnen. Das sieht irgendwie aus - -

(Zuruf: Ein Sechstel!)

- Ein Sechstel, genau. Ein Sechstel in Prozent ist irgendwo zwischen 15 und 20.

Das zweite Thema. An dem Rettungs - - An der Bürgschaftsecke haben wir 4,5 Milliarden gehabt. Das waren von den 8,5 ungefähr 55 Prozent und an diesen 55 Prozent wiederum über den Einlagensicherungsfonds zum damaligen Zeitpunkt so etwas über 10, zum heutigen Zeitpunkt zwischen 20 und 25 Prozent.

Dr. Volker Wissing (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Seitens der FDP keine Fragen mehr. Ist das richtig, Herr Wissing?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay, super. - Bei der SPD bleibt es dabei: einstweilen keine Fragen. - Dann übergebe ich jetzt an Herrn Troost, der auch noch eine Frage nachgemeldet hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, weil sich das doch noch mal ergeben hat.

Wir tun immer so: Im Prinzip, HRE war ein bisschen riskant, ein aggressives Modell, aber, gut, war vertretbar. Dann kommt die ganze Katastrophe. Dann kommt die Rettung. Im Prinzip war Ihnen aber doch klar, dass dieser Vorstand der HRE wohl Riesengemacht hat; sonst hätte man ihn ja nicht so schnell in die Wüste geschickt. Oder nicht?

Zeuge Martin Blessing: Na gut, lassen Sie mich so sagen: An der Ecke dann nach der Rettungsaktion, insbesondere bei den ganzen Themen „Wie transparent war es?“, „Wie ist der Verlauf gewesen?“ und insbesondere auch die Fragen der Zukunft - - hatte man schon das Gefühl: Hier muss es eventuell dann noch einen Neustart an der Ecke geben, insbesondere weil wir auch das Gefühl hatten, dass die Lage - - Das Thema, was wir hatten sozusagen: Am Anfang ist kein Problem. Dann ist es ein 15-Milliarden-Problem, dann ist es ein 35-Milliarden-Problem, ist ein 50-Milliarden-Problem. Da verlieren Sie als Gesprächspartner natürlich schon irgendwo ein bisschen das Vertrauen in die andere Seite, in diesem Fall in das HRE-Management. Das war, glaube ich, der auslösende Effekt, dass man da erlebt hat: Mensch, da kriegst du nur sehr begrenzt Informationen und auch sich sehr ändernde Informationen, sodass man gesagt hat: Muss man da nicht einen Neustart machen?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie mitgekriegt, dass auch der Aufsichtsrat der HRE überhaupt erst am 22. oder 24. - ich weiß es jetzt nicht mehr so genau - das erste Mal über diese Situation informiert worden ist?

Zeuge Martin Blessing: Nein, das habe ich hinterher in der Zeitung gelesen, aber das wusste ich zu dem Zeitpunkt nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber ist die Frage, dass es auf jeden Fall ein neues Management geben musste, auch mal so weit

thematisiert worden, dass man Herrn Ackermann gesagt hat: Guck doch mal, ob du vielleicht jemanden in deinem Bestand hast, der den Vorstandsvorsitz übernehmen könnte?

Zeuge Martin Blessing: Ja, wobei es sozusagen eine gemeinsame Diskussion gab. Wie Sie sehen, ist gleich ein Team hingegangen. Einer der Kollegen im Vorstand der HRE ist ja auch aus unserem Hause gekommen. Wir haben da also auch gleich jemanden mit hingeschickt. Wir waren uns also darüber klar, dass wir möglichst schnell ein gemeinsames Team brauchen. Natürlich war die Situation bei der HRE dann nicht so, dass da sich wahrscheinlich sofort alle Banker Deutschlands in die Schlange gestellt hatten. Man musste fragen: Mensch, wem trauen wir es zu und wen können wir am Portepée packen und ihm sagen: Komm, stell dich mal dieser Aufgabe?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut, wobei der, der gefunden worden ist, die Leiter gleich um viele Stufen heraufgesprungen ist. Aber wann war Ihnen denn das erste Mal klar, dass dieses Management weg musste?

Zeuge Martin Blessing: Als sozusagen - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Am Wochenende erst?

Zeuge Martin Blessing: Eigentlich erst am zweiten Wochenende, als man dann sagte: Am ersten Wochenende war es schon schwierig. Dann gab es über die Woche noch mal veränderte Zahlen. Dann war es auch nicht sehr hilfreich, dass zwischenzeitlich einmal eine Art Ad-hoc "Jetzt ist alles gescheitert" rausgehauen wurde. An dem Prozessende war mir klar: Hier wird es Managementveränderungen geben müssen; ansonsten ist es auch nicht kommunizierbar und vermittelbar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie haben weder von der Bundesbank noch von der BaFin irgendwie schon Hinweise bekommen, dass das Vertrauen in dieses Management möglicherweise gestört ist?

Zeuge Martin Blessing: Ja gut, wenn man da zusammen bei so einem Rettungswochenende sitzt - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie sagten: beim zweiten. Sie hatten doch eingangs der Krise das Wochenende schon mal gemacht.

Zeuge Martin Blessing: Zumindest am zweiten war es völlig klar, ja. Punkt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann waren es auch nur noch zwei Tage, und dann kam der neue Vorstandsvorsitzende. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Gibt es weitere Fragen? - Es fragt noch Herr Schick vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es am Abend des ersten Rettungswochenendes ein Papier, auf dem man Ergebnisse oder zumindest relevante Zwischenergebnisse festgehalten hat, so dass man wusste, was man da verhandelt hat?

Zeuge Martin Blessing: Es ist ein guter Punkt, Herr Schick. Da habe ich mir vorhin, als ich darüber nachdachte - - Deswegen sage ich: Ich bin jetzt ganz sicher, dass ich das Papier kenne vom 2. Oktober, als wir diese Aufteilung der 15 Milliarden und der 8,5 Milliarden gemacht haben. Ich bin ganz sicher, dass ich ein Papier kenne von dem zweiten Wochenende, und ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich ein Papier von dem ersten Wochenende kenne oder ob sozusagen dann die vorhin von Ihnen zitierte gemeinsame Presseerklärung, die man da de facto gemeinsam gemacht hat, das Papier war. Wie gesagt, das ist dem Punkt geschuldet, dass ich da an dem Abend nicht mehr zusammensaß.

Zumindest muss es irgendwo eine Vereinbarung geben. Ob die jetzt sozusagen unterschrieben worden ist oder ob man sich gemeinsam hingesetzt hat und gesagt hat: "Wir schreiben jetzt hier gemeinsam an dem Pressethema rum", da bin ich mir nicht sicher. Auf der anderen Seite - das wäre jetzt meine Vermutung -: Wenn, wie es in der Presse steht, Herr Ackermann und Frau Merkel geredet haben, muss man sich da

irgendwo auf einen Handschlag in dieser Republik verlassen können.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, zumindest ist Papier eine gute Ergänzung eines Handschlags, damit man weiß, auf was man sich verlassen kann. Wir haben zumindest in den Unterlagen nach meinem bisherigen Stand keinerlei Aufzeichnungen von diesem Abend. Das ist ja erstaunlich, weil es um diese Summen geht und um doch relativ komplexe rechtliche Fragen, wie Sie es vorher angedeutet haben. Aber Ihre Erinnerung bestätigt ja, dass das offensichtlich nicht so ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist jetzt keine Frage, sondern eine Feststellung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Entschuldigung. Ich habe jetzt kein Fragezeichen drangemacht. Sie kennen es nicht, und ich kenne es nicht. Da sind wir uns so weit einig. - Hat bei der Frage der Neubesetzung des Aufsichtsrats und des Vorstandes der Bund mal gesagt: Wir wollen da aber auch jemanden hinschicken?

Zeuge Martin Blessing: Ja, selbstverständlich. Ich bin ganz sicher, dass es dort Gespräche nach dem Motto "Wie können wir das machen? Welche Namen gibt es denn?" gegeben hat. Ich bin auch ganz sicher, dass alle Namen, die dann dort genannt wurden, bzw. der Kolleginnen und Kollegen, die dort hingegangen sind, mit dem Bund sozusagen abgestimmt waren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Bund selber hat ja niemanden benannt und zum Beispiel in den Aufsichtsrat reingeschickt.

Zeuge Martin Blessing: Der Bund war ja auch sozusagen als Kreditgeber - - Der Bund war sozusagen Garant an einem Kredit. Es ist auch schwierig zu sagen: "Ich schicke da jemanden rein", weil natürlich die Frage "Wer geht in einen Aufsichtsrat?" am Schluss eine Frage der Eigentümer ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, aber Sie haben ja gerade die Interessenlage genau geschildert, weil wir gesehen haben: Damit die Verpfändung

der Wertpapiere und der Aktien der Tochtergesellschaften für den Bund eine sinnvolle Sicherung ist, muss er dafür sorgen, dass sie zu dem Zeitpunkt und zu der Situation, wo es noch nicht so ist, über eine Entflechtung zwischen Holding und Tochtergesellschaft dazu wird. Dazu hätte man Kontrollrechte irgendwie gebraucht. Ich sehe jetzt nicht, dass der Bund sich solche gesichert hätte.

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, Sie müssen auch fairerweise sehen, dass Sie damals nur reingekommen wären oder reingekommen sind über die Anteilseigner, also entweder über eine HV oder über eine gerichtliche Bestellung, die Sie dann aber mit den größten Anteilseignern durchsetzen müssen. Ich sage mal: Die ganzen Veränderungen, die da gelaufen sind, sind ja damals aus Sicht der Anteilseigner, Herrn Flowers etc., auch nicht alle so gewesen, dass die da nur laut Hurra geschrien haben. Es wäre damals sehr schwierig gewesen, das rein formal juristisch hinzukriegen. Also musste man irgendwo eine Lösung finden, die für alle Seiten irgendwo akzeptabel ist. Ich glaube, das war damals das Bemühen, weil auch die Kollegen für den Aufsichtsrat usw. mit Herrn Flowers reden mussten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber keine Kenntnis darüber, dass der Bund das versucht hätte und ein Aufsichtsratsmitglied vorgeschlagen hätte, was dann auf Ablehnung gestoßen wäre?

Zeuge Martin Blessing: Davon habe ich keine Kenntnis. Ich weiß nur, dass auch wir sowohl auf der Vorstandsebene als auch auf der Aufsichtsratsebene mit vorgeschlagen haben und die Vorschläge mit dem Bund natürlich abgestimmt worden sind, die dann natürlich am Schluss über die Gremien der HRE gelaufen sind. Da werden aber auch noch andere Leute, wie Sie ja wissen, Vorschläge gemacht haben. Ob der Bund selber auch welche gemacht hat, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die Zeit schon abgelaufen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
1:56 Minuten haben Sie noch.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dachte ich auch. - In den USA bei Bear Stearns ist ja ein anderes Modell gewählt worden. Dort ist es so, dass eine private Bank, J. P. Morgan, Bear Stearns übernommen hat, und dann staatliche Akteure nicht Bear Stearns geholfen haben, sondern J. P. Morgan. Das ist ja interessant. Das geht übrigens in die Richtung dessen, was Frau Hauer vorhin zitiert hat und völlig abstrus fand, nämlich dass man eigentlich an einer anderen Stelle ansetzt, nämlich bei den Rettern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Aber was ist jetzt der Bezug zum Untersuchungsauftrag?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie noch eine halbe Sekunde Geduld haben, dann komme ich darauf. - Meine Frage ist: Ist eine Konstellation, bei der der Bund den Rettern hilft und nicht der HRE, irgendwann einmal in der Diskussion gewesen? Ist vonseiten des Bundes an Sie als Commerzbank mal die Frage "Könnten Sie einen Teil oder die gesamte HRE übernehmen?" gerichtet worden?

Zeuge Martin Blessing: In der Form ist es nicht diskutiert worden. Ich habe von vornherein immer klar gemacht - - Sie müssen sehen: Wir hatten am 1. September für uns als Commerzbank bekannt gegeben, dass wir die Dresdner Bank kaufen wollen. Das war sozusagen die Ankündigung. Das Closing der Transaktion ist dann im Januar erfolgt. Das war für mich völlig ausgeschlossen. Das wäre managementtechnisch also überhaupt nicht - - Deswegen war es für mich völlig irrelevant und ist dann für uns auch gar nicht diskutiert worden, weil Sie einfach nicht zwei solche Integrationen gleichzeitig machen können. Das ist überhaupt nicht machbar. Von daher hat sich die Frage für uns gar nicht gestellt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch in Bezug auf eine andere Bank ist das nicht diskutiert worden, -

Zeuge Martin Blessing: Weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht in Ihrem Beisein diskutiert worden, dass der Bund einem Retter hilft?

Zeuge Martin Blessing: Das ist in meinem Beisein nicht diskutiert worden. Aber alles andere wäre jetzt Spekulation. Für uns war es von vornherein, wie gesagt, eine Nichtoption.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut. - Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen mehr, sodass ich also Sie, Herr Blessing, für heute verabschieden und Ihnen einen guten Nachhauseweg wünschen kann.

Ihre Vernehmung als Zeuge ist formal erst dann abgeschlossen, wenn der Untersuchungsausschuss dieses beschließt. Voraussetzung hierfür ist allerdings wiederum, dass das Protokoll der heutigen Sitzung Ihnen zugestellt worden ist. Sie haben dann eine zweiwöchige Frist, dieses Protokoll zu ergänzen oder zu korrigieren. Danach kann der Ausschuss den Beschluss fassen und Sie endgültig entlassen. Von daher ein vorläufiges Auf Wiedersehen und alles Gute.

Zeuge Martin Blessing: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ferner habe ich noch Folgendes festzuhalten. Das Grundgesetz sieht in Art. 44 vor, dass der Untersuchungsausschuss, wie jetzt eben auch, die erforderlichen Beweise in öffentlicher Verhandlung erhebt. Es sieht allerdings auch vor, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Von dieser Möglichkeit hat der Ausschuss in seiner gestrigen Sitzung Gebrauch gemacht und beschlossen: Der Ausschuss schließt für die Vernehmung des Zeugen Nötzel die Öffentlichkeit aus, weil die dem Zeugen erteilte Aussagegenehmigung die Beantwortung einiger oder vielleicht sogar aller ihm zu stellenden Fragen in öffentlicher Sitzung nicht zulässt.

Das heißt also, wir werden uns unmittelbar in den Sitzungssaal 2.800 begeben und dort mit der Befragung des Zeugen Nötzel fortfahren.

(Schluss der öffentlichen Sitzung:
16.26 Uhr)

Eckehard Schmidt
Treuhänder

14. August 2009

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
z. Hd. Herrn Holz
Platz der Republik 1
11011 Berlin

| | |
|---|-------------------------|
| Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode 2. Untersuchungsausschuss | |
| Eing.: | 14. Aug. 2009 |
| Sekretariat: | OOA 46 ¹⁴ /8 |

f. an d. Prot.

Per Fax: 030 227-30084

Stenografisches Protokoll der 16. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am
Mittwoch, 29.07.2009
Hier: Korrekturen

Sehr geehrter Herr Holz,

für die Übersendung des Protokolls und die Gelegenheit zu Korrekturen danke ich.
Bei Durchsicht haben sich nur relativ geringfügige Korrekturnotwendigkeiten ergeben. In der Regel handelt es sich nur um Versprecher bzw. Hörfehler. Eine inhaltliche Veränderung der Aussagen ist damit in keinem Fall verbunden.

Ergänzende Ausführungen erscheinen mir nicht erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Eckehard Schmidt

von Deckungswerten handelt, sämtliche vorlegen, sondern - das ist auch in der Deckungsregisterverordnung so vorgesehen - er kann eine Stichprobe nehmen. Von dieser Auswahlmöglichkeit muss man - zumindest wenn es eine große Zahl von Vorgängen ist, wie es bei der Hypo Real Estate Bank in der Vergangenheit war; derzeit ist es aus verständlichen Gründen weniger - Gebrauch machen. Das heißt, ich kann nur sagen, dass bei all den Vorgängen, die ich geprüft habe, keine nicht deckungsstockfähigen Darlehen oder Vorgänge kenntlich geworden sind.

Dr. Volker Wissing (FDP): In Ihrem Schreiben vom 15. Juli schreiben Sie, dass Sie regelmäßig Einsichtnahme in die Deckungsrechnungen für Hypothekendarlehenbriefe und öffentliche Pfandbriefe vollziehen. Was bedeutet dabei Einsichtnahme? Was sind Ihre Pflichten und Möglichkeiten bei einer Beanstandung, auf eine Beseitigung der Mängel hinzuwirken?

Zeuge Eckehard Schmidt: Einsichtnahme bedeutet, dass mir die Bank zweimal wöchentlich die Deckungsrechnung, die ja täglich erstellt wird, vorlegt. Einsichtnahme bedeutet, dass ich die entscheidenden Positionen, das heißt vor allem das Vorhandensein einer ausreichenden Überdeckung, aber auch die Einhaltung bestimmter Wertgrenzen von bestimmten Arten von Sicherheiten - Nicht alle Arten von Sicherheiten dürfen in vollem Umfang in den Deckungsstock genommen werden; bestimmte ausländische Sicherheiten dürfen zum Beispiel maximal 10 Prozent des Deckungsstocks betreffen. Alle diese Werte werden in der Deckungsrechnung laufend ausgewiesen. Genauso wird laufend die barwertige Deckung berechnet.

Diese Werte überprüft man daraufhin, ob sie im positiven Bereich sind, im grünen Bereich. Man fragt nach, wenn sich auffällige Ausschläge ergeben, nach oben oder unten, gerade bei der Überdeckung. Dann fragt man bei den zuständigen Mitarbeitern nach, worauf diese Ausschläge beruhen. Aber es hat sich bisher nie ein Punkt ergeben, dass eben zum Beispiel die Gefahr einer Unterdeckung bestanden hätte in diesem Fall. Das wäre sicherlich ein Fall gewesen, den man der BaFin hätte berichten müssen.

Es hat einmal einen Computerfehler gegeben, dass eine Unterdeckung einmal ausgewiesen wurde. Das ist aber am gleichen

Tag auf unsere Rückfrage von der Bank natürlich sofort aufgeklärt worden. Das ist Jahre her, dass das eine Computerpanne war.

H da

Dr. Volker Wissing (FDP): Sie haben auch geschrieben, es sei zu Deckungskorrekturen gekommen. Was für eine Art von Deckungskorrekturen war das?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zu den Deckungskorrekturen ist es im Rahmen der von mir schon vorhin erwähnten Deckungsprüfungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder durch von ihr beauftragte Wirtschaftsprüfer gekommen. Das ist ein vollkommen normaler Vorgang, der bei all diesen Prüfungen stattfindet, ähnlich wie bei Betriebsprüfungen. Ich erinnere mich an Fälle aus den 90er-Jahren, wo damals der Prüfer - im Jahr 2000 oder 2001; das weiß ich nicht mehr genau - bei einzelnen Werten, die ostdeutsche Immobilien betroffen haben, nachgefragt hat: Ist die Werthaltigkeit dieser Immobilien in der Höhe des Beleihungswertgutachtens, was ja zum Zeitpunkt der Indeckungnahme erstellt worden ist - also vielleicht fünf oder sieben Jahre vorher -, noch gegeben, oder muss hier der Wert korrigiert werden? Dann hat man sich in einzelnen Fällen auf eine Wertkorrektur geeinigt.

Eine andere Frage war immer bei den öffentlichen Pfandbriefen die Frage, welche ausländischen öffentlichen Darlehensnehmer deckungsfähig sind. Das ist immer die Frage bei den mittelbaren Gesellschaften, also Wohnungsbaugesellschaften zum Beispiel mit öffentlicher Absicherung oder Energieversorgern ausländischer Art. Über solche Fälle ist dann einmal diskutiert worden. In der Deckungsprüfung war ich sozusagen nur Zuhörer. Es ist dann entschieden worden: Man nimmt ein einzelnes Darlehen heraus oder nicht. Es waren bezogen auf den viele Milliarden großen Deckungsstock aber nie relevante Größen.

H
L öffentlicher

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es solche Fälle, dass man einzelne Darlehen, Immobiliendarlehen, herausgenommen hat seit 2003?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann sein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sind diese einzelnen Immobiliendarlehen alle überprüft worden, oder gab es da nur stichprobenartige Überprüfungen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie sprechen jetzt von der Überprüfung seitens des Deckungsprüfers, nicht durch mich?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, genau.

Zeuge Eckehard Schmidt: Auch der Deckungsprüfer muss sich bei großen Portfolien auf Stichproben beschränken.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sagen Sie: In welchem Umfang gab es denn Deckungsstockentnahmen bzw. Zuführungen im Durchschnitt pro Jahr?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann ich so nicht beantworten. Ich habe die Größenordnung nicht im Kopf. Es sind größere Millionenbeträge natürlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Millionen- oder Milliardenbeträge?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, mehrstellige Millionenbeträge, würde ich sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas bekannt darüber, dass es auch einen Austausch in Milliardenhöhe gegeben hat bei der Hypo Real Estate seit 2003?

Zeuge Eckehard Schmidt: Wenn Sie sagen, seit 2003, dann kann ich es nicht genau sagen. Ich weiß, dass es zu Beginn des Jahrhunderts einen großen Paketverkauf von Darlehen an Lone Star gegeben hat. Das war mir natürlich bekannt, weil ja damit eine sehr große Summe aus der Deckung genommen wurde. Das war zum Beispiel ein Thema, was mit der Bank lange erörtert wurde: Wie baut man gleichzeitig wieder ausreichend Deckung auf, weil ja keine Sekunde eine Unterdeckung entstehen darf? So war es notwendig, entsprechende Ersatzdeckungen und weitere Deckungswerte rechtzeitig einzutragen, sodass Werte - das war ein größerer Milliardenbetrag; ich habe es so in Erinnerung, dass es sich ungefähr um 4 Milliarden Euro gehandelt hat - in dieser Größenordnung den Deckungsstock

verlassen haben. In dem Moment, wo die Darlehen auf einen Dritten übertragen werden, ist es natürlich nicht mehr möglich, den Deckungsstock zu verlassen. *Sie ihn H be*

Dr. Volker Wissing (FDP): Durch welche Sicherheiten wurde damals der Deckungsstock wieder ergänzt?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das kann ich Ihnen jetzt im Einzelnen nicht mehr sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, dass es im Deckungsstock bei der Hypo Real Estate nicht deckungsstockfähige Wertpapiere gegeben hat?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine Beanstandung der Bankenaufsicht in diesem Zusammenhang auch nicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Ist mir nicht bekannt, nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gut.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich gebe nun weiter an Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion, 19 Minuten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte die von Herrn Wissing gestellte Frage über das größere Volumen damals - - Das war doch, wenn man sich richtig erinnert, die alte HVB und nicht die neue HRE.

Zeuge Eckehard Schmidt: Wie gesagt, ich habe jetzt keine Aufzeichnungen darüber bei mir. Es war jedenfalls früh nach dem Jahr 2000. Sie können also recht haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn etwas aus dem Deckungsstock genommen wird: Haben Sie auch Kenntnis darüber, dass es auch wiederum werthaltig in dem Umfang, wie es erforderlich war, ergänzt worden ist?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist damals umfangreich besprochen worden, wie diese Ergänzung vorgenommen wird, damit, wie gesagt, keine Sekunde eine Unterdeckung ist. Es ist dann zunächst natürlich zu

Ln **Zeuge Eckehard Schmidt:** Das ist eine eigenständige im § 7 Pfandbriefgesetz definierte Betätigung.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten ja richtig gesagt -- Wir haben Sie wegen dem Punkt 4 natürlich hier mit aufgenommen. Jetzt haben wir gehört, dass die Hypo-Vereinsbank in den 90er-Jahren möglicherweise systematisch Geschäfte, insbesondere in den neuen Bundesländern, gemacht hat. Man befürchtet, dass die Deckung eigentlich nicht gegeben ist, dass man also weit überhöhte Werte möglicherweise in den Deckungsstock aufgenommen hat. So was würde Ihnen aber auffallen bei den Überprüfungen?

Zeuge Eckehard Schmidt: Es würde mir dann auffallen, wenn bei Indekungnahme, also zum Zeitpunkt, zu dem diese Werte in den Deckungsstock aufgenommen werden, ein Wertgutachten vorliegt, das deutliche Mängel in der Wertermittlung erkennen lässt: Wenn in dem Wertgutachten zum Beispiel keine Aussagen getroffen werden zur Lage, zur Vermietbarkeit, zur Drittverwendbarkeit bei Gewerbeimmobilien - das ist immer ein besonderes Problem, ob diese Immobilie weiterverkauft werden kann oder eben nur für den, für den sie erstellt ist, verwertbar ist -, wenn dazu Aussagen im Gutachten fehlen würden, würde man das auch, wenn man es zu Gesicht bekommt, beanstanden. Aber das ist natürlich eine -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber diese Prüfungen --

Zeuge Eckehard Schmidt: - wenn ich das kurz noch ausführen dürfte - Momentaufnahme im Zeitpunkt der Indekungnahme. Die spätere Überprüfung der fortgeltenden Werthaltigkeit obliegt der Bank. Wie gesagt, im Rahmen der Deckungsprüfungen ist dieses Thema damals, soweit ich mich erinnere, zwar nicht auf den HVB-Bestand bezogen, sondern auf den Bestand einer anderen Vorgängerbank, angesprochen worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das Ganze wird doch erst gemacht seit 2003, seit 2004. Das heißt also, alles, was damals auf einen Schlag reingekommen ist, kann bestenfalls mit wenigen Stichproben überprüft worden sein.

Zeuge Eckehard Schmidt: Darf ich noch mal --

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Seit wann gibt es überhaupt diese Art von Deckungsstockprüfungen?

Zeuge Eckehard Schmidt: ~~Nein, -- nein!~~ Diese Prüfungen gibt es schon immer. Die gab es natürlich auch bei der HypoVereinsbank. Die sind regelmäßig --

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist sozusagen damals auch immer schon geprüft worden?

Zeuge Eckehard Schmidt: Die finden regelmäßig alle drei Jahre statt, also immer ziemlich zeitnah. Für alle Pfandbriefbanken - damals noch Hypothekenbanken; damals hieß es noch Hypothekendarlehenbankengesetz; aber das war das Gleiche vom Inhalt her - gibt es diese Prüfungen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nur die Rechtsgrundlage hat sich geändert.

Zeuge Eckehard Schmidt: Da hat sich der Name geändert. Der Inhalt hat sich nicht geändert.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wie geht das denn jetzt ganz konkret vonstatten? Wir haben gestern gehört: Immobilienbüro, Immobilien in New York, statt 100 Prozent möglicherweise nur noch 30 Prozent oder weniger Prozent an Wert. Wie schlägt sich das denn jetzt in so einem Deckungsstock nieder, wenn ich so ein Objekt entsprechend beliehen habe?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zunächst mal, wie schon vorhin kurz erwähnt, ist das Objekt natürlich nie mit 100 Prozent seines Beleihungswerts im Deckungsstock, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Eckehard Schmidt: - sondern zunächst einmal nur mit 60 Prozent, und der Beleihungswert ist nicht der Marktwert. Der Beleihungswert liegt bei Wertermittlung in der Regel unter dem Marktwert. Das ist erstmal der große Sicherheitspuffer. Das heißt, ein Absinken des Marktwertes bedeutet noch lange nicht, dass die Werthaltigkeit des De-

zusätzlich aufgenommen werden dürfen -, aber hauptsächlich Immobilien. Es gibt natürlich den Bereich der öffentlichen Pfandbriefe, und die sind gedeckt durch Darlehensforderungen gegen öffentliche Körperschaften, und zwar inländische öffentliche Körperschaften, aber auch EU-ausländische öffentliche Körperschaften. Seit einiger Zeit ist es auch möglich, soweit ich es im Kopf habe, entsprechende amerikanische und japanische Papiere, entsprechende Darlehen, hereinzunehmen, was aber, soweit ich weiß, nur in sehr geringem Umfang stattfindet.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also bei der HRE hat es im Prinzip nur diese isländischen Papiere gegeben? Habe ich Sie jetzt richtig verstanden?

Hals **Zeuge Eckehard Schmidt:** Das weiß ich nicht. Ich habe damals, wie Island in die Schieflage geriet, nur nach den isländischen gefragt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und leite dann über zu Nina Hauer, SPD. - Frau Hauer, bitte.

Nina Hauer (SPD): Herr Schmidt, haben Sie denn in Ihrer Tätigkeit irgendeine Unregelmäßigkeit in den Deckungsstöcken entdecken können?

Zeuge Eckehard Schmidt: Es kommt darauf an, wie Sie „Unregelmäßigkeit“ definieren. Ich hatte kurz erwähnt, dass es natürlich immer einmal formale Beanstandungen gibt, die aber immer sofort korrigiert werden: Zum Beispiel liegt ein Grundschuldbrief nicht vor, oder eine Beleihungswertermittlung erscheint dem Treuhänder zu alt. Wenn ein Gutachten vorgelegt wird für den Wert von vor zehn Jahren, dann wird man als Treuhänder sagen: Ich möchte aber schon einen zeitnäheren Wert wissen, aus den letzten zwei Jahren zum Beispiel. - Solche Dinge sind aber immer - wenn sie mal vorkamen; das waren nur Einzelfälle - sofort behoben worden auf meine Bitte hin.

Nina Hauer (SPD): Gibt es denn aus Ihrer Sicht Anlass, dass man sich Sorgen machen muss um die Qualität des Deckungsstockes?

Zeuge Eckehard Schmidt: Aus meiner Sicht nicht.

Nina Hauer (SPD): Gibt es denn einen einzigen Pfandbrief, der in den letzten turbulenten Zeiten für die HRE nicht eingelöst werden konnte?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein, selbstverständlich nicht. Das wäre ja das Unglück schlechthin gewesen.

Nina Hauer (SPD): Sind Sie denn der Meinung, dass die Rettung der HRE insbesondere auch das Vertrauen der Pfandbriefbesitzer stärken sollte? Denn die Öffentlichkeit war da wahrscheinlich schon zumindest beunruhigt.

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie fragen wieder nach meiner persönlichen Meinung, so wie ich Sie verstehe. Das ist natürlich nicht aus meiner Tätigkeit heraus beantwortbar. Selbstverständlich - wie ich Herrn Dautenberg schon vorhin geantwortet hatte - wäre es für das Ansehen der Pfandbriefbanken und vielleicht auch des Pfandbriefs insgesamt sehr schädlich gewesen, wenn eine der größten deutschen Pfandbriefbanken in die Insolvenz gegangen wäre, auch wenn der einzelne Pfandbriefgläubiger rechtlich gesehen abgesichert gewesen wäre.

Nina Hauer (SPD): Der Vorstandsvorsitzende Herr Wieandt hat gestern gesagt, dass sogar eine Überdeckung im Deckungsstock vorhanden ist, weil die Ratingagenturen nach den Rettungspaketen die HRE dazu angehalten haben, um ihr Rating zu verbessern. Ist das richtig?

Zeuge Eckehard Schmidt: Zu den Gründen der Überdeckung kann ich natürlich nichts sagen. Ich beobachte ja nur, dass sie vorhanden ist. Die Überdeckung ist im Moment sehr hoch; das stimmt. Das kann verschiedene Gründe haben. Das kann den Grund haben, dass wenige Pfandbriefe emittiert werden können, natürlich aufgrund der Situation der Bank; wie ich das so sehe, läuft das Geschäft jetzt erst langsam wieder an. Es kann aber auch den Grund haben, dass Ratingagenturen eine höhere Überdeckung verlangt haben. Dass eine Überdeckung vorhanden ist, ist Pflicht nach dem Pfandbriefgesetz. Im Pfandbriefgesetz steht nicht,

wie hoch die sein muss. Es würden also natürlich auch 100 Millionen sicher reichen. Es müssen keine Milliarden sein.

Nina Hauer (SPD): Aber jetzt ist diese Überdeckung so in dieser --

Zeuge Eckehard Schmidt: Sie schwankt von Tag zu Tag, aber sie ist hoch.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn Beziehungen gehabt, oder hat sich Ihre Tätigkeit als Treuhänder auch auf diese Gesellschaften erstreckt: die HRE Holding AG oder die DEPFA plc oder die DEPFA Pfandbriefbank?

Zeuge Eckehard Schmidt: In keiner Weise. Ich war und bin bestellt als Treuhänder. Der Name der Bank hat ständig gewechselt. Einmal hieß sie am Anfang HVB Real Estate Bank, dann hieß sie Hypo Real Estate Bank - „Bank“ wohlgemerkt, nicht „Group“. Jetzt heißt sie Deutsche Pfandbriefbank AG. Aber es ist immer die gleiche Bank geblieben. Sie hat durch Verschmelzungen andere, zum Beispiel die Württembergische Hypothekenbank, aufgenommen; aber sie ist immer die gleiche Bank geblieben in der HRE Group. ~~Da~~ ist die Holding oben drüber. Mit der habe ich aber nichts zu tun, außer dass ich natürlich weiß, dass es die gibt. Daneben gibt es Schwestergesellschaften. Dazu gehört die DEPFA Dublin, die Sie erwähnt haben, und hat bis vor kurzem die DEPFA Eschborn gehört, die inzwischen ja auch fusioniert worden ist.

Nina Hauer (SPD): Das mag auch der Grund sein, warum -- Sie haben ja schon vorhin gesagt, es fällt Ihnen etwas schwer, nachzuvollziehen, warum Sie hier als Zeuge eingeladen wurden.

Zeuge Eckehard Schmidt: So ist es.

Nina Hauer (SPD): Ich kann mich dem nur anschließen und habe insofern im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Namens der SPD fragt niemand mehr zurzeit. Dann übergebe ich jetzt an Herrn Dr. Schick vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Guten Morgen!

Hatten Sie im Frühjahr 2008, in der Phase Februar bis April, wo es ja eine Sonderprüfung der Bundesbank gab, Kontakt mit Mitarbeitern der Bundesbank?

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein. Ich habe von der Sonderprüfung im Nachhinein erfahren; aber ich hatte keinen Kontakt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Es hätte ja auch sein können, dass die zwar nicht sagen, was sie da genau machen, aber Sie hatten auch unabhängig davon -

Zeuge Eckehard Schmidt: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit Bundesbankleuten keinen Kontakt.

Zeuge Eckehard Schmidt: Wie gesagt, ich habe im Nachhinein von der Prüfung erfahren. Ich hatte keinen Kontakt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Aufgabe ist - haben Sie geschrieben -, darauf zu achten, dass die Deckungswerte ordnungsgemäß in das Deckungsregister eingetragen werden. Was machen Sie da genau? Ich habe noch nicht verstanden, wie Sie das tun. Ich habe den Prüfbericht, aus dem ich jetzt hier nicht zitieren kann - sonst müssten wir jetzt Geheim-schutz machen -, so verstanden, dass da nicht alles völlig in Ordnung war. Wie überprüfen Sie das? Denn Sie sind da ja nicht zu irgendwelchen Mängeln gekommen.

Zeuge Eckehard Schmidt: Nachdem ich den Prüfbericht, den Sie zitieren, wahrscheinlich nicht kenne, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber es geht --

Zeuge Eckehard Schmidt: - kann ich schwer dazu Stellung nehmen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sollen ja auch nicht zu dem Prüfbericht Stellung nehmen; Sie sollen deutlich machen, was Sie da genau geprüft haben, damit ich mir ein Bild machen kann,

bei
einer
Bank

Das

wieso es zu möglicherweise unterschiedlichen Einschätzungen kommen kann.

y 14
Zeuge Eckehard Schmidt: Wie gesagt, was vor Indekungnahme geprüft wird, ist das Vorliegen der entsprechenden Sicherheiten und das Vorliegen einer ausreichenden Beleihungswertermittlung, die den Wert, zu dem ~~das Grundstück eingetragen~~ das Darlehen eingetragen werden soll, abdeckt. Das sind die wesentlichen Punkte, die vor Indekungnahme vom Treuhänder geprüft werden, allerdings, wie ich es schon sagte, bei großen Portfolien nur stichprobenweise. Das ist so auch von der Beleihungswert- bzw. Deckungsregisterverordnung vorgesehen. Der ordnungsmäßige Eintrag ins Register, das ist der formale Akt, der sicherstellen soll, dass die Pfandbriefgläubiger diese ihnen zugewiesene Masse in einem Konkursfall auch aussondern können. Das ist dann ein rein formaler Akt. Der erfolgt durch die Bank in einem - ja - abgesicherten Verfahren; so muss man sagen. Da steht der Treuhänder natürlich nicht daneben und schaut zu, wie das ins Register geschrieben wird. Der Treuhänder bestätigt dann durch seine Unterschrift, dass es nach diesem üblichen Verfahren in Deckung genommen ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will da noch mal nachhaken, weil: Wir haben häufig den Eindruck, dass jemand sagt: „Wir prüfen das“, und wir unter dem Stichwort „Was wird da geprüft?“ was anderes verstehen als der, der tatsächlich was tut. Deswegen will ich jetzt wissen, wer das genau - - Wie prüfen Sie die Richtigkeit einer Beleihungswertermittlung? Wie tief gehen Sie da rein? Machen Sie da eigene Marktuntersuchungen, ob der ausgehende Wert richtig angegeben wurde, oder gucken Sie nur ausgehend von den Werten der Bank, dass sie praktisch - - dass dann nachher richtig gerechnet worden ist?

y 14
Zeuge Eckehard Schmidt: Ich prüfe, ob ein verfahrensmäßig richtig erstelltes Gutachten und ein - ich habe es vorhin angesprochen - auch hinreichend aktuelles Gutachten vorliegt. Ich darf und kann nicht prüfen - Das steht übrigens im Gesetz: Es ist nicht die Pflicht des Treuhänders, die betriebswirtschaftliche Stichhaltigkeit des Gutachtens zu prüfen. Man wird natürlich Auffälligkeiten ansprechen. Wenn man ein Gutachten vorgelegt bekäme - das ist jetzt

hypothetisch, weil: so eines habe ich bisher nicht gesehen -, in dem drinstünde: „Das Objekt ist praktisch nicht vermietbar, sowohl aus regionalen Gründen oder auch, weil es in einem besonders schlechten Zustand ist“, dann würde man natürlich nachfragen, wieso ein solches Objekt in die Deckung geht. Wie gesagt, einen solchen Fall habe ich aber nicht gesehen.

Man schaut also nach. Es gibt ja eine Beleihungswertermittlungsverordnung. Da steht drin, dass bestimmte Dinge eingehalten werden müssen, zum Beispiel: Es muss in der Regel ein Ertragswert für das Objekt festgestellt werden und ein Sachwert für das Objekt festgestellt werden, und der wird dem Marktwert gegenübergestellt. Der Marktwert ist nicht der Beleihungswert, sondern aus diesem Ertragswert und Sachwert wird der Beleihungswert abgeleitet, und zwar nimmt man in der Regel, weil das der sicherere Wert ist, den Ertragswert, also die nachhaltige Ertragsfähigkeit des Objekts, weil nur die ja dann auch einen entsprechenden Zahlungsstrom für das Objekt generiert. Darauf muss man, wie gesagt, achten, dass diese Ermittlungen vorgenommen wurden; aber die betriebswirtschaftliche Überprüfung kann der Treuhänder nicht leisten und soll er nicht leisten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn man bei so einer Rechnung von einem etwas überhöhten Marktwert ausgeht, dann fällt es im Rahmen einer solchen Prüfung zunächst mal nicht auf, solange dann nachher die Verhältnisse zwischen den Werten richtig stimmen; denn beim Ertragswert kann ich ja eine etwas höhere Vergleichsmiete annehmen, als das eigentlich erzielbar ist. Wir wissen ja, wie Schrottimmobilien in den 90er-Jahren verkauft worden sind; da sind den Leuten ja auch gewisse Zahlen vorgelegt worden. Das ist dem Kunden nicht aufgefallen. Aber Ihnen kann das, wenn Sie betriebswirtschaftliche Überlegungen nicht überprüfen, dann auch nicht auffallen.

Zeuge Eckehard Schmidt: Damit haben Sie im Grunde recht. Natürlich, wie schon gesagt, wenn es sehr stark den sozusagen allgemeinen Denkgesetzen widersprechen würde, würde einem das schon auffallen. Noch mal, weil Sie sagten: wenn man von einem falschen Marktwert ausgeht. Der Marktwert wird daneben festgestellt, sozusa-

gen als Gegenbild. Der Marktwert ist nicht der Wert, der zugrunde gelegt wird. Es wird für Beleihungswertgesichtspunkte ein vorsichtigerer Wert ermittelt, eben ein Ertragswert unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten „dauerhafte Vermietbarkeit“ - da werden auch zum Beispiel unterlassene Instandhaltungskosten und Ähnliches von diesem Wert abgesetzt -, und auf der anderen Seite ein entsprechender Sachwert, also vor allem bei Gewerbeimmobilien, wo es oft schwierig ist, einen entsprechenden Ertragswert festzustellen; [Thema - ich habe es auch schon angesprochen - bei Gewerbeimmobilien] Zum Beispiel Betriebsverwendbarkeit. Dazu muss eine Aussage im Gutachten sein. Darauf achtet man natürlich, dass das Gutachten nicht über alle diese Fragen einfach hinweggeht. Aber, wie gesagt, die betriebswirtschaftliche Überprüfung ist uns nicht möglich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn ich jetzt so eine blasenartige Entwicklung habe, dass viele Marktakteure Ertragswerte, Vergleichswerte relativ hoch einschätzen, wie uns das ein Zeuge hier für die Zeit des Aufbaus in den neuen Bundesländern zum Beispiel gesagt hat, wo man dann einfach Vergleichswerte an einzelnen Luxusobjekten hatte, aber noch nicht wirklich eine gesicherte Erkenntnis, wie eigentlich die erzielbaren Erträge langfristig sein würden, dann ist es eigentlich nicht möglich, aus der Prüfung, die Sie übernehmen, so eine Zuhochbewertung systematisch herauszuarbeiten, zu korrigieren und zu kritisieren?

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist vollkommen richtig. Wir müssen uns darauf verlassen, dass die Bewerter, die diese Gutachten machen, in der Regel ja zertifizierte Bewerter sind, die auch das entsprechende Know-how haben; aber wir können das im Einzelnen nicht nachprüfen. Wenn Sie so eine blasenartige Entwicklung ansprechen, dann ist es sicher nicht der Treuhänder, der die sozusagen aufstecken kann.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen und gebe jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion, Herrn Dautzenberg, wobei ich für das weitere Prozedere noch eine ganz persönliche Bitte habe. Wenn Be-

richte erwähnt werden, dann bitte ich, egal ob sie nun zum Gegenstand der Frage oder zum Gegenstand eines Vorhalts gemacht werden, dass der Bericht auch für die anderen Mitglieder des Ausschusses bezeichnet wird, dass also gesagt wird: der Bericht vom usw. usf. - Das ist jetzt erledigt.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay!)

Aber für künftige Fragen, damit hier auch rein praktikabel schnell nachgelesen werden kann, was der Fragesteller gemeint hat.
Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, unsere Fragen sind erschöpft, und wir wollten nicht zu einem Seminar zum Pfandbriefgesetz tagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Dann gehe ich weiter zu Herrn Dr. Wissing von der FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob auch CDOs im Deckungsstock der Hypo Real Estate sind oder waren?

Zeuge Eckehard Schmidt: Bitte?

Dr. Volker Wissing (FDP): Sind oder waren.

Zeuge Eckehard Schmidt: Sind oder waren. - Das kann ich nicht ausschließen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es im Zusammenhang mit CDOs im Deckungsstock der HRE Beanstandungen durch die Bankenaufsicht?

Zeuge Eckehard Schmidt: Mir sind keine bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Sind im Deckungsstock der Hypo Real Estate ausländische Subprime-Immobilien?

Zeuge Eckehard Schmidt: Dazu habe ich nachgefragt. Mir ist versichert worden: Nein.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie wissen es nicht aus eigener Erkenntnis?

Liste nach einem Zufallsprinzip einzelne raus? Wie kommen Sie zu dieser Auswahl? Wie groß ist die etwa im Verhältnis zum Gesamtstock? Wie sichert man, dass das repräsentativ ist?

gH **Zeuge Eckehard Schmidt:** Die Auswahl - Man bekommt die Liste sämtlicher Indeckungnahmen für einen bestimmten Zeitraum, ein Quartal in der Regel oder ein Halbjahr, vorgelegt und wählt daraus aus. Das hängt nun, wie gesagt, natürlich auch vom Umfang der Indeckungnahmen ab, die stattfinden. In der Regel werden es ungefähr 10 Prozent sein, die man auswählt, wenn es eine größere Zahl ist. In der Krise habe ich jetzt gesagt: Ich möchte alle Indeckungnahmen zumindest cursorisch sehen, also die in den letzten drei, vier Monaten. Da habe ich mir jetzt mal alle vorlegen lassen. Das ist aber auch nur deshalb möglich, weil es inzwischen natürlich relativ wenige sind.

gH Wenn das eine sehr große Zahl ist, wie es zeitweise war, wenn sehr große Portfolien in Deckung gehen, dann muss man auch sehen, dass man ein bisschen von der regionalen Streuung - - nicht natürlich 20 Objekte in Berlin auswählt und keines im Süden, aber auch nicht umgekehrt, nicht 20 Objekte im Süden und keines in Berlin. Man versucht dann bei der Auswahl schon - Es ist keine echte Zufallsstichprobe, sondern man versucht schon, eine gewisse Ausgewogenheit der Objekte zu sehen. Man schaut natürlich darauf, was besonders große Objekte sind. Von denen wählt man mehr aus, weil da natürlich einfach die Gefahr auch größer ist. Von kleinen Objekten wählt man weniger aus. Man versucht, bei der Auswahl eine gewisse regionale Ausgewogenheit herzustellen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese 10 Prozent werden aber nie unterschritten, das ist sozusagen eine Mindest - -

Zeuge Eckehard Schmidt: Das ist so gefühlsmäßig die Größenordnung. Ich denke nicht, dass die jemals unterschritten worden ist. Ich kann es Ihnen aber jetzt nicht beweisen, dass es so war ... (akustisch unverstärkt)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und bei den 10 Prozent gehen Sie dann wirklich ins Detail und ma-

chen das, was wir in meiner letzten Frageunde gesagt haben?

Zeuge Eckehard Schmidt: Genau.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Eckehard Schmidt: Da werden mir die entsprechenden Unterlagen vorgelegt. Das können unter Umständen auch umfangreiche Unterlagen sein, mehrere Ordner oder so, und dann schaut man sich das im Einzelnen an.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Da ich sehe, dass die Fraktionen die ihnen zustehenden Fragekontingente nicht ausgenutzt haben, gehe ich davon aus, dass keine Fragen an Herrn Schmidt mehr bestehen.

Herr Schmidt, die Befragung Ihrer Person ist beendet. Es geht jetzt nur noch darum, Sie recht herzlich zu verabschieden, was ich gern tue, einen guten Nachhauseweg zu wünschen und gleichzeitig darauf zu verweisen, dass Ihnen - ich sagte es eingangs schon - das Protokoll von Ihrer Befragung zugestellt werden wird. Sie haben dann die Möglichkeit, es binnen zwei Wochen zu untersuchen auf Korrekturen und Ergänzungsvorschläge oder Ergänzungsnotwendigkeiten.

Ihre Vernehmung als Zeuge ist formal allerdings erst dann abgeschlossen, wenn der Ausschuss das hier durch Beschluss festgestellt hat. Das wiederum kann erst geschehen, a) wenn Sie das Protokoll erhalten haben, b) es ergänzt oder korrigiert haben und c) dieses mit den Ergänzungen, Korrekturen wieder bei uns angelangt ist.

Einstweilen herzlichen Dank und einen angenehmen Resttag!

Zeuge Eckehard Schmidt: Vielen Dank und auf Wiedersehen!

Gleiss Lutz

| |
|--|
| Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode 2. Untersuchungsausschuss Eing.: 18. Aug. 2009 Sekretariat: <i>1/2 Hootz, 1,2.</i> |
|--|

Einschreiben/Rückschein

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
der 16. Wahlperiode
Vorsitzender
Herrn Dr. Hans-Ulrich Krüger
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Dr. Gerhard Wirth

Maybachstraße 6
70469 Stuttgart
T +49 711 8997-154
F +49 711 8997-395
gerhard.wirth@gleisslutz.com
www.gleisslutz.com

Referenz/reference
Wi/gal
Datum/date
11. August 2009

2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags, 16. Wahlperiode
Hier: Zeugenvernehmung Dr. Wolfgang Sprißler

Sehr geehrter Herr Dr. Krüger,

namens und im Auftrag von Herrn Dr. Sprißler übermittle ich Ihnen nachfolgend die Antwort meines Mandanten zur Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Schick und seine Anmerkungen zum Protokoll der Vernehmung am 29. Juli 2009:

„Zu der Frage von Herrn Dr. Schick in meiner Vernehmung am 29. Juli 2009 vor dem 2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags nach der Eigenkapitalunterlegung jener 15 Mrd. Fazilität, die im Rahmen des Rettungspakets der Hypo Real Estate gegen Absicherung gewährt wurde, kann ich Ihnen aus meiner Kenntnis Folgendes sagen: Nach Basel II betrug die Eigenkapitalunterlegung bezogen auf den HVB-Anteil und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital der HVB ca. 0,26 % des Darlehensbetrags.

S. 24 - rechte Spalte, vorletzte Zeile:

Statt „Trasherer“ müsste es richtig heißen: „Treasurer“.

S. 28 - linke Spalte, Mitte des vorletzten Absatzes:

Gleiss Lutz

Soweit es dort heißt: „damit haben wir auch nicht abgespalten die sogenannten Überstrukturvertriebe oder Profivermittler ...“ muss es richtig heißen: „damit haben wir auch nicht abgespalten die sogenannten über Strukturvertriebe oder Profivermittler – das ist der synonyme Ausdruck –, hereingenommene oder akquirierte private Hypothekendarlehen ...“

S. 28 - rechte Spalte, 8. Zeile von unten:

Statt: „Im Jahre 05 waren es 500 Millionen Risikovorsorge in der GuV der HRE ...“ müsste es richtig lauten: „Im Jahre 02 waren es ca. 500 Millionen Risikovorsorge in der GuV der HRE“.

S. 30 – rechte Spalte, 2. Absatz in der Mitte:

Dort ist „ ... 33 Umwandlungsgesetz ...“ genannt; richtig müsste es heißen: „ ... dort gibt es unter § 133 Umwandlungsgesetz eine relevante Vorschrift ...“

S. 41 – linke Spalte , 8. Zeile von unten:

Statt „... im Jahr 04 190 Millionen“ muss es dort richtig heißen: „... im Jahr 04 130 Millionen.“

Auch wenn es darauf nicht ankommen dürfte, möchte ich der Vollständigkeit halber meiner Aussage (S. 31 – linke Spalte mittlerer Absatz: „Abgespalten wurden demnach rein rechtlich keine eigenen Verbindlichkeiten der HVB ...“) klarstellend hinzufügen, dass die HRE Holding im Rahmen der Abspaltung auch übernommenen hat die Verpflichtungen gegenüber den Inhabern von Sonderrechten, also gegenüber den Inhabern des Genußscheins 1997/2007 sowie gegenüber den Inhabern der Vorzugsaktien und zwar im Rahmen des Abspaltungsverhältnisses 4:1. Diese entsprechend dem Abspaltungsverhältnis anteilig übernommenen Verpflichtungen wurden aber lange vor dem Herbst 2008 durch Rückzahlung bedient bzw. durch Umwandlung der Vorzugsaktien erledigt, womit eine insoweit denkbare Nachhaftung der HypoVereinsbank erledigt war. Das alles hat daher auch keine Rolle mehr bei den Verhandlungen über die Rettungspakete im September / Oktober 2008 spielen können.“

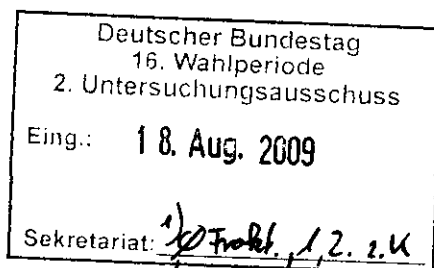
Gleiss Lutz

Dies sind die ergänzenden Angaben von Herrn Dr. Sprißler.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'G. Wirth', written in a cursive style.

- Dr. Gerhard Wirth -



COMMERZBANK 

Commerzbank AG, Pariser Platz 1, 10117 Berlin

Group Communications/Public Affairs
Verbindungsbüro Berlin

Herrn Winfried Holz
Leiter des Sekretariats
2. Untersuchungsausschuss der 16. WP
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anja Käfer-Rohrbach
Postanschrift:
Pariser Platz 1, 10117 Berlin
Telefon +49 30 22 607 - 250
Fax +49 30 22 607 - 210
anja.kaefer-rohrbach@commerzbank.com

17. August 2009

**Stenografisches Protokoll der 16. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 29. Juli 2009;
Martin Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG**

Sehr geehrter Herr Holz,

anliegend übersende ich Ihnen im Auftrag von Herrn Martin Blessing einige Korrekturen und Ergänzungen zum stenografischen Protokoll der 16. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses.

Für Fragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Commerzbank AG



Anja Käfer-Rohrbach

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Meine Damen und Herren, unter Bezugnahme auf die bereits zu Beginn der heutigen Beweisaufnahme erfolgten formalen Äußerungen bezüglich a) des Verbots von Handytelefonaten und natürlich auch das Verbot von Ton- und Bildaufzeichnungen während der öffentlichen Beweisaufnahme begrüße ich nunmehr Herrn Blessing auf das Herzlichste. Herr Blessing, sehr schön, dass wir uns nicht nur pünktlich um 14.30 Uhr, sondern sogar überpünktlich, nahezu eine Dreiviertelstunde zuvor, hier haben gemeinsam treffen können.

**Vernehmung des Zeugen
Martin Blessing**

Ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme der Sitzung fertigen werden, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Das heißt, unmittelbar danach wird diese Tonaufzeichnung gelöscht werden.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt werden mit der Bitte, binnen zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. Sollte der Ausschuss allerdings beschließen, dass Teile Ihrer Aussage nur unter einem Verschlussgrad VS-Vertraulich oder Geheim erfolgen können, ist diese Einsichtnahme leider auf die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages begrenzt. Das heißt, dort müssten Sie also die diesbezüglichen Protokollteile in Augenschein nehmen.

Ferner möchte ich Sie um einen entsprechenden Hinweis bitten, wenn Sie aus irgendeinem Grunde eine kurze Pause wünschen, und Sie natürlich auch bitten, von dem bereitgestellten Erfrischungsgetränk, dem Wasser, Gebrauch zu machen.

Weiter noch folgende allgemeine Belehrungshinweise: Mit der Ladung sind Ihnen das Beweisthema, der Untersuchungsgegenstand übersandt worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht, aber auch nichts weglassen, was zur Feststellung eines wahrheitsgemäßen Sachverhaltes erforderlich ist. Im Falle eines Verstoßes sieht das Gesetz hier in § 153 StGB Geld- oder Freiheitsstrafeandrohung vor.

Ferner möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie natürlich berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen abzulehnen, die Sie selbst oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr eines Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahrens aussetzen würde. Sofern weiter Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse aus Ihrer Sicht zur Sprache kommen müssen, um eine ordnungsgemäße Aussage zu gewährleisten, bitte ich einfach um Hinweis. Dann würden wir nämlich die Antwort auf diese Frage zurückstellen und dann - ich verweise auf das soeben Ausgeführte - in einem VS-vertraulichen oder geheimen Rahmen die Frage erneut stellen.

Jetzt noch eine weitere Frage, bevor ich Sie zu Ihrer Person ganz kurz noch befrage: Jeder Zeuge hat die Möglichkeit, entweder auf Fragen des Vorsitzenden und natürlich dann seiner Kolleginnen und Kollegen zu antworten oder aber zum Beweisthema einmal zusammenhängend aus seiner Sicht ein kurzes Statement abzugeben. Von welcher Möglichkeit möchten Sie Gebrauch machen?

Zeuge Martin Blessing: Ich würde ganz gern ein kleines Eingangsstatement abgeben, wenn ich darf, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar. - Dann habe ich noch zwei weitere Bitten: einmal, dass Sie bei dem Statement wie aber auch bei Ihrer Zeugeneinvernahme möglichst nah an das Mikrofon herangehen und auch möglichst deutlich sprechen; das würde ganz einfach das akustische Verständnis erleichtern. Zweitens möchte ich Sie nur noch bitten, ganz kurz zu sagen, wie Sie mit vollständigem Namen heißen, und eine ladungsfähige Anschrift anzugeben, die nicht Ihre Privatanschrift sein muss. Sie können auch eine Dienstanschrift angeben.

Zeuge Martin Blessing: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Martin Blessing, Kaiserplatz in Frankfurt. Wenn Sie die Postleitzahl wollen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das die Anschrift, unter der wir Sie für heute geladen haben?

Zeuge Martin Blessing: Ja, ja, genau.

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

55

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann werden wir die Postleitzahl ermitteln.
Ich danke Ihnen.

Zeuge Martin Blessing: Geme.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Herr Blessing, bitte.

Zeuge Martin Blessing: Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier heute als Zeuge auszusagen. Lassen Sie mich vielleicht mit meiner Erinnerung ein paar Tage vor dem Wochenende, um das es ja, so wie ich es verstanden habe, hier insbesondere geht, beginnen. Ausgangspunkt war, dass wir am 15. September mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers eine Veränderung insbesondere im Geld- und Kapitalmarkt gesehen haben. Ich glaube, die Verwerfungen, die dort aufgetreten sind, sind inlänglich bekannt.

Es wurde ~~ja auch~~ kurz danach vom Finanzministerium eingeladen zur sogenannten Bristol-Runde, stattfindend am 25.09., wo natürlich dann auch das Thema auf der Tagesordnung stand: Welche Auswirkungen hat ~~hier~~ die Insolvenz von Lehman für das deutsche Finanzsystem? Zu dem Termin wurden Klaus-Peter Müller und ich aus der Sicht der Commerzbank gebeten. Wir ~~habe~~ ^{hatten} dann zwischen dem 18. und dem Termin 25.09. ~~noch~~ noch den Hinweis vom Finanzministerium, dass es nach der Bristol-Runde noch ein Treffen im kleineren Kreis geben sollte zum Thema Hypo Real Estate.

Dass es bei der Hypo Real Estate große Schwierigkeiten gab, habe ich zum ersten Mal erfahren an dem Wochenende davor, also am 21. September 2008, durch zwei Ereignisse. Zum einen wurde durch die Bundesbank gebeten zu einer Runde ~~in~~ der Bundesbank, an der auch zwei meiner Kollegen teilgenommen haben und wo es um die Frage „Was könnte der Finanzsektor bzw. was könnten die Banken tun, um der Hypo Real Estate zu helfen?“ ging. Gleichzeitig habe ich an dem Wochenende einen Anruf von Herrn Funke bekommen, der mich fragte, ob die Commerzbank sich vorstellen könnte, entweder in Gespräche über den Kauf der Hypo Real Estate einzutreten oder der Hypo Real Estate eine größere Liquiditätslinie einzuräumen. Er sagte damals, dass ~~in der~~ Hypo Real Estate insbesondere die DEPFA ohne eine Liquiditätslinie wahr-

scheinlich noch bis zu zwei Wochen maximal Liquidität hätte. Ich habe ihm gesagt, einen Kauf könnte ich mir überhaupt nicht vorstellen, und das Thema einer Liquiditätslinie hinge natürlich von der Sicherheitenstellung ab. Wir haben dann ~~in der Ecke~~ das Telefonat auch beendet.

~~Die nächste Debatte oder~~ Das nächste Ereignis ~~wie gesagt~~ war dann am 25.09. Das war nachmittags zum Ersten eine Runde, die sogenannte Bristol-Runde - davon haben Sie sicherlich schon gehört -, die hier in Berlin stattfand. Da wurde aber ~~überhaupt~~ nicht über konkrete Institute geredet, sondern insgesamt nur über die Situation. Im Anschluss fand in einem kleineren Kreis ein Meeting statt. Hier wurde konkret über die Situation bei der Hypo Real Estate gesprochen. Es ging insbesondere um die Frage, ob die privaten Banken sich in der Lage sehen, der Hypo Real Estate einen Liquiditäts- und Überbrückungskredit in ~~der~~ Höhe von 15 Milliarden gegen Sicherheiten einzuräumen. Herr Ackermann, der an der Sitzung auch teilnahm, sagte, dass ein Team seines Hauses dabei sei, die Qualität dieser Sicherheiten zu prüfen. Wir haben damals in dem Meeting angeboten, natürlich auch Leute aus unserem Hause, wenn es hilft, zur Verfügung zu stellen, um relativ kurzfristig dort ein bisschen mehr Klarheit zu bekommen.

Am Samstag dann, am 27.09., fand gegen 11 ~~das war sozusagen für mich der nächste Ereignispunkt, den ich in meinen Unterlagen gefunden habe~~ eine Telefonkonferenz des Vorstands des Bundesverbands der deutschen Banken statt zur Vorbereitung eines Meetings in der BaFin zum Thema Hypo Real Estate, das um 15 Uhr stattfinden sollte. ~~Damals~~ ^{Am} dem Tag, haben wir dann in der Telefonkonferenz aufgrund der Debatten und auch der Prüfungen der Kollegen festgestellt, dass der Liquiditätsbedarf wahrscheinlich eher bei 34 denn bei den ursprünglichen 15 Milliarden, von denen Herr Funke anfangs gesprochen hatte und die wir auch an dem Donnerstag noch diskutiert hatten, liegen würde.

Wir sind dann zu dem ~~Meeting~~ ^{Meeting} in der BaFin ~~hinzugegangen~~ ^{hinzugegangen} ~~am Freitag~~ ^{am Freitag} um 15 Uhr ~~an~~ ^{an} ~~den~~ ^{den} ~~Tag~~ ^{Tag}. Es gibt auch ein langes Protokoll über das Meeting, das man ja im Internet runterladen kann. Ich möchte mich deswegen eigentlich nur auf ein paar inhaltliche Ergänzungen zu dem Thema beschränken. Herr Sanio und Herr Weber haben ganz klar gemacht, dass wir hier eine Stützung

07/08 2009 10:55 FAX

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

56

brauchen und dass wir ansonsten eine Riesenverwerfung am Markt kriegen. Das war übrigens eine Meinung, die alle Teilnehmer geteilt haben. Der Ernst der Lage und dass wir hier vor einem Riesenproblem standen, war uns also klar.

Wir haben dann ~~noch das steht ja in dem Protokoll~~ um verschiedene Möglichkeiten, wie man das technisch machen könnte, geprüft. Uns war auch sofort klar, dass es aufgrund der Passivseite der Hypo Real Estate, also derjenigen, die betroffen sein würden, wahrscheinlich eine breitere Rettungsaktion geben müsste. Auch eine Einbindung des Versicherungssektors, des öffentlich-rechtlichen Bankensektors, des Genossenschaftssektors wurde damals schon besprochen.

Wir haben den ganzen Samstag verschiedene Möglichkeiten diskutiert, haben dann am Sonntag die Gespräche fortgesetzt. Ab 17 Uhr nahm dann in Person von Herrn Asmussen auch das Finanzministerium noch zusätzlich daran teil. Aufgrund der Möglichkeiten oder der Optionen, die wir diskutiert hatten, haben wir gesagt: Die Summe und die Größenordnung, um die es geht, übersteigen ~~grundsätzlich~~ das, was der private Banksektor leisten kann. - Wir haben gesagt: Wir brauchen ~~grundsätzlich~~ auch die Unterstützung des Staates. - Da gab es am Anfang wenig Bereitschaft, ~~herzu~~ zu unterstützen.

Wir haben uns dann den Nachmittag und den Abend - ich hätte beinahe gesagt - die Köpfe ~~heißig~~ heißgeredet und debattiert, und irgendwann gegen 21.30 Uhr, 22 Uhr wurde dann das Thema erst mal erfolglos vertagt. Wir hatten ~~noch~~ auch das Gefühl, es geht nicht weiter. Ich bin damals ~~plötzlich~~ mit Herrn Müller in die Commerzbank zurückgefahren. Wir hatten ~~den~~ ganzen Tag ~~noch~~ einen Krisenstab sitzen, ~~weil~~ wir immer gesagt haben: Falls es keine Rettungsaktion gibt und am Montagmorgen über den Ticker geht, dass die Hypo Real Estate de facto unter ein Moratorium kommt, dann wird es wahrscheinlich auf dem Geldmarkt, der schon ziemlich mitgenommen war von Lehman, noch zu wesentlich stärkeren Verwerfungen kommen. Also hatten wir so eine Art Krisenvorbereitungsteam. Zu dem sind wir dann zurückgegangen.

Es kam dann irgendwann so gegen 22.30 Uhr - nageln Sie mich da nicht auf eine Viertelstunde fest - ein Anruf, dass die Verhandlungen jetzt doch weitergingen. Herr Müller ~~und ich haben uns angeguckt und haben uns~~

~~dann aufgeteilt. Er~~ ist zurückgefahren zu den Verhandlungen in die BaFin, und ich bin in der Bank geblieben und habe mit dem Krisenteam weitergearbeitet, um die Vorbereitungen dort weiterzutreiben. Insofern kenne ich das, was in der Nacht Dramatisches passiert ist mit Anrufen bis hin zu dem Telefonat von Herrn Ackermann und Frau Merkel, nur ~~wie soll ich sagen?~~ aus ~~den~~ Erzählungen und aus der Zeitung. Ich habe daran selber nicht teilgenommen. Ich habe über das Telefon natürlich mit Herrn Müller Kontakt gehalten und habe dann auch um 1 Uhr oder 1.30 Uhr nachts erfahren, dass ~~wie soll ich sagen?~~ ~~die Kuh vom Eis war und dass es~~ ~~her~~ einen Kompromiss gegeben hat. Dass die Situation danach noch nicht stabil war, hat man dann ja in den nächsten Tagen gesehen. Es gab ja auch noch mehrere Aufgaben zu erledigen.

Das eine war: In der Nacht gab es ~~keine~~ Einigung, ~~es~~ eine Liquiditätslinie zur Verfügung zu stellen, an der neben den privaten Banken eben weitere beteiligt sein sollten.

Zweitens hat Herr Ackermann ja auch zugesagt, dass bis zu einem Maximalbetrag von 8,5 Milliarden die Finanzdienstleistungsindustrie das Risiko übernehmen sollte. ~~Also mussten wir diese Themen auch noch aufteilen.~~ Dazu gab es dann am 2. Oktober eine Sitzung in der Bundesbank. Die haben wir dann auch ~~wie soll ich mal sagen?~~ durchgeführt - war auch nicht einfach - und haben dann hinterher einen Aufteilungsmechanismus zwischen den einzelnen Parteien gefunden. Das ~~hieß~~ man jetzt so schnell ~~her~~ aber Sie können sich vorstellen: Das war natürlich auch eine spannende Debatte.

Wir dachten: „Jetzt ist alles halbwegs unter Dach und Fach“, haben dann aber am nächsten Tag, also am 03.10., in einem Conference-Call festgestellt, dass sich die Bedingungen für die Hypo Real Estate in der Woche noch mal verschlechtert hatten. Wenn Sie als Bank ~~wie soll ich mal sagen?~~ von Ihren Gegenparteien, also, von den Parteien, mit denen Sie Geschäfte machen, als größeres Risiko eingestuft werden, dann können die ~~Bank~~ Sicherheiten nachfordern. Das erhöht den Liquiditätsbedarf. Das ist in der Woche passiert. Deshalb stellte man gegen Ende der Woche fest, dass der Liquiditätsbedarf eventuell noch über den 35 Milliarden liegen könnte.

Unsere Schätzung am 03.10. war: eventuell 50 ~~Insofern gab es dann am 04.10. vom Bundesverbandsdeutscher Banken vom Vor-~~

9 Vorstand des

Robot bereits
Li da

sozusagen

W erstens

W sagt

Milliarden.

~~stank~~ noch mal eine Telefonkonferenz. Da sind wir die verschiedenen Szenarien noch mal durchgegangen und haben uns am 05.10. hier in Berlin im Finanzministerium ~~noch mal~~ zu einer Runde getroffen mit den neueren Zahlen, die dann dazu führten, dass an dem Ursprungskompromiss von der Woche davor die Aufteilung nicht geändert wurde, die Caps nicht geändert wurden, nur für die Liquiditätssituation die einzelnen Banken bzw. die Versicherungen, die dort mitgemacht haben, ihr Commitment einfach verdoppelt haben - für die Commerzbank hieß das: von 2,5 auf 5 Milliarden -, um diese Rettung an dem Wochenende wirklich unter Dach und Fach zu kriegen.

Das war aus meiner Sicht ~~ich sage mal~~ eine kurze Schilderung, wie ich diese 14 Tage rund um das Wochenende im September, ~~wo diese~~ ersten Rettungsgespräche liefen, also das Wochenende 27./28., erlebt habe.

Vielleicht mal so viel von mir zur Einführung. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr, Herr Blessing. - Eine einleitende Frage - die auch schon andere Zeugen beantwortet haben; gleichwohl möchte ich sie auch an Sie richten -: Warum eigentlich war die Rettung der HRE, warum war dieses so unabdingbar wichtig, aus Ihrer Sicht?

Zeuge Martin Blessing: Die HRE ist ja mit 400 Milliarden Bilanzsumme, die sie damals hatte, eine sehr große Bank, und unsere Sorge ~~waren~~ eigentlich zwei Dinge - oder drei: Das eine ist, wenn Sie auf die Passivseite - das sind ja die Einleger der Hypo Real Estate - gucken: In dem Fall eines Moratoriums bzw. einer Insolvenz wird da ja sehr, sehr viel Geld verloren. Die Frage ist also: Wer verliert dort alles Geld? ~~Das waren zum einen, wenn Sie sich die Liste angucken, wie soll ich mal sagen, Sie kennen die ja nicht; aber Sie haben ungefähr eine Vermutung, wer es ist, wenn Sie an so einem Wochenende dort sitzen. Dann wussten wir natürlich, dass das neben vielen Banken, die sich im gegenseitigen Bankgeschäft Geld leihen, natürlich auch eine Liste von Versicherern, von ausländischen Institutionen, aber auch von Kommunen, Pensionsvereinen usw. ist, dass das also ein erstes Problem geben kann.~~

Zweitens. Die Insolvenz einer so großen Bank löst natürlich auch eine immense Ver-

trauenskrise aus. Die Sorge war natürlich, dass es so eine Art Bank-Run auf institutioneller Seite gibt, dass also das Vertrauen im Markt noch weiter ~~fortschwindet~~. Wenn es kein Vertrauen in Banken gibt, ~~kriegen sich~~ jede Bank innerhalb von 48 Stunden in massive Liquiditätsschwierigkeiten.

Das dritte Thema war der Pfandbriefmarkt. Die Hypo Real Estate ist einer der größten Emittenten auf dem deutschen und auch auf dem europäischen Pfandbriefmarkt. Wir haben gesagt: Wenn dieser Markt jetzt zusammenbricht und damit eines der wenigen Finanzierungsinstrumente, die zu dem Zeitpunkt, nach Lehman, noch halbwegs funktionierten, auch nicht ~~funktioniert~~ - das gesamte Marktvolumen des deutschen Pfandbriefmarkts ist ja fast 1 000 Milliarden Euro -, dann kriegen wir auch für die Refinanzierung in Deutschland im Bankensektor ein Riesenproblem.

Das war der Grund, warum alle gesagt haben: Wir können diese Bank nicht umfallen lassen, auch wenn sie keine Privatkundeinlagen hat, auch wenn sie keine Filialen hat, auch wenn der Name nicht so richtig bekannt ist. - Die Größe, der Vertrauensschaden und der Pfandbriefmarkt, das waren die drei Gründe.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wäre eigentlich - Sie haben das erste und zweite Wochenende ja auch in Zahlen gefasst - ein größerer Beitrag der privaten Banken als das, was am Ende dabei herumgekommen ist, üblich oder möglich gewesen?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, Herr Ackermann hat sich in den Nachtverhandlungen über das, was im Privatbankensektor eigentlich abgesprochen war und was wir als möglich gesehen haben, schon weit hinausbewegt, weil alle gesagt haben, dass wir, insbesondere nachdem Lehman und auch das deutsche Lehman-Haus umgefallen waren, ansonsten in der Einlagensicherung natürlich auch an die ~~völlig~~ Grenze der Machbarkeit stoßen und das natürlich wieder einen Vertrauensschaden ~~in das gesamte~~ System ausgelöst hätte.

~~Also an der Ecke, insbesondere an der Ecke~~ Ein noch größeres Verlustrisiko an dem Cap zu nehmen. ~~Wir haben uns schon mit dem Thema sehr, sehr schwer getan. Nachdem Herr Ackermann das zugesagt hat, hat es auch noch viel Überzeugungsarbeit im Bundesverband gebraucht, um dann hinter-~~

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

58

her ~~vorzusagen~~ die Beschlüsse rechtsverbindlich zu kriegen, ~~um das mitzumachen~~

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt noch mal zu den Szenarien des Wochenendes. Wie viel Augenmerk hat man darauf verwandt und wie hat man geprüft oder sich der Frage genähert, ob es nicht besser sei - ich sage das mal -, zu versuchen, Teilbereiche der Hypo Real Estate Holding, also die DEPFA plc beispielsweise, isoliert oder möglichst isoliert in die Insolvenz gehen zu lassen?

Zeuge Martin Blessing: Herr Vorsitzender, das haben wir durchdiskutiert. Es gab mehrere Modelle oder Überlegungen. Das eine Modell war: Wir retten den deutschen Teil und lassen den irischen Teil ~~vorzusagen~~ in die Insolvenz gehen. Es gab Möglichkeiten, Debatten über Treuhandlösungen, über Auffanggesellschaften - -

Am Schluss haben wir immer gesehen: Das löst das Problem nicht wirklich, also erstens die Frage, was im Euroraum passiert wäre, wenn man die irische DEPFA hätte pleitegehen lassen. Was dann mit dem EU- und Euromitglied Irland passiert wäre, war die eine Frage, die uns umgetrieben hat.

Die zweite Frage war natürlich: Wenn diese Tochtergesellschaft in Konkurs und in die Insolvenz geht, dann hat das Rückwirkungen auf die Mutter, weil es Verflechtungen gibt: Dort gibt es Kreditbeziehungen, dort gibt es Wertansätze für die Tochtergesellschaft. ~~Wir haben gesagt -~~ Am Schluss war die Meinung derjenigen, die dort im Raum saßen: Wir kriegen das nicht abgespalten, wir kriegen das Problem nicht isoliert, es schwappt zurück, und damit haben wir einen noch größeren Kollateralschaden ausgelöst, ohne wirklich etwas gerettet zu haben. - Deswegen ist diese Lösung verworfen worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Noch einmal zu den 8,5 Milliarden Euro des ersten Wochenendes. Es ist doch richtig, wenn ich das so in Erinnerung habe, dass die Ursprungsangebote der privaten Banken so bei 1 bis 2 Milliarden Euro lagen?

Zeuge Martin Blessing: Ja, wir hatten am Anfang gehofft, den Cap bei 2 Milliarden zu ziehen, weil wir da auch gesagt haben: Rein die privaten Banken. Als dann klar war: „Das ist in der Größenordnung nicht ausreichend“, hat man gesagt: Okay, wenn

wir den gesamten Finanzdienstleistungssektor, also inklusive des öffentlich-rechtlichen Sektors, des Genossenschaftssektors und der Versicherungen, ~~Dann~~ kann man vielleicht andere Beträge aufbringen. Dadurch, dass - Sie sehen ja, dass, als dann am nächsten Wochenende, ich hätte beinahe gesagt: die Eintreibung dieser Beiträge erfolgt ist, auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Häusern sich der Dramatik natürlich bewusst waren, wussten, dass sie selber sehr viel Geld im Feuer hatten, und deswegen mitgemacht haben.

Deswegen haben wir gesagt: Okay, dann kann man einen größeren Betrag nehmen. Der private Bankenverband hat dann ja gesagt: Von den 8,5 nehmen wir 4,5, also wesentlich mehr, als wir ursprünglich ~~ich eage-met, wollten~~ uns eigentlich zugetraut haben, ~~und haben uns da schon wesentlich weiter aus dem Fenster gelehnt, als wir das anfangs für richtig gefunden haben~~. - Aber das ist natürlich auch der Dynamik einer solchen Rettungsaktion geschuldet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Blessing. - Ich habe einstweilen keine Fragen und erteile das Wort Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blessing, wie hoch ist eigentlich das bilanzielle Eigenkapital Ihrer Bank, das in die Bereitstellung der von Ihnen - - der Kredite an die HRE-Gruppe geflossen ist?

Zeuge Martin Blessing: Herr Wissing ~~an dem, wie es damals war~~ wie viel Eigenkapital wir damals - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein, insgesamt, heute: Wie viel Eigenkapital der Commerzbank ist gebunden?

Zeuge Martin Blessing: In der HRE heute? Relativ wenig, weil die Unterlegungspflicht für einen Kredit an ein Institut, das jetzt zum größten Teil dem Bund gehört, natürlich ~~sehr~~ sehr gering ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): Was heißt „sehr gering“? Gleich null oder gegen null oder -?

Rein beziehe

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

59

Zeuge Martin Blessing: Nein, aber ich sage mal. Die Eigenkapitalbindung ist maximal im zweistelligen Millionenbereich, also nicht im dreistelligen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nur zu „heute“. Das Problem noch mal -- Ein kurzer Hinweis von Herrn Becker, wahrscheinlich zum Gegenstand des Untersuchungsauftrages. -- Herr Becker, bitte.

MR Markus Becker (BMF): Ich wollte nur darauf hinweisen: „Heute“ meint sicherlich „April“, oder?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Eben. Das Problem ist: Der Untersuchungsauftrag ist beschränkt auf Ende April 2009, sodass wir diese Grenze hier auch formal immer beachten müssen. „Heute“ ist nicht „der heutige Tag“, sondern „Ende April“.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es gibt ja keine Hinweise, dass sich das verändert haben könnte oder so.

Zeuge Martin Blessing: ~~Hebe ich jetzt auch nicht groß.~~ Ich habe es ~~bed.~~ ehrlich gesagt. auf dem Stichpunkt - sorry! - nicht nachgeguckt. Nageln Sie mich jetzt bei der Aussage nicht fest! - Aber ich glaube nicht, dass es da wesentlich höher gewesen ~~wor-~~
~~den~~ ~~ist~~.

Dr. Volker Wissing (FDP): Mir reicht im Grunde genommen eine Größenordnung, wie Sie sie angegeben haben, Herr Blessing.

An diesem Wochenende wurde letztlich von einem Liquiditätsbedarf von 35 Milliarden gesprochen. In der Ad-hoc-Meldung stehen aber nur 15 Milliarden drin. Wissen Sie, wie es dazu kam, dass in der Ad-hoc-Meldung so ein anderer Betrag drinstand.

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, Sie beziehen sich auf eine Ad-hoc-Meldung der Hypo Real Estate.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja, genau.

Zeuge Martin Blessing: Wie die zustande gekommen ist, weiß ich nicht, weil das natürlich nichts war, womit wir uns befasst haben. Das war etwas, was separat von der Hypo Real Estate, ~~die sozusagen von~~
~~der~~ Ich wusste, dass die Kollegen an dem

Wochenende auch bei der BaFin waren. ~~Sie ist~~ einmal ganz kurz in einem anderen Raum in einem anderen Stockwerk gesehen habe. Aber ansonsten haben wir nicht mit denen verhandelt. Insofern weiß ich auch nicht, warum ~~das wie aus welchem Grund~~
In ihre Ad-hoc-Meldung geschrieben haben.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat es Sie gewundert, dass an diesem Rettungsgespräch der Vorstand der Hypo Real Estate überhaupt nicht teilgenommen hat?

Zeuge Martin Blessing: ~~Na ja,~~ Ich bin nicht ganz sicher, ob der dort wirklich geholfen hätte. ~~weil ja die Frage war.~~ Es waren ja zwei Fragen: Das eine ist: Wie groß ist das Problem? Und die zweite Frage, die wir an dem Wochenende ~~natürlich immer~~ diskutiert haben: Wie lösen wir es denn, also wie kriegen wir es hin, dass wir es gelöst bekommen?

~~Die Eckdaten der Problematik.~~ So auf die Schnelle waren ~~blei~~ alle natürlich einen Tick unsicher, wie groß das Problem ist. Ich hatte ja vorhin schon gesagt: Die Ursprungsannahme - noch an dem ~~wann war das~~ Donnerstag, den 25. September - war ja: Es sind 15 Milliarden. - Wir haben dann schon an dem Wochenende über den größeren Betrag, 35, geredet, weil wir gesehen haben, dass die Liquiditätsplanung der Hypo Real Estate wahrscheinlich nicht so exakt und genau ist, wie wir das erwartet hätten.

Das Problem ~~an der Ecke~~ ist natürlich auch, dass Sie in eine solche Liquiditätsplanung Annahmen ~~einbauen~~ müssen. Zum Beispiel haben Sie in der Liquiditätsplanung drin: Wie viele Kredite laufen wann ab? Wie viele davon werden vorzeitig zurückgezahlt? Welche werden prolongiert? Bei welchen Krediten kommt der Kunde, auch wenn der Kredit fällig ist, ~~pa~~ und sagt: „Du musst den Kredit verlängern, weil ich im Moment kein Geld zum Zurückzahlen habe“, so eine Art Zwangsprolongation. Auch das gibt es. Je nachdem, welche Annahmen Sie dort machen, verändert sich der Liquiditätsbedarf.

Wir haben ~~hier~~ natürlich etwas konservativere Annahmen gemacht - über die man natürlich immer lange streiten kann in einem solchen Prozess. Deswegen waren wir an diesem Wochenende zu dem Schluss gekommen: Wir reden dort eher über 35. - Das war ja das, was wir an dem ersten Wochenende dann noch als Rahmen bereitgestellt haben und wo wir dann am zweiten Wo-

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

60

chenende danach schon gesehen haben, das wird nicht reichen, weil es eben gewisse ~~wie soll ich mal sagen?~~ Downgrades der Hypo Real Estate gab, die dann dazu geführt haben, dass die noch mal ~~einfach sozusagen~~ Cash als Sicherheit nachschließen mussten. Deswegen ist der Betrag noch mal weiter angestiegen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Haben Sie nicht damit gerechnet, dass es dazu kommt? Denn es war doch klar, nachdem es eine Ad-hoc-Mitteilung der HRE geben musste, dass bekannt wurde, dass es ein Rettungswochenende gab, dass genau die Probleme, die Sie vorhin beschrieben haben, die nach dem ersten Rettungspaket eingetreten sind, auch eintreten würden.

Zeuge Martin Blessing: Wir haben natürlich verschiedene Annahmen gemacht. ~~Aber eine der Thematiken, die wir vorerst~~ in der nächsten Woche gesehen haben, hatte zum Beispiel mit Währungsswaps zu tun. Was heißt das? Wenn Sie einen Kredit in Dollar vergeben und sich selber in Euro refinanzieren, dann können Sie die Währungsschwankung sichern: Dann machen Sie ein Sicherungsgeschäft, einen sogenannten Währungsswap.

~~Wenn jetzt~~ Je nachdem, wie der konstruiert ist, kann das dazu führen, dass, wenn Ihre eigene Bonität sinkt, Ihre Gegenpartei eine höhere Sicherheitenstellung ~~fordern~~ kann, weil der eine ~~dem einen~~ ja Dollar schuldet, der andere ~~dem~~ Euro, und wenn sich plötzlich die relative Bonität der Institute verschiebt, dann muss der eine plötzlich sich schließen. Das ~~ist sozusagen~~ auf die Schnelle, ~~im~~ dem ersten Wochenende, sehr, sehr schwer abschätzbar. Da müssen Sie sehr, sehr tief in die Bücher reingehen. Und da es bei der Hypo Real Estate keine zentrale Treasury, sondern eine sehr dezentrale über die verschiedenen Einheiten gab, war das an dem Wochenende gar nicht leistbar.

Und man muss ja aufpassen, wenn man so Abschätzungen macht, dass man auf der einen Seite nicht zu ~~wie soll ich sagen?~~ aggressiv ist und es zu gut darstellt, auf der anderen Seite auch nicht zu konservativ ist und sagt: Ich habe es jetzt gerade überall sozusagen mit Gürtel, Hosenträger und noch festgetackert. Dann kommen Sie auch nicht weiter. Sie müssen irgendwann mal sagen: Okay, nach bestem Wissen und Gewissen ist die Lage jetzt so.

Und dann haben wir ~~heißt~~ hinterher festgestellt, dass dort noch Nachschüsse kamen. Das sind immer Riesenbeträge. Ich weiß, das klingt ganz - wie soll ich sagen? -, fast unglaublich, wenn so Riesenbeträge dort einfach kommen. Bei der Größe der Bilanz kann das aber sehr schnell auflaufen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Machen Sie sich keine Sorgen. Der Bundestag hat sich an Milliarden längst gewöhnt.

Zeuge Martin Blessing: Ob ich das beruhigend finden soll?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist es Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt merkwürdig vorgekommen, dass seitens der Bundesregierung niemand an den Gesprächen teilgenommen hat?

Zeuge Martin Blessing: Gut, wir haben ja am Samstag natürlich auch mit Herrn Weber und Herrn Sanio darüber diskutiert, ob es nicht besser wäre, dass die Bundesregierung direkt an den Gesprächen teilnimmt. Wir wussten auch, dass natürlich Herr Sanio und Herr Weber dort in Kontakt waren. Und natürlich hätten wir uns das schon gewünscht, weil uns von vornherein klar war, dass ~~wie soll ich sagen?~~ wir als Banken das Problem nicht alleine lösen können.

Auf der anderen Seite war uns dann natürlich in den Verhandlungen auch klar, dass der Bund natürlich ~~sozusagen~~ nur begrenzte Begeisterung hat, dieses Problem zu lösen, und dass deswegen ~~natürlich~~ auch die Frage, wann kommt wer zu den Verhandlungen, eigentlich schon Teil der Verhandlung ist. Da muss man am Schluss halt sehen: Da hätte man natürlich aus unserer Sicht den Verhandlungspartner früher gerne am Tisch gehabt. Ob das aus Sicht des Verhandlungspartners dann eine günstigere Lösung geworden wäre, da machen wir ein großes Fragezeichen dran.

Dr. Volker Wissing (FDP): Die Deutsche Bank hat den Sicherungspool auf etwa 15 Milliarden Euro quantifiziert. Ist das richtig?

Zeuge Martin Blessing: Ja, ich glaube, es gab noch nicht bellehene Aktiva der Hypo Real Estate von ungefähr 42, wo man dann mit Abschlag gesagt hat, die könnten unge-

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

61

fähr für 15 Milliarden gut sein. Warum diese großen Abschlüsse? - Da waren halt auch viele sehr lang laufende illiquide Positionen, die auf den ersten Blick schwer zu bewerten waren. Also langfristige Infrastrukturfinanzierung. Da muss man einfach größere Abschlüsse machen. Wenn man hinterher eine Sicherheit verwerten will, kriegen Sie dafür halt im Zweifelsfall nur sehr wenig. Aber das war ungefähr die Größenordnung, über die wir damals geredet haben.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, warum, glauben Sie eigentlich, hätte der Bund mehr Risiken gehabt, als er jetzt hat, wenn er früher bei den Verhandlungen gewesen wäre?

Zeuge Martin Blessing: Ich habe nicht gesagt, dass er zwangsläufig mehr Risiken ^① gehabt hätte. Na ja, die Frage ist ja, wenn man das ganze Thema durchgeht. Das ist eine Frage der Verhandlung, hätte passieren können. Ich weiß es nicht. Das Problem ist ja immer, wenn Sie eine Verhandlung führen: An einer Ecke müssen Sie sich entscheiden: Gehen Sie in der Verhandlung links, rechts? Nehmen Sie jetzt schon teil? Brechen Sie die Verhandlung ab? Und ob eine andere Verhandlungstaktik hinterher erfolgreicher gewesen wäre, ist immer sehr ^②. Da kann man lange drüber diskutieren.

Natürlich hätten wir uns gefreut, es - wie soll ich sagen - mit weniger. Je enger ^③ der Zeitraum wurde gegenüber dem Montagmorgen, ^④ wo wir wussten: Dann ist es entweder Null oder Eins, nämlich entweder wir haben eine Lösung oder wir haben keine, und die Hypo Real Estate fällt um. - Je enger Sie dem Zeitpunkt sich nähern, desto höher steigt natürlich die Anspannung. Da hätte man sich natürlich schon gefreut auf der einen Seite, wenn das etwas früher geregelt worden wäre. Ob da am Schluss eine andere oder wesentlich bessere Lösung für eine der beiden Parteien rausgekommen wäre: Ich glaube, das ist eine müßige Spekulation.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe jetzt an Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blessing, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement schon betont, dass Sie an der Bristol-Runde betel-

ligt waren, aber in dieser Runde die besondere Problematik HRE noch nicht erörtert wurde, sondern nachher im kleineren Kreis. Wer war an dem kleineren Kreis nachher beteiligt, und wer hat im Grunde über die Situation der HRE dann in diesem Kreis berichtet?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, in der Bristol-Runde - - Wissen Sie, das ist eine sehr große Runde; deswegen war es, glaube ich, auch richtig, darüber nicht zu reden.

In der kleineren Runde erinnere ich mich ^⑤ auf jeden Fall, dass Herr Axel Weber von der Bundesbank da war, Herr Sanio war da, Herr Asmussen war meines Wissens da, Herr Steinbrück, also Minister Steinbrück, war da, Herr Ackermann, Herr Müller und ich. An die kann ich mich erinnern. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob ich jetzt nicht irgendjemanden vergessen habe; aber an die kann ich mich in der Runde erinnern.

Wer jetzt darüber berichtet hat? ^⑥ Da wir alle das Gefühl hatten. Wir wussten, dass dort ein großes Problem war. Ich glaube, Herr Weber hat berichtet, dass sich die Bundesbank natürlich irgendwo Sorgen macht. Herr Ackermann hat berichtet, dass sie ^⑦ schon am Vorbereiten eines solchen Kredits war. Ich kannte das Thema, weil eben ein paar Tage vorher Herr Funke auch bei mir angerufen hat und die Kollegen in der Runde waren. Dann bricht sich da relativ schnell eine Debatte heraus, wie wir ^⑧ jetzt weitergehen, was wir denn da machen. Einen ^⑨ ~~breiten~~ langen Vortrag hat es da ^⑩ ~~gar~~ nicht gegeben. Kann ich mich jedenfalls nicht dran erinnern.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie haben eben, Herr Blessing, das besagte Protokoll schon erwähnt. Finden Sie die Dinge - zumindest, solange Sie physisch anwesend waren an dem Rettungswochenende - im Protokoll richtig wiedergegeben?

Zeuge Martin Blessing: Ja, da sind also sehr viele Teile richtig wiedergegeben. Ob ich jetzt wirklich wörtlich gesagt habe: „Dann fällt irgendwie der ganze Sektor um“, kann ich mich nicht mehr zu 100 Prozent ^⑪ ~~her~~ erinnern; aber dass wir ^⑫ ~~beispielsweise~~ über solche Themen ^⑬ ~~natürlich~~ geredet haben, dass das auch die Meinung war, dass wir hier ein Riesenproblem haben, ist völlig klar. Ob das immer die genau exakten Worte in dem Protokoll sind, das weiß man natürlich irgendwie

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

62

fast ein Jahr später nicht mehr. Aber ansonsten beschreibt das Protokoll es sehr gut. ~~Ich habe also~~ Meine Stichwortnotizen zu dem Wochenende waren wesentlich weniger ausführlich als das Protokoll. Insofern war ich sehr dankbar, es noch mal lesen zu können. So konnte ich mich noch mal besser ans Wochenende erinnern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie mussten es ja auch nicht schreiben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wo es so lange gedauert hat, - Herr Blessing, wenn Sie das noch mal aus Ihrer Erinnerung darstellen. Nun haben Sie eben ja betont, dass durch den 15.09. - Lehman-Pleite - noch eine Verstärkung herbeigeführt wurde. Waren Ihnen Liquiditätsprobleme der HRE vor diesem Zeitpunkt schon bekannt?

Zeuge Martin Blessing: Nein. ~~Ich sag mal~~ Was wir alle wussten - alle im Markt -, ist: Seit ~~früher~~ Sommer 2007 war im Markt ~~natürlich~~ das Thema Liquidität ~~ein~~ wesentlich relevanter geworden. ~~Als~~ Liquidität war ~~einem Tick~~ knapper und teurer geworden.

Mit Lehman ~~hat ja dann kurz nach Lehman in den nächsten Tagen der wie soll ich sagen~~ Wenn Sie sich zum Beispiel angucken: Es gibt immer den Unterschied zwischen besicherter und unbesicherter kurzfristiger Refinanzierung. Die war historisch immer nur ein paar Basispunkte ~~die war~~ ~~am 1. August 2007 irgendwo~~ auf 50 Basispunkte, also ~~ein~~ halbes Prozent, gestiegen und stieg dann nach Lehman auf 200 Basispunkte, also 2 Prozent, an; sie hat sich also fast vervierfacht. Das zeigt am besten so eine Kurve, welche plötzlichen Verwerfungen es in einem Markt gab, der vorher relativ sauber noch funktionierte, zwar ein bisschen - wie soll ich sagen -, ab und zu mal einen kleinen Schluckauf hatte, aber jetzt nicht völlig ausgetrocknet war.

Dass nach Lehman das ~~ich sage mal~~ völlig brachlag und dann auch so lange brach ~~weile~~ gelegen hat - das hat ~~ja~~ Monate gedauert, bis sich das wieder entspannt hat -, war etwas, das, glaube ich, die wenigsten in ihren Stressszenarien irgendwo abgebildet haben und womit wir auch nicht gerechnet hatten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie betonen, dass die Verwerfungen am Geldmarkt

im Grunde schon Mitte 2007 zu verzeichnen waren. Ist dann ein Geschäftsmodell, wie beispielsweise DEPFA plc, die im Herbst 2007 dann von der HRE übernommen wurde, nicht unter bestimmten Risikogesichtspunkten besonders zu sehen?

Zeuge Martin Blessing: Im Nachhinein ist das natürlich sehr schwierig oder würde ich das genauso sehen.

Ein Modell, wo Sie hingehen und längerfristige Aktiva mit kürzerfristigen Passiva refinanzieren, ist ja nichts per se Schlimmes.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das Volumen.

Zeuge Martin Blessing: Ich wollte gerade sagen: Eine normale Sparkasse hat ja auch - wie soll ich sagen - Spareinlagen und gibt Hauslebaukredite, und das hat auch eine unterschiedliche Fristigkeit. Das können Sie in einem gewissen Rahmen ja machen. Davon lebt eine Bank auch, und davon lebt auch eine Volkswirtschaft.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Herr Blessing, HRE hatte vor der Übernahme eine Bilanzsumme von 180, durch plc wurden es dann 400 Milliarden - ausschließlich mit dem einen Geschäftsmodell. Da ist das Volumen doch entscheidend.

Zeuge Martin Blessing: Ja, natürlich. Ich bin ja bei Ihnen. Ob ~~man~~ das zu dem Zeitpunkt ~~ob das~~ verantwortlich war oder nicht, kann ich nicht beurteilen, weil ich damals natürlich ~~auch~~ die Unterlagen ~~ich~~ weiß auch nicht genau. Wir haben uns dann mit Mühe angeguckt, wie die Finanzierungsstruktur im Herbst ~~bezusagen~~ 2008 war.

Wie die jetzt im Jahre 2007 gewesen ist, was man da schon hätte sehen können und so, gebe ich ganz ehrlich zu, habe ich mich nicht schlau gemacht und mir damals auch nicht angeguckt, weil ich sagte: Die Debatte bringt mir ~~bezusagen~~ an dem Rettungswochenende nach vorne gehend nichts. Das kann ich sowieso nicht mehr ändern. - Deswegen habe ich mir da, ehrlich gesagt, ~~von der Ecke~~ ~~dann~~ wenig Gedanken drüber gemacht. Im Nachhinein würde ich sagen, hat sich ja gezeigt: Das war sicherlich nicht der richtige Schritt, ja.

fern Kredit

nicht konnte.

① Ist sie rum
rum

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

63

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kennen Sie eine weitere Bank als die HRE, die erfolgreich mit einem solchen Geschäftsmodell gearbeitet hat?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, ich sage mal: Wir selber betreiben mit der Euro Hypo ja auch eine Hypothekenbank. ~~Da haben wir solche Geschäfte in der -- Ich sage mal: Die Aktiva, die da eingekauft wurden bei der HRE auch bei der DEFA --~~ Auch da haben wir zum Beispiel solche Aktiva drin. Die Frage ist eben, mit welcher Fristigkeit in welcher Menge Sie das refinanzieren, und das ist am Schluss ~~bezuogen~~ das Problem geworden. Wie viel Ihrer Gesamtkonzernfinanzierung müssen Sie also wie schnell wieder ~~erneuern~~ erneuern? Ich glaube, da ist die Größenordnung ein wirkliches Problem geworden.

Wie viele andere Banken das ~~jetzt~~ ~~machen~~ machen: Ich kenne jetzt nicht ~~bezuogen~~ jede Liquiditätsstruktur, aber das war schon ein sehr ~~wie soll ich sagen~~ auf Liquiditätstransformation ausgerichtetes Geschäftsmodell, das deswegen auch in der Krise, in der Liquiditätskrise, nicht gehalten hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, der Bundesverband deutscher Banken hat unter dem Datum vom 07.04.2008 - Überschrift: „Lehren aus den Finanzmarkturbulenzen“ - ein Positionspapier veröffentlicht, in dem unter anderem die Forderung aufgestellt wird - ich zitiere -:

Die Aufsichtsbehörden sollten sich für den Fall krisenhafter Entwicklungen bereits im Vorfeld zur Erstellung von Notfallplanungen und zur Entwicklung von Kommunikationsstrategien gegenüber der Öffentlichkeit verpflichten. Diese Krisenbewältigungs- und -präventionsstrukturen müssen auch Notenbanken und Regierungen einbeziehen.

Wurden nach Ihrer Kenntnis diese Forderungen bis September 2008 aufgegriffen und wann und wo?

Zeuge Martin Blessing: Ich kann mich jetzt an das Papier groß ~~zur~~ erinnern. Ich glaube, unsere wirkliche Sorge - auch im BdB - war: Was passiert gerade in Europa, im Euroraum mit Institutionen, die in mehreren Ländern tätig sind? Wie ist dann eigentlich die Koordination der Aufsicht und der Notenbanken? - Das war, glaube ich, damals

in dem Papier unsere Sorge und unsere Lehre, nach dem Motto: Wen ruft man in Europa an, wenn eine Bank, die in mehreren Ländern unterwegs ist, in Probleme kommt?

Inwieweit das intern die Regulatoren aufgegriffen haben und dort Notfallpläne erarbeitet wurden und so, wäre eine Frage, die müssten Sie, glaube ich, an die Aufsicht richten. Das kann ich nicht beurteilen. Mein Gefühl ist allerdings, dass wir da noch sicherlich Raum für Verbesserungen haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber dass die Banken das selber auch aufgegriffen haben, davon gehen Sie aus?

Zeuge Martin Blessing: Es ging ja hier darum, dass die Aufsicht --

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nicht nur die Aufsicht, sondern auch die Banken selber: Szenarien durcharbeiten.

Zeuge Martin Blessing: ~~Ja, dass wir sozusagen selber~~ Als Banken arbeiten wir natürlich Szenarien für uns durch: Was könnte passieren, wenn wir unter einen Liquiditätsstress kommen? ~~Szenarien, was passiert, wenn andere Banken~~ Ein Lehman-Szenario ~~zum Beispiel~~ hat, glaube ich, vorher keiner in der Detailkenntnis durchgespielt. ~~Ich glaube es jedenfalls nicht.~~ Wir haben ~~bezuogen~~ nicht damit gerechnet, dass so was passiert, und die Verwerfungen, die dann kamen, waren auch größer und heftiger, als wir das erwartet hätten.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, ich darf noch mal auf das erste Rettungswochenende kommen. Sie haben eben betont, dass es vielleicht wünschenswert gewesen wäre, wenn auch für Bankenfragen im zuständigen Ministerium -- und damit auch die Bundesregierung sich rechtzeitig beteiligt hätte. Haben Sie Kenntnis darüber, ob man vielleicht die Situation von den Auswirkungen und von den Dimensionen her nicht so eingeschätzt hat, wie eigentlich angemessen gewesen wäre?

Zeuge Martin Blessing: Mein Gefühl war: Nachdem Herr Asmussen ~~dann~~ am Sonntag ab 17 Uhr da war: Der war voll im Film. ~~Er war nicht so, dass er nicht wusste,~~ ~~worum es geht, und ich hatte auch das Ge-~~ H Es

fühlt, er weiß genau, welche Dimension und welche Problematik ~~vor~~ansteht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Den Eindruck hatten Sie aber auch schon an dem Donnerstag im Nachklang zum Brüssel-Gespräch.

Zeuge Martin Blessing: ~~Ich glaube, da waren wir noch - war ich auch der Meinung, dass~~ ~~an dem Tag ging es noch um 15 Milliarden mit einem Sicherheitenpool von 42. Da hatte ich noch das Gefühl, als wir da rausgingen: Na ja, das wird etwas, das die privaten Banken~~ - Es ging auch nur um Liquidität mit einem Sicherheitenpool. Das ist ja immer die Frage: ~~Die eine Sache bei dem Kredit ist immer: Wo kommt die Liquidität her? Natürlich haben wir uns damals als Banken auch überlegt, weil die Liquiditätssituation nach Lehman schwierig war: Wollen wir unsere eigene Liquidität - ich sage mal ganz hart - einem Wettbewerber zur Verfügung stellen, ja oder nein? Dann grummelst du mal so, und dann sagst du: Okay. Um das System sozusagen stabil zu halten, ist dann die Antwort am Schluss Ja.~~

Die zweite Frage ist: Wie geht das mit dem Ausfall? Als wir über die 15 Milliarden geredet und gesagt haben: „Da ist ein Sicherheitenpool von 42“, hätten wir dann auch gesagt: „Okay, an einem solchen Kredit können wir uns beteiligen“, um das zu machen. Dann wäre die Situation auch längst nicht so dramatisch geworden, sondern es wäre eine Situation gewesen, die man wahrscheinlich in den Griff gekriegt hätte.

~~Dadurch, dass das Ganze dann auf 35 stieg und das eine Größenordnung hatte, die weit über den angenommenen Wert des Sicherheitenpools hinausging, hat das eine andere Dramatik bekommen. Deswegen war auch die Dramatik an dem Samstag, Sonntag in der Debatte eine ganz andere, als sie am Donnerstag noch vorhanden war.~~

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Teilen Sie, Herr Blessing, die Einschätzung einiger, dass die Nicht-von-Anfang-an-Beteiligung im Zusammenhang damit stehen könnte, dass es dann vielleicht vom Rettungsvolumen für den Bund und damit auch für den Steuerzahler noch teurer geworden wäre?

Zeuge Martin Blessing: Mein Gefühl war, dass das Finanzministerium sich über-

legt hat: „Wie komme ich ~~bezugnehmend~~ verhandlungstaktisch am besten durch das Wochenende?“, und sich dann für eine Strategie entschieden hat, nämlich zu sagen: Ich trete in die Verhandlungen erst sehr spät ein. - Die Frage, ob es, wenn sie früher eingetreten wäre, für sie günstiger geworden wäre, für das Finanzministerium oder für uns Banken - - ich weiß es nicht. Im Nachhinein ist das ganz schwer zu beurteilen. Das war eine Verhandlungsstrategie. Die hat sicherlich zu einem - wie soll ich sagen? - etwas erhöhten

(Zuruf: Blutdruck!)

- Blutdruck geführt, genau, auch bei den Beteiligten im Raum. Davon will ich mich gar nicht ausnehmen. Aber sie hat am Schluss ~~wie soll ich sagen~~ kurz vor knapp auch zu einem Ergebnis geführt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber halten Sie es nach wie vor aufgrund der Brisanz des Themas für angemessen, sich so zu verhalten?

Zeuge Martin Blessing: Darüber können wir lange streiten. An dem Wochenende hätte ich das wahrscheinlich anders gesehen, als ich das heute beurteilen würde. Heute würde ich sagen: Das war eine mutige Strategie; da habe ich viel von gelernt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn ich in der Überleitung zum zweiten Rettungswochenende komme: Haben Sie Kenntnis darüber, wer das Team der Deutschen Bank beauftragt hat - über Herrn Ackermann -, die Prüfung der Liquidität bei der HRE noch einmal vorzunehmen, woraus dann ja die neue Ziffer entstanden ist?

Zeuge Martin Blessing: ~~Das~~ waren, ehrlich gesagt, auch Kollegen mit von uns, wobei, glaube ich, die Deutsche Bank auch den Teil in Dublin insbesondere geprüft hat. ~~Das haben wir irgendwann~~ ~~an dem Wochenende, als wir dort saßen~~ - ~~Es ist ja nicht so, dass man immer nur die ganze Zeit an dem - Da gibt es auch mal Pausen zwischendurch. Wir haben uns auch überlegt: Wie machen wir denn hinterher weiter? Wir brauchen~~ ~~sozusagen~~ da Klarheit. Dass dort ein Team weiterarbeitet und versucht, das besser herauszufinden, das war uns damals klar. Ich weiß ~~jetzt gar~~ nicht mehr, ob der Anstoß dazu von Herrn Müller vom BdB oder von Herrn Lindlar

vom Prüfungsverband kam. Irgendwie waren wir uns dann einig: Wir müssen dort weitermachen. Denn an dem Wochenende selber - also an dem ersten Wochenende - saßen auch zum Beispiel zwei Kollegen von mir aus der Commerzbank in dem BaFin-Gebäude, ~~wie sozusagen~~ ~~Experten mit an der Liquiditätscockpit waren~~, um zu versuchen, die Zahlen dort schon mal einen Tick besser zu verstehen. Die haben dann dort auch weiter an den Themen gearbeitet, insbesondere aber natürlich die Deutsche Bank.

Wir waren uns gemeinsam einig: Wir brauchen da einfach noch mehr. Jede zusätzliche ~~Information~~ ~~Information~~ und mehr Klarheit hilft einfach.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Nach Aussage des Herrn Ackermann, Herr Blessing, wäre diese Bitte vom Bundesbankpräsidenten, Professor Weber, an ihn herangetragen worden.

Zeuge Martin Blessing: Das ist auch gut möglich. Ehrlich gesagt weiß ich jetzt nicht mehr genau, wer dann wann wie -- Es waren sich aber auch alle schnell einig, dass man das macht. Wer dann den Anstoß gegeben hat, Herr Dautzenberg, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht mehr.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie, Herr Blessing, das von der Expertise unserer Bankenaufsicht auch für bedenklich, dass man hier ein privates Team im Grunde einsetzt, um Quantifizierungen vorzunehmen? Das ist jetzt kein Vorhalt an die, die es gemacht haben, weil aufgrund der Kürze der Zeit nichts anderes übrig bliebe. Aber ist das ein tragbarer Zustand auch für die Zukunft?

Zeuge Martin Blessing: Das ist eine gute Frage. Auf der anderen Seite habe ich festgestellt: Bei uns im Haus gibt es auch nicht so viele Experten, die bei einem fremden Haus in ganz kurzer Zeit wirklich verstehen können, wie ~~die Liquiditätssituation aussieht~~. ~~Sie sehen ja auch: Wir haben uns dann auch über Zeit sozusagen in den Themen geändert.~~ Wenn Sie dort nicht tief in den Märkten drin sind, ~~so Swap Agreements kennen~~, eventuell mal selber abgeschlossen haben -- Ich habe am Schluss unseren Treasurer reingeschickt, weil ich sage: Der schließt solche Sachen selber ab; der weiß eher, wie sich das entwickelt. - Das ist aber bei uns eben, wie gesagt, eine Handvoll

Leute, auch ziemlich gut - sozusagen investmentbankingmäßig - bezahlte Experten. Ob Sie da die Chance haben, das in einer Aufsichtsbehörde in der Tiefe vorzuhalten, weiß ich ~~gar~~ nicht. Zumindest fand ich es damals von uns allen richtig, dort zu helfen, zu unterstützen und möglichst viele Informationen beizuschaffen, ~~weil wir selber auch in dem Kredit dringehangen haben~~. Es war ja nicht so, dass wir nur Berater waren, sondern wir waren auch involviert, sowohl mit Liquidität als auch mit Risiko. Von daher saßen wir ~~da eigentlich~~ alle im gemeinsamen Boot und haben gesagt: Wer hat denn jetzt am schnellsten wie viele Experten, die man dahinstellen kann, die es am besten verstehen, um möglichst Klarheit zu kriegen? - So ist dann sozusagen die Entscheidung zu diesem Team gefallen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe jetzt an Herrn Dr. Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön. - Dass Sie heute die Pokerrunde etwas ruhiger sehen, hängt aber nicht damit zusammen, dass Sie inzwischen auch zwei öffentlich bestimmte Aufsichtsräte haben und etwas näher an den Staat herangerückt sind?

Zeuge Martin Blessing: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Zweite Frage, weil Sie das auch sagten: Wir haben ja Zahlen in der Zeit online, was sozusagen Betroffenheit von Kreditinstituten auch auf der Gläubigerseite -- Können Sie auch bestätigen, dass die 1,4 Milliarden, die da angegeben sind, die Größenordnung sind, mit der Sie bei der HRE engagiert wurden?

Zeuge Martin Blessing: Das ist ein Bruttowert. Da gibt es natürlich gewisse Sicherheitenpositionen dagegen. ~~Es gibt auch sozusagen ein paar ... (akustisch unverständlich)~~ Aber von der Richtung her grob okay. Aber, wie gesagt, eine Brutto-Exposure ohne Sicherheitenanrechnung und solche Sachen, weil die - ich glaube, das kommt aus der Bundesbankmeldung - in der Großkreditmeldung gar nicht angegeben werden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Also, es ist jetzt passiv, was die unbesicherten Positionen angeht, deutlich weniger?

Zeuge Martin Blessing: Ja, falls die Frage wäre: Hätten wir das verloren, falls die Hypo Real Estate umgefallen wäre?, ist die Antwort Nein. ~~Folgendes~~ davon aus, dass es signifikant weniger gewesen wäre.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): In dem eben schon zitierten Protokoll steht:

Laut Blessing werde die HRE nicht der letzte Fall für eine Rettungsaktion sein.

Hatten Sie da schon Ihr Institut im Blick, oder war das sozusagen visionär insgesamt?

Zeuge Martin Blessing: Erstens. Das war ja der Punkt. Ich weiß nicht genau, ob alle Aussagen so wörtlich getroffen sind, wie sie im Protokoll stehen.

Zweitens. Die Antwort darauf ist Nein.

Drittens. Wenn Sie gucken, hat es eine ganze Reihe von Rettungsaktionen ~~gegeben~~ ~~zwar habe ich damals~~ ~~Wir haben auch immer~~ ~~über die Frage: Was passiert in Europa~~ ~~Wenn Sie sich mal die Zahlen angucken, wie danach passiert und glaube ich, bestätigt das leider damals meine Aussage~~

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Weil Sie Europa angesprochen hatten - ich habe es gestern mehrfach angesprochen -: Es gibt ja ein europäisches Memorandum of Understanding, das im Prinzip überall ständige Ausschüsse für Finanzmarktstabilität zu bilden sind, die im Prinzip Notenbank, Bankenaufsicht und Regierung oder Ministerium zusammenbinden, um eben auch so gewisse Strategiediskussionen zu führen. Herr Mirow als bis Mitte letzten Jahres zuständiger Staatssekretär hat uns gesagt: Das hat in Deutschland nie getagt. - Das fand er aber auch richtig, weil er meinte, das wäre nicht nötig. Würden Sie das auch so einschätzen?

Zeuge Martin Blessing: Das kann ich nicht beurteilen, ob das nicht nötig wäre. Das wäre, glaube ich, eine Frage für die Kollegen, die morgen dran sind, Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber weil eben diese europäische Dimension von Ihnen angesprochen worden ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wobei Herr Mirow das auch nur bis zum 28. Juni - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich hatte auch von Mitte letzten Jahres gesprochen, Herr Kollege, schon wissend, dass Sie sonst sofort intervenieren.

Zeuge Martin Blessing: ~~Es gibt ja heute~~ ~~zutage~~ ~~Ich sehe das auch~~ Ich kann es nur aus eigenem Erleben zum Beispiel für eine Commerzbank ~~Wenn wir Debatten auch~~ mit der englischen Aufsicht haben, auch mit der polnischen Aufsicht, und in vielen Ländern, wo wir sind, ist oft auch die BaFin eingebunden. Da gibt es auch gemeinsame Gespräche. Insofern gibt es dort schon einen Austausch. Ob es jetzt in der Ebene darüber auch ein Krisenausfallszenario gibt, weiß ich nicht. Ob es ~~vorzuziehen~~ notwendig ist, dass sie sich austauschen - - Meine Vermutung wäre: Da muss es einen Austausch geben. Inwieweit der durch solche Meetings passiert oder anders, kann ich nicht beurteilen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, es ist, wie schon gesagt, eine Vereinbarung, möglicherweise sogar von Herrn Steinbrück angeregt, und es ist eben in Deutschland nie umgesetzt worden. Das war für mich gestern sozusagen das Wundersame, dass der Staatssekretär sagt: Das ist auch in Ordnung so; wir haben lieber Einzelfallgespräche und Telefonate geführt und uns nicht sozusagen eines solchen strategischen Gremiums bedient.

Vielleicht noch mal zurück zur Ausgangsposition: Wann haben Sie das erste Mal ganz genau - können Sie sich daran noch erinnern? - von dem Fall HRE gehört? Weil es bei uns eigentlich immer eine Information gab, es gab auch ein nulltes Wochenende, also das Wochenende davor, wo Frau Lautenschläger Sie und die Deutsche Bank schon angesprochen hatte auf HRE.

Zeuge Martin Blessing: Wenn das nullte Wochenende dieses Wochenende 20./21. ist - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Martin Blessing: Da ~~sagte~~ ~~ich ja~~ ~~in meinem Eingangsstatement: An dem Wochenende~~ ~~hat mich sogar~~ ~~gab es ein Mee-~~

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

67

ling in der Bundesbank zum Thema HRE, wo auch Vertreter der Commerzbank - also zwei meiner Vorstandskollegen - dran teilgenommen haben. Gleichzeitig war das auch das Wochenende, an dem mich Herr Funke anrief und sagte, bei ihm sehe es illiquiditätsmäßig eng aus; ob wir ihm nicht kreditmäßig helfen könnten, oder ob wir uns nicht sogar überhaupt vorstellen könnten, die Bank zu kaufen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das mit Herrn Funke habe ich in Erinnerung.

Zeuge Martin Blessing: Genau. Insofern: An dem nullten Wochenende sind diese beiden Dinge gelaufen. Danach war mir klar: Da ist ein Riesenthema.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber von der Deutschen Bank war nicht Herr Ackermann anwesend? Weil er sich zumindest gestern daran nicht erinnern konnte.

Zeuge Martin Blessing: Ich war ja an dem Meeting ~~noch nicht~~. In der Bundesbank ~~war ich nicht~~. Da waren zwei meiner Kollegen, und es gab eben ein Arbeitsteam. Ich selber war da ~~auch nicht~~. Wie gesagt, an dem Wochenende habe ich nur mit Herrn Funke telefoniert, der mich auf dem Handy anrief. Dann habe ich kurz mit ihm gesprochen. Dann habe ich natürlich hinterher ~~weil ich ja wusste, dass die Kollegen da~~ auch mit den Kollegen gesprochen, um mal - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das heißt also, in diesem Gespräch ist die Gesamtdimension noch nicht in Ansätzen dargestellt worden.

Zeuge Martin Blessing: Nein, weil Herr Funke damals auch sagte - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, ich meine von der Bundesbank. Also nicht das Gespräch ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Martin Blessing: Das weiß ich nicht. Da war ich ~~jetzt nicht genau~~ dabei. ~~Da habe ich ein paar~~ Nein, in der Größenordnung war das auch der Bundesbank noch nicht bekannt. Wir gingen ~~ja~~ damals am Donnerstag zwischen den beiden - sozusagen zwischen Ihrem nullten und dem ersten Wochenende - in der kleineren Runde

auch noch ~~von~~ ~~was, dass es bei~~ den 15 Milliarden Liquiditätsbedarf mit einem dahinterliegenden Sicherheitenpool ~~das ausreichen würde~~. Das war ~~ebenfalls~~ die Dimension, über die wir in den ersten Tagen geredet und nachgedacht haben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber so, wie Sie den ganzen Prozess aus Ihrer Sicht geschildert haben, auch mit dem „wurde immer mehr“, haben Sie das ja alles auf die Märkte und Reaktionen zurückgeführt. Unser Gefühl ist, dass das Liquiditätsmanagement der HRE dermaßen katastrophal war, dass sie überhaupt keine vernünftigen Zahlen hatten. Das haben Ihnen aber Herr Ackermann oder die Bundesbank oder die BaFin nie irgendwie gesagt?

Zeuge Martin Blessing: ~~Nein~~. Ich hatte gesagt, dass wir dann ab dem ersten Wochenende selber auch ~~bezugnehmend~~ an den Themen mit dran waren. Und natürlich - das sagte ich ja vorhin ~~gesehen haben~~, dass es sehr schwierig war, dadurch dass es keine zentrale Treasury - also keine zentrale Steuerungseinheit - ~~für die ganzen Liquiditätsthemen~~ gab, ~~auch das Einschätzen und das Detailbesorgen dort ein Problem war~~. ~~Deswegen waren wir~~ natürlich etwas überrascht, dass das nicht bei der HRE zentral vorhanden war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe nunmehr an Frau Hauer von der SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Blessing, Sie haben geschildert, dass auch vor der Lehman-Pleite im September schon das Thema Liquidität bei den Banken eine Rolle gespielt hat. Konnten Sie sich da ausmalen, dass das zu einer solchen Situation im September kommen würde, oder wie war das?

Zeuge Martin Blessing: Wir haben gesehen - es begann im August 2007 rund um den IKB-Fall -, dass es an den Geld- und Kapitalmärkten etwas schwieriger wurde. Sie müssen sehen: Es gab das IKB-Thema; das ist in Deutschland gelöst worden. Es gab das Bear-Steams-Thema; das ist in den USA gelöst worden. Es gab Northern Rock; das ist in UK gelöst worden. Dass eine der größten Investmentbanken, auch eine der global am vernetztesten, einfach in den Konkurs gehen

Paris.

haben wir bei der HRE

den Liquiditätsbedarf einschätzen.

würde, mit den ganzen Schockwellen, damit haben wir damals nicht gerechnet. Noch am Wochenende davor haben wir gedacht: Jetzt werden die irgendwie eine Rettungsaktion ~~dort~~ hinzimmern. Dass die an diesem Wochenende in Amerika mit dem Thema Lehman, Merrill Lynch plus AIG beschäftigt waren und dann die Entscheidung so getroffen haben, wie sie sie getroffen haben, damit habe ich nicht gerechnet. Auch mit den daraus ~~herauskommenden~~ Verwerfungen, wie lange es gedauert hat, wieder halbwegs Stabilität reinzukriegen, das hat mich persönlich überrascht.

Nina Hauer (SPD): Sie werden - wenn ich das zitieren darf, Herr Vorsitzender - in *Focus online* vom 7. Juli dieses Jahres zitiert:

Commerzbank-Lenker Martin Blessing erklärte, wenn sich die Regierung einer Rettungsaktion verweigere, werde am Montag darauf kein deutsches Kreditinstitut mehr stehen.

Können Sie uns schildern - sodass wir uns das vorstellen können -, was das für Auswirkungen auch für den deutschen Staat oder für die deutschen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gehabt hätte?

Zeuge Martin Blessing: Frau Hauer, ich nehme an, das im *Focus* ist ein Zitat aus diesem Protokoll der BaFin.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das betrifft das Wochenende 27./28. September.

Zeuge Martin Blessing: Genau, das habe ich so verstanden. - Ich sagte schon vorhin: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das wirklich so gesagt habe, genau mit dem Wortlaut. Aber natürlich war mir und uns klar, dass dann, wenn eine Hypo Real Estate in Konkurs geht, a) ein Riesenvertrauensproblem im Markt, gerade in der Eurozone in Europa, natürlich primär auch in Deutschland, entsteht, dass zweitens die gesamten Einleger, die dort drin sind, massiv betroffen wären und dass drittens der Pfandbriefmarkt betroffen wäre. Meine These ist: ~~Wenn das passiert wäre, hätten wir~~ Das ist wie in einem Dominospiel. Wenn Sie einen der relevanten Steine umschmeißen, dann fällt halt ziemlich viel dahinter um. Sie kriegen das nur sehr schwer aufgehalten. Was das

dann gekostet hätte - keine Ahnung. Da müsste ich wüste Schätzungen machen. Aber es wäre massiv schlimmer geworden als die Rettungsaktion.

Nina Hauer (SPD): Was waren denn Ihre Erwartungen, was das denn die privaten Banken kosten würde, als Sie zum Rettungswochenende angereist sind?

Zeuge Martin Blessing: Gut, ich hatte schon vorhin gesagt: Wir hatten am Anfang, als wir anreisten und ~~Wann-sozusagen~~ im Vorfeld hörten, dass es jetzt nicht 15, sondern eher 35 sind, überlegt: Was heißt das an Liquidität? Wie viel kann man davon überhaupt zur Verfügung stellen? Welche Risikoübernahme hat man dann? Ich glaube - der Herr Vorsitzende hat es vorhin gesagt -, die privaten Banken waren am Anfang bei 1 bis 2 Milliarden. Das könnte man noch stemmen. Am Schluss sind es dann für uns 4,5 geworden, also wesentlich mehr, als wir uns vorstellen konnten. Da das Ganze über den Einlagensicherungsfonds ~~hinzukommt~~ geht, kann man sich ausrechnen, was die eigene Quote daran ist. Das war dann schon ziemlich viel Geld, mehr, als wir erwartet hatten.

Nina Hauer (SPD): Waren Sie überrascht, als Sie von Herrn Ackermann die Zahl 8,5 Milliarden gehört haben.

Zeuge Martin Blessing: Ich wusste, wo wir standen, als ich dann irgendwann an ~~binen~~ Sonntag zwischen neun und zehn dort raus bin, und was damals die Debatte war, was aber noch nicht zu einer Einigung geführt hatte. Ich bin, ehrlich gesagt, damals dort raus und zu unserem Krisenteam und dachte: Okay, das Ding ist jetzt geplatzt. Morgen fliegt uns ~~Wort~~ irgendwas um die Ohren. - Deswegen bin ich auch bei unserem Krisenteam geblieben und bin nicht zurückgefahren, sondern Herr Müller. Wir haben uns dann die Aufgaben geteilt. Insofern war ich ~~Wann~~ froh, als ich nachts gegen halb zwei hörte: Man hat doch noch eine Einigung bekommen. Natürlich war die Summe größer als erwartet. Natürlich war das am Donnerstag danach schwierig, eine Einigung aller Beteiligten über die Aufteilung hinzubekommen. Aber wir alle hatten das Gefühl: Das ist immer noch besser, als die Hypo Real Estate in Konkurs gehen zu lassen.

diesem

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

69

Nina Hauer (SPD): Wenn Sie das Verhandlungsergebnis vonseiten der Bundesregierung sehen, würden Sie bestätigen, was ich im Block der FDP-Fraktion von Herrn Wissing finde: Herr Staatssekretär Asmussen hätte kein Gesamtbild; er wusste nicht, dass die Bankenaufsicht einer Fehleinschätzung unterlag, und kannte die Probleme von der mangelnden Glaubwürdigkeit der HRE nicht; er sei in die Verhandlungen reingestolpert?

Zeuge Martin Blessing: Nein, den Eindruck hatte ich nicht. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Herr Asmussen in die Verhandlungen reingestolpert ist.

Nina Hauer (SPD): Zu den alternativen Szenarien: Es gab auch Gespräche und Versuche mit den Banken untereinander. Warum war es nicht möglich, dass die Commerzbank und die Deutsche Bank die HRE retten?

Zeuge Martin Blessing: Sie müssen sich die Größenordnung der Hypo Real Estate angucken und gerade das Thema Liquidität. Wir wussten: Da kommt viel Liquidität. Allein diese Menge Liquidität von Deutscher Bank und uns kurzfristig aufzubringen, wäre etwas gewesen, was in dieser schwierigen Situation ich mich für unser Haus auf keinen Fall getraut hätte. Das Problem ist: Stellen Sie sich vor, dass drei Banken Kreditlinien an die Hypo Real Estate haben und dieselben drei Banken auch Kreditlinien an die Commerzbank haben. Wenn Sie jetzt die beiden Banken zusammen tun, addieren die nicht einfach ihre Kreditlinien, sondern reduzieren sie zu einem gewissen Teil. Eine Kreditlinie eins plus eins macht nicht zwei, sondern nur 1,5. Das noch in einer so schwierigen, angespannten Situation zusätzlich zu machen, war etwas, was ich mir nicht hätte vorstellen können.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Blessing, ich möchte noch einmal auf das Stichwort „europäische Dimension“ kommen. Hing die Hoffnung der privaten Banken in Deutschland am Beginn dieses Wochenendes, dass sie es vielleicht doch schaffen, ohne staatliche Hilfe die HRE aufzufangen, auch damit zusammen, dass in Europa in der Zeit diskutiert worden ist, ob es nicht umfangreichere

Hilfsprogramme geben muss. Ich mache das konkret: Anfang Oktober gab es in Paris ein Gipfeltreffen, zu dem Herr Sarkozy eingeladen hatte. Da wurde die Bundesregierung gedrängt, nicht nur einzelne Hilfen zu gewähren, sondern, so wie das dann im Oktober auch gekommen ist, ein Hilfsangebot für deutsche Banken insgesamt. Damit war aber verbunden, dass natürlich der Ruf der Banken angekratzt worden ist. Diese Diskussion lief schon an diesem ersten Rettungswochenende.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie die Quelle nachvollziehbar machen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Welche Quelle?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie gerade zitieren.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich zitiere keine Quelle.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war nur eine Vermutung.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe gesagt, dass es Anfang Oktober - das stand in jeder Zeitung - bei Herrn Sarkozy ein Treffen gegeben hat, bei dem auch die Kanzlerin war.

Ich komme zu meinem Gedankengang zurück. War die Überlegung, die deutschen privaten Banken nicht in den Ruf kommen zu lassen, sie brauchen staatliche Hilfe, ein Motiv für den Versuch, sie packen es allein?

Zeuge Martin Blessing: Herr Spiller, natürlich war unser Anspruch immer: Man muss eigentlich etwas alleine hinkriegen. Ich glaube, wir haben zwischen dem Wochenende null und dem Wochenende eins versucht, ~~an solchen Themen~~ zu arbeiten. Als wir ~~Vor~~ am Donnerstag nach der Bristol-Runde auseinander gingen, haben alle gesagt: Okay, wenn der Sicherheitspool groß genug ist, dann werden wir es schon irgendwie hinkriegen, diese 15 Milliarden zu stemmen. Als dann sozusagen im Laufe des Wochenendes eins immer klarer wurde, dass es eher 35 sind, von denen wir am Wochenende zwei wussten, dass es eher 50 sind, haben wir gesagt: Das ist eine Größenordnung, die kriegen wir nicht mehr hin. Deswegen müs-

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

70

sen wir unsere Ursprungsidee, es alleine hinzukriegen, aufgeben. - Uns war klar, dass das politisch nicht einfach ist und dass es einer großen Überzeugungsarbeit bedarf und dass es einfacher und schöner wäre, wenn wir das als privates Bankgewerbe selber hinkriegen würden. Aber das werden wir nicht schaffen; das überfordert uns. Wir brauchen irgendwie eine andere Lösung, oder es gibt keine Lösung. Natürlich war unser erstes Interesse, zu sagen: Kriegen wir das alleine hin?

Erst als wir festgestellt haben, wir kriegen das nicht mehr alleine hin, sind wir dann den anderen Weg gegangen. Dass wir immer gesagt haben: „Wir müssen uns dort massiv selber involvieren“, sehen Sie an den Beträgen, die dort schon am ersten Wochenende von den einzelnen Banken zugesagt worden sind und die wir am zweiten Wochenende noch einmal verdoppelt haben. Da haben wir uns ~~weit~~ weit aus dem Fenster gelehnt; denn Sie sitzen in einer solchen Verhandlung alleine und müssen eine Zusage machen, ~~um~~ sich danach den Gremienbeschluss ~~zu~~ holen. Sie machen das also unter Gremienvorbehalt und brauchen hinterher den Gremienbeschluss. Sie können natürlich nur schwer zurück, wenn Sie persönlich das ~~zu~~ zugesagt haben. Man geht gewissermaßen in eine bestimmte Vorleistung. Das zeigt schon die Ernsthaftigkeit des Bemühens, möglichst einen relevanten Beitrag zu leisten und sich nicht einfach zurückzulehnen und zu sagen: Jetzt müssen irgendwelche anderen Leute das lösen.

Ich hatte an beiden Verhandlungswochenenden das Gefühl, dass bei allem Stress, den es gab, und bei aller Unterschiedlichkeit ~~über Themen~~ im Detail und natürlich bei der Frage der Lastenverteilung alle Beteiligten, sowohl die Bundesregierung als auch die Aufsicht als auch die Bundesbank als auch die unterschiedlichen Bankenvertreter, immer da gesessen haben mit dem klaren Willen: Wir wollen, dass das hier klappt, und wir wollen irgendwie, dass es hinkommt, und wir sind auch bereit, uns dafür aus dem Fenster zu lehnen und einen Beitrag zu leisten. - Das fand ich ~~bezeugt~~ einen positiven Grundspirit an diesem Wochenende, ohne den wir das sicherlich auch nicht hingekriegt hätten.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Frau Hauer für die SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Herr Blessing, Sie haben jetzt vom Grundspirit berichtet und vorhin, wie sich dann auch die Beträge entwickelt haben. Ich zitiere noch einmal aus dem Blog der FDP-Fraktion. Die sagen, dass diese Verhandlungen im Ergebnis nichts anderes sind als eine Kapitulation des Staates vor den privaten Banken. Ist das richtig?

Zeuge Martin Blessing: Nein, das habe ich nicht so gesehen. Ich glaube, wir haben eine schwierige, aber tragfähige Verhandlungslösung hinkommen. Da hat niemand vor niemandem kapituliert, sondern alle haben sich redlich bemüht, auf der einen Seite eine Lösung zu finden und auf der anderen Seite natürlich eine Lösung zu finden, die sozusagen das eigene Haus, das ~~eigene~~ Ministerium oder die ~~eigene~~ Aufsicht möglichst nicht über Gebühr belastet.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe dazu eine Frage, ob die Aussagen der FDP in ihrem Blog Untersuchungsgegenstand sind. Ich würde das gerne einmal klären lassen, weil wir schon zum x-ten Mal dieselben Zitate haben und ich den Eindruck habe: Das kann eigentlich nicht sein, dass das Untersuchungsgegenstand ist.

Nina Hauer (SPD): Das alles sind Äußerungen, die die FDP über den Untersuchungsgegenstand gemacht hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

Nina Hauer (SPD): Gestern zum Beispiel nach der Vernehmung von Herrn Ackermann ist das das Ergebnis, was die FDP berichtet. Es interessiert mich schon, was andere dazu sagen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch mich interessieren viele Sachen, die nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses stattgefunden haben. Aber ich kann hier trotzdem nicht danach fragen. Dann werde ich jedes Mal vom Vorsitzenden unterbrochen. Deswegen möchte ich eine Auskunft des Sekretariats, wie hierzu die Rechtslage ist.

steht. Ich werde darauf beharren, dass hier mit gleichem Maß gemessen wird.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Herr Schick, es tut mir leid - Ich bin ungern oberlehrerhaft; das steht mir auch nicht zu -, aber ich habe Ihnen gerade nicht das Wort erteilt. Wenn wir einfach diese Grundtendenz der Höflichkeit, die wir bis jetzt hier hatten, einfach einhalten würden? Wir versuchen es jetzt noch mal. Wir verzichten jetzt in unser aller Sinne auf eine nichtöffentliche Beratungssitzung, Frau Hauer formuliert ein ganz klein wenig um, und dann versuchen wir es noch mal. Ist das so in Ordnung? - Ich höre keinen Widerspruch. - Frau Hauer, wir setzen die Zeugeneinvernahme fort.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zum nächsten Vorfall!)

Nina Hauer (SPD): Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. - Herr Blessing, hätte es denn Möglichkeiten gegeben, dass die Bundesregierung sich in irgendeiner Form Sicherheiten der Banken überhaupt hätte geben lassen können?

Zeuge Martin Blessing: Also, das ist mir jetzt im Moment unklar, wie das hätte passieren können, insbesondere in dem Zeitraum. Gerade das Thema, wie man Aktien übereignet. Die gehören ja nicht mir als Bank, sondern die gehören irgendwelchen Aktionären. Es wäre mir jetzt unklar, wie das an dem Wochenende hätte passieren können.

Nina Hauer (SPD): Okay. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen mehr. - Dann übergebe ich nunmehr an Herrn Dr. Schick, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Blessing, nun wieder zum Untersuchungsauftrag.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir stellen auch jetzt erst die Uhr an.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, die Zeit haben wir. - Sie haben vorher gesagt, das Verhalten der

Bundesregierung an dem Wochenende sei Teil einer Verhandlungsstrategie gewesen. Sie haben sie dann auch gelobt. Da hatten Sie was gelernt. Ich habe davon, dass das ein Teil einer Strategie war, zu dem damaligen Zeitpunkt und auch viel später nie gehört. Worauf stützen Sie denn diese Aussage, dass die späte Präsenz des Staatssekretärs, die Nichtpräsenz des Finanzministers im Unterschied zu anderen Staaten, wo Finanzminister an Rettungsverhandlungen durchaus beteiligt waren, eine Strategie war? Haben Sie dafür Belege?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, ich habe gesagt: Ich gehe mal davon aus, dass es eine Strategie war. - Belege habe ich dafür nicht. Aber, wie gesagt, die Frage, ob ~~es~~ früher kommt oder nicht, - die Frage ist ja gestellt worden. Sie haben sich dann entschieden, erst ~~dann~~ zu kommen. Insofern: Jetzt kann man das Taktik oder Strategie oder wie auch immer nennen, jedenfalls ist das mal der Fakt. Damit ist die Verhandlung dann so gelaufen, wie sie gelaufen ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sie könnten auch ganz andere Gründe gehabt haben, die Ihnen nicht bekannt sind. Das ist also jetzt nur Ihre Interpretation, für die es keine Belege gibt, auch nicht für das Gegenteil.

Zeuge Martin Blessing: Ja. Fair Point.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde denn damals vonseiten der Bundesregierung eine Begründung geliefert, dass nach dem Ansinnen, eine hochrangige Vertretung der Bundesregierung bei den Verhandlungen zu haben - - wieso man dann zunächst niemanden Hochrangigen geschickt hat? Gab es da eine Begründung?

Zeuge Martin Blessing: Daran kann ich mich ~~jetzt~~ nicht erinnern, Herr Schick. Ich weiß nicht mehr genau, ob ~~da irgendwann eine Begründung kam. Zumindest kam dann ja irgendwann wurde (dann) gesagt: „Jetzt kommt der Sonntagnachmittag“.~~ ~~Im Laufe des Sonntags~~

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Bei dem Protokoll hatte vorher Herr Dautzenberg gefragt, ob es für die Zeit Ihrer Anwesenheit richtig sei. Das

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

74

hatten Sie bejaht, bis auf Detailformulierungen, aber in den Grundzügen. Wir hatten jetzt gestern nach meiner Lesart bei der Aussage von Herrn Ackermann plötzlich zwei Perspektiven auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen. Herr Ackermann hat gesagt: Die letzten zwei Stunden sind nicht richtig im Protokoll. - Er hatte eine andere Erinnerung. Das ist ja sehr bemerkenswert, weil Protokolle die Aufgabe haben, das, was gewesen ist, abzubilden. Können Sie sagen, auf welche Seite der Interpretation Sie sich schlagen würden? Ich versuche noch mal zu rekapitulieren, was Herr Ackermann gesagt hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Moment, ein Hinweis: Ab 22.30 Uhr ist Herr Blessing nicht mehr anwesend gewesen, wie er gesagt hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, aber er hat im Folgenden noch mit einigen Leuten gesprochen, und deswegen habe ich nicht gesagt: „aus eigener Anschauung“; aber es ist ihm so wie dem Zeugen Viermetz, den wir dazu auch befragt haben, ja sicher berichtet worden, und er ist nachher vom Ausgang informiert worden. Herr Ackermann hat uns gestern gesagt, dass zunächst einmal die Verhandlungen gescheitert waren und er dann Herrn Steinbrück angerufen habe, es dann wohl ein Telefonat Steinbrück/Merkel gab und dann noch mal zwei Telefonate Ackermann/Merkel. Im Protokoll hier ist dagegen davon die Rede:

Herr Asmussen führt aus, dass die Kanzlerin der Lösung nicht zustimme.

Und 1 Uhr:

Asmussen erklärt, der letzte Vorschlag der Regierung laute - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Becker.

MR Markus Becker (BMF): Entschuldigung. Was bisher immer vermieden wurde: Es wird hier ein Vorhalt aus VS-eingestuftem Material gemacht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ich zitiere aus dem der *Financial Times* vorliegenden Protokoll, von dem ich nicht weiß, ob es das rich-

tige ist. Entschuldigung, das habe ich nicht klargemacht.

MR Markus Becker (BMF): Aber auch das verliert natürlich nur, weil jemand im Internet den „Geheim“-Stempel getilgt hat, nicht seine Einstufung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann das auch unabhängig davon machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Schick ist sicherlich kompetent genug, die Frage so zu formulieren, dass es eben keinen Vorhalt aus dem Protokoll bedeutet. Da sind wir wieder, denke ich, alle zufrieden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wiederhole hier: Die eine Darstellung ist, die Verhandlungen scheitern, und dann gibt es ein Telefonat Ackermann an Steinbrück und dann zwei Telefonate zwischen Herrn Ackermann und Frau Merkel, und im Protokoll sieht es so aus, als sei hier Herr Asmussen sozusagen der, der die Informationen aus der Bundesregierung in die Verhandlungen reinträgt. Können Sie dazu sagen, welche der beiden Versionen richtig ist?

Zeuge Martin Blessing: Kann ich nicht. Ich habe nur am Schluss gehört, dass es Telefonate gegeben hat, insbesondere auch, dass es am Schluss ein Telefonat zwischen Herrn Ackermann und Frau Merkel gegeben haben soll. Wie gesagt, alles nur aus Berichten. Selber war ich nicht dabei. Insofern müssten Sie da, glaube ich, die Einzelnen, die dabei ~~wind~~ ^{waren} - Sonst fange ich hier ^{an} an, zu spekulieren, und da kann ich, glaube ich, zur Aufklärung nicht beitragen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorher gesagt, als Herr Asmussen ankam, er war im Film. Können Sie an ein paar Punkten belegen, inwiefern? Denn es gibt ja in diesem Film sehr unterschiedliche Aspekte. Welche Informationen haben Sie über seinen Informationsstand, die Sie uns mitgeben können?

Zeuge Martin Blessing: Ich hatte ~~ja~~ das Gefühl in den Gesprächen, er wusste genau, um welche Beträge es geht, er wusste, dass wir verschiedene Lösungen durchdiskutiert

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

75

hatten, verschiedene Modelle der Rettung erwogen hatten und dass es am Schluss um ein Thema ging, eben 35 Milliarden Liquidität bereitzustellen, davon 15 Milliarden über die Banken, 20 Milliarden über die Zentralbank, und dass es jetzt um die Frage von Haftungen ~~Bert-on-der-Ecke~~ ging und man dann anfangen konnte, darüber zu reden. Natürlich hat er zu den Themen noch mal ~~fin-paaf~~ Detailfragen ~~hinauf~~ gestellt, ~~aber die haben wir die ganze Zeit immer zwischendurch~~ ~~Es ist uns immer wieder mal ein Detail eingefallen, wo wir gesagt haben: Mensch, wie sieht das eigentlich in dem Fall aus?~~ Ich hatte aber das Gefühl, dass er ~~schon~~ informiert war.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, er hatte den bisherigen Verlauf der Verhandlungen sozusagen auf dem Stand. Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass er darüber hinausgehende Informationen hatte zu Verflechtungen zwischen Deutschland und Irland, zu Prüfungsergebnissen der Aufsichten, zum Liquiditätsbedarf, zu Stresstests, die vorher stattgefunden haben, oder Ähnlichem?

Zeuge Martin Blessing: Ich hatte ~~zum~~ ~~schon~~ an dem Wochenende das Gefühl, dass er einen sehr kompetenten Eindruck machte. Zu ~~den~~ Einzeldetails ~~weiß ich jetzt nicht mehr genau~~ ~~aber er genau über~~ Stresstests -- ~~weiß ich jetzt nicht mehr genau~~. Aber ich hatte nicht das Gefühl, ~~da~~ ~~redet~~ ~~hier~~ mit jemandem, ~~dem~~ ~~er~~ sozusagen die ganze Sachlage noch mal erklären ~~muss~~ ~~sondern der weiß ganz genau, was Sache ist~~. Am Schluss waren wir auch an einer ~~Sache~~, wo es eigentlich nur noch um eine ~~Wie soll ich mal sagen?~~ ökonomische Verhandlung und das Aufteilen von ökonomischen Risiken ging.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte er denn Prokura im Sinn, dass er die Verhandlungen geführt hat, oder war er Informationsüberbringer und Sie haben eigentlich mit Herrn Steinbrück verhandelt?

Zeuge Martin Blessing: Das weiß ich nicht genau. Auf der anderen Seite sage ich mal: Dass man sich, bei den Beträgen, um die es da geht, untereinander abstimmt, fand ich ~~jetzt auch~~ nichts Ungewöhnliches. ~~Aber bzw. jetzt, wo Sie es sagen, die Frage habe ich so für mich nie gestellt.~~

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das merkt man ja auch bei einer Verhandlung, ob die andere Seite ein Wort sagen kann oder nicht.

Zeuge Martin Blessing: Der ~~hat~~ schon viel sagen, aber es gibt auch einen Punkt, wo er sagt: Jetzt muss ich mal telefonieren. - Das ist auch etwas, was, glaube ich, selbstverständlich ist. Alles andere hätte mich dann wiederum auch gewundert.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich erteile nunmehr Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blessing, ausweislich eines Berichts der Anwaltskanzlei Shearman & Sterling vom 21. Oktober 2008 - dieser Bericht ist öffentlich zugänglich und liegt uns hier, damit das für das Protokoll noch einmal deutlich wird, als Material A 41 vor - ist etwas ausgesagt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Super. Das ist vorbildlich.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wenn man die notwendige Unterstützung der Mitarbeiter hat, geht das. - Deswegen: Herr Blessing, können Sie sich erinnern, dass ein HRE-Vertreter am Rettungswochenende auf die Frage nach dem Refinanzierungsbedarf bis Ende 2008 den Betrag von 110 bis 120 Milliarden Euro genannt hat?

Zeuge Martin Blessing: Nein, kann ich mich nicht erinnern.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das ist jedenfalls aus diesem Vermerk erkennbar.

Zeuge Martin Blessing: Nein, kann ich mich nicht erinnern, weil, wie gesagt, mit den Vertretern der HRE - Ich wusste, dass sie da sind. Ich habe sie einmal bei einer der Pausen beim Rausgehen ~~gesehen~~ gesehen. Insofern wusste ich, dass Herr Funke, ich glaube, Herr Feil -- Ich weiß gar nicht, wer alles da war. Und in der Tat habe ich Herrn Thoma von Shearman & Sterling auch gesehen. Aber ich selber habe ansonsten mit denen gar nicht geredet, nur Guten Tag gesagt. Insofern haben wir dort auch nicht

H konnte
re.

Wie etwa
das
zu reden
musste
in einem
Punkt

hatte ich
keinen
kontakt.

mit den Shearman & Sterlings oder der HRE geredet. Wir hatten allerdings parallel unsere Leute, die mit denen geredet haben und über verschiedene Finanzierungsbedarfe geredet haben.

Sie müssen aber auch immer sehen: Natürlich geht auf der einen Seite Liquidität raus, auf der anderen kommt Liquidität rein. Das ist ja die Schwierigkeit. Sie müssen ja - wie ich vorhin sagte - immer genau abschätzen: Was ist denn die Nettoliquidität, die Sie dann brauchen? Insofern: Die Zahl höre ich jetzt zum ersten Mal und habe sie eben auch an dem Wochenende nicht gehört.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Weil es ja, Herr Blessing, durchaus zulässig ist, nach Motiven zu fragen und zu recherchieren, warum gerade auch für die privaten Bankenvertreter das Cap eine wichtige Funktion hatte.

Zeuge Martin Blessing: Na ja, wir haben natürlich damals, als es - an dem Donnerstag, dem 25., war das, glaube ich - um die 15 Milliarden ging - da stand ja eine Sicherheit gegen den Kredit.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das waren die 43 Milliarden.

Zeuge Martin Blessing: Genau, dieser Sicherheitenpool. Jetzt wurde ja plötzlich das Thema so, dass man sagte: ~~Okay, dieser Sicherheitenpool, der muss ja für 35 Milliarden da sein, das ist ja nicht. Das heißt also, ein Teil dieses Kredits wird ohne Bundesbürgschaft, - unbesichert, und was macht man dann, wenn falls das Thema ausfällt und im Verwertungsfalle eine Lücke bleibt? Das musste man ja - Gesetz den Fall - Sie müssen ja mal überlegen, der Kredit fällt völlig aus, dann sind 35 Milliarden weg. Dann verwertet man die Sicherheiten. Dann kommen hoffentlich die 15 Milliarden raus, dann gibt es ja einen ... (akustisch unverständlich) Was passiert damit?~~

Darüber müssen Sie sich, wenn Sie Kredit geben, ja Gedanken machen. Sie können ja nicht einfach jemanden. Wenn Sie sagen, da ist eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass man den Kredit nicht zurückkriegt und auch keine Sicherheiten hat, dann ist ja die nächste Frage: Verletzen Sie ihre Treuepflicht gegenüber Ihren Aktionären und gegenüber Ihren Einlegern, wenn Sie das machen? Also müssen Sie da schon eine Si-

cherheit haben. Deswegen müssen Sie auch wissen, wie das Risiko ist. Ich muss irgendwo in den Kreditantrag bei uns ~~Wir haben ja dann am Schluss unsere Tranche aus dem Thema normalkreditmäßig geordnet. Da muss ich reinschreiben, wie viel Liquidität ich gebe~~ und was sozusagen der maximale Ausfall sein könnte und wie der strukturiert ist und welche Sicherheiten dagegen stehen.

~~Insofern braucht man natürlich ein solches Thema schon aus, wie soll ich mal sagen? - Ordnungsgründen für das eigene Haus, weil wir auch gesagt haben: Wir können, falls das Thema schiefgeht - Es war ja damals - Heute sagt man ja: Mein Gott, das war ja ein einfaches Geschäft. Hinterher hat der Bund sozusagen die Bank übernommen, und das ist jetzt ein staatsgesicherter Kredit. - Das war ja zu dem Zeitpunkt gar nicht absehbar. Also war das Risiko da ja schon vorhanden. Da musste man eben sehen, wie man eine Risikobegrenzung einfach für das Haus kriegt. Und das war der Grund.~~

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Noch einmal: Die Zahl, die ich hier zitiert habe, ist Ihnen so nicht in Erinnerung?

Zeuge Martin Blessing: Diese 102, nein, die kenne ich nicht.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Okay. Kollege Willsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Kollege Willsch für die CDU/CSU-Fraktion.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Herr Blessing, ist Ihnen Erinnerung, wie die dort tagende Runde das Angebot des BMF aufgenommen hat, den zuständigen Sachbearbeiter oder Referenten aus der Abteilung Finanzaufsicht zu schicken?

Zeuge Martin Blessing: Nein, weiß ich nicht mehr. Ich weiß aber nicht, ob das wirklich, weil wir ja in dem Verhandlungsmodus waren, geholfen hätte. Aber ich weiß gar nicht mehr, wie wir darauf reagiert haben. War mir gar nicht klar, dass sie das angeboten hatten. Kann ich mich nicht daran erinnern. Wenn das passiert ist, kann ich mich gar nicht daran erinnern.

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

77

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ich möchte auch noch mal zur Frage des Liquiditätsbedarfs nachfragen. Sie sagten ja vorhin, irgendwann muss man den Sack zumachen und sagen: Jetzt haben wir einen Wert, und mit dem müssen wir arbeiten. - Würden Sie es mir übel nehmen, wenn ich feststelle, dass Sie natürlich quasi von einer quotalen Beteiligung in irgendeiner Weise ausgehen mussten und ein Interesse daran hatten, diesen Wert nicht zu hoch, sondern eher ein bisschen niedriger festzulegen?

Zeuge Martin Blessing: Ehrlich gesagt, nein. Wir wollten ja ~~noch~~ Klarheit haben. ~~Wir haben ja auch gesagt, das haben Sie ja auch gesehen, das ist am nächsten Wochenende dann auch passiert.~~ Wenn der Bedarf wesentlich höher ist, dann wirst du irgendwann zum Nachlegen eingeladen. - Wir haben ja dann am nächsten Wochenende unsere Liquiditätszusage auch noch mal signifikant erhöht. Insofern: Es waren ~~ja~~ alle ~~eigentlich~~ daran interessiert, zu einem möglichst klaren Bild zu kommen. Wie gesagt, die Lage war ~~ein bisschen~~ unübersichtlich, und es sind dann ~~noch~~ sehr viele Positionen nachträglich noch hochgekommen, weil ~~eben~~ Geschäftspartner der Hypo Real Estate einfach Nachforderungen gestellt haben.

Sie müssen sich das so vorstellen: Da gibt es eine ganze Latte, also Hunderte von Verträgen, in denen teilweise unterschiedliche Sicherheitenstrukturen stehen können. Das heißt also, wenn das Rating der Hypo Real Estate oder irgendwelche Geschäftsdinge schlechter werden, dann hat die Gegenpartei, die Bank XY, das Recht, dass ein Teil des Geschäftes in bar oder mit Bundesanleihen, also Staatspapieren, unterlegt, besichert wird. Sie können dann Sicherheiten nachfordern. Diese Sicherheiten sind cash-wirksam, die ziehen also sozusagen Liquidität. Dann wandert gigantisch schnell viel Liquidität raus. Das heißt, Ihre Liquiditätsplanung, die Sie heute haben, die das nicht beinhaltet, die ist dann plötzlich über den Haufen geworfen. Das ist ~~eigentlich~~ das, was dort passiert ist.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Also eine Übersicht über solche Auswirkungen, beispielsweise eines verschlechterten Ratings, wäre ja eigentlich Aufgabe einer ordentlichen Risikosteuerung.

Zeuge Martin Blessing: ~~Ja, da müssen Sie~~

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Und die lag nicht vor?

Zeuge Martin Blessing: Genau. Dafür müssen Sie Szenarien haben. Wenn die aber nicht da ist, dann kriegen Sie sie auch nicht in ein paar Tagen erstellt. Deswegen war die Lage unübersichtlich. Wir hatten eigentlich ein Interesse daran, ein möglichst klares Bild zu kriegen. ~~Weil~~ Es hätte ja auch sein können, dass es so groß ist, dass du sagst: Jeden Pfennig, den du da reinsteckst, der ist von vornherein verloren, weil es gar nicht rettbar ist. - Wir wollten ~~eigentlich~~ Klarheit und nicht irgendwie das Ergebnis klein halten.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ihre gesamten Überlegungen basierten auf den ermittelten Daten, die die - ich sage mal - Wieandt-Truppe, die Leute, die von der Deutschen Bank da durchgegangen sind, ermittelt haben?

Zeuge Martin Blessing: Ja, die waren am Anfang drin. Aber, wie gesagt, schon an dem Wochenende hatten wir dann auch eigene Leute von der Commerzbank mit ~~ja~~ ~~das~~ Team ~~eingesteckt~~, einfach um das Team zu verstärken, ~~weil wir gesagt haben:~~ „Mehr Leute helfen einfach“, nicht, weil wir gesagt haben: Wir trauen den Kollegen von der Deutschen Bank nicht. ~~Sondern~~ ~~weil~~ Experten aus deinem eigenen Geschäft abziehen. Die hast du nicht sozusagen nichtstehend im Regal sitzen, sondern die musst du irgendwo rausnehmen. Da gibt es nur eine endliche Anzahl. Deswegen haben wir gesagt: ~~Können wir auch noch helfen?~~ Hier ist Not am Mann. - Deswegen haben wir dann auch eigene Kollegen reingesetzt, die ~~ja~~ dann auch in den Tagen nach dem ersten Wochenende ~~einfach~~ mit ~~dem~~ Erkenntnisgewinn auch daran beteiligt waren, zu sagen: Na ja, das sieht eher nach 50 aus als nach 35.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Nun hatten Sie ja eine relativ enge Interessenidentität auch mit der Deutschen Bank, was ja für die andere Seite des Tisches nicht unbedingt gegeben ist. Halten Sie es für ein ordentliches staatliches Handeln, dass man

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

78

sich in so einer Situation auf Zahlen derjenigen verlässt, die man mit in Anspruch nehmen will?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, ich glaube nicht, dass die eine oder andere Seite vom Tisch irgendwie versucht hat, zu sagen: „Ich ~~habe jetzt die Zahlen~~, ich versuche jetzt sozusagen die Basisserkenntnis und das Problem klein- oder ~~benutzt~~ zureden“. Sondern ich hatte das Gefühl, ~~es~~ es einer Verhandlung. Ja, klar gibt es dann am Schluss, als die Frage der Aufteilung war, auch einen Gegensatz. Aber der größte Teil der Verhandlungen müssen Sie sich vorstellen - über das Wochenende - Sie können ja auch sagen, ich habe einen Gegensatz zu Herrn Ackermann gehabt, denn am Schluss mussten wir ja auch die Liquidität untereinander aufteilen: Wer nimmt denn davon wie viel? Und wie sah denn das mit Herrn Spüller aus? Es gab ja eine Aufteilung, jeder hat gesagt: Je weniger es mich trifft, desto besser. Ist ja klar.

Der größte Teil des Wochenendes war ~~bei~~ von dem Bemühen getragen: Lasst uns eine Lösung finden, damit ~~beispielsweise~~ die Bank nicht umfällt. Das war sozusagen der Grundkonsens. Dann war es am Schluss natürlich noch mal eine Verhandlung darüber: Wer bringt jetzt welchen Beitrag? Aber da war das Thema der Basisdaten für den Zeitpunkt dann einfach mal abgehakt. Wir haben dann gesagt: So, jetzt müssen wir das ~~als~~ als Annahme - sonst kommen wir nie weiter. Wir müssen jetzt mal irgendwo einen Strich machen und sagen: ~~jetzt müssen wir sehen~~ wie wir den nächsten Schritt machen. - Und das haben wir dann gemacht.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Also, da waren keine Banker mehr, da waren nur noch Deutsche in dieser Situation, um es einmal pathetisch auszudrücken?

Zeuge Martin Blessing: Ich hätte es nicht ganz so pathetisch gesagt, aber klingt ganz gut, ja.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Wenn Sie mich noch mal in den Abgrund gucken lassen. Wie kann ich mir das denn vorstellen, 22.30 Uhr, als Sie dann nicht zurück sind, sondern in der Bank mit Ihren Risikoeingreiftruppen - nicht militärisch - geplant haben, wie der nächste Tag abläuft? Haben Sie dann gesagt: „Da müssen die Geldautoma-

ten voll sein, weil die Leute an die Schalter kommen“, oder was weiß ich? Was haben Sie da konkret geplant?

Zeuge Martin Blessing: Zum Beispiel, ~~Ehrlich~~ gesagt, ganz witzig, haben wir gesagt: Okay, ~~was passiert~~ was kann alles passieren? Löst das einen Run aus? ~~Was mussten wir dann~~ Wie können wir sicherstellen, dass Geldautomaten schnellstens wieder befüllt werden? Sie erinnern sich: Es gab ~~Wend~~ in der Woche irgendwo mal einen Ausfall bei Geldautomaten aus technischen Gründen. Da dachten alle, jetzt ist bei den Banken das Cash alle. Solche Themen sind wir durchgegangen.

Wir hatten ~~den Vorteil~~ als Commerzbank ~~ich glaube~~ Ende 2002 gab es mal einen Artikel in der *Financial Times* in England mit der Überschrift „Is Commerzbank illiquid?“. Das hat bei uns damals einen gewissen Liquiditätsstress ausgelöst, den wir sofort wieder eingefangen haben. ~~Das war der Vorteil~~ dass wir damals unsere Notfallpläne haben testen können, sie noch verfeinert haben und deswegen mit dem Team wieder zusammen saßen und gesagt haben: Was müssen wir tun? Mit welchen Counterparties müssen wir reden? Wie müssen wir die Filialen informieren? Wie müssen wir die Bargeldversorgung? - Da gibt es so ein ganzes Notfallmanual; das gehst du dann noch mal durch und sagst: Was musst du jetzt tun?

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Danke. - Herr Kollege Dautzenberg.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Dautzenberg für die CDU.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, ist in den Gesprächen, auch an dem Rettungswochenende, von der Aufsicht über den Sonderprüfungsbericht mit den Auflagen aus dem Sonderprüfungsbericht berichtet worden?

Zeuge Martin Blessing: Ein Sonderprüfungsbericht in die HRE hinein?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Martin Blessing: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kenne einen solchen Bericht ~~auch~~ nicht.

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

79

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ist von der Aufsicht, auch über Schriftverkehr, aus der Aufsicht berichtet worden, dass bereits zu Beginn des Jahres 2008 das Geschäftsgebarren bzw. auch das Handeln der Verantwortlichen bei der HRE nicht mehr als vertrauenerweckend angesehen werden kann?

Zeuge Martin Blessing: Daran kann ich mich nicht erinnern. Aber dass ~~potenziell sozusagen~~ die emotionale Begeisterung im Raum gegenüber den Kollegen der HRE an dem Wochenende nicht gestiegen ist, davon können Sie ausgehen. ~~Dass man also sagte: Mensch, was ist denn da los? Und: Hm, hm, hm.~~ Aber dass ~~sozusagen~~ sagten: „Wir hatten hier einen Bericht vom Frühjahr ~~der~~“, daran kann ich mich nicht erinnern, Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber hätten Sie so etwas als vollständige Berichterstattung für einen Status erwartet, wenn so was vorgelegen hätte?

Zeuge Martin Blessing: Ehrlich gesagt, ich glaube, nein; denn ich fände es irgendwie komisch - selbst in einer Rettungsaktion -, wenn die Aufsicht anderen Banken über ~~sozusagen~~ Dass sie das sozusagen ihrer vorgesetzten Stelle, der Fachaufsicht, ¹ Das ist alles okay. Dass sie das anderen Banken sagt. ² Mein Verständnis von einer Aufsicht wäre immer: Ich rede über die beaufsichtigten Objekte zu niemandem, weil das nicht transparent werden darf; das unterliegt der Geheimhaltung. ~~Und insofern~~ Es sei denn, die hätten jetzt Erkenntnisse gehabt, dass der Liquiditätsbedarf ganz anders ist. Das hätte ich schon erwartet, ja. Aber wie ihre persönliche Einschätzung ~~Was da in den Berichten drin steht~~ - ~~Das fände ich jetzt~~ Das hätte mich überrascht, wenn die das vorlegen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber es waren Aussagen zum Liquiditätsmanagement festgestellt worden, die gravierend waren. Die hatten ja dann auch ihren Ausfluss auf Liquiditätsnotwendigkeiten.

Zeuge Martin Blessing: Also, dass wir nach den paar Tagen, schon zwischen dem Wochenende null und dem Wochenende eins, wussten, dass das Liquiditätsmanagement nicht toll ist - Das wussten wir an dem

Wochenende. Dazu hat es keiner Aussage mehr bedurft. Da hat sozusagen sowohl die Deutsche Bank als auch unser Treasurer nach zwei Stunden Gespräch mit denen gesagt: Oh Gott, das ist so dezentral organisiert, bis die mal ihre Zahlen zusammen haben! Das ist ja eher mühsam. - Dass das nicht so organisiert war, wie wir es gerne gesehen hätten, das war uns auch ohne die Aussagen sofort klar. Sonst hätten wir auch einen klareren, besseren Status über den Liquiditätsbedarf gehabt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber kann man von einem Wettbewerber nicht erwarten, dass, wenn so etwas durch die Aufsicht festgestellt wird, auch die Aufsicht zeitnah daranbleibt, das abzustellen? Sonst wird der Moral Hazard doch im Grunde gesteigert im eigenen Bereich.

Zeuge Martin Blessing: Also, was die Aufsicht nach dem Bericht wie gemacht hat, kann ich nicht beurteilen, Herr Dautzenberg. Es ist im Nachhinein sehr schwierig, wie schnell und wie gut die dort hingegangen sind. Bitte haben Sie Verständnis. ~~Da kann ich nicht~~ - ~~Da kann ich keine~~ - ~~Da kann ich nur spekulieren.~~ ^{zu beurteilen}

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Blessing, haben Sie Kenntnis darüber, warum die BaFin an dem ersten Rettungswochenende die Höhe des Rettungspaketes in der Presseerklärung gegen 1 Uhr nicht beziffern wollte?

Zeuge Martin Blessing: Die Höhe des Rettungspaketes, 1 Uhr am Sonntag?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Martin Blessing: Nein. ~~Das ist mir jetzt nicht~~ Das weiß ich nicht genau.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das war 1 Uhr Sonntagnacht zum Montag.

Zeuge Martin Blessing: Ja, genau. Montag morgens um 1 Uhr. Nein. ~~Weil ich habe die Presseerklärung ehrlich gesagt~~ ~~Das war ja das Thema, wo ich dann schon nicht mehr~~ ~~Aber ich habe die Presseerklärung dann auch~~ Herr Müller rief mich, glaube ich, zwischendurch ein -, zweimal an und sagte: So ist der Status. - Dann irgend-

gibtes
wann um halb zwei: So, jetzt ~~jetzt~~ eben doch eine Einigung. - Ich habe dann am nächsten Tag natürlich das, was in der Presse war, gelesen; aber ich habe mir jetzt die Presseerklärung da auch gar nicht ~~gelesen~~. Also, deren Entstehungsgeschichte muss ja da irgendwo in der Nacht in diesen Stunden entstanden sein. Da war ich nicht dabei.

Detailhaft
durchgelesen
gewesen (u)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Halten Sie es für möglich, dass auch die Aufsicht hier ihr eigenes Unvermögen, was Quantifizierung anbelangt, nicht eingestehen wollte?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, wir hatten alle ein ungutes Gefühl. So 100 Prozent sicher, ob die Zahlen stimmten, war sich keiner, weil wir ja wussten: Das ist sehr schwierig. ~~Wir haben dann in den nächsten~~ Sonst hätten wir auch nicht weiter mit dem Team an der Liquiditätsabschätzung gearbeitet. Da haben ja auch unsere Kollegen weiter gearbeitet, um das noch genauer hinzukriegen. Wir wussten, dass es eine zu dem Zeitpunkt bestmögliche abgesicherte Schätzung war, aber natürlich weiterhin eine Schätzung und keine Gewissheit. Das ging uns wahrscheinlich genauso wie der Aufsicht. Da hatte ich nicht das Gefühl, dass eine von beiden Seiten jetzt einen Rieseninformationsvorsprung an der Ecke hatte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass diese Kenntnis auch bei der Fach- und Rechtsaufsicht, also im BMF und den Verantwortlichen dort, nicht vorhanden war?

Zeuge Martin Blessing: Ich hatte das Gefühl, wir alle haben gesagt: Mensch, das ist unsere beste Schätzung. - Aber wie das ganz genau aussieht, 100 Prozent -- Also, die Hand hätte dafür an dem Abend keiner ins Feuer gelegt.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die Zeit war auch fast aufgebraucht. - Ich übergebe nunmehr das Wort Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, ist Ihnen bekannt, ob und wann jemand mit der irischen Regierung über eine Stabilisie-

rungsbeteiligung Irlands zumindest bei der DEPFA plc verhandelt hat?

Zeuge Martin Blessing: Nein, da weiß ich nichts ~~da~~.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ist Ihnen etwas darüber bekannt, ob und wann man mit ausländischen Gläubigern der HRE-Gruppe im Vorfeld oder während des Rettungswochenendes bis zum 28. September 2008 über eine Risikobeteiligung gesprochen hat?

Zeuge Martin Blessing: Wir haben uns das überlegt. Wir haben uns auch überlegt, an dem Wochenende bzw. in der Woche danach, als es ja darum ging, es zu verteilten, ob man das machen könnte. Ich glaube, Herr Ackermann hat auch angeboten, mit dem einen oder anderen zu reden. Wir hatten aber von vornherein das Gefühl: Na ja, wenn die sich einfach ~~ihren Tick~~ hartleibig stellen, dann wird man es ~~sozusagen an der Ecke~~ deswegen nicht umfallen lassen. ~~Da die das wissen~~

Umgekehrter Fall: Wenn ich ~~irgendwo~~ ein ausländischer Gläubiger einer Bank in einem anderen Land wäre und plötzlich käme der Bankensektor und sagt: „Willst du deinen Beitrag leisten?“, ~~das müsste schon signifi-~~ *würde* ~~kant riesig sein, weil ich immer sagen würde~~ Na ja, wenn ich das nicht tue, dann werden die das in Ihrem Land schon irgendwie auffangen und es nicht umfallen lassen. - Da muss man schon ein sehr großer, ein sehr verwobener Spieler sein, um dort international mit an den Tisch zu kommen. Das kann ich mir nur in ganz wenigen Situationen vorstellen. Ich kann mir vorstellen, wenn Sie ~~was weiß ich?~~ *Folias* in einem Land eine der drei, vier größten Banken sind, ~~aber~~ *und* einen ausländischen Eigentümer haben, dass dann so etwas passiert. Ansonsten kann ich mir das eigentlich eher nicht vorstellen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hätten Sie sich das bei Lehman vorstellen können?

Zeuge Martin Blessing: Bei was?

Dr. Volker Wissing (FDP): Bei Lehman.

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube sogar, bei Lehman haben einige Nichtamerikaner ~~sozusagen~~ mitdiskutiert. Da bin ich mir aber nicht sicher. Das ist nur etwas, was ich

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

81

irgendwo gelesen habe. ~~Da bin ich mir aber~~

Dr. Volker Wissing (FDP): Und bei der HRE ist es nur überlegt worden, oder ist es auch versucht worden?

Zeuge Martin Blessing: Das weiß ich ~~fast~~ nicht genau. Ich selber habe es ~~gar~~ ~~sagen~~ nicht gemacht. Ich glaube aber auch ~~Wahrscheinlich wird der größere Teil dann doch ein~~. Also, wir hatten das Gefühl, es ist schon schwierig genug, das in Deutschland zu koordinieren. Insofern: Ob das passiert ist, das weiß ich nicht, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine Frage zu den 15 Milliarden Euro des Finanzkonsortiums: Können Sie mir erklären, warum die Deutsche Bank für diese Mittel spürbare Haircuts veranschlagt hat, obwohl doch die gleiche Bundesgarantie Ihrer Besicherung gedient hat wie auch bezüglich der 20 Milliarden ELA-Fazilität.

Zeuge Martin Blessing: Noch mal, ich habe den Anfang akustisch nicht ~~verstanden~~.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Entschuldigung. Können Sie die Frage insgesamt etwas lauter wiederholen? Ich habe Sie auch nicht verstanden, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Eine Frage zu den 15 Milliarden Euro des Finanzkonsortiums: Können Sie mir erklären, warum die deutsche Bundesbank für diese Mittel spürbare Haircuts veranschlagt hat, obwohl die gleiche Bundesgarantie der Besicherung dient wie für die 20 Milliarden Euro ELA-Fazilität? Das hat doch irgendwo keine Logik.

Zeuge Martin Blessing: ~~Mein Verständnis war, dass es~~ ~~Also~~ Haircuts nehmen Sie immer, wenn Sie irgendwelche Papiere einliefern. Also, ich glaube, für eine Bundesgarantie muss die EZB keinen Haircut nehmen. Das ist mein Verständnis. Aber das sind irgendwelche Sachen, die in den Sicherheitenstrukturen bzw. im Manual der EZB festgelegt sind. Ich nehme an, die haben einen Katalog: Für was müssen sie wann wie welche Haircuts nehmen? Da bin ich jetzt aber ehrlich gesagt überfragt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es galt doch für beides die Bundesgarantie.

Zeuge Martin Blessing: Galt die Bundesgarantie für beides, oder galt sie nur für den einen Teil? ~~Und -- Dann --~~ Da erwischen Sie mich jetzt ~~beht~~ auf dem falschen Fuß. Ich glaube, Sie haben doch morgen Herrn Weber hier. Ich glaube, der kann Ihnen das, ehrlich gesagt, viel besser sagen - ohne ihm das jetzt in die Schuhe schieben zu wollen. Also, der kann Ihnen das wahrscheinlich viel besser beantworten als ich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie haben doch das Papier mit unterschrieben, oder?

Zeuge Martin Blessing: Wir haben ~~sozusagen~~ die Gesamteinigung unterschrieben, ~~was~~ wir gesagt haben, wie viel wir an Liquidität zur Verfügung stellen und wie die Aufteilung hinterher ist. Ich glaube, da'n dem Papier ist nicht von Haircuts die Rede, wenn ich mich an das Papier recht erinnere.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber doch von der Aufteilung garantierte und nicht garantierte.

Zeuge Martin Blessing: ~~Also, in dem Papier, das ich kenne, haben wir gesagt: Es gibt zwei Themen. Es gibt glaube ich zwei Papiere, an die ich mich erinnern kann. Das eine Papier ist irgendwo in der Bundesbank entstanden. Das muss, glaube ich, 2. oder 3. Oktober gewesen sein. Da ging es um die Frage: Wie teilen wir die 15 Milliarden in der Finanzdienstleistungsindustrie auf? Da ist dann gesagt worden, wer sozusagen welchen Teil an der Liquidität nimmt. Gleichzeitig ist ~~Ninten~~ noch mal festgelegt worden: ~~glaube ich~~ wie die 8,5 Milliarden des maximalen Risikos auf die Einzelnen aufgeteilt werden. ~~Also~~ Einlagensicherungsfonds, also private Banken 4,5 usw. Diese Verteilungslogik kenne ich.~~

Dann gab es ein zweites Papier - das ist dann an dem Wochenende danach, an dem Sonntag hier in Berlin, unterschrieben worden -, wo es dann um die 50 Milliarden ging, wo wir dann ~~noch sozusagen~~ den Liquiditätsrahmen verdoppelt haben. Das habe ich mir zwar im Vorfeld der Sitzung hier ~~irgendwann~~ auch noch mal durchgelesen. Da weiß ich jetzt aber nicht genau, ob da von Haircuts die

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

82

Rede ist. Das müsste ich mir noch mal angucken, Herr Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, bei dem Wochenende null -

Zeuge Martin Blessing: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): - war Ihnen ja schon bekannt, dass die HRE ein Liquiditätsproblem hat. Bei der Bristol-Runde - Ich glaube am 25. war die - war das Problem nicht gelöst. Gingen da nicht die Alarmglocken an?

Zeuge Martin Blessing: Wir hatten ja, als wir zur Bristol-Runde gingen - Die Bristol-Runde ist ja eine große Runde. Wenn ich mich ~~jetzt noch~~ erinnere, saßen da ja neben Finanzminister Steinbrück und Herrn Asmussen, ~~ich glaube~~, Herr Weidmann, Herr Sanio, Axel Weber, Herr Schneider von der Münchener Rück, Herr Achleitner von der Allianz, Herr Francioni von der Börse, Herr Hofmann vom BVR, Herr Haasis, Herr Jaschinski. Ich habe bestimmt jetzt noch ~~irgendwie einen~~ vergessen. Also, in der Runde haben wir über das Detailthema HRE gar nicht geredet. Ich wusste aber ja schon vorher aus dem Finanzministerium, dass Herr Minister Steinbrück darum gebeten hatte, hinterher, direkt anschließend an das Meeting, sich noch mal im kleineren Kreis zum Thema HRE zu treffen, was wir dann auch gemacht haben.

Deswegen war ich ~~jetzt sozusagen~~ in der Bristol-Runde nicht überrascht, dass das Thema ~~da~~ nicht angesprochen wurde. Es hätte mich eher überrascht, wenn ein solches Thema da angesprochen würde, weil der Kreis einfach zu groß war und man ja gehofft hat, dass man das noch in einem relativ kleinen Kreis vertraulich lösen kann. Denn damals waren wir ja noch in einer Größenordnung, ~~wo wir gesagt haben:~~ Das kriegen wir irgendwo hin. - Das hatte ich ja vorhin berichtet. Insofern hat mich das nicht überrascht, dass das nicht angesprochen wurde.

Dr. Volker Wissing (FDP): Welche Alternativvorschläge hat denn Herr Asmussen unterbreitet zu den Vorschlägen der privaten Banken, als er am Sonntag, dem 28., kam?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, sein Alternativvorschlag war erst mal: Schön, dass ihr das stützt. Macht das doch mal, und

wir als Bundesregierung begleiten das wohlwollend. - Sein erster Aufschlagspunkt war, glaube ich: wohlwollendes Begleiten ohne Geld, wenn ich das mal so formulieren darf. Deswegen sind wir dann erst ~~mal eine Runde lang~~ nicht weitergekommen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ein eigenes Konzept hat er nicht vorgetragen?

Zeuge Martin Blessing: ~~Nein, ein eigenes Konzept im Sinne von -~~ Es gab ja keine Debatte über das Konzept: Was muss man tun? Es gab einfach nur noch eine Debatte am Schluss: Wie teilen wir die finanziellen Lasten in dem Konzept? ~~In der~~ Konzeptdebatte hatten wir ja ~~sozusagen~~ am Samstag bis Sonntag, bis Sonntagvormittag, glaube ich, ~~befasst~~ und dann hatten wir gesagt: Okay, wir haben zwar viele Dinge angedacht, auch mit Juristen mal die eine oder andere Sache überlegt. Das Problem ist ja: Wenn Sie wenig Zeit haben, dann können Sie natürlich sehr viel über schöne juristische Modelle nachdenken. Das Problem ist: Irgendwann müssen Sie sagen: So, ich brauche jetzt ein ziemlich simples, einfaches, robustes, damit ich auch entscheiden kann. - Deswegen haben wir ja auch einfach gesagt: Robust, hier muss jetzt Geld in die Hypo Real Estate gepumpt werden. Über welche Wege geht das? - Diese ganzen anderen Themen - Treuhandlösung, doppelte Treuhand, Irland pleite gehen lassen - haben wir alle zur Seite gelegt und gesagt: Das wird so komplex, das kriegen wir nie gelöst. - Also eine einfache, robuste Lösung, ~~da~~ auf den Tisch und dann überlegen, wie wir ~~sozusagen~~ ~~das~~ ökonomische Problem aufteilen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich danke Ihnen. - Vielleicht noch eine Bemerkung zu mir als Vorsitzender zwischendurch, weil Herr Wissing auch Entsprechendes angefragt hat: Wenn Sie sagen: „Ich weiß es nicht“, dann würde ich morgen diese Frage auch an Herrn Weber richten. Kann es sein, dass die Gesamtsituation der 50 Milliarden sich wie folgt aufteilt: 20 Milliarden der Bundesbank mit Bundesgarantie, Konsortium 15 Milliarden mit Bundesgarantie, Konsortium 15 Milliarden ohne Bundesgarantie, aber Emissionen durch gesicherte Schuldverschreibungen?

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

83

Zeuge Martin Blessing: Das war, glaube ich, der Endstand, als wir das verdoppelt haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann wäre das vielleicht noch eine Klarheit wegen ohne oder mit Bundesgarantie.

Zeuge Martin Blessing: Also, ich kann auch hier noch mal reingucken.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, nein. Okay. Wenn Sie das so sagen können, reicht mir das schon.

Zeuge Martin Blessing: Ja. ~~Nein.~~

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nun erteile ich Frau Hauer von der SPD das Wort.

Nina Hauer (SPD): Herr Blessing, es wird ja oft thematisiert, dass die Banken an ihrem Anteil am Rettungspaket Zinsen oder Gebühren verdienen. Können Sie uns das mal erklären? Hätten Sie das rechtlich überhaupt gedurft: Geld verleihen, ohne dass Sie dafür Zinsen nehmen? Können Sie uns das erklären?

Zeuge Martin Blessing: Upps. Auf die Frage, ob ich Geld verleihen darf, ohne Zinsen - ich glaube, das habe ich noch nie prüfen lassen. Auf die Idee ~~wären wir gar nicht gekommen~~. Natürlich können Sie, wenn Sie einen Kredit gegeben haben und der Schuldner in Probleme kommt, Zinsstundungen und solche Sachen machen. Einen Neukredit sozusagen ohne Zins geben, das heißt ja ~~sofort, wenn Sie gar keinen Zins draufschreiben~~, dass Sie selber Verlust machen. ~~Ich muss mir das Geld ja auch~~. Es ist ja nicht so, dass wir das Geld irgendwo in der Schublade haben, sondern wir müssen uns das Geld auch irgendwo leihen. Also, der Sparer will Zinsen haben, oder wir müssen eine Emission machen.

Jetzt ist die Frage: Gabe ich es einfach nur zu den Kosten, zu denen ich es mir selber geliehen habe, weiter, oder gibt es darauf eine Marge? Wir haben gesagt: Der Kredit damals hatte ja ein gewisses Risiko, weil eben ein Teil ~~aus dieser Schuldenscheiben mit Sicherheitenverwertung~~ der muss irgendwo auch eine Verzinsung haben. - ~~Deswegen haben wir gesagt~~ Das ist irgend-

wo ein marktüblicher Kredit, eine Liquiditätslinie. - So ist die dann auch gepreist worden.

Nina Hauer (SPD): Also, es geht um Zinsen, die Sie für diese Beteiligung am Rettungspaket einnehmen?

Zeuge Martin Blessing: Ja. Da kriegen wir auch Zinsen. Aber ich sage mal: Für die Refinanzierung zahle ich auch wieder Zinsen; aber es gibt natürlich auch eine positive Marge in dem Geschäft.

Nina Hauer (SPD): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Weitere Fragen noch der SPD-Fraktion? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kann ich gleich zu Herrn Dr. Troost, Die Linke überleiten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann mache ich mal da weiter. Also, ich meine, das mit der Marge ist ja völlig richtig. Aber für mich ist schon ein großer Unterschied zwischen dem, was am ersten Wochenende vereinbart worden ist, wo in der Tat auch Risiken da sind - Sie haben ja schon gesagt, selbst wenn ein Riesen-Haircut - - aber es muss dann ja auch wirklich verwertbar sein -, und den 15 Milliarden des zweiten Wochenendes, weil letztlich, wenn der Staat das garantiert bzw. man die Forderungen, die man dann hat, die Liquidität, die man gibt, gleich bei der Zentralbank einlösen kann, dann ist das ja völlig risikolos und staatlich sozusagen abgesichert.

Zeuge Martin Blessing: Herr Troost, die eine Frage ist ja: Liquidität. Kriege ich also Liquidität, kann ich mir die besorgen. ~~Ich eigene~~ Die zweite Frage ist: Trage ich ein Ausfallrisiko? Zins ist ja auch fürs Ausfallrisiko.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber bei den zweiten 15 Milliarden gibt es doch kein Ausfallrisiko.

Zeuge Martin Blessing: Na ja, aber bei einem Teil gibt es natürlich schon; das war ja ~~sozusagen~~ Teil der Verhandlungen. Die Gesamtbanken oder die Finanzdienstleistungsbanken bis 8,5 Milliarden, davon die privaten Banken bis 4,5 Milliarden, und das geht über den Einlagensicherungsfonds. Das heißt

Ich habe ich spontan keine Antwort.

① sehr wahrscheinlich durch die Sicherheiten nicht gedeckt war.

x das
übernommen

also, das geht auf die Quote der Commerzbank am Einlagensicherungsfonds, und in der Höhe habe ich ein Ausfallrisiko. Das war genau der Grund der Verhandlungen. Wenn ich da gar keins gehabt hätte, dann wären ja 100 Prozent des Risikos zum damaligen Zeitpunkt beim Bund gewesen, und das war nicht so.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber noch mal: Wenn wir jetzt mal das, was der Vorsitzende gesagt hat -- Diese 30 Milliarden - zweimal 15 - haben doch nicht die gleichen Konditionen oder doch? Ist das eine Kondition, oder sind das zwei verschiedene Konditionen und auch Verträge?

Zeuge Martin Blessing: Das ist eine gute Frage, Herr Troost. Da müsste ich nachgucken. Das weiß ich im Moment nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie haben den Vertrag doch auch unterschrieben.

Zeuge Martin Blessing: ~~Nein, den Vertrag haben dann~~ Also, wir haben damals in der Nacht die Einigung unterschrieben. Der Vertrag ist ja dann ~~hinterher~~ in den nächsten Wochen ~~hinzugekommen~~ im Detail erstellt worden. ~~Der ist~~ noch mal im Vorstand dann bei uns entschieden worden. Aber unterschrieben ~~hinzugekommen~~ wird das dann ~~ist~~ ~~gemacht~~ von den ~~Leuten~~, die bei uns die ~~F~~ Ich unterschreibe ja nicht jeden Kreditvertrag. Ich entscheide ~~hier~~ mit. Aber ich kann mich ~~jetzt~~ ~~sozusagen~~ an die Frage, also an das Detail, ob es jetzt eine Konditionssplittung für die beiden Teile gibt ~~F~~ Das weiß ich jetzt im Moment nicht genau.

H darüber ist
H Kollegen
H Klichee
vergeben.
H nicht an
erinnern.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber ich bleibe mal bei dem zweiten, weil, wie schon gesagt, das erste durchaus vielleicht mutige Schritte waren und mit Risiko verbunden. Aber der zweite Teil, diese 15 Milliarden, ist doch staatlich abgesicherte, sagen wir mal, Gewinnzuführung zu den Banken, die das dann zur Verfügung gestellt haben.

Zeuge Martin Blessing: Aber lassen Sie mich mal so sagen, Herr Troost: Selbst wenn ich dem Bundesland A einen Kredit gebe, der über den Länderfinanzausgleich auch vom Bund gesichert ist, habe ich ja auch eine Marge. Insofern: Selbst da gibt es ~~sozusagen~~

in den Geschäften Zinsmargen. Die sind nicht sehr groß; aber die gibt es auch.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, weil immer so getan wird: Also, das ist ja klasse, dass wir die privaten Banken dann mit an den Tisch gekriegt haben und die ihren Beitrag leisten. Wenn ich das aber staatlich absichere, ist das --

Zeuge Martin Blessing: Ja, aber - Entschuldigung, Herr Troost - deswegen sage ich ja: Die eine Frage ist das Liquidität-Zurverfügungstellen. Und habe ich die Liquidität dann für mein eigenes Geschäft? Und die zweite Frage ist: Übernehme ich eine Risikoposition? Auch am zweiten Wochenende war es ja so. Das Ausfallrisiko der privaten Banken bzw. des Finanzdienstleistungssektors in Höhe von 8,5 Milliarden ist ja nicht weggenommen worden am zweiten Wochenende, davon 4,5 Milliarden für die privaten Banken und davon unser Anteil als Commerzbank.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Der bezog sich doch auf die 15 Milliarden des ersten Wochenendes.

Zeuge Martin Blessing: Ja, genau. Für den Teil gibt es dort in dem Kredit, ich sage mal: auch ein gewisses Ausfallrisiko. Wie die Preisstrukturen der einzelnen Tranchen sind, das müsste ich, wie gesagt, jetzt nachgucken.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, ja. Dann machen wir das morgen noch mal mit Herrn Weber. Aber wie schon gesagt: Wenn man sagt, das sind zwei Teilgeschäfte, dann haben Sie bei dem einen Geschäft völlig recht, und bei dem zweiten Teil -- Es sind ja immerhin, wie schon gesagt - es ist ja nicht ein kleiner Betrag -, 15 Milliarden, und da ist auch nur 1 Prozent schon eine Menge Geld.

Zeuge Martin Blessing: Ja, klar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich möchte aber, weil sich das ja anscheinend überhaupt nicht in der Branche rumspricht, noch mal darauf hinweisen: Wir haben doch mitgekriegt, dass bei der HRE Stresstests gemacht worden sind von der Bundesbank, von der BaFin, dass das auch beim Finanzministerium bekannt war, die im Prinzip gesagt haben: Wenn es wirklich zu einem Fall

kommt, zu Schwierigkeiten auf den Kreditmärkten - nicht mal Lehman wohl gemerkt; das konnte sich so keiner vorstellen -, dann gab es im schlechtesten Fall überhaupt nur ein Überleben von fünf bis sieben Tagen. Wenn das so bekannt ist und dann kommt der 15. und dann kommt Lehman, wäre es dann nicht wirklich sinnvoll gewesen, ab dem 16. zu versuchen, eine Lösung zu finden und damit zwei Wochen Zeit zu haben, nach einer Lösung zu suchen, und nicht nur ein Wochenende?

Zeuge Martin Blessing: Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob das die Ergebnisse von solchen Stresstests waren, Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist so.

Zeuge Martin Blessing: Ich weiß nur, dass es zumindest an dem Wochenende am 20./21. ein erstes Treffen in der Bundesbank gab, um eine solche Lösung zu finden. Das war genau das Wochenende, nachdem Lehman sozusagen in Konkurs gegangen ist. Das war ja an dem Montag.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie sagen ja, da ist die Gesamtdimension weder Ihnen noch der Deutschen Bank deutlich geworden.

Zeuge Martin Blessing: Nein. Ich sage mal: Da gab es einen Unterschied. Man hat die Dimensionen völlig falsch eingeschätzt; das gebe ich ja zu. Man hat sie - das war ~~sozusagen~~ das Wochenende null, wie Sie sagen - auch am Wochenende eins noch falsch eingeschätzt und hat dann am Wochenende zwei noch mal nachlegen müssen. Ob man das dort schon hätte besser sehen können aus den Daten, die da vorlagen, kann ich nicht beurteilen. ~~Wir haben uns hinterher auch die Daten~~ Wir haben sicher noch mehr gesehen und haben dann ja auch lange mit den Treasurern geredet. Trotzdem ~~waren~~ wir am Wochenende eins immer noch daneben. Auch am 25., als wir uns trafen, gingen wir ja noch von 15 Milliarden aus. Ich habe sozusagen zum ersten Mal davon gehört, dass es eher Richtung 34 geht, wie gesagt, in der Telefonkonferenz des BdB-Vorstands am Samstag, dem 27.09., morgens um 11 zur Vorbereitung des 15-Uhr-Meetings. Da hatten wir nämlich dann

mehr Daten aus den ~~sozusagen~~ Treasury-Prüfteams.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber das war ja immer nur sozusagen der unmittelbare Bedarf. Es ist ja schon zitiert worden, dass es in der Tat auch Zahlen schon zu diesem Zeitpunkt gab, die gesagt haben: In der mittleren Frist brauchen wir über 100 Milliarden.

Zeuge Martin Blessing: Ja. Aber die Frage ist ja - ich sage das mal ganz salopp -: Die hatten eine Bilanzsumme von 400 Milliarden. Auf ganz lange Frist brauchen sie 400 Milliarden, wenn die Aktiva nicht ablaufen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, nein, nein. Es ist schon das DEPFA-Geschäft, das so kurzfristig refinanziert war, dass in der Tat fast unvorstellbar schnell dieser Bedarf auch kam.

Zeuge Martin Blessing: Aber Herr Troost - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Leider ist die Zeit abgelaufen. Das verschieben wir gegebenenfalls, Herr Blessing, falls er noch Interesse daran hat, -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Er wollte gerade noch antworten. Das darf er doch noch, oder?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: - auf eine neue Runde. Ich übergebe nunmehr an Herrn Dr. Schick vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Also, als Sie nach Hause gefahren sind an diesem Sonntagabend, was wäre dann konkret der Verlust für die Commerzbank gewesen, der da gedroht hätte, an verlorenen Einlagenkrediten einerseits, Nachschusspflicht, Einlagensicherungsfonds andererseits und vielleicht andere Punkte?

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, da gibt es ja die eine Frage: Was hätte uns das singuläre Ereignis Hypo Real Estate - - Wenn man sozusagen den Ring hätte und eine Käseglocke hätte drübermachen können und

hinterher
habe

HT-hen
hätte mir
möglichst

sagen würde: „Hypo Real Estate fällt um, und das trifft uns“, dann hätte ich gesagt: Das wäre wahrscheinlich ein niedriger bis mittlerer dreistelliger Millionenbetrag für uns geworden. - Das wirkliche Thema war aber gar nicht für uns. Jedenfalls: Was passiert mit unserem Geld, das wir der Hypo Real Estate geliefert haben? ~~Vor dem denkst du auch darüber nach. Aber~~ Das wirkliche Thema war: Welche Folgen hat das, was ich vorher sagte, von Dominoeffekt her? Wenn dieser Stein fällt, was passiert dann?

Wenn Sie mal gucken, Warum haben sich denn die Sparkassen am Schluss mit an den Tisch gesetzt und an der Lösung mitgemacht? Warum haben denn die Volksbanken und Raiffeisenbanken an der Lösung mitgemacht? Warum hat denn die Versicherungswirtschaft an der Lösung mitgemacht? Wenn der Pfandbriefmarkt zum Beispiel kollabiert: Ja, wir sind ein großer Emittent von Pfandbriefen. Ja, es wäre dann sehr schwierig geworden, diese Geschäfte zu refinanzieren.

Auf der anderen Seite müssen Sie mal überlegen - das ist ja immer das Neugeschäft; ich kann also keinen neuen Pfandbrief emittieren -: Irgendjemand hält ja die fast 1 000 Milliarden Pfandbriefe. Die werden ja signifikant weniger wert. Die sind ja irgendwo. Die größten Investoren sind Versicherer zum Beispiel, Pensionsfonds. Das heißt also ~~bezusagen~~, dass das ganze Altersvorsorgethema dann plötzlich auf den Markt kommt. Welche Folgen hat das dann? Wenn Sie das mal zu Ende denken, ~~bezusagen~~ den zweiten, dritten, vierten Dominostein, können Sie das auch gar nicht mehr für sich als Haus durchrechnen und sagen: Was heißt das? Sie sagen einfach: Ich weiß es nicht genau. Es wird ~~zumindest~~ eine ziemlich katastrophale Situation. Jetzt musst du sehen, wie du möglichst gut die nächsten Tage überstehst. - So bin ich da nach Hause gefahren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja sehr diffus als Bild. Also, Herr Viermetz beschreibt in dem Fax an Finanzminister Steinbrück ein Szenario, in dem der Einlagensicherungsfonds in Anspruch genommen wird, dieser Einlagensicherungsfonds das aber nicht leisten kann und deswegen die Frage der Sicherheit der Sparer ist und dass die Leute sozusagen am Bankschalter ankommen. Ist das ein Szenario gewesen, das Sie auch hatten an diesem Sonntagabend?

Zeuge Martin Blessing: Natürlich haben wir uns auch überlegt: Was heißt das, und an welchen Bankschaltern wären die angekommen? Aber stellen Sie sich mal vor - deswegen sage ich das ja auch -: Es hätte ja genauso gut passieren können, dass es irgendwie vier Genossenschaftsbanken nicht überleben und die Leute da vor den Schaltern stehen, oder fünf Sparkassen oder die Leute plötzlich sagen: Ich will meine Lebensversicherung zurückhaben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bei der Commerzbank hatten Sie keine Befürchtungen, dass die Leute am Schalter stehen?

Zeuge Martin Blessing: Nein. Ich habe ~~keine~~ Befürchtungen gemacht, dass die eigentlich bei allen Banken am Schalter stehen. ① gehabt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch bei der Commerzbank?

Zeuge Martin Blessing: Ja, klar. Da wird dann aber nicht mehr differenziert. Mein Problem war doch, dass Sie sagen, Okay, jetzt fällt da ein großer Dominostein um. Der wird so viel mitreißen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord.

Zeuge Martin Blessing: ~~Das ist ja das Problem einer Systemkrise.~~

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Aber ich will an das Szenario für Ihr Institut ran und nicht an das allgemeine, weil wir immer so ein allgemeines Horrorszenario haben. Sie mussten doch, wenn Sie damit gerechnet haben, dass auch vor der Commerzbank die Kunden stehen in Angst um ihre Einlagen, dann damit rechnen: Was passiert dann? Was wäre denn mit der Commerzbank konkret passiert?

Zeuge Martin Blessing: Das kommt darauf an. Also, Sie wollen jetzt sozusagen eine hypothetische Frage: Wie viele Kunden stünden da? Ich weiß es nicht genau, Herr Schick. Deswegen haben wir ja gesagt: ~~Wir müssen zum Beispiel sehen, Wie kriegen wir die Kassen und wie kriegen wir die Geld-~~ stellen

← heftigsten
automaten befüllt? Du weißt ja nicht, was dann als nächster Schritt gekommen wäre. Es wäre, glaube ich, eine sehr, sehr ungemütliche Situation geworden. Man weiß nicht genau, wo das Problem sozusagen am besten aufschlägt. Aber natürlich haben wir uns massiv Sorgen darüber gemacht - das kam ja dann am Wochenende danach; über eine Einlagengarantie des Bundes zum Beispiel hatten wir mit dem Bund gar nicht geredet; das kam ja dann -, ob wir wesentlich drastischere Maßnahmen machen müssen, um das Vertrauen der Bevölkerung - das ist ja ein reines Vertrauenthema - in die Stabilität des Finanzsystems, und zwar aller Banken und Versicherer bis hin in die Rente, aufrechtzuerhalten. Wenn das erst mal sozusagen kippt, dann ist es natürlich sehr schwierig, dies wieder aufzufangen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wäre auch die Commerzbank am Ende gewesen?

Zeuge Martin Blessing: Ich glaube, dann wäre der ganze -- Also, dann wären viele im Sektor -- Ich will das gar nicht so sagen. Sonst habe ich --

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine ja gar nicht Sie als Einzelnen, sondern auch Sie.

Zeuge Martin Blessing: Wahrscheinlich, wie viele andere auch, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord. Und wie viel hat die Commerzbank dann übernommen? Das sind 2 Milliarden von den 8,5? Nein, weniger.

Zeuge Martin Blessing: Wir haben ~~heftig~~ auf der einen Seite an dem ersten Wochenende gesagt: „Wir beteiligen uns an der Liquiditätslinie mit 2,5“, haben das dann am zweiten Wochenende auf 5 erhöht. Der private Bankensektor hat sich mit, ich glaube, 4,5 Milliarden ~~zusammen~~ an dem Thema beteiligt. Dann kommt unsere Quote, die zum damaligen Zeitpunkt bei 13 lag und heute signifikant höher liegt. 10

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn der Einlagensicherungsfonds in Anspruch genommen worden wäre für die Rettung der HRE, wie viel hätten Sie

davon dann tragen müssen als Commerzbank?

Zeuge Martin Blessing: Ja, gut, unsere Quote ist im niedrigen zweistelligen Prozentbereich und hat sich jetzt - das hängt ja an den Einlagen - durch ~~das Thema~~ Dresdner ~~die~~ Bank fast verdoppelt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt --

Zeuge Martin Blessing: Irgendwo zwischen 20 und 25 Prozent.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Ich will noch mal auf ein anderes Thema -- Bei der Verpfändung der Wertpapiere, die Teil des Rettungsszenarios waren, schon an dem Wochenende, war da die Idee „Die Aktien kommen mit in diesen Pool der Tochtergesellschaften rein“ und sollten diese Aktien da einfach verpfändet liegen und die Tochtergesellschaften fortgeführt werden, oder war da die Idee: Die werden verkauft und abgewickelt?

Zeuge Martin Blessing: Da gab es mehrere Modelle, die an dem Wochenende diskutiert wurden, von „Wir nehmen die Aktien der deutschen Tochtergesellschaften und der Holding raus“ usw. ~~just~~ -- Das war aber alles unglaublich schwierig, weil Sie das im Insolvenzfall natürlich immer wieder auffechten können. Wir haben auch gesagt: ~~Nützt ja nichts~~ ~~dass wir jetzt einen symbolischen Akt machen, sondern da muss auch irgendwo ein rechtsfester hebel~~ -- Insofern wurden ~~bei~~ an dem Wochenende, gerade am ersten Tag, so bis in den Mittag des zweiten Tages, ~~eine ganze Menge~~ verschiedener Modelle diskutiert, die wir dann aber alle ~~mehr oder weniger~~ verworfen haben und dann die Lösung verfolgt haben, ~~an dem ersten Wochenende~~ die hier ~~besprochen~~ hinlänglich bekannt ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das ist ja mehr als eine.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt haben wir die zweite Befragungsrunde bei Herrn Blessing abgeschlossen.

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

88

Ich habe eben schon so einige Hinweise erhalten, die mich daran zweifeln lassen, ob alle Fraktionen noch eine volle Befragungsrunde beabsichtigen. Ich frage daher einfach pro forma einmal ab: Herr Dautzenberg?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wir würden aus formalen Gründen zurückstellen und es den anderen überlassen, was die noch fragen. Vielleicht ergibt sich daraus Fragebedarf. Jetzt haben wir keinen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, okay. - Dann, denke ich, ist es ein Gebot der Fairness, dass wir Ihnen dann anschließend, falls sich daraus eine Frage ergeben sollte oder noch weitere Fragerunden wiederum aus Ihrer Frage, noch das Wort erteilen.

Wie sieht es bei der FDP aus? - Da kann ich jetzt momentan wenig -- Keine Fragen mehr?

(Ein Mitarbeiter der FDP-Fraktion schüttelt den Kopf)

- Okay.

Wie sieht es bei der SPD aus?

(Zuruf)

- Wie bei der Union.

Wie sieht es bei den Linken aus?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wie bei der Union.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Wie sieht es bei den Grünen aus? Wie bei der Union?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, nicht wie bei der Union. - Dann erteile ich einfach Herrn Dr. Schick erst mal das Wort - für vorsorglich sieben Minuten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich will da gerade noch mal weitermachen. Mir ist zumindest nicht klar, was dann eigentlich am Abend des Sonntags die Perspektive war, was mit den Tochtergesellschaften der HRE passieren soll. Steht da drunter „Verpfändet, Fortfüh-

rung, und eigentlich soll da alles weitergehen“, oder steht da drunter: Abwicklung, Verkauf, um damit praktisch dann einen Kredit zu finanzieren und das über die Zeit auf null rückzuführen?

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, das Problem ist ja rein rechtlich, so wie wir es damals gesehen haben, das folgende: Wir haben juristisch einen Kredit an die Hypo Real Estate gegeben. Die Hypo Real Estate wird ~~sozusagen~~ von ihrem Vorstand und von ihrem Aufsichtsrat, aber erst mal natürlich von ihrem Vorstand, geführt. Das war zum damaligen Zeitpunkt Herr Funke und sein Team. Sie können schwer in einen Kredit reinschreiben: Die Kreditaufgabe ist: Der Vorstand tritt zurück. - Das können Sie ~~sozusagen~~ formulieren, ~~machen, tun, aber~~ ~~wir~~ ~~mal~~ ~~die~~ ~~Geschäftspolitik~~ ~~des~~ ~~Unternehmens~~ ~~bestimmen~~ ~~die~~ ~~Eigentümer~~ ~~bestimmen~~ ~~können~~ ~~Sie~~ ~~als~~ ~~Kreditgeber~~ ~~dann~~ ~~nur~~ ~~wie~~ ~~soll~~ ~~ich~~ ~~mal~~ ~~sagen?~~ ~~ein~~ ~~gewissen~~ ~~Druck~~ ~~machen~~ ~~aber~~ ~~Sie~~ ~~können~~ ~~natürlich~~ ~~diese~~ ~~Entscheidungen~~ ~~geschäftspolitisch~~ ~~nicht~~ ~~treffen~~. ~~Für~~ ~~Sie~~ ~~juristisch~~ ~~auch~~ ~~gar~~ ~~nicht~~.

Das nächste Thema war: Wir haben uns natürlich auch mit der Frage beschäftigt: Kann Herr Funke einfach aus der Holding seine ganzen Assets abtreten? Ist das rechtlich zulässig? Darf er das ohne HV-Beschluss, weil das natürlich eine massive Veränderung der Geschäftsfunktion ist? Da gab es echte Zweifel, ob er das machen kann.

Dass wir natürlich alle das Gefühl hatten „Mensch, die können nicht einfach so weitermachen wie bisher, und wir müssen dann auch ~~abzusagen~~ das Thema Personal und Umstrukturierung angehen“ -- war allen klar. Aber ~~wie soll ich mal sagen?~~ ~~wir~~ ~~haben~~ ~~gesagt~~ ~~Wir~~ ~~müssen~~ ~~jetzt~~ ~~erst~~ ~~mal~~ ~~das~~ ~~Dringende~~ ~~vor~~ ~~dem~~ ~~Wichtigen~~ ~~tun~~, ~~und~~ ~~das~~ ~~Dringende~~ ~~war~~ ~~einfach~~, ~~die~~ ~~Liquidität~~ ~~dort~~ ~~in~~ ~~der~~ ~~Hypo~~ ~~Real~~ ~~Estate~~ ~~sicherzustellen~~, ~~damit~~ ~~die~~ ~~uns~~ ~~nicht~~ ~~am~~ ~~Montag~~ ~~auf~~ ~~die~~ ~~Füße~~ ~~fällt~~.

~~Das~~ ~~haben~~ ~~wir~~ ~~dann~~ ~~in~~ ~~den~~ ~~nächsten~~ ~~paar~~ ~~Tagen~~ ~~nachgezogen~~. ~~Sie~~ ~~haben~~ ~~auch~~ ~~ge-~~ ~~sehen~~. Kurz nach dem zweiten Wochenende, nach der Verhandlung ist ja dann ~~sozusagen~~ der Personalwechsel ~~eingeleitet~~ worden und dann auch die schrittweise Veränderung der Struktur. Es war schon allen klar, dass man das machen musste. ~~Aber~~ ~~da~~ ~~musste~~ ~~man~~ ~~natürlich~~ ~~neben~~ ~~anderen~~ ... (akustisch unverständlich) ~~wie~~ ~~bei~~ ~~Goethe~~ ~~oder~~ ~~Haub-~~ ~~zög~~ ~~es~~ ~~ihn~~, ~~halb~~ ~~sank~~ ~~er~~ ~~hin~~ -- ~~para-~~ ~~musste~~ ~~natürlich~~ ~~noch~~ ~~in~~ ~~ein~~ ~~bißchen~~ ~~gearbei-~~

des
bestimmen
können sie
ausüben

was

Wir müssen

Es

daran

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

89

tet werden, dass ~~hant~~ die personelle Konstellation sich verändert und ~~Sie dann~~ über ein neues Führungsteam ~~überhaupt~~ die Veränderungen im Geschäftsmodell ~~erweisen können~~, die jetzt abgearbeitet werden.

gemacht
wurden

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, man konnte an diesem Wochenende gar nicht beschließen, dass diese Tochtergesellschaften verkauft werden sollen, und man konnte auch gar nicht wissen, ob das verpfändet wird?

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, ich kann natürlich nur was verkaufen, was mir gehört. Nur darüber kann ich beschließen. Zu sagen: „Der Vorstand der Hypo Real Estate hätte das eventuell beschließen können“ -- ob dieser Beschluss dann ein rechtlich bindendes, ohne den Aufsichtsrat -- ~~Dann gab es Fragen, ob er dann nicht hätte die Hypo~~ an dem Wochenende zu sagen: „Wir zwingen jetzt den Vorstand, das alles sozusagen zu beschließen“, ob das rechtlich und in den Zeitfristen machbar gewesen wäre, da mache ich mal ein großes Fragezeichen.

gewesen wäre
ohne
Hauptversammlung
Bund

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben eben eine Aufzeichnung für den Finanzausschuss gehabt, die Kollege Wissing vorher zitiert hat - deswegen kann ich das hier an der Stelle abkürzen -, wo eben unter den Tochtergesellschaften steht: kurzfristige Verwertung und kurzfristiger Verkauf. - Das kann also eigentlich nicht Teil der Vereinbarung gewesen sein, weil man das gar nicht so einfach beschließen konnte?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, man kann ja ~~wie soll ich mal sagen?~~ einen gemeinsamen Wunsch haben und sagen: ~~Das werden wir dann~~ Gucken wir mal, ob wir das im nächsten Schritt machen können. Wie kriegt man das umgesetzt? Einen offiziellen Beschluss können Sie dazu nicht fassen, weil Sie gar nicht sozusagen beschlussfähig sind. Aber Sie können sich überlegen: Wie kriege ich die Voraussetzung dafür geschaffen? Geht das? Wird sich über Zeit das Personalkonstrukt so und so ändern?

Aber ich sage mal: Sie können ja als Kreditgeber nicht einfach einen Vorstand zu irgendeiner Handlung zwingen. Ich kann ja auch, wenn ich Ihnen einen Kredit für Ihr Haus gebe, -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich habe es verstanden.

Zeuge Martin Blessing: - Sie nicht zwingen, Ihr Auto zu verkaufen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist diese Frage denn später aufgelöst worden? Sie haben ja gesagt: Das ist dann in den Wochen danach noch mal thematisiert worden: Was kann man da machen? Vorstand ausgetauscht. - Später ist es ja so, dass nur noch -- dass es praktisch aus dem gemeinsamen Pool so ist, dass die Wertpapiere in Richtung Konsortium wandern, und die Verpfändung der Aktien der Tochtergesellschaft wandert zum Bund. Bis dahin ist ja wahrscheinlich geklärt worden, was man mit diesen verpfändeten Tochtergesellschaften machen kann. Können Sie darüber Auskunft geben, wie diese damals offene rechtliche Frage dann im Verlauf gelöst worden ist? Denn offensichtlich hat man darüber noch mal diskutiert.

Zeuge Martin Blessing: Ich weiß nur, aus der Debatte herauskommend, noch mal, dass man dann eben darangegangen ist, ~~das ist ja auch passiert~~, die Konstellation im Vorstand und im Aufsichtsrat zu ändern und dann dort ~~herausgehen, die nächsten Schritte~~ mit dem neuen Team die nächsten Schritte einzuleiten.

Was dann da im Einzelnen weiter passiert ist - ehrlich gesagt, habe ich ~~nicht~~ jetzt in der Vorbereitung - ich dachte, es geht rund um das Wochenende - nicht noch mal eingelesen, bin ich mir jetzt nicht so ganz sicher, ~~und~~ möchte ich lieber nichts Falsches erzählen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den Bund ist ja die Frage besonders wichtig, wie er da Einfluss nehmen kann, wenn ihm in der Verpfändung die Aktien der Tochtergesellschaften zugeschrieben werden.

Zeuge Martin Blessing: Ja, aber wenn Sie etwas verpfändet haben, heißt das noch nicht, dass Sie aktiv Einfluss darauf nehmen können.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

90

-1 verpfändetes Unternehmen

Zeuge Martin Blessing: Sie haben nur im Verwertungsfall die Hoffnung, dass Sie sozusagen das Geld aus der Verwertung des Pfandrechts kriegen, aber Sie können nicht hingehen und sagen: Liebes ~~Pfandrecht~~, du musst jetzt dieses oder jenes tun.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, der Bund würde an diese Aktien der Tochtergesellschaften nur im Verwertungsfall drankommen, das heißt im Falle der Pleite der Holding?

Bund

Zeuge Martin Blessing: Das ist mein Verständnis, dass das so ist, ~~aber es ist natürlich sozusagen~~ Da die Holding relativ klein ist, die Werte hauptsächlich in Tochtergesellschaften ~~hat sich der Bund damit schon den großen werthaltigen Teil als Sicherheit sozusagen~~ für seine Garantie überschreiben lassen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn der Bund festgestellt hat, dass er eine Insolvenz der Holding auf jeden Fall vermeiden muss, weil das desaströse Auswirkungen hat, und nachher lässt er sich als Sicherheit etwas geben, an was er nur drankommt, wenn diese Insolvenz stattfindet, dann hat er doch mit Zitronen gehandelt.

Zeuge Martin Blessing: Na ja, das Problem an dem Wochenende war gar nicht so zwangsläufig die Insolvenz der Holding, sondern war natürlich ~~die über die Insolvenz ausgelöste oder sozusagen über die Holding~~ die Verflechtung zwischen Holding und Tochtergesellschaften. Da gab es auch Kreditverflechtungen. So was können Sie über Zeit, wenn Sie wollen, lösen. Wenn Sie genügend Zeit haben, können Sie da Kredite zurückführen usw., dass Sie dann sozusagen sagen: Eine Insolvenz der Holding würde gar nichts mehr ausmachen. - Ich weiß aber gar nicht, ob das durchgespielt worden ist ~~oder~~ ~~sp~~ Ich sage nur: Dann müssen Sie eine ganze Reihe von Zwischenschritten machen.

Es ist aber nicht so, dass es sozusagen -- So habe ich Ihre Frage implizit verstanden: War das nicht eigentlich eine blöde Sicherheitskonstruktion, weil du nie an die Sicherheiten drankamst, ohne das zu tun, was du eigentlich gerade verhindern wolltest? Da sage ich: Im ersten Schritt, ja. Man hätte das dann aber weiter so gestalten können, dass es -- ist jedenfalls mein Verständ-

nis - ein sinnvolles Konstrukt gewesen wäre. Dazu hätte man ein paar Zwischenschritte machen müssen. Ob die jetzt gemacht worden sind und wie das dort ~~in der Ecke~~ weitergegangen ist, wie gesagt, da bin ich jetzt zu weit weg, weiß ich nicht genau.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür hätte man Kontrollrechte gebraucht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr, Herr Blessing. - Jetzt habe ich noch zwei Hinweise, und zwar: Einmal ist namens der FDP, glaube ich, etwas voreilig ein Verzicht erklärt worden. Von daher mache ich noch mal eine neue Runde auf. Ich unterstelle, die CDU bleibt bei ihrem Verzicht, übergebe jetzt der FDP das Wort. Herr Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Blessing, in den Rettungspaketen ist von zwei Gruppen die Rede: einmal von dem Bankenkon-sortium und einmal von der Finanzindustrie, die für die Rückhaftung einstehen muss. Besteht hier Personenidentität?

Zeuge Martin Blessing: Von den Firmen her, ich glaube, zum guten Teil ja, aber da gab ~~es sozusagen~~ ~~Es gibt~~ keine Erklärung oder so ein Papier bei der Bundesbank, was wir ~~da~~ an dem 2. Oktober unterschrieben haben. Da waren sozusagen die einzelnen Quoten der Banken in dem Pool, die die Liquidität bereitgestellt haben, aufgeführt und dann in einem zweiten Absatz auch, wie die einzelne Beteiligung an der ~~wie soll ich mal~~ sagen? -- Haftungsmasse, also an den 8,6 Milliarden, ist. Ich weiß nicht, liegt Ihnen das vor? Wahrscheinlich habe ich es hier auch irgendwo, aber, ich glaube --

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das eine --

Zeuge Martin Blessing: Bitte?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das eine als vertraulich oder geheim zu betrachtende oder ist das eine öffentliche Unterlage?

Zeuge Martin Blessing: Keine Ahnung, wahrscheinlich --

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

91

(Frank Schäffler (FDP):
Wahrscheinlich geheim!)

- Bei uns ist alles immer geheim, deswegen --

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Wenn sie nur Ihr Unternehmen betrifft, ist es in Ordnung. Mir geht es nur darum, ob es auch andere Unternehmen --

(Zurufe)

Zeuge Martin Blessing: Nein, es betrifft auch andere Unternehmen. Deswegen, ich glaube, ~~die Quellen~~ ~~Also~~ es gibt eine weitgehende Identität. Ich bin nicht ganz sicher, ob es eine hundertprozentige Identität gibt. Das müsste ich jetzt noch mal nachgucken. Aber ich sage mal: Die Großen der Institute sozusagen waren sowohl bei der Kreditlinie als auch bei der Haftungsübernahme dabei.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wenn Sie das auf Ihr Unternehmen runterbrechen: Wie hoch ist der prozentuale Anteil Ihres Unternehmens hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Kapital durch das Konsortium, und wie hoch ist Ihr prozentualer Haftungsanteil für die Rückgarantie?

Zeuge Martin Blessing: Na ja, unser Anteil an der Liquiditätslinie war 2,5 von 15 Milliarden. Da kann ich jetzt so schnell nicht prozentrechnen. Das sieht irgendwie aus --

(Zuruf: Ein Sechstel!)

- Ein Sechstel, genau. Ein Sechstel in Prozent ist irgendwo zwischen 15 und 20.

~~Das zweite Thema: An der Rettungs-~~
An der Bürgschaft ~~heute~~ haben wir 4,5 Milliarden gehabt. Das waren von den 8,5 ungefähr 55 Prozent und an diesen 55 Prozent wiederum über den Einlagensicherungsfonds zum damaligen Zeitpunkt so etwas über 10, zum heutigen Zeitpunkt zwischen 20 und 25 Prozent.

Dr. Volker Wissing (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay. - Seitens der FDP keine Fragen mehr. Ist das richtig, Herr Wissing?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay, super. - Bei der SPD bleibt es dabei: einstweilen keine Fragen. - Dann übergebe ich jetzt an Herrn Troost, der auch noch eine Frage nachgemeldet hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, weil sich das doch noch mal ergeben hat.

Wir tun immer so: Im Prinzip, HRE war ein bisschen riskant, ein aggressives Modell, aber, gut, war vertretbar. Dann kommt die ganze Katastrophe. Dann kommt die Rettung. Im Prinzip war Ihnen aber doch klar, dass dieser Vorstand der HRE wohl Riesengeld gemacht hat; sonst hätte man ihn ja nicht so schnell in die Wüste geschickt. Oder nicht?

Zeuge Martin Blessing: Na gut, lassen Sie mich so sagen: ~~An der Ecke dann~~ Nach der Rettungsaktion, insbesondere bei den ganzen Themen „Wie transparent war es?“, „Wie ist der Verlauf gewesen?“ und insbesondere auch die Fragen der Zukunft -- hatte man schon das Gefühl: Hier muss es eventuell dann noch einen Neustart ~~in der Ecke geben, insbesondere weil wir auch das Gefühl hatten, dass die Lage --~~ Das Thema, was wir hatten ~~sozusagen~~. Am Anfang ist kein Problem. Dann ist es ein 15-Milliarden-Problem, dann ist es ein 35-Milliarden-Problem, ist ein 50-Milliarden-Problem. Da verlieren Sie als Gesprächspartner natürlich schon irgendwo ~~ein bisschen~~ das Vertrauen in die andere Seite, in diesem Fall in das HRE-Management. Das war, glaube ich, der auslösende Effekt, dass man da erlebt hat: Mensch, da kriegst du nur sehr begrenzt Informationen und auch sich sehr ändernde Informationen, sodass man gesagt hat: Muss man da nicht einen Neustart machen?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie mitgekriegt, dass auch der Aufsichtsrat der HRE überhaupt erst am 22. oder 24. - ich weiß es jetzt nicht mehr so genau - das erste Mal über diese Situation informiert worden ist?

Zeuge Martin Blessing: Nein, das habe ich hinterher in der Zeitung gelesen, aber das wusste ich zu dem Zeitpunkt nicht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber ist die Frage, dass es auf jeden Fall ein neues Management geben musste, auch mal so weit

thematisiert worden, dass man Herrn Ackermann gesagt hat: Guck doch mal, ob du vielleicht jemanden in deinem Bestand hast, der den Vorstandsvorsitz übernehmen könnte?

Zeuge Martin Blessing: Ja, wobei es ~~be-~~
~~zusagen~~ eine gemeinsame Diskussion gab. Wie Sie sehen, ist gleich ein Team hingegangen. Einer der Kollegen im Vorstand der HRE ist ja auch aus unserem Hause gekommen. Wir haben da also auch gleich jemanden mit hingeschickt. Wir waren uns also darüber klar, dass wir möglichst schnell ein gemeinsames Team brauchen. Natürlich war die Situation bei der HRE dann nicht so, dass da sich wahrscheinlich sofort alle Banker Deutschlands in die Schlange gestellt hätten. Man musste fragen: Mensch, wem trauen wir es zu und wen können wir am Portepée packen und ihm sagen: Komm, stell dich mal dieser Aufgabe?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut, wobei der, der gefunden worden ist, die Leiter gleich um viele Stufen heraufgesprungen ist. Aber wann war Ihnen denn das erste Mal klar, dass dieses Management weg musste?

Zeuge Martin Blessing: Als sozusagen --

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Am Wochenende erst?

Zeuge Martin Blessing: Eigentlich erst am zweiten Wochenende, als man dann sagte: Am ersten Wochenende war es schon schwierig. Dann gab es über die Woche noch mal veränderte Zahlen. Dann war es auch nicht sehr hilfreich, dass zwischenzeitlich einmal eine ~~kurze~~ Ad-hoc "Jetzt ist alles gescheitert" rausgehauen wurde. An dem Prozessende war mir klar: Hier wird es Managementveränderungen geben müssen; ansonsten ist es auch nicht kommunizier- und vermittelbar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber Sie haben weder von der Bundesbank noch von der BaFin irgendwie schon Hinweise bekommen, dass das Vertrauen in dieses Management möglicherweise gestört ist?

Zeuge Martin Blessing: Ja gut, wenn man da zusammen bei so einem Rettungswochenende sitzt --

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie sagten: beim zweiten. Sie hatten doch eingangs der Krise das Wochenende schon mal gemacht.

Zeuge Martin Blessing: Zumindest am zweiten war es völlig klar, ja, Punkt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dann waren es auch nur noch zwei Tage, und dann kam der neue Vorstandsvorsitzende. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Gibt es weitere Fragen? - Es fragt noch Herr Schick vom Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es am Abend des ersten Rettungswochenendes ein Papier, auf dem man Ergebnisse oder zumindest relevante Zwischenergebnisse festgehalten hat, so dass man wusste, was man da verhandelt hat?

Zeuge Martin Blessing: Es ist ein guter Punkt, Herr Schick. Da habe ich ~~mir~~ vorhin, ~~wie ich~~ darüber nachgedacht. - ~~weil~~ ^{ge} ~~sage ich~~ Ich bin jetzt ganz sicher, dass ich das Papier kenne vom 2. Oktober, als wir diese Aufteilung der 15 Milliarden und der 8,5 Milliarden gemacht haben. Ich bin ganz sicher, dass ich ein Papier kenne von dem zweiten Wochenende, und ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich ein Papier von dem ersten Wochenende kenne oder ob sozusagen dann die vorhin von Ihnen zitierte gemeinsame Presseerklärung, die man da de facto gemeinsam gemacht hat, das Papier war. Wie gesagt, das ist dem Punkt geschuldet, dass ich ~~da~~ an dem Abend nicht mehr ~~zusammen~~ ^{Wiederhol}

Zumindest muss es irgendwo eine Vereinbarung geben. Ob die jetzt ~~zusagen~~ unterschrieben worden ist oder ob man sich gemeinsam hingesetzt hat und gesagt hat: "Wir schreiben jetzt hier gemeinsam ~~an dem~~ ^{keine Pre} ~~Prozess~~ ^{klärung} ~~rum~~", da bin ich mir nicht sicher. Auf der anderen Seite - das wäre jetzt meine Vermutung -: Wenn, wie es in der Presse steht, Herr Ackermann und Frau Merkel geredet haben, muss man sich da

2. Untersuchungsausschuss
[16. Sitzung am 29.07.2009]

93

irgendwo auf einen Handschlag in dieser Republik verlassen können.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, zumindest ist Papier eine gute Ergänzung eines Handschlags, damit man weiß, auf was man sich verlassen kann. Wir haben zumindest in den Unterlagen nach meinem bisherigen Stand keinerlei Aufzeichnungen von diesem Abend. Das ist ja erstaunlich, weil es um diese Summen geht und um doch relativ komplexe rechtliche Fragen, wie Sie es vorher angedeutet haben. Aber Ihre Erinnerung bestätigt ja, dass das offensichtlich nicht so ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist jetzt keine Frage, sondern eine Feststellung.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Entschuldigung. Ich habe jetzt kein Fragezeichen drangemacht. Sie kennen es nicht, und ich kenne es nicht. Da sind wir uns so weit einig. - Hat bei der Frage der Neubesetzung des Aufsichtsrats und des Vorstandes der Bund mal gesagt: Wir wollen da aber auch jemanden hinschicken?

Zeuge Martin Blessing: Ja, selbstverständlich. Ich bin ganz sicher, dass es dort Gespräche nach dem Motto "Wie können wir das machen? Welche Namen gibt es denn?" gegeben hat. Ich bin auch ~~genau~~ ^{Wahrscheinlich} sicher, dass alle Namen, die dann dort genannt wurden, bzw. der Kolleginnen und Kollegen, die dort hingegangen sind, mit dem Bund ~~abgestimmt~~ ^{abgestimmt} waren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Bund selber hat ja niemanden benannt und zum Beispiel in den Aufsichtsrat reingeschickt.

Zeuge Martin Blessing: ~~Der Bund war ja auch sozusagen als Kreditgeber~~ - - Der Bund war ~~sozusagen~~ ^{sozusagen} Garant an einem Kredit. Es ist ~~auch~~ ^{auch} schwierig zu sagen: "Ich schicke da jemanden rein", weil natürlich die Frage "Wer geht in einen Aufsichtsrat?" am Schluss eine Frage der Eigentümer ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, aber Sie haben ja gerade die Interessenlage ~~genau~~ ^{genau} geschildert, weil wir gesehen haben: Damit die Verpfändung

der Wertpapiere und der Aktien der Tochtergesellschaften für den Bund eine sinnvolle Sicherung ist, muss er dafür sorgen, dass sie zu dem Zeitpunkt und zu der Situation, wo es noch nicht so ist, über eine Entflechtung zwischen Holding und Tochtergesellschaft dazu wird. Dazu hätte man Kontrollrechte irgendwie gebraucht. Ich sehe jetzt nicht, dass der Bund sich solche gesichert hätte.

Zeuge Martin Blessing: Herr Schick, Sie müssen auch fairerweise sehen, dass Sie damals nur reingekommen wären oder reingekommen sind über die Anteilseigner, also entweder über eine HV oder über eine gerichtliche Bestellung, die Sie dann aber mit den größten Anteilseignern durchsetzen müssen. Ich sage mal: Die ganzen Veränderungen, die da gelaufen sind, sind ja damals aus Sicht der Anteilseigner, Herrn Flowers etc., auch nicht alle so gewesen, dass die da nur laut Hurra geschrien haben. Es wäre damals sehr schwierig gewesen, das rein formal juristisch hinzukriegen. Also musste man irgendwo eine Lösung finden, die für alle Seiten irgendwo akzeptabel ist. Ich glaube, das war damals das Bemühen, weil auch die Kollegen für den Aufsichtsrat usw. mit Herrn Flowers reden mussten.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber keine Kenntnis darüber, dass der Bund das versucht hätte und ein Aufsichtsratsmitglied vorgeschlagen hätte, was dann auf Ablehnung gestoßen wäre?

Zeuge Martin Blessing: Davon habe ich keine Kenntnis. Ich weiß nur, dass auch wir sowohl ~~auf der Vorstandsebene als auch auf der Aufsichtsratsebene~~ ^{für die} mit vorgeschlagen haben und die Vorschläge mit dem Bund natürlich abgestimmt worden sind, die dann natürlich am Schluss über die Gremien der HRE gelaufen sind. Da werden aber auch noch andere Leute, wie Sie ja wissen, Vorschläge gemacht haben. Ob der Bund selber auch welche gemacht hat, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die Zeit schon abgelaufen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
1:56 Minuten haben Sie noch.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dachte ich auch. - In den USA bei Bear Stearns ist ja ein anderes Modell gewählt worden. Dort ist es so, dass eine private Bank, J. P. Morgan, Bear Stearns übernommen hat, und dann staatliche Akteure nicht Bear Stearns geholfen haben, sondern J. P. Morgan. Das ist ja interessant. Das geht übrigens in die Richtung dessen, was Frau Hauer vorhin zitiert hat und völlig abstrus fand, nämlich dass man eigentlich an einer anderen Stelle ansetzt, nämlich bei den Rettern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Aber was ist jetzt der Bezug zum Untersuchungsauftrag?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie noch eine halbe Sekunde Geduld haben, dann komme ich darauf. - Meine Frage ist: Ist eine Konstellation, bei der der Bund den Rettern hilft und nicht der HRE, irgendwann einmal in der Diskussion gewesen? Ist vonseiten des Bundes an Sie als Commerzbank mal die Frage "Könnten Sie einen Teil oder die gesamte HRE übernehmen?" gerichtet worden?

Zeuge Martin Blessing: In der Form ist es nicht diskutiert worden. ~~Ich habe von vornherein immer klar gemacht.~~ Sie müssen sehen: Wir hatten am 1. September für uns als Commerzbank bekannt gegeben, dass wir die Dresdner Bank kaufen wollen. Das war ~~keine~~ die Ankündigung. Das Closing der Transaktion ist dann im Januar erfolgt. Das war für mich völlig ausgeschlossen. ~~Das wäre managementtechnisch also überhaupt nicht.~~ Deswegen war es für mich völlig irrelevant und ist dann für uns auch gar nicht diskutiert worden, weil Sie einfach nicht zwei solche Integrationen gleichzeitig machen können. Das ist überhaupt nicht machbar. Von daher hat sich die Frage für uns gar nicht gestellt.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch in Bezug auf eine andere Bank ist das nicht diskutiert worden. -

Zeuge Martin Blessing: Weiß ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht in Ihrem Beisein diskutiert worden, dass der Bund einem Retter hilft?

Zeuge Martin Blessing: Das ist in meinem Beisein nicht diskutiert worden. Aber alles andere wäre jetzt Spekulation. Für uns war es von vornherein, wie gesagt, eine Nichtoption.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut. - Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen mehr, sodass ich also Sie, Herr Blessing, für heute verabschieden und Ihnen einen guten Nachhauseweg wünschen kann.

Ihre Vernehmung als Zeuge ist formal erst dann abgeschlossen, wenn der Untersuchungsausschuss dieses beschließt. Voraussetzung hierfür ist allerdings wiederum, dass das Protokoll der heutigen Sitzung Ihnen zugestellt worden ist. Sie haben dann eine zweiwöchige Frist, dieses Protokoll zu ergänzen oder zu korrigieren. Danach kann der Ausschuss den Beschluss fassen und Sie endgültig entlassen. Von daher ein vorläufiges Auf Wiedersehen und alles Gute.

Zeuge Martin Blessing: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ferner habe ich noch Folgendes festzuhalten. Das Grundgesetz sieht in Art. 44 vor, dass der Untersuchungsausschuss, wie jetzt eben auch, die erforderlichen Beweise in öffentlicher Verhandlung erhebt. Es sieht allerdings auch vor, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Von dieser Möglichkeit hat der Ausschuss in seiner gestrigen Sitzung Gebrauch gemacht und beschlossen: Der Ausschuss schließt für die Vernehmung des Zeugen Nötzel die Öffentlichkeit aus, weil die dem Zeugen erteilte Aussagegenehmigung die Beantwortung einiger oder vielleicht sogar aller ihm zu stellenden Fragen in öffentlicher Sitzung nicht zulässt.

Das heißt also, wir werden uns unmittelbar in den Sitzungssaal 2.800 begeben und dort mit der Befragung des Zeugen Nötzel fortfahren.